

59/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 22. Sitzung, 27.02.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL
Untersuchungsausschuss
betreffend
Beschaffung von Kampfflugzeugen
22. Sitzung / öffentlicher Teil
Dienstag, 27.02.2007
Gesamtdauer der Sitzung:
09:06 Uhr – 20:34 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

Jochen Pack
Schriftführer

Dr. Peter Pilz
Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Beschaffung von Kampfflugzeugen



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

22. Sitzung/ öffentlicher Teil

Dienstag, 27. Feber 2007

Gesamtdauer der 22. Sitzung:
9.06 Uhr – 20.34 Uhr

Lokal VI

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen beginnen um 9.06 Uhr und finden bis 9.09 Uhr unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** statt. (s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

9.10

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 9.10 Uhr – zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über, begrüßt als **erste Auskunftsperson** Herrn **Dipl.-Ing. Dipl.-Ing. Aloysius Rauen**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht, weist auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen (Eurofighter Jagdflugzeug GmbH): Mein Name: Aloysius Josef Johannes Rauen; geboren am 14. Dezember 1956; Anschrift: Hallbergmoos, nahe Münchner Flughafen; Beruf: Diplomingenieur der Luft- und Raumfahrttechnik.

Obmann Dr. Peter Pilz fragt Dipl.-Ing. Rauen, ob er im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter war, was dieser **verneint**.

Der Obmann erinnert die Auskunftsperson an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung. Er habe ihm bereits anlässlich seiner letzten Befragung erklärt, wie der Ausschuss damit umgehe: Sollte auf eine konkrete Frage nach Meinung von Herrn Rauen ein konkreter Aussageverweigerungsgrund schlagend werden, dann werde Herr Rauen den Verfahrensanwalt beziehungsweise den Obmann darauf aufmerksam machen, und man werde die weitere Vorgangsweise besprechen.

Der Obmann weist Herrn Rauen weiters auf die nach Verfahrensordnung bestehende Möglichkeit hin, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, und fragt ihn, ob er von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wolle.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Vorsitzender, nur insofern: Wenn hier Interesse besteht, wo wir gegenwärtig im Programm stehen – das ist ja vielleicht nicht ganz unerheblich, auch was das österreichische Programm angeht –, dann wäre ich bereit (**Obmann Dr. Pilz: Herr Rauen, ...**) – ich möchte nur ausreden, Herr Vorsitzender –, dazu etwas zu sagen. Wenn das nicht gewünscht ist, dann brauche ich keine weitere Erklärung abzugeben. – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da das nicht Beweisthema ist, glaube ich nicht – außer es wird vom Ausschuss ausdrücklich gewünscht –, dass eine Erklärung dazu notwendig ist.

Obmann Dr. Peter Pilz ersucht nun die **Vertrauensperson** von Herrn Dipl.-Ing. Rauen um Bekanntgabe der Personalien.

Vertrauensperson Dr. Andreas Janko: Mein Name: Andreas Janko; geboren am 3. Oktober 1965; Anschrift: 4020 Linz.

Obmann Dr. Peter Pilz fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Dr. Janko als Vertrauensperson **auszuschließen** sei, weil er entweder

voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Dies ist **nicht der Fall**.

Der Obmann setzt mit der **Belehrung der Vertrauensperson** fort: Er erinnert auch Herrn Dr. Janko an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter – unter Bezugnahme auf die Belehrung der Auskunftsperson hinsichtlich des Inhalts der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage – und weist darauf hin, dass strafrechtliche Folgen daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben könnte.

Der Obmann weist Herrn Dr. Janko darauf hin, dass seine Aufgabe die **Beratung der Auskunftsperson** sei, er aber **nicht** das Recht habe, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten, dass er, wenn er sich nicht daran halte, als Vertrauensperson ausgeschlossen werden könne und dass er auch dann anwesend sein könne, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei. Sollte Herr Dr. Janko der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson komme, habe er die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, der dann, wenn er es für erforderlich halte, ihn, den Obmann, informieren werde.

Vor Eingang in die Befragung bringt der Obmann Folgendes zur Kenntnis:

Der Ausschuss habe mit Mehrheit den Antrag der Abgeordneten Kräuter, Kogler, Haimbuchner betreffend Einladung zur schriftlichen Äußerung durch EADS beschlossen und habe – weil der Ausschuss ja über kein Zwangsmittel verfüge, das in Deutschland oder gegenüber Privatunternehmen durchzusetzen – folgendes **Ersuchen an EADS** gerichtet:

„Die EADS Deutschland GmbH wird ersucht, dem Untersuchungsausschuss hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen folgende Unterlagen zu übermitteln:

1. Alle Verträge der EADS Deutschland GmbH beziehungsweise sonstiger zur EADS-Gruppe gehörender Unternehmen mit Herrn Erhard P. Steininger.
2. Das Offert des Unternehmens „100 % Communications“ an EADS vom März 2002.
3. Alle Verträge der EADS Deutschland GmbH beziehungsweise sonstiger zur EADS-Gruppe gehörender Unternehmen mit Herrn Peter Ott beziehungsweise dem Unternehmen „Studio für Öffentlichkeitsarbeit“.
4. Alle Verträge der EADS Deutschland GmbH beziehungsweise sonstiger zur EADS-Gruppe gehörender Unternehmen mit Frau Mag. Karin Keglevich beziehungsweise dem Unternehmen „Special Public Affairs PR-Beratung und Lobbying GmbH“.
5. Alle Verträge der EADS Deutschland GmbH beziehungsweise sonstiger zur EADS-Gruppe gehörender Unternehmen mit Herrn Dipl.-Ing. Kurt Wiederwohl beziehungsweise dem Unternehmen „BDP – Ballistic & Defence Products Wehrtechnik GmbH“.

Mit 26. Februar 2007 habe der Ausschuss, so der Obmann, eine **Antwort von EADS** erhalten, worin für das Schreiben gedankt und dann ausgeführt werde:

„Zur rechtlichen Begründung Ihres konkreten Ersuchens verweisen Sie im letzten Absatz Ihres Schreibens auf § 40 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates, wonach die Ausschüsse des Nationalrates das Recht haben,

Auskunftspersonen zur mündlichen oder schriftlichen Äußerung einzuladen. Dieser Verweis betrifft die Art und Weise, wie sich Auskunftspersonen vor dem Ausschuss äussern können, nicht jedoch die Zurverfügungstellung von Dokumenten. Aus Ihrem Schreiben ist keine Rechtsgrundlage ersichtlich, wonach die Herausgabe von Urkunden von Privatpersonen verlangt werden kann. Wenn das österreichische Recht eine solche Rechtsgrundlage nicht kennt, ist das eine von uns anzuerkennende Wertung. Wir sehen uns daher nicht in der Lage, Ihrem Ersuchen zu entsprechen. Ob der Inhalt dieser Verträge eine Zurverfügungstellung überhaupt zulässt, ist eine andere Frage, die vor dem gerade geschilderten Hintergrund hier offenbleiben kann.“

Und zum Schluss: „Soweit Sie nach Verträgen fragen, die unsere Gesellschaft gar nicht abgeschlossen hat, sind wir zur Herausgabe schon faktisch nicht in der Lage.“

Obmann Dr. Peter Pilz dazu:

Meine ganz kurze persönliche Stellungnahme ist, dass selbstverständlich der Ausschuss die Firma EADS nicht zur Herausgabe dieser Unterlagen zwingen kann. Das geht rechtlich so in Ordnung, nur: Weder die Geschäftsordnung des Nationalrates noch die Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse gibt irgendeine Wertung darüber ab, ob die Zurverfügungstellung von Dokumenten dieser Art zulässig beziehungsweise erwünscht ist. Der Untersuchungsausschuss hat jedes Recht, an jede Person und jede Firma heranzutreten und ein Ersuchen zu stellen. Wenn diesem Ersuchen nicht Folge geleistet wird, steht uns kein Zwangsmittel zur Verfügung, aber wir haben selbstverständlich das Recht, die Weigerung von EADS, uns wesentliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen, zu bewerten.

Damit belasse ich es auch schon und überlasse es den anderen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses, selbst zu bewerten, was von dieser in ein Gesamtbild passenden Haltung der Firma EADS gegenüber dem Untersuchungsausschuss zu halten ist.

Das war die Mitteilung, die ich kurz machen wollte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rauen, ich möchte Sie zunächst zu den Verhaltensregeln betreffend die Geschäftstätigkeit befragen; der englische Ausdruck dafür: **Code of Business Conduct**. – Erinnern Sie sich an diese Verhaltensregeln?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe kürzlich in den Medien davon gelesen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Firma EADS beziehungsweise Eurofighter hat ein eigenes Exemplar dieser Verhaltensregeln produziert. Kennen Sie dieses Exemplar? Sonst halte ich es Ihnen gerne vor.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich kenne dieses Exemplar nicht, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann darf ich Ihnen dieses Exemplar vorlegen lassen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Dieses Exemplar ist von Herrn Robert Haslam unterfertigt. – Ist das richtig?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Können Sie mir sagen, wo der Name steht?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Unterschrift. Wir haben einen Unterschriftenvergleich gemacht; im Stempel ist der Name Haslam.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Diesen Namen kann ich daraus nicht entnehmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben einen Unterschriftenvergleich durchgeführt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Okay, das habe ich nicht gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Haslam ist Geschäftsführer der Firma Eurofighter zu dem Zeitpunkt gewesen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das glaube ich eher nicht, wenn Sie Geschäftsführer sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier hat er als Geschäftsführer unterfertigt. Ich habe hier einen Brief, der als Unterschriftenvergleich hergehalten hat, vom 22. Jänner 2002, wo er zeichnet für Eurofighter Jagdflugzeug GmbH: Robert Haslam, Geschäftsführer.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe davon keine Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War Herr Robert Haslam Geschäftsführer der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Solange ich mich zurückerinnern kann, Herr Abgeordneter, war er kein Geschäftsführer.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, er fertigt hier als Falsus procurator. – Ist das der richtige Schluss, der daraus zu ziehen ist?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich weiß es nicht, was er da gemacht hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese Erklärung trägt das Datum 22.1.2001. Aus der Fußnote des Dokuments der Firma Eurofighter ist aber ersichtlich, dass es sich um einen Datumsfehler handeln muss: 22.1.2002. – Können Sie das nachvollziehen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Bei mir steht 22.1.2002.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): 22.1.2002 steht in der Sockelleiste, aber oben steht: Hallbergmoos, 22.1.2001; hinten bei der Fertigung des Dokuments. Das dürfte ein Datumsfehler sein.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Dazu kann ich nichts sagen; ich lese das so hier.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, wir dürfen davon ausgehen, dass das im Jahre 2002 gefertigt wurde und nur sozusagen aus Unachtsamkeit das Datum **2001** angeführt ist.

Ich halte Ihnen jetzt ein weiteres Dokument vor, das ebenfalls von Herrn Haslam unterfertigt wurde.

(Der Auskunftsperson wird neuerlich ein Schriftstück vorgelegt.)

Dieses Dokument trägt das Datum 12.9.2002 und ist, wie gesagt, ebenfalls von Herrn Haslam gefertigt. Können Sie auf Seite ...

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Moment, darf ich Sie kurz unterbrechen? Sie sagten: Haslam? – **Bob Haslam!** *(Die Auskunftsperson spricht den Namen englisch aus.)* Sie sagten letztes Mal zu mir, Sie seien der englischen Sprache mächtig; das ist **Bob Haslam**.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist nett von Ihnen, aber hier unterfertigt er mit **Robert Haslam**. – Ich halte es Ihnen gerne vor.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Abgeordneter, wenn Sie vorhin **Bob Haslam** gesagt hätten, hätte ich Ihnen gesagt, den kenne ich, und der war in der Tat Geschäftsführer.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, dann halten wir das fest. Da hat er als **Robert Haslam** unterfertigt. Ich halte es Ihnen gerne vor, nur damit Sie sehen, dass das keine Phantasterei ist. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) – Also dieser besagte ...

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Darf ich Sie unterbrechen, Herr Abgeordneter: Hier steht der Name nicht nur als Unterschriftenzeichen da, sondern auch unterfertigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, deswegen habe ich das zweifelsfrei geschlossen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sehen Sie, das ist doch gut, ein erstes gutes Ergebnis!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann halten wir fest, dass Herr Robert Haslam vulgo Bob Haslam der Geschäftsführer war zu dem Zeitpunkt und dass die Unterschrift vermutlich von ihm stammt. – Können wir das festhalten?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Er war Geschäftsführer, und ich gehe davon aus, dass die Unterschrift von ihm ist. Ich habe keinen Unterschriftenvergleich bei mir, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dieser Herr Haslam hat auf diesem Dokument vom 12.9. unterfertigt, und auf Seite 2 ist im rechten Bereich noch eine Paraphe sichtbar. – Können Sie diese Paraphe zuordnen, von wem die stammt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Darf ich Sie noch einmal fragen, in welchem Dokument Sie sind?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): 12.9.2002, das zweite unterfertigte Dokument.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Und auf Seite 2 ist was?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine Paraphe im rechten Bereich.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also Sie sind jetzt auf Seite 3, glaube ich, wenn ich das richtig sehe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Seite 3 von 3, aber von den Seiten, die ich Ihnen vorgelegt habe, müsste es die Seite 2 der Erklärung sein – neben der Fertigungszeile.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Da ist etwas hingemalt – meinen Sie das?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): „Gemalt“? Ich deute das als Paraphe, und ich frage Sie, ob das eine Paraphe ist, die Ihnen bekannt ist.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Erstens weiß ich nicht, ob das eine Paraphe ist – Sie deuten das so –, und bekannt ist sie mir ebenfalls nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie ist Ihnen nicht bekannt. Das war die einzige Frage, die ich in diesem Zusammenhang hatte.

Wenn Sie die beiden Dokumente vergleichen, wird Ihnen auffallen, dass sie im Grunde völlig identisch sind, sich nur in einem Punkt unterscheiden, nämlich dass die Firma Eurofighter einen **Punkt 4** bei diesen Verhaltensregeln ergänzt hat, und zwar auf der Erklärung vom 22.1.2001 respektive wahrheitlich 22.1.2002.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Müssen wir da nicht der Logik halber eher sagen, dass sie in dem späteren Dokument nicht mehr drinnen ist – nicht, dass sie dann ergänzt wird?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist eine Frage, auf die komme ich dann später noch zu sprechen. Mich würde nun interessieren, wer es veranlasst hat, dass dieser Punkt 4 in der Erklärung vom 22.1.2002 ergänzt wurde?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Dazu kann ich Ihnen keine Aussage machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie dazu überhaupt keine Wahrnehmungen gehabt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Dazu habe ich keine sinnliche Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das im Bereich von EADS nie diskutiert worden, dass die Erklärung ergänzt wird?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das kann ich Ihnen nicht sagen; ich habe dazu keine sinnliche Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie zum Zeitpunkt der Vertragserrichtung im Juni 2003 noch mit der Sache zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Mit den Vertragsdetails hatte ich überhaupt nichts zu tun, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch nicht sozusagen in der Vorbereitung, mit den Vertragsentwürfen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein, das machen bei uns die Juristen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, dann darf ich Sie bitten, dass Sie mir das wieder zurückgeben. Dann werden wir andere dazu befragen müssen.

Sie haben gesagt, das machen bei Ihnen die Juristen. Wer sind die Juristen, die bei Ihnen diese Vertragsdetails verhandelt haben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Abgeordneter, das ist eine ganze Weile her. Wer das im Detail gewesen ist, kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer ist der zuständige Abteilungsleiter gewesen, der diese Dinge ... – *(Abg. Mag. Stadler zu einem Klubmitarbeiter der FPÖ, der gerade im Begriff ist, die der Auskunftsperson vorgelegten Schriftstücke zurückzubringen:)* Drei Dokumente sind es!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wir haben keines hierbehalten!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist schon vorgekommen, dass ein Anwalt eines befragten Unternehmens Dokumente mitgenommen hat und dann später wieder zurückleiten musste.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Aber sicherlich nicht mit Ihnen zusammen; das kann ich mir nicht vorstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ich will Ihnen nichts unterstellen, ich Sorge nur dafür, dass keine Missverständnisse entstehen.

Wissen Sie, wer der zuständige Abteilungsleiter bei EADS respektive Eurofighter war, der diese Vertragsverhandlungen zu leiten hatte?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Können Sie das nochmals wiederholen, was Sie gerade gesagt haben?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, wer der zuständige Abteilungsleiter/Bereichsleiter war, was auch immer – die internen Bezeichnungen Ihres Unternehmens kenne ich nicht –, der hauptverantwortlich diese Vertragsverhandlungen zu leiten hatte?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Fragen Sie jetzt nach dem Hauptverantwortlichen der Vertragsverhandlungen? (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) – Das kann ich Ihnen sagen: Das war ein Herr Falthhauser.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war Dipl.-Ing. Falthhauser?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ob er Diplomingenieur ist, weiß ich nicht, aber es war Herr Falthhauser.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben den Herrn Falthhauser ohnehin auf der Ladungsliste, dann werden wir ihn zu diesen Vertragsachen befragen.

Ich darf zu einem anderen Thema überleiten, das der Herr Vorsitzende eingeleitet hat. Wir haben zwischenzeitlich erfahren, dass neben der Firma „100 % Communications“ von Rumpold auch noch die Firma **Peter Ott GmbH für Sie** tätig war, und zwar für entsprechende publizistische Tätigkeiten in Österreich. – Können Sie sich daran erinnern?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe mich im Vorwege zu diesem Termin heute dazu erkundigt, und mir ist gesagt worden, dass Herr Ott im Zusammenhang mit der Kampagne tätig war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ott sagt in der Zeitung „Die Zeit“ vom 22. Februar, also jüngsten Datums, dass er für Sie beziehungsweise für Eurofighter und EADS Inserate geschaltet hat, und zwar im Gesamtwert von 850 000 €. – Können Sie diese Angabe bestätigen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich kann das im Moment nicht bestätigen, aber er wird es Ihnen nachher sicher sagen; er kommt ja her.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ja, natürlich, aber ich möchte es von Ihnen hören.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich wollte damit nur sagen, ich war mit diesen Dingen nicht befasst, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Wahrnehmung gehabt, wie die Abgrenzung war zwischen der Tätigkeit, die „100 % Communications“ für Sie zu erbringen hatte, und der Tätigkeit, die Peter Ott zu erbringen hatte, denn nach den bisherigen Aussagen würde es fast eine Überlappung geben? – Gab es so eine Überlappung oder gab es da eine Abgrenzung?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Auch hiezu, Herr Abgeordneter: Ich war damit nicht persönlich befasst. Wir haben ein arbeitsteiliges Unternehmen, das haben Sie, glaube ich, schon einmal gehört hier im Ausschuss. Ich habe mich hier wiederum im Vorfeld kundig zu machen versucht, und das, was mir gesagt worden ist, ist, dass Herr Ott im Bereich Medienkommunikation ergänzend tätig war, und dass darüber hinaus die Marketingkommunikation, Marketingkonzepte offensichtlich – ich kann es nur so wiedergeben – von „100 %“ gemacht wurden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die Abgrenzung hat bedeutet: Medien – Schwerpunkt Ott und Marketing – Schwerpunkt Rumpold. – Kann man das so vereinfacht darstellen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das weiß ich nicht, ob man das so vereinfacht darstellen kann, ich habe mich nur vorher so informiert: Der eine macht das tägliche Geschäft, Anzeigen auswerten, Artikel auswerten, simple Anzeigen schalten, das ganz normale Medienkonzept, was relativ einfach ist, solche Unterstützung zu finden, habe ich mir sagen lassen; ich bin da kein Profi. Aber das haben die gemacht, wie mir gesagt worden ist, und das nennt sich Medienkommunikation. Glauben Sie es mir, ich habe es auch erst lernen müssen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, ob außer diesen 850 000 €, die Herr Ott selber nennt, weitere Gelder an die Firma Ott GmbH beziehungsweise an Herrn Ott geflossen sind?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich hatte gerade schon gesagt, Herr Abgeordneter, ich kann nicht einmal diese Summe bestätigen. Ob da noch dazu etwas gelaufen ist – ich wiederhole das nochmals –, lag nicht in meinem Zuständigkeitsbereich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In wessen Zuständigkeitsbereich war das?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Vielleicht sollte ich noch etwas anderes dazu sagen, weil uns das heute möglicherweise noch häufiger betreffen wird: Ich bin heute Geschäftsführer der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH, das heißt seit 1. Mai 2004. Seitdem bin ich nicht mehr bei der EADS. Wozu Sie mich jetzt fragen, betrifft einen Zeitraum **vor** Mai 2004. Alles, was ich hier im Moment tue, mache ich, so gut es geht, aus der Erinnerung heraus. Ich habe nicht immer konkrete Erinnerungen dazu, aber ich bemühe mich, genauso gut, wie ich mich bemühe, heute hier zu sein, um ein zweites Mal Ihnen Rede und Antwort zu stehen. (*Abg. Mag. Stadler: Herr Rauen, wir verlangen auch nichts Unmögliches!*) – Bitte, lassen Sie mich ausreden, Herr Abgeordneter, ich lasse Sie auch ausreden! – Ich tue das nach bestem Wissen und Gewissen.

Wir haben ein **arbeitsteiliges Unternehmen**, und wenn Sie mich jedes Mal fragen, wie ist der Name des Mitarbeiters, dann sage ich Ihnen dazu, das kann ich Ihnen nicht immer sagen, wahrscheinlich eher im seltensten Fall. Österreich war **eine** Kampagne von vielen. Es war nicht die einzige, und es war beileibe nicht die größte. Außerdem, damit das verstanden wird: Ich kümmere mich um das gesamte Eurofighter-Geschäft, und Export ist dabei im Moment – wir hoffen, das wird besser – bei weitem nicht das Hauptgeschäft. Deswegen sehen Sie mir das nach, ich kann Ihnen diese Dinge nicht immer im Detail sagen. Es kann mal funktionieren, zufällig, aber ansonsten nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rauen, **ultra posse nemo obligatur** – wir verlangen von Ihnen nichts Unmögliches! Wenn Sie sagen, Sie erinnern sich nicht daran, dann nehmen wir das zur Kenntnis.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Was war das gerade, ich habe das nicht verstanden? Was sagten Sie?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jenseits des Möglichen braucht niemand verpflichtet zu werden. – Wir verlangen von Ihnen nichts Unmögliches. Wenn Sie sagen, Sie können sich nicht mehr daran erinnern, dann erinnern Sie sich nicht mehr daran, dann nimmt das der Ausschuss zur Kenntnis.

Ich frage Sie jetzt dennoch – damit wir wissen, wen wir fragen müssen/sollen, um hier Klarheit zu gewinnen –: Wer war für diese Abgrenzung und auch für die Frage der Dotation dieser Kampagnen und der Honorierung dieser Kampagnen im Bereich EADS respektive Eurofighter der zuständige Herr, den wir befragen könnten?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Es ist so, Herr Abgeordneter, wenn ich das vielleicht auch etwas ausführen darf: Wenn wir uns noch nicht in einer echten Verhandlungsrunde

befinden, in einer Kampagne, wenn wir im Vorfeld sind, gibt es eine Abgrenzung, wer sich um das Marketingthema im weitesten Sinne kümmert und wer sich darum kümmert, was zu liefern ist, bis wann es zu liefern ist, mit welcher Spezifikation es zu liefern ist, was es später in der Betreuung bedarf, im Dienst – das ist ja auch ein Thema, wozu Sie mich später sicherlich noch fragen –, im Service, Support oder Life Cycle-Kosten; da schulde ich Ihnen noch eine Antwort, um genau zu sein. Das ist dann die Sache, wofür unser Bereich, wo ich seinerzeit war, **Military Air Systems**, zuständig war.

Das heißt, alles, was sich in dem Feld mit Marketing und ähnlichen Dingen befasste, war im Prinzip die Fraktion, die Sie hier mit Dr. Bergner befragt haben. Es ist nicht auszuschließen, dass da auch schon bisweilen Kommunikationsleute von meinem Geschäftsbereich mit dabei waren, aber ich weiß es wirklich nicht im Detail. Bergner hatten Sie aber schon hier, und ich habe sein Protokoll gelesen, der hat dazu, glaube ich, schon ausführlich berichtet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Rauen!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Grüß Gott, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Guten Tag!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe Sie bewundert im Fernsehen. (*Heiterkeit. – Abg. Dr. Jarolim: Wir auch!!*) Toll war das, was Sie da gesagt haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Vielleicht kann ich eine dazu passende Frage auch noch formulieren.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Mit Krawatte, nebenbei. Ich fand das richtig gut. – Aber, Entschuldigung, das gehört wieder nicht zum Beweisthema oder so.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich darf Ihnen versichern, dass mein Design bei Fernsehauftritten extra für die Sicherheitspolizei und für die Rüstungskonzerne so gestylt ist, dass die alle eine Freude mit mir haben.

Jetzt aber zu einem Vertrag, der hier kurz Gegenstand war. Sie waren ja schon einmal hier zu Gast, und da ging es eben auch um die Beauftragung des Herrn Steininger. Jetzt sagt mittlerweile Frau Rumpold nicht nur in einer Zeitung, das war ja damals unser Stand, sondern auch hier im Ausschuss, dass sie am 14. März in Ottobrunn war, um nähere Umstände dieses Vertrags mit Steininger, der letztlich dann EADS/Steininger gelautet hat, zu verhandeln. – Waren Sie dort dabei?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Da müssen Sie mir sagen, welches Jahr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Entschuldigung, wir sind da schon so eingefahren in unserem Thema: 14. März 2002 in Ottobrunn.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich bin ja aufgefordert worden, meinen Kalender mitzubringen. Ich schaue da jetzt hinein. Ich muss allerdings dazusagen – auch auf die Gefahr hin, dass ich mich jetzt wiederhole und den Abgeordneten Stadler damit nerve –: Seit dem 1.5.2004 bin ich nicht mehr bei der EADS, und Sie haben schon von Dr. Bergner hier erfahren, dass wir Kalender und Ähnliches dortlassen.

Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich mich bemüht habe, trotzdem zumindest Teile des Kalenders noch zu kriegen, und da werde ich jetzt hineinschauen, ob da etwas drinnen ist. Aber ich meine, dass ich nicht dabei war. (*Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.*)

Gemäß dieses nicht vollständigen Kalenders – weil er nicht mehr vollständig sein kann; warum, habe ich beschrieben; Herr Kogler, Sie müssen mir zuhören, sonst müssen wir

es wiederholen! (*Abg. Mag. Kogler: Ja, ja, ich höre!*) – war ich **nicht** dabei. Das sagt mir der Kalender hier. Der ist nicht ganz vollständig, aber ich denke, das ist so weit schon richtig. Ich war nicht dabei.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie waren nicht dabei am 14. März 2002, sagt Ihr Kalender. (*Dipl.-Ing. Rauen: Ja!*) – Wir fragen Sie ja nicht nur, ob Sie in Zuständigkeitsbereichen Möglichkeiten hatten, sondern auch, ob Sie Wahrnehmungen hatten. Haben Sie von der Anbahnung und von Anbahnungshandlungen seitens Ihres Konzerns mit der Firma Steininger, BOFORS-Vertretung, der dann wieder in diesem Auftrage mit Rumpold in Vertragsbeziehung gehen soll, erfahren?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Abgeordneter, fragen Sie mich jetzt nach Steininger/BOFORS oder nach Rumpold/„100 %“?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe Sie gefragt, ob Sie Wahrnehmungen darüber haben, dass es Anbahnungen gegeben hat, mit Steininger einen Vertrag zu schließen, um in Folge einen Vertrag zwischen Steininger und Rumpold zu veranlassen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich war mit eingebunden, wie ich Ihnen das letzte Mal hier schon, zumindest im Ausschuss, gesagt hatte, in der Auswahl von Steininger, von BOFORS, und zwar insofern, als ich ein Gespräch mit Herrn Steininger geführt habe – so, wie ich ein Gespräch mit seinem Wettbewerber geführt habe. Das war alles.

Ich habe auch den Vertrag mit BOFORS nicht gemacht, sondern ich wurde nur hinzugezogen, um die letzten beiden, die zur Auswahl standen – ich weiß ja nicht, ob mehr zur Auswahl standen –, um da ein Gespräch zu führen. Ich sage es noch einmal: Das war nicht unsere primäre Zuständigkeit, das machten **andere** im Konzern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie bei der Auswahl des Herrn Steininger zu diesem Zeitpunkt gewusst – da Sie ja beigezogen waren –, dass Herr Steininger kurze Zeit zuvor für andere Rüstungsproduzenten beziehungsweise -lieferanten ebenfalls beratende Tätigkeiten ausgeführt hat?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich kann dazu im Moment nur so viel aus der Erinnerung heraus sagen: Ich habe Herrn Steininger gefragt, warum „BOFORS“ in seinem Firmennamen ist. Und dann beim Mittagessen – bitte: keine konkrete Erinnerung! –, da kam irgendwo etwas vor, dass er mit Schweden auch eine Beziehung hat. Ich weiß aber nicht mehr, in welchem Zusammenhang das war. – Aber daran kann ich mich noch einigermaßen erinnern, ich habe wegen BOFORS gefragt. – Ansonsten kann ich Ihre Frage nicht beantworten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Steininger erwähnt Kontakte – woran Sie noch eine Erinnerung haben –, dass sie mit schwedischen Produzenten oder Lieferanten zu tun haben. Haben Sie gefragt, ob diese Verträge noch aufrecht sind, ob er sozusagen vertraglich frei ist – oder haben Sie einfach unterstellt, er wird seine Möglichkeiten haben, wenn er mit Ihnen solche Gespräche führt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe mich dazu nicht mehr erkundigt. Ich darf noch einmal wiederholen, Herr Abgeordneter: Ich wurde hinzugeholt im Rahmen dieser Endauswahl, um mir ein persönliches Bild während eines Mittagessens zu machen. Das war alles. Ich gehe immer davon aus, dass die Mitarbeiter, die dafür zuständig waren, nicht solche Kandidaten zu so einem Termin einladen, wenn der gar nicht frei ist oder anderweitig vertraglich verpflichtet ist. Davon gehe ich aus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sprechen immer von einer **Auswahl**. Wie viele Kandidaten hat es Ihrer Erinnerung nach noch gegeben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Diese Frage habe ich letztes Mal schon beantwortet – wenn Sie im Protokoll nachschauen. (*Abg. Mag. Kogler: Das tue ich gerade!*) Ich habe es am letzten Wochenende auch noch einmal gelesen. Aber ist ja egal, ich wiederhole es gerne.

Ich hatte ein Gespräch mit Herrn Wiederwohl – das war kein Mittagessen, das war in einem Besprechungsraum – und mit Herrn Steininger.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay, nur habe ich Wiederwohl nicht so eingeordnet, dass das in einem unmittelbaren Auswahlverfahren eine Konkurrenz gewesen wäre. Aber es ist ja auch gut, wenn sich das erhellt. Meines Wissens betreibt er auch nicht eine vergleichbare Tätigkeit – wie dem auch sei.

Haben Sie noch eine Wahrnehmung darüber, wie sich das bis zum Vertragsabschluss seitens des Vertreters Steininger und der Firma Rumpold „100 % Communications“ abgespielt hat?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Noch einmal: Ich glaube, wir redeten gerade über Steininger; Sie bringen immer „100 %“ mit dazu. Ich habe mit „100 %“ nicht bei dem Mittagessen etwas zu tun gehabt, sondern das war nur Herr **Steininger**. Was nach dem Mittagessen alles passiert ist, war nicht mein Thema. Ich weiß nur, dass Herr Steininger irgendwann – ich denke, das war ab 2002 – unter Vertrag war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Schauen Sie, der Hintergrund ist ganz einfach: Die Protokolle, die Sie ja auch gelesen haben, geben ja her, dass der Vertreter Steininger ganz offensichtlich die Leistungen, die Sie mit ihm vereinbart haben, schlussendlich nicht erbringen konnte, sondern dass das wiederum ganz offensichtlich ein Vermittler- und Mittlerdienst war, wie es gar nicht unüblich ist. Deshalb die Frage, ob Sie eine Wahrnehmung dazu haben, wie sich diese Vertragskaskade weiterentwickelt hat.

Meines Erachtens ist aus dem Stand, den auch Sie geschildert haben, klar erkennbar, dass Steininger hier mehr zu tun hatte, als bloß bei der Angebotslegung hilfreich zu sein. Und Steininger wird auch aktiv. Das ist ja zumindest im Nachhinein alles bekannt. Dass Sie das damals vielleicht nicht wussten, kann sein. Aber deshalb frage ich Sie ja: Was waren Ihre Wahrnehmungen damals? Hat Ihnen irgendwer berichtet, dass über Steininger die Firma Rumpold „100 % Communications“ engagiert wurde?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Abgeordneter, ich glaube, ich verstehe jetzt, was Sie meinen, wobei wir jetzt eigentlich über eine Sache reden, was Inhalt des Vertrages mit Herrn Steininger ist, aber ich will jetzt nicht eine Diskussion, die hier hinlänglich geführt worden ist, über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse anfangen. Ich möchte versuchen, dazu beizutragen, dass wir hier weiterkommen, wobei ich aber auf das Thema durchaus noch einmal zurückkommen möchte, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet.

Zu dem Paket von Herrn Steininger – so, wie man mir gesagt hat – gehören auch unter der Überschrift „Marketingkommunikation“ Kommunikationsmaßnahmen. Die musste er nicht notwendigerweise selbst durchführen, sondern er musste sie **beibringen**. Es ist wohl so gewesen, dass dafür „100 %“ engagiert wurde. Ich selbst habe mit „100 %“ eine Pressekonferenz hier gehabt. Aber wie das Vertragsverhältnis zwischen den beiden war, dazu habe ich keine Wahrnehmungen, nicht im Geringsten. Das geht mich auch nichts an, das ist nicht mein Thema.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, aber so weit haben wir uns jetzt verständigt, dass die Beauftragung des Herrn Steininger ganz offensichtlich dergestalt war, dass er weitere Verträge schließen musste, um die Leistungen, die Sie als EADS Eurofighter von ihm erwartet haben, überhaupt endgültig erbringen zu können.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich würde nicht sagen, dass er musste – er **konnte**. Was Vertragsgegenstand bei ihm war, waren Kommunikationsmaßnahmen unter der Überschrift „Marketingkommunikation“, nicht „Medienkommunikation“. Er musste die beibringen; aber wie er das tut, ist seine Sache. Das war Bestandteil seines Vertrages.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Frau Rumpold sagt, dass die politischen Kontakte ihres Mannes da ausschlaggebend gewesen wären. – Haben Sie dazu etwas gehört, wie die Auswahl genau passiert ist?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wie ich gerade schon sagte: Das war Sache von Herrn Steininger. Ich habe erst später Frau und Herrn Rumpold kennengelernt. Ich wusste das nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Frau Rumpold gibt aber an, dass Herr Steininger nur ein Mittler gewesen wäre und dass es letztlich darum ging, dass die genauen Inhalte – zwölf Pakete, zwölf Projekte – dieses Auftrages unmittelbar mit EADS zu vereinbaren waren – bis hin zur Abwicklung, ja sogar bis hin zur Abrechnung! – Haben Sie dazu irgendetwas wahrgenommen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also was man mir gesagt hat – nicht selber, ich wiederhole mich zum x-ten Mal: ich bin damit nicht befasst –, ist, und das ist ein normales Vorgehen: Wenn Unterstützung von außen zugekauft wird, dann wird natürlich mit dieser Unterstützung von außen abgesprochen, was im Detail gemacht wird. Infolgedessen ist es durchaus möglich – ich wiederhole: durchaus möglich! –, dass sich Rumpold mit den entsprechenden Stellen bei der EADS abgestimmt hat. Ich glaube, dass wäre sogar logisch, dass man das tut, ansonsten würde unter Umständen ein Paket zustande kommen, das gar nicht passt, nicht so ist, wie wir es haben wollen. Also müssen sie wohl miteinander reden, denke ich mir. Ich selber war aber nicht involviert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das klingt alles vernünftig, und wir fragen Sie zu Ihren Wahrnehmungen dazu, denn – jetzt habe ich das Zitat wortwörtlich – Frau Rumpold sagt:

Herr Steininger war nur bei den vorauslaufenden Budgetverhandlungen anwesend – Beistrich, Zitat – „, alles andere wurde ausschließlich“ – **ausschließlich!** – „mit der EADS-Spitze vereinbart“.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wenn sie das so sagt, dann ist das sicher ihre Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, und jetzt ist die abschließende Frage zu dem Komplex, ob das so gewesen sein kann und sich das mit Ihren Wahrnehmungen deckt – „ausschließlich mit der EADS-Spitze“.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dazu haben Sie keine Wahrnehmungen. Haben Sie das nie irgendwo besprochen im Konzern, wie da die österreichische Landschaft gepflegt wird?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Abgeordneter, vielleicht muss ich das doch wiederholen. Wir sind in diesen Dingen arbeitsteilig, und es drehte sich nicht alles um die Kampagne in Österreich. Bitte, sehen Sie mir das nach! Das soll nicht abfällig klingen, aber wir haben weiß Gott noch viele, viele andere Dinge zu tun und deswegen haben wir ein **arbeitsteiliges** Unternehmen, weil wir ansonsten alles auf einen Mann konzentrieren würden – und das funktioniert nicht. Das funktioniert nirgendwo! Deswegen haben wir unsere Arbeitsteiligkeit, und in diesem Fall lag das bei den Kollegen, die haben das gemanagt – fertig.

Ich habe Frau Rumpold, wenn ich mich richtig erinnere – ich bin da vorsichtig –, bei dieser Pressekonferenz kennen gelernt. Sie war perfekt vorbereitet, es war gut gemacht. Danach bin ich abgereist – fertig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Am 23.4.2002 waren Sie allerdings auch in Wien – wenn ich das jetzt noch richtig so zusammenhabe. Da war abends ein Heuriger mit Wirtschaftsvertretern organisiert – 2002, 23.4.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: 23.4.2002? Danach fragen Sie?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, danach frage ich, ob Sie da in Wien und bei diesem besagten Wirtschaftsheurigen waren.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Kann nicht sein. Dieser Kalender sagt zumindest, wann ich Urlaub hatte. Ich hatte da Urlaub.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie hatten Urlaub. – Gut, dann glaube ich, dass die Zeit zu Ende ist. Wir schauen uns das jetzt noch einmal an, denn das stürzt mich in eine gewisse Verwirrung – ich gestehe das ein –, aber wir werden das gleich klären.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Rauen, noch einmal zurück zu den Verhaltensregeln. Haben sie mit anderen Partnern, Auftraggebern auch derartige Verhaltensregeln vereinbar – oder ist das ein Unikum, das nur Österreich verlangt hat?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Frau Abgeordnete, das ist bei uns so selbstverständlich – sodass ich auf das ganze Thema, das hier seit zwei Tagen für Aufregung sorgt, erst aufmerksam gemacht worden bin –, weil wir das grundsätzlich *immer* haben. Grundsätzlich immer. Das ist keine Besonderheit für Österreich, sondern wir machen das immer so.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Diese besagte Klausel, die in den letzten Tagen für Wirbel gesorgt hat, war ja bereits im Anbot drinnen. Eurofighter hat ja bereits im Anbot darauf hingewiesen, dass sie für Dritt-Subunternehmer nicht die Hand ins Feuer legen kann. – Ist das auch üblich?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Diese Klausel war im Angebot enthalten, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, die Regelung – da war noch Minister Scheibner zuständig –, die im Anbot abgegeben worden ist, ist dann in den Vertrag zur Gänze übernommen worden. Sie betrifft konkret jene Geschäfte und Unternehmungen, bei denen Eurofighter *nicht* Vertragspartner ist. Bei wie viel – ich nenne es jetzt einmal so – Zulieferern ist denn Eurofighter Vertragspartner? Insgesamt: KMUs, Zulieferer, alle, die sozusagen zu so einem Gerät zuliefern!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wir haben – jetzt aus dem Kopf heraus – ungefähr 400 Zulieferer über ganz Europa.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Als direkte Vertragspartner?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das habe ich so noch nicht gesagt. Das kann ich im Moment nicht einmal sagen, Frau Abgeordnete! Ich weiß nur, dass wir 400 Zulieferer haben. Wie die Vertragsverhältnisse laufen, kann ich Ihnen im Moment wirklich nicht sagen. Auch das liegt bei anderen Kollegen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sind das nur Großbetriebe, also Konzerne oder auch mittelständische Unternehmen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das sind auch mittelständische Unternehmen, das sind sogar kleinere Unternehmen. Es ist durchaus möglich, dass kleinere Unternehmen ...

(Unruhe in den Reihen der SPÖ.) – Das irritiert wirklich, wenn Sie das so laut hier miteinander austauschen! Sonst muss ich mich wieder zu Frau Fekter hinübersetzen, die war letztes Mal ruhiger!

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Rauen, überlassen Sie das ruhig mir! Ich werde schon dafür sorgen, dass dieser Ausschuss in Ruhe arbeitet. – Bitte fortzusetzen!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das habe ich auch nicht in Zweifel gezogen, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie können sich in solchen Situationen ruhig an den Verfahrensanwalt oder an mich wenden. Die Sitzung wird nicht von Ihnen, sondern von mir geleitet. Aber ich glaube, das steht ohnehin nicht zur Diskussion. – Bitte fortzusetzen!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das hatte ich auch nicht in Zweifel gezogen, Herr Vorsitzender, dass die Sitzung von Ihnen geleitet wird. – So. Jetzt haben wir das geklärt.

Der Punkt ist der: Es können durchaus kleinere Unternehmen, wie ich es kenne, mit mittelständischen Unternehmen einen Vertrag haben, die wiederum mit einer Partner-Company von uns, also mit EADS Deutschland, EADS CASA, BAE Systems in England einen Vertrag haben. Die haben dann einen Vertrag mit uns. Es gibt also immer eine ganze Kette, die zustandekommt. Und damit wir als Erstvertragspartner in dieser Kette nicht in irgendeine Schwierigkeit geraten können, weil irgendwo weiter unter in den Vertragsketten etwas passiert, deswegen haben wir diese Klauseln. Genau aus diesem Grund.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Habe ich das richtig verstanden? FACC als Partner ist diesem Businesscode unterworfen. Wenn ich aber als Betonlieferantin zu FACC einen Beton liefere, dann bin ich nicht unterworfen. – Habe ich das so richtig verstanden?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich nicht weiß, was die FACC-Leute da tun. Wenn wir Verträge direkt mit Partnern schließen und wir davon ausgehen müssen, dass dort Gefahr im Verzug sein kann, haben wir immer diese Klausel.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und diese Klausel wird an Ihre Partner weitergegeben – so, wie es ja drinnen steht –, dass Sie dafür Sorge tragen, dass die wissen, dass sie das nicht tun dürfen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Exakt so ist es. Wir fordern von unseren Geschäftspartnern, dass sie Geschäftspartner haben, die sorgfältig arbeiten, die solide Partner sind und sich an die jeweiligen gesetzlichen Regelungen halten. Das fordern wir.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dass man vom direkten Vertragspartner, mit dem man einen Vertrag hat, das sozusagen fordern kann, ist logisch. Sehen Sie eine Möglichkeit das in der Kette – im vierten, fünften Glied, also beispielsweise meine Betonlieferung – in irgendeiner Art und Weise da einzubinden?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich denke, dass das ein hinreichend schwieriges Unterfangen wäre.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und daher wurde diese Klausel aufgenommen, weil es sozusagen technisch einfach nicht möglich ist, dass man für jeden die Hand ins Feuer legt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wir haben das abgelegt. Das ist nicht unsere Vorgehensweise. Wir gehen so vor, wie wir hier vorgegangen sind – insbesondere mit Beratern. Ich darf noch einmal darauf hinweisen: Deswegen gehen die Berater bei uns durch das **Blue-Book-Verfahren**. Mit der ersten Liga oder mit unseren Vertragspartnern, wo wir glauben, dass wir das tun müssen, tun wir das. Unsere Vertragspartner fordern wir auf, dass sie sich Partner suchen, die so sind, wie ich es grade beschrieben habe: solide Partner, zuverlässige Partner, die sich an die jeweiligen Regeln halten – und das ist es. Wir haben ja auch gar keine Möglichkeiten, weiter zu gehen. So sehen wir das aus der Praxis heraus.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich glaube, das ist jetzt klar aufgeklärt, dass diese Klausel eigentlich für jene Unternehmen in der Kette vorgesehen ist, auf die Eurofighter keinen wie immer gearteten Einfluss mehr nehmen und daher für diese auch keine Haftung übernehmen kann. (*Dipl.-Ing. Rauen: So ist es!*)

Wir diskutieren aber in diesem Zusammenhang natürlich das Verhältnis Steinger/EADS – der ist ja eindeutig umfasst, denn da gibt es ja einen Vertrag. Das heißt, auch Steinger hat Kenntnis davon, dass es zu einem Rücktritt kommen könnte, wenn es unsauber abgeht.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Davon gehe ich im Moment aus, Frau Abgeordnete. Ich habe diesen Vertrag, wie ich eben sagte, nicht verhandelt, ich habe ihn nicht unterschrieben, ich habe ihn auch nicht gesehen. Aber davon gehe ich aus, weil ich weiß, dass er durch das Blue-Book-Verfahren gelaufen ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bei dieser Art von Vermittlungstätigkeit oder Marketing-Kommunikationstätigkeit sind ja die Rechnungen von Steinger an Sie gegangen. Das heißt, dort war sozusagen der Anteil für seine Arbeit inkludiert. – Sehe ich das richtig? Oder hat es da eine Extra-Provision gegeben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Es ist eine Sache von EADS aus der Zeit ... – Ich muss dazu sagen: wieder aus der Erinnerung heraus. Ich war damit selber nicht befasst. Also ich habe da wirklich keine persönliche Wahrnehmung dazu. Ich weiß nur eines in dem Unternehmen – von meiner Sicht generell –: Rechnungen, die eingehen, werden gemäß Leistungserfüllung oder Leistung, die zu erfüllen war – Lieferungen und Leistungen –, geprüft. Alle Rechnungen werden geprüft. Und wenn das mit der Leistung oder mit der Lieferung nicht stimmt, dann wird halt nachgefragt, und wenn sich dann auf Nachfrage herausstellt – falls eine Nachfrage notwendig ist –, es ist sauber, es ist in Ordnung, die Leistung ist erbracht, dann ist das im Rahmen der Rechnungsprüfung abgehakt.

Ich habe nicht ein einziges Mal irgendeinen Hinweis bekommen, dass irgendetwas **nicht** in Ordnung wäre, sodass ich hätte eingeschaltet werden müssen. Ich wurde nicht eingeschaltet, also gehe ich davon aus, dass die Abrechnungen sauber waren. Wie die liefern – ob jetzt Rumpold über Steinger an die EADS ... –, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das war eigentlich meine nächste Frage, wie das Controlling im Hinblick auf die Plausibilität der Rechnungen des Gesamtprojektes gelaufen ist. Das heißt, Sie gehen davon aus, dass in Ihrem Unternehmen nicht nur die rechnerische Richtigkeit einer Faktura kontrolliert wird, sondern auch die **Plausibilität** im Hinblick auf die Leistungserbringung und den dazugehörigen Vertrag.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das ist zumindest der im Unternehmen vorgegebene Gang der Dinge, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist es in so einer Konstellation üblich, dass der Mittelsmann – nämlich der, der die Marketing-Kommunikation als Generalunternehmer übertragen bekommt – von beiden Seiten bezahlt wird: einerseits von Ihnen über die Rechnungen, die er erstellt, andererseits von „100 % Communications“ beispielsweise durch ein Vermittlungsprovision?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Schauen Sie, was die untereinander ausmachen, ist deren Angelegenheit. Die EADS hat das Vertragsverhältnis mit Steininger gehabt, und mit Steininger wird abgerechnet. Das ist alles, was ich dazu weiß.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Konstellation mit „100 %“ ist Ihnen nichts bekannt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Die untereinander meinen Sie?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ja, ob das auf Provisionsbasis gelaufen ist, oder Pauschale, oder ...

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein. Beim besten Willen, das weiß ich nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist ja so, dass uns Herr Bergner mitgeteilt hat, dass die Mitbewerber, bevor Eurofighter in Österreich tätig geworden ist, bereits sehr aktiv am Markt tätig waren und EADS eine Marktstudie hat machen lassen. – Ist Ihnen diese bekannt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe das im Nachhinein erfahren. Das liegt – arbeitsteiliges Unternehmen! – bei EADS International Paris. Die haben sich offensichtlich damit auseinander gesetzt, das war deren Zuständigkeit.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Für uns wäre es von besonderem Interesse, wenn wir diese Studie bekommen könnten (*Dipl.-Ing. Rauen: Das habe ich gelesen!*), weil es ja nicht unerheblich ist, wenn da von 4 Millionen € die Rede ist, die bereits lobbymäßig von SAAB in Österreich ausgegeben worden sind, im Hinblick darauf, wie man hier Lobbying betreibt. Können wir die als Ausschuss bekommen? Können Sie das dem Parlament zur Verfügung stellen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Frau Abgeordnete, ich glaube, das ist schon mit Dr. Bergner besprochen worden. Der wäre derjenige, der dort am nächsten dran ist. Ich weiß nicht, wie er sich dazu hier erklärt hat. (*Abg. Dr. Fekter: Er wird sich bemühen, hat er gesagt – und dann haben wir nichts mehr gehört!*) – Okay, gut, ich kann ansonsten nichts dazu sagen.

Aber eines vielleicht zur Ergänzung: Das gehört ja nun mit zu den ureigensten Aufgaben der zentralen Marketing- und Betriebsorganisation. Selbstverständlich wird im Vorfeld versucht, Analysen zu machen: Wie sind die Wettbewerber? Welche Wettbewerber? Mit wem reden sie? Und das ist vielleicht auch der Moment, wo ich darauf hinweisen möchte, warum wir immer eine Diskussion über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gehabt haben und haben, auf die ich mich im Moment jedoch gar nicht berufe.

Und das findet heute hier in Wien auch statt. Alles, was ich Ihnen hier sage, alles was andere Ihnen hier sagen, was wettbewerbsrelevant ist, wird haarklein verfolgt, weil es ja auch haarklein in den Medien steht. Selbst die Protokolle können Sie über Internet abrufen. Das heißt, jede kleine Bemerkung, die hier läuft, verrät, wie wir unser Marketingkonzept aufgebaut hatten. Welche Partner sind das? Alleine der Name! Das heißt, es existiert ein Vertrag.

Durch diesen Ausschuss ist alles Mögliche in die Öffentlichkeit gegeben worden, was uns nachhaltig im Wettbewerb schädigt – **nachhaltig!** Wir haben im Moment einen Fall

in einem Land, wo wir im Wettbewerb stehen, wo man sich 1 : 1 von einem Wettbewerber auf das Konzept beruft, das wir hier angesetzt haben, das aber der Wettbewerber jetzt ansetzt. Das heißt, wenn sie wissen, mit wem arbeiten sie, welche Konzepte haben sie gehabt, ist das im höchsten Maße wettbewerbsrelevant.

Es macht keinen Zweck, dass ich mich hier noch auf so etwas berufe, es ist in der Zwischenzeit in die Öffentlichkeit geblasen worden. Warum soll ich sagen, es ist ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis, wenn es hier schon rausgebracht worden ist? Deswegen nehme ich dazu auch Stellung, ansonsten könnte ich es gar nicht.

Aber ich möchte nicht wieder in diese dumme Diskussion hineinverfallen; es ist ohnehin verbrannt. Und damit müssen wir uns auseinander setzen. Wir erfahren das heute im Wettbewerb, dass das, was hier öffentlich gemacht worden ist über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse ... – Das heißt, unsere Partner, unsere Konzepte, unsere Vorgehensweisen wird vom Wettbewerber woanders gegen uns verwendet.

Und das möchte ich in aller Deutlichkeit hier sagen, damit endlich einmal verstanden wird: Wir haben nichts zu verheimlichen!, aber es geht ganz einfach darum, dass wir bestimmte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse für uns als hochgradig **wettbewerbsrelevant** sehen. Und das ist der einzige Grund – nehmen Sie mir das bitte ab! –, warum hier auch von meiner Seite letztes Mal eine Diskussion stattgefunden hat. – Mehr will ich dazu nicht sagen.

Was ich weiß, werde ich hier sagen, das tue ich ja, habe ich ja gerade schon getan. Aber ich wollte diese Gelegenheit auch dazu nutzen, das einmal deutlich zu machen. Andere studieren das! Jedes Fitzelchen ist bekannt!

Sie haben „SAAB“ gesagt. SAAB ist nach wie vor hier vor Ort und SAAB hofft nach wie vor, dass vielleicht hier noch einmal eine Chance gegeben wird. Jeder Satz, alles, was veröffentlicht wird, wird in genau den gleichen Organisationen wie EADS International in Paris analysiert. – Und deswegen komme ich darauf, weil Sie das gesagt haben. Ich bin dankbar für den Hinweis. – Es wird sauberst analysiert!

Das ist der Grund, warum immer wieder so ein Problem mit Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen besteht – aber das ist der einzige Grund! Das möchte ich einmal unterstreichen, zumindest von unserer Seite her.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Rauen, nur eine kurze Bemerkung vom Vorsitz aus: Wir haben die Frage des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses genau geprüft. Verträge mit anderen Firmen sind mit Sicherheit vom Betriebs- und Geschäftsgeheimnis **nicht** umfasst. Wenn Sie der Meinung sind, dass die Konkurrenzfähigkeit der Eurofighter GmbH davon abhängt, dass die Öffentlichkeit nichts davon erfährt, wie Herr Rumpold und Frau Rumpold mit 6,6 Millionen € umgehen, dann ist das Ihr Problem, aber nicht das Problem dieses Ausschusses.

Wir haben eine klare rechtliche Basis, an die halten wir uns. Und wir werden alle falschen Bezüge auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnis wie in der Vergangenheit auch in Zukunft nicht zur Kenntnis nehmen. Wir sind an die Geschäftsordnung und an die Verfahrensordnung gebunden. Wir respektieren die Wünsche der Eurofighter GmbH, dass möglichst wenig über ihre Geschäftspraktiken bekannt wird. Aber das ist für den Ausschuss in diesem Zusammenhang **nicht relevant**.

Nächster Fragesteller ist Kollege Kräuter.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Es ist möglicherweise für uns relevant.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist möglicherweise für Sie relevant, aber Sie müssen schon wissen, worauf Sie sich einlassen, wenn Sie mit einem öffentlichen Auftraggeber, der einem Nationalrat gegenüber verantwortlich ist, ein Geschäft

abschließen. Es dürfte Ihnen bekannt gewesen sein, dass es in der Republik Österreich einen Nationalrat gibt. Spätestens jetzt wissen Sie, was das bedeutet.

Kollege Kräuter, bitte mit den Fragen zu beginnen!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wäre es Ihnen lieber, wenn ich nicht gekommen wäre, Herr Vorsitzender?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, ein Satz vielleicht dazu, Herr Rauen: Sie werden auch in der Öffentlichkeit jedes Verständnis finden für technische, technologische Spezifikationen. Aber wenn es darum geht, wie Inserate wo verbucht wurden, dann kann man nicht von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen sprechen und sich seriöserweise darauf berufen. (*Abg. Dr. Fekter: Na sicher! Wenn es um eine Marketingstrategie geht!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollegin Fekter, Sie haben Ihre Wertung abgegeben, wir haben das zur Kenntnis genommen. Kollege Kräuter hat auch das Recht, seine persönliche Wertung abzugeben – auch die ist bei Protokoll.

Und jetzt wird einfach weiter gefragt!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe auch das Protokoll durchgelesen im Zusammenhang mit Ihren Stellungnahmen das letzte Mal hier und möchte Sie jetzt bitten, uns den Brief vom 13. Juni 2001 von EADS und Grasser, so Sie den mit haben, zu übergeben.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Endlich fragt einer danach! – Also, ich war ja aufgefordert worden, bin dieser Aufforderung nachgekommen. Ich wiederhole noch einmal: Wir reden über einen Zeitraum, das war 2001. – Ich habe das Sekretariat bemüht, diesen Brief zu finden; die Sekretärin ist in der Zwischenzeit in Ruhe, die Sekretärin hat sich aber auch noch einmal bemüht, wieder ins Archiv zu gehen.

Ich habe hier eine schriftliche Notiz aus der EADS vorliegen, wo gesagt worden ist, es ist allem Anschein nach so, dass dieser Brief **nicht** hinausgegangen ist. Es war auch nur, wie ich schon gesagt hatte aus meiner Erinnerung heraus – nicht konkret –, letztlich nur ein Höflichkeitsschreiben – das steht in dem Protokoll drinnen, das Sie vor sich liegen haben, Herr Kräuter –, denn wir machen das immer nach solchen Events: „Vielen Dank für Ihr kommen! Wir möchten noch einmal darauf hinweisen, dass wir die Unterlagen schicken“ – die wir ja später geschickt haben; dass es nicht weiter etwas war.

Aber man hat mir gesagt: Dadurch, dass dieses Brief auch nicht in der Ausgangs-Registrierung vermerkt worden ist – da hat man auch noch nachgeschaut –, ist er offensichtlich nicht hinausgegangen. Aber weil es ein Höflichkeitsbrief ist, sind wir davon ausgegangen im Folgebrief, dass er hinausgegangen ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also, dann ist ja festzuhalten: Ein Brief, der im Finanzministerium verlustig gegangen ist – ich möchte den Erkenntnisstand jetzt hier noch einmal wiederholen –, wo Sie das letzte Mal gesagt haben, Sie haben den Kollegen angeschaut: Schau doch bitte ins Archiv, der muss bei dir sein! Ich bekomme ihn definitiv. (*Dipl.-Ing. Rauen: Ja!*) Jetzt gibt es den offensichtlich nicht.

Sie müssen schon verstehen, Herr Rauen: Uns interessiert natürlich schon massiv der Schriftverkehr des damaligen Finanzministers Grasser mit EADS, und dass jetzt dieser Brief nicht eine furchtbare Enttäuschung, wie Sie es genannt haben, wäre, wenn Sie ihn vorlegen, das kann ja wohl nicht mehr der Punkt sein.

Tatsache ist, dass dieses Schreiben von EADS an Grasser in Österreich verlustig gegangen ist und Sie sagen, gar nicht abgeschickt wurde. – Was sagen Sie dazu?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe das natürlich auch gehört, dass er verlustig gegangen sei, ich habe nicht gehört, dass er im Eingang registriert worden ist. – Aber das ist auch unerheblich, Herr Kräuter!

Ich möchte hier nur sagen: Ich habe meine Aufgabe erfüllt, ich bin nicht mehr in diesem Unternehmen. Ich habe die Mitarbeiter von damals bemüht, mir zu sagen: Welche Erklärung gibt es dafür?, und die Aussage von diesen Mitarbeitern ist: Wir haben die einzige Erklärung: Er ist wohl nicht hinausgegangen. – Das ist die einzige Erklärung, die ich von diesen Mitarbeitern habe. – Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also, ein Brief, der „wohl nicht hinausgegangen ist“, der eine so große Rolle hier spielt bei der parlamentarischen Untersuchung: Wo ist dieser Entwurf von diesem Brief, der nicht hinausgegangen ist? – Der wird ja nicht gleich vernichtet worden sein!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich darf nochmals wiederholen, Herr Abgeordneter – ich habe letztes Mal schon ausgeführt –: Wahrscheinlich handelt es sich nur um einen kurzen Höflichkeitsbrief mit Dank für das Erscheinen und: Wir werden die Unterlagen nachschicken! – Dazu gibt es keine Entwürfe, wenn er dann so gewesen ist.

Etwas anderes kann ich mir derzeit nicht vorstellen. – Wie gesagt: Mehr Erinnerung habe ich dazu auch nicht. Da gibt es keine Entwürfe für so etwas! Das sind Standard-Höflichkeitsbriefe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt gibt es für einen Brief, der nicht hinausgegangen ist, in Österreich verlustig gegangen ist, auf einmal keinen Entwurf.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe dazu nichts weiter zu sagen.

Ich glaube, ich habe das jetzt zweimal wiederholt, Herr Kräuter. Ich kann dazu nicht weiter etwas sagen. – Ich habe mich zumindest bemüht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gut. – Ich darf Sie noch einmal zitieren aus dem Protokoll. Sie haben gesagt:

„Wir haben noch drei andere Partner im Eurofighter-Verbund neben EADS Deutschland, und zwar die EADS CASA, BAE Systems aus England ...“ und so weiter und so weiter.

Kennen Sie Herrn Mensdorff-Pouilly?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein. – Also, in den Medien habe ich jetzt etwas gelesen, aber ich kenne ihn nicht persönlich.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kennen Sie ihn nicht aus der Zeit von damals? (*Dipl.-Ing. Rauen: Nein!*) – Dann muss ich Ihnen vorlesen, was Herr **Jonathan Mill**, Europa-Direktor des Konzerns, im Jahre 2001 gesagt hat:

„Ja, Herr Mensdorff-Pouilly hat einen Beratervertrag mit uns“, also British Aerospace und „er beobachtet für uns den gesamten Militärmarkt in Österreich“. – Ich kann Ihnen das gerne geben, das ist vom 26. November 2001.

Wie kann es sein, dass Sie, wo Sie ja da zentral Verantwortung hatten, dann Herrn Mensdorff-Pouilly, der ja offensichtlich massiv im Rüstungsgeschäft als Lobbyist tätig war, überhaupt nicht kennen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Haben Sie gerade 2001 gesagt? – Datum! (*Abg. Dr. Kräuter lässt die Auskunftsperson Einsicht in das genannte Schriftstück nehmen.*)

Ich wiederhole gerne nochmals: 2001 war ich bei **EADS** und nicht Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH. – Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass ich ab **1. Mai 2004** bei **Eurofighter** bin – bis dahin war ich bei der EADS.

Was BAE Systems auf anderen Märkten macht, ist nicht mein Thema!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gerade als EADS-Verantwortlicher zum damaligen Zeitpunkt werden Sie sich ja wohl um andere Konzerne und Firmen gekümmert haben, die beteiligt sind und maßgeblich auch Mitverantwortung tragen für Ihre Geschäftsfelder?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nicht im Geringsten! Wenn Sie bei uns gewesen wären – bei unseren Einladungen, Herr Abgeordneter, wo wir all diese Zusammenhänge in den Firmen in Manching erklärt haben –, wäre das für Sie kein Problem, das zu verstehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Bin ich jetzt froh, dass Sie gesagt haben, dass ich nie Einladungen von Ihnen angenommen habe.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sie hatten eine Einladung, Sie sind nicht gekommen!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, ja, genau! Das ist ja der Punkt!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das ist ein Unterschied.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Frau Rumpold hat hier gesagt – ganz im Gegensatz zu Ihnen vorhin –, dass sie mehrfach – das war ihre Formulierung – Gespräche mit Ihnen persönlich geführt hat. – Vorhin haben Sie eigentlich gemeint, Sie haben zwar mit Herrn Steininger einmal ein Mittagessen gehabt, aber sonst keinen weiteren Kontakt.

Und einmal hat Frau Rumpold sogar zwischen den wenigen Tagen Vertragsanbahnung und Vertragsabschluss mit Ihnen ein Meeting gehabt. – Können Sie sich daran erinnern?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich kann mich daran erinnern. – Ich habe auch eben nicht gesagt, dass ich sie nicht kannte; ich habe gesagt, ich habe sogar mit ihr eine Pressekonferenz gemacht!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, aber sie hat von mehrfachen Gesprächen mit Ihnen im Zusammenhang mit ihrer Aufgabe gesprochen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Habe ich bisher gesagt, dass es nicht mehr als einen Termin gegeben hat?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, Sie haben vorhin eigentlich zumindest bei mir den Eindruck erweckt, Sie haben mit Ihr überhaupt keinen ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Es geht nicht um einen Eindruck. Wir können ja da weiter fragen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wenn ich den Eindruck erweckt hätte ... Ich habe es nicht gesagt, sondern ich habe lediglich über die Pressekonferenz gesprochen, und ich habe **nicht** gesagt, dass das der einzige Termin war.

Und es war auch nicht der einzige Termin. Ich kann Ihnen heute nicht sagen, wie viele Termine wir gehabt haben, aber es hat mit Sicherheit einen weiteren Termin gegeben – das war ein Abendessen im Team; in unserem Team, nicht mit irgendwelchen anderen. Da hat es einen Termin gegeben, das weiß ich.

Ich weiß auch von einem weiteren Termin im Zuge der Roadshow-Maßnahmen. Also, daran kann ich mich jetzt erinnern – an mehr im Moment nicht! Es gab also durchaus mehrere Termine.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt ja dann, dass eigentlich Ihre Gespräche und Verbindungen mit Frau Rumpold intensiver waren als mit Herrn Steininger.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Woraus schließen Sie das?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, weil Sie vorhin gemeint haben, mit Herrn Steininger haben Sie einmal bei einem Mittagessen das Ganze besprochen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe gesagt, wir haben uns kennen gelernt, weil es um die Auswahl ging. Ich habe nicht gesagt, dass ich danach Herrn Steininger nie wieder gesehen habe! – Sie legen mir dauernd Dinge in den Mund, die ich nicht gesagt habe!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist nicht meine Absicht.

Aber schauen wir einmal zu den Aufgaben von Herrn Steininger an diesem Punkt – Herr Bergner hat uns das ja geschildert –: Von Ihnen ist jetzt das Marketing dazugekommen, zusätzlich hat Herr Bergner das Einbringen von Marktkenntnissen genannt, Informationen über Verfahren und Prozesse, das Interpretieren von Angebotsunterlagen und das Ausräumen von Stolpersteinen.

Eine erste Frage dazu: Wenn jetzt allein für Marketing 6,6 Millionen Finanzmittel geflossen sind – das ist ja nur ein Teil von fünf Aufgaben! Wie muss man sich das vorstellen? – BOFORS, damit Herr Steininger, hat ja direkt ausbezahlt an die Firma Rumpold, aber damit ist ja nur dieser eine Teil abgedeckt. – Wie muss man sich das vorstellen, was das Volumen des Auftrages von Herrn Steininger betrifft?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Schauen Sie, Herr Abgeordneter, Sie müssen sich das für mich so vorstellen: Ich weiß, dass uns jemand hilft im Lande – wer uns hilft, der ist mir vorgestellt worden. Der ist hinterher, weil er in der Endauswahl war, durch einen Prüfungsprozess gelaufen, und das war für mich wichtig. Der ist es, den wir ausgesucht haben. Hat er den Prüfungsprozess **Blue Book** bestanden: ja oder nein? – Und er hatte ihn bestanden. Damit war für mich das Thema beendet. Danach sehe ich diese Herrschaften nur, wenn ich zu einer Veranstaltung hierher ins Land komme, sonst nicht.

All das, was Sie mich da jetzt fragen, ist nicht mein Thema. Es gehört nicht zu meiner Zuständigkeit, weil wir ein arbeitsteiliges Unternehmen sind. Wenn ich nach Wien gekommen bin, weil es eine Pressekonferenz gab, lief das so ab: Ich kaufe mir ein Ticket, fliege nach Wien, werde abgeholt, habe unterwegs das Briefing gelesen, gebe die Pressekonferenz, stehe für Fragen und Antworten zur Verfügung, werde mitunter hinterher unvollständig zitiert – das hatten wir beim letzten Mal schon –, und wenn das zu Ende ist, danke ich dem Team und fahre nach Hause. Das ist bei all diesen Terminen so, ich bin hier nur zwischendurch in meiner Funktion damals als Leiter Militärflugzeuge EADS, heute als Eurofighter Geschäftsführer. Das ist alles.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Rauen, wie soll man das glauben? Es gibt ein Ausschreibungsverfahren über Lobbyisten, und dann bleiben zwei Leute übrig; das sind offensichtlich Herr Steininger und Herr Wiederwohl. Dann holt man Sie dazu, weil Sie offensichtlich eine maßgebliche Mitsprache oder vielleicht sogar endgültige Auswahl treffen, und dann läuft dieses Verfahren. – Und Sie wollen überhaupt nicht, auch nicht nur im Ansatz wissen, wie der finanzielle Rahmen solcher Tätigkeiten aussieht?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Kräuter, ich wiederhole das noch einmal: Österreich war **eine** Kampagne von vielen – und beileibe nicht die größte. Ich glaube, Sie haben eine falsche Vorstellung davon, wie ein Unternehmen mit zirka 7 500 Mitarbeitern und

1,6 Milliarden Umsatz funktioniert. Ich weiß nicht, ob Sie das jemals gemacht haben; das kann ich nicht beurteilen. Wir haben diese Arbeitsteiligkeit. (*Abg. Dr. Kräuter: Ich habe nicht nach der Arbeitsteiligkeit gefragt, sondern ...!*) – Lassen Sie mich ausreden, ich lasse Sie doch auch ausreden!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Rauen, im Finale von einer Ausschreibung – Sie haben letztes Mal selbst von „Ausschreibung“ gesprochen; das steht im Protokoll – mit zwei künftigen Geschäftspartnern, die ja nicht unwichtig sind – tun wir nicht immer so, als wäre Österreich kein wichtiges Geschäft für einen Konzern, als erstes Nichtherstellerland –, ist das nicht unwesentlich. Sie entscheiden dann – Sie haben ja auch mit Herrn Wiederwohl mehrfach Kontakt gehabt, schriftlich und persönlich –, wer von den beiden letztendlich den Auftrag, der vom Umfang her kein geringer ist, bekommt. Jetzt muss es doch möglich sein, eine ungefähre Größenordnung zu nennen, wie so ein Auftragsverhältnis aussieht, wenn allein für einen Teil davon 6,6 Millionen € nur für Marketing weitergegeben werden können.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Und wenn Sie es noch so oft wiederholen, Herr Kräuter: Das ist nicht mein Thema! Ich kann nicht einmal diese 6 Komma irgendwas Millionen bestätigen; ich habe davon in den Medien gelesen.

Ich sage es Ihnen noch einmal: Als Vorsitzender solch eines Unternehmens, weil man sich mit den Herrschaften dann hinterher im Lande auch trifft, sollte man sie gekannt haben, gesehen haben – und dann ist es nicht eine einsame Entscheidung eines Vorsitzenden, sondern eine Entscheidung im Team, was passt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Sie haben keine Ahnung, ob 10 Millionen oder 100 Millionen € für den Zwischenvermittler fließen? (*Dipl.-Ing. Rauen: Nein!*) – Haben Sie überhaupt keine Ahnung? Wissen Sie das überhaupt nicht?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wir haben ein Budget für eine Kampagne, und in diesem Budget ist nicht nur ein Herr Berater drin, sondern in diesem Budget ist alles Mögliche drin. Sie haben hier ja eben erfahren: Es liefen sogar parallel dazu noch Kommunikationsaktivitäten, nämlich die von Herrn Ott. (*Abg. Dr. Kräuter: Wenn Sie in der Zeitung lesen, dass ...*) – Entschuldigung, lassen Sie mich ausreden oder nicht? Ich möchte das nur wissen. Ich war noch gar nicht fertig! (*Abg. Dr. Kräuter: Ich will nicht unhöflich sein!*)

Es gibt für jede Kampagne ein Budget, wie viel wir investieren wollen, und nach diesem Kampagnen-Budget fragt die **zuständige Organisation** in unserem Unternehmen. Wenn das Budget verabschiedet wird, weil es angemessen ist oder weil es überzeugend dargestellt worden ist, dann ist es **das Budget**. – Mehr hat mich nicht zu interessieren; ich greife doch da nicht ein!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn Sie in der Zeitung lesen, dass Herr Mensdorff-Pouilly bei erfolgreichem Abschluss des Gripen-Geschäftes in Tschechien 4 Prozent, 60 Millionen €, an Honorar empfangen hätte ... (*Abg. Dr. Fekter: Das ist ein Unsinn!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Durch den Zwischenruf von Frau Kollegin Fekter ist das jetzt, glaube ich, hinlänglich geklärt. – Bitte fortzusetzen!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich weiß nicht, ob Sie das „profil“ von dieser Woche kennen; ich nehme einmal an, da Sie sich ja sehr interessieren. Meine Frage dazu: Schließen Sie aus, dass es einen Prozentsatz an Honorar für den Haupt-Lobbyisten beim Eurofighter-Geschäft gibt? Können Sie das ausschließen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich kann dazu keine Aussage machen, das ist nicht mein Geschäft.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie schließen aber nicht aus, dass ein Prozentsatz von der Auftragssumme als Honorar ausbezahlt wurde?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe gesagt, ich kann dazu keine Aussage machen, weil das nicht in meinen Zuständigkeitsbereich ist. Im Übrigen denke ich, dass es in jedem Land hochgradig unterschiedlich ist. Falls es so etwas, wie Sie sagen, Herr Abgeordneter, gäbe, solche Prozentsätze, würde ich zumindest davon ausgehen, dass sie nicht in jedem Land gleich sind, weil es unterschiedliche Anforderungen gibt. – Aber ich gehe nur davon aus; das ist nicht mein Thema.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das glaube ich auch, dass das 4 Prozent, 6 Prozent, 7 Prozent sein können.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben gerade vorhin dem Ausschuss gesagt – wenn ich es richtig verstanden habe –, im Mai 2004 sind Sie Geschäftsführer der Eurofighter GmbH geworden.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sie haben zugehört, danke. Ja, so ist es.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): In welcher Funktion waren Sie vor diesem Zeitpunkt tätig?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich war vor diesem Zeitpunkt bei der EADS Militärflugzeuge, das ist, zu Deutsch gesagt, ein Unternehmens- oder manchmal auch Geschäftsbereich; in den Protokollen ist er immer als **Business Unit** dargestellt worden. Ich habe diesen Geschäftsbereich innerhalb der EADS geleitet; am Ende zirka 7 500 Mitarbeiter mit entsprechendem Umsatz.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben dem Ausschuss vorhin gesagt, dass Sie sich konkret an die beteiligten Personen, die bei der Vertragserrichtung bei EADS tätig waren, vom Namen her nicht erinnern können. – Ist es Ihnen aber dennoch möglich, dem Ausschuss zu schildern, wie die Vertragserrichtung abgelaufen ist?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ja. – Ich hatte eben allerdings, wenn ich das noch ergänzen darf, Herrn Falthäuser als Vertragsverhandler genannt. Den muss ich ja zumindest kennen, der die Vertragsverhandlungen führt.

Es ist prinzipiell so: Wir sind in einem Vorkampagnenstatus, und dann obliegt die erste Zuständigkeit der sogenannten **Lead Company** – für Österreich war das die EADS Deutschland – aus dem Konglomerat der vier Partner-Nationen BAE Systems, Alenia, EADS CASA und EADS DASA. Sie können jetzt fragen, warum überhaupt ein Unterschied zwischen EADS DASA und EADS CASA gemacht wird, es ist ja die EADS. – Das ist gesellschaftsrechtlich richtig, aber in unserem Geschäft ist es wichtig, dass es einen nationalen Ansprechpartner gibt – und Spanien ist Kernland für Eurofighter, deshalb sprechen wir von **vier Partnern**. CASA hat zum Beispiel eine Lead-Verantwortung für andere Länder dieser Welt.

Das ist alles die erste Zuständigkeit, solange wir in einem Status sind, wo eine Kampagne nicht in eine Vertragsverhandlung eintritt oder konkret auf ein Angebot antworten muss. Warum ändert sich da möglicherweise etwas? – Weil das Land, das Interesse hat, sich erklären muss: Möchte ich einen Vertrag mit einer Eurofighter Partner Company machen oder mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH, also mit dem **Center**? Österreich hat seinerzeit erklärt: Wir möchten das mit der Eurofighter

Jagdflugzeug GmbH machen! Demzufolge haben wir dann bei der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH ein Verhandlungsteam zusammengestellt, das verhandelt hat. Auch schon die Angebotsabgabe erfolgte dann als Eurofighter Jagdflugzeug GmbH. Dazu mussten Leute autorisiert werden; das habe ich ja letztes Mal auch ausgeführt. Parallel dazu läuft aber das Marketing-Team; also das, was um Herrn Dr. Bergner herum war, läuft weiter. – So muss man sich das vorstellen.

Das hätte auch anders sein können. Zum Beispiel in Saudi-Arabien, wo wir gegenwärtig auch in Verhandlungen sind, ist es zunächst ein Government-to-Government, das heißt Regierung zu Regierung, und die Regierung legt dann fest, ob es an eine Partner Company oder an Eurofighter in der Zentrale geht. Das ist Europa; es gibt eine ganze Menge von Möglichkeiten. Hier in Österreich war es so, wie ich beschrieben hatte: Da gab es ein Verhandlungsteam, einen Verhandlungsleiter, und den Namen habe ich hier genannt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Zu einer anderen Sache: Laut Vergabeverfahren war eine Lieferfähigkeit für die ersten Stücke des Eurofighter Typhoon für Österreich für das Jahr 2005 vorgesehen. Warum kam es dann schlussendlich zum Liefertermin 2007?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Der Liefertermin 2007 ist von Österreich gefordert worden. Das ist im Zusammenhang zu sehen – wenn ich das richtig verstanden habe – mit dem Budgetbegleitgesetz. Im Rahmen dieses Gesetzes wurde festgelegt, dass der Erstliefertermin 2007 ist. Ich habe mich erkundigt über dieses Thema. Es ist wohl angeblich so, dass die Zahlungsverpflichtung zusammenfällt in dieser Definition mit der Lieferung des ersten Flugzeuges. Das heißt: Ich zahle, wenn ich das erste Flugzeug bekomme. – Ich habe mich kundig gemacht und kann es im Moment nur so wiedergeben. Aber damit wurde auch für uns der Termin 2007 gefordert, und wir haben darauf geantwortet in unserem Vertrag.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Der Ausschuss hat schon festgestellt – und das ist auch hinlänglich bekannt –, dass es eine Verzögerung des Vertragsabschlusses um gut ein Jahr gegeben hat. Das heißt, eine Lieferung wäre, so gesehen, nach Vertragsabschluss 2003 im Jahre 2005 nicht möglich gewesen, da es ja bestimmte Vorlaufzeiten geben muss, um dieses System dann praktisch auch in der Republik Österreich betreuen zu können.

Können Sie bestätigen, dass es da Vorlaufzeiten von bis zu drei Jahren und länger geben muss, um solch ein System aufrechterhalten zu können?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich kann im Moment nicht exakt die Vorlaufzeit in Form von Monaten oder Jahren nennen, aber vielleicht darf ich das von einer anderen Seite beleuchten, denn es ist viel gesprochen worden über die Lieferfähigkeit oder Nichtlieferfähigkeit, und ich denke, das ist nach wie vor nicht richtig verstanden worden.

Es waren Liefertermine in den jeweiligen Angeboten enthalten; das Angebot 22. Jänner 2002 war, glaube ich, das erste. Wir haben dann in diesem Angebot, das später ja weiter verhandelt wurde, Liefertermine genannt, die identisch waren mit den zu dem Zeitpunkt verfügbaren Programmplänen, das heißt: wie die Liefermöglichkeiten aus dem Programm sind, mit welcher **Fähigkeit** des Flugzeuges. Das ist ganz wichtig, dass wir das hier im Ausschuss verstehen: mit welcher **Fähigkeit** des Flugzeuges kann geliefert werden.

Die Liefertermine, die seinerzeit in Rede standen, Herr Abgeordneter – und ich sage das laut und deutlich und bitte alle, zuzuhören –, die Liefertermine mit den **Fähigkeiten** hätten wir erfüllen können. Es ist falsch, immer wieder zu sagen, wir hätten nicht liefern

können. Wir haben keine Tranche festgeschrieben, sondern wir müssen eine **Fähigkeit** nach Österreich liefern können, und die Fähigkeit war **Luftraumüberwachung**. Luftraumüberwachung ist mit dem Standard 2 der Tranche 1 machbar in der Form, was hier in Österreich gefordert wurde. Definitiv! Dieses Flugzeug wäre zu Terminen lieferbar gewesen – ich muss jetzt nur nachschauen, wenn Sie die exakten Daten haben wollen –, die gepasst hätten, ganz eindeutig. Es ist einfach ein Märchen, zu behaupten, wir hätten diese Fähigkeit nicht liefern können, weil man sich immer an Tranchen aufhängt!

Tranchen – das ist ein **Produktionsstandard**, kein Fähigkeitsstandard! Wir waren gefordert, eine Fähigkeit für die Luftraumüberwachung zu liefern. Die Fähigkeit können Sie, nach dem, was hier gefordert ist, mit Tranche 1-Flugzeugen erfüllen. Ich habe letztes Mal schon gesagt: Wir hatten Lieferflexibilität in unserer Produktionskapazität. Also von daher wäre das möglich gewesen. Der 2007-er-Termin kam exakt so, wie ich das eben beschrieben habe.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wie stellt sich der derzeitige Produktionsfortschritt bezüglich Eurofighter Typhoon für Österreich dar?

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist mit Sicherheit nicht vom Beweisthema umfasst.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wenn die Lieferfähigkeit ein Vertragsbestandteil ist, dann ist der Produktionsfortschritt bezüglich der Lieferung sehr wohl Beweisthema.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Darmann, ich möchte darüber nicht mit Ihnen streiten, ich werde die Frage zulassen, aber ich weise Sie darauf hin, dass das eine äußerst weitgehende Interpretation der Verfahrensordnung ist, die dann auch für andere gilt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Zur Liefersituation – im Übrigen hat das meiner Meinung nach wirklich etwas mit Lieferfähigkeit zu tun, da stimme ich Ihnen zu, aber das ist nur mein Kommentar für mich –: sieht gut aus. Wir werden Mitte März Erstflug mit „**Österreich 1**“ haben, und zirka zum gleichen Termin wird „**Österreich 2**“ das Rollout haben, also die Produktionshalle verlassen. Die insgesamt ersten sechs Flugzeuge sind allesamt – also die vier, die noch folgen – ebenfalls in der Endmontage. Alle 18 Flugzeuge sind – neben diesen ersten sechs, die ich gerade geschildert habe – irgendwie in der Produktion, angearbeitet bis hin zu großen Baugruppen, zu kleineren Baugruppen. Wir sind voll im Terminplan: **Erstflug** ungefähr **Mitte März** für „**Österreich 1**“, **Rollout** „**Österreich 2**“ ebenfalls **Mitte März**; die restlichen werden folgen gemäß Plan. – Und niemand hat uns gesagt, wir sollen aufhören.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das mit dem Aufhören kann ja noch kommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rauen, Folgendes: Ist Ihnen bekannt – was Frau Rumpold hier im Ausschuss ausgesagt hat –, dass die Firma „100 % Communications“ zumindest Jänner, Februar 2002 für SAAB tätig war, bevor sie bei Ihnen eingestiegen ist?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Abgeordneter, ich habe das im Protokoll gelesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war Ihnen vorher nicht bekannt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das war mir persönlich nicht bekannt, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hätten Sie eine Firma genommen, die vorher für Ihre wichtigste Konkurrenz tätig war?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das hängt davon ab, wie sich das in der Zeit dargestellt hätte. Das könnte einen gewissen Charme haben, weil sie Bescheid weiß über die Konkurrenz.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe mit diesem „Charme“ gerechnet, und dieser „Charme“ interessiert mich jetzt.

Frau Rumpold hat nicht angeben können, welche Referenzprojekte sie bei Ihnen hätte vorlegen können – also muss der **Charme** übrig geblieben sein. Sie hat auch nicht erwähnt, dass sie bereits für SAAB einen Vertrag hatte, für den sie allerdings nichts erbracht hat – das hat sie auch gleich dazu gesagt.

Die Frage lautet daher: Was hat aus Ihrer Sicht diese Firma so besonders qualifiziert, dass Sie sie für das Lobbying bei einem so wichtigen Projekt wie Eurofighter eingesetzt haben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe eben schon gesagt: Das war nicht meine Auswahl. Das müssen Sie die Kollegen fragen, die das letztlich getan haben. Ich habe Frau Rumpold das erste Mal richtig wahrgenommen im Zuge einer Pressekonferenz, wenn ich mich richtig erinnere.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das mag sein, aber Sie haben bei alledem sozusagen eine leitende Funktion gehabt, und es kann Ihnen ja nicht egal sein, wer für Sie in Österreich das Terrain aufbereiten sollte. Sie haben uns das letzte Mal sehr plastisch geschildert, dass Sie ein Screening haben, dass Sie die Unternehmen, mit denen Sie tätig werden, durchleuchten, also kann Ihnen nicht egal gewesen sein, wer für Sie tätig ist.

Frau Rumpold hat uns und den Medien mitgeteilt, dass das Wesentliche, da sie kein Referenzprojekt vorlegen konnte – lassen wir den Charme vorläufig einmal außen vor ... (*Dipl.-Ing. Rauen: Entschuldigung, ich hatte eben mit dem Charme nicht die Dame gemeint, notwendigerweise, sondern wenn sie Erfahrungen über SAAB haben!*) Ich habe schon verstanden; den **geschäftlichen Charme** – einen anderen hätte ich Ihnen auch nicht unterstellt. (*Dipl.-Ing. Rauen: Danke schön, Herr Abgeordneter!*)

Lassen wir den geschäftlichen Charme – und nicht den persönlichen – einmal außen vor und gehen wir zu dem zurück, was Frau Rumpold selbst als Hauptmotiv angegeben hat, warum sie den Auftrag bekommen hat! Ich zitiere aus „NEWS“:

„Durch die politischen Kontakte meines Mannes und meine Vorgeschichte bei Medien kam er auf unsere Agentur.“ – Mit „er“ ist Herr Steininger gemeint.

Was war so wichtig an den politischen Kontakten für EADS beziehungsweise Eurofighter, dass man Herrn Rumpold genommen hat? Wieso sind politische Kontakte für ein Marketing für EADS so wichtig?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Was ich vorhin schon gesagt habe, Herr Abgeordneter: Es war wohl eine Empfehlung von Herrn Steininger in das Team hinein. Und ich habe eben auch ausgeführt: Wenn wir uns für einen Berater entscheiden, einen Helfer vor Ort, dann gehen wir davon aus – sonst würden wir uns nicht für ihn entscheiden –, dass er gute Leute an der Hand hat, die solide sind, die zuverlässig sind, die die geltenden Rechte, die geltenden Vorschriften einhalten. Er hat offensichtlich Rumpold vorgeschlagen. Ich war seinerzeit nicht einmal – wer hat nach dem Termin eben gefragt?, ich glaube, es war Herr Abgeordneter Kogler – dabei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auf die Seriosität will ich jetzt gar nicht eingehen in diesem Zusammenhang; das habe ich schon Herrn Bergner gefragt, ob bei dem Screening nicht auch die früheren Vorkommnisse, auch strafrechtlich relevanten Vorkommnisse entdeckt wurden; aber darauf will ich jetzt gar nicht eingehen.

Bleiben wir dabei: kein Referenzprojekt, Screening durchgeführt, politische Kontakte Hauptmotiv! Was soll aus Sicht von EADS beziehungsweise Eurofighter in einer Marketingstrategie mit **politischen Kontakten** bewirkt werden? Weshalb sind da politische Kontakte von besonderer Bedeutung? (*Dipl.-Ing. Rauen: Darf ich das erläutern unabhängig von Österreich?*) – Bitte.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wann immer wir irgendwo versuchen, in einen Markt hineinzukommen, ist unser Auftraggeber die Regierung. Am Ende ist es die Regierung, entschieden wird im Parlament. Deswegen versuchen wir, Kontakte mit **Entscheidungssträgern** aufzubauen, um zu informieren und hoffentlich zu überzeugen. Das ist in allen Ländern so, nicht nur in Österreich. Und dazu braucht es Leute, die Kontakte herstellen können, weil sie sie haben. Wir waren in Österreich völlige Neulinge; Österreich war „SAAB-Land“. Wir hatten zuerst ja gar nicht damit gerechnet, dass wir überhaupt zum Zuge kommen können. Wir mussten also sehr schnell einen Prozess aufbauen, um das **nachzuholen**, was unser Hauptkonkurrent hier schon hatte.

Wir beide haben uns seinerzeit nicht kennengelernt, das wäre vielleicht ganz interessant gewesen. – Man braucht Leute, die uns vor Ort helfen, und auch in den anderen Ländern, in Norwegen oder wo immer wir unterwegs sind, in Holland, in der Schweiz, ist es immer ein Kriterium: Kennen diese Leute Personen im politischen Feld?, damit wir sie auch kennenlernen können, um uns vorzustellen. Wir müssen uns selber ja bekannt machen: Wir sind das Konsortium, hier ist unser Produkt!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Damit Sie nicht das Gefühl der enttäuschten Hoffnungen haben: Ich hätte Ihnen zu der damaligen Regierung keine wirklich gute Schiene legen können.

Aber wenn wir die Voraussetzung, die Sie geschildert haben, nämlich Kontakt zur Regierung, Entscheidung Regierung, heranziehen und die Bedeutung der politischen Kontakte vor diesem Hintergrund reflektieren: Ist aus dieser Sicht zu erklären, warum ausgerechnet zwei im Nahebereich der beiden Regierungsparteien ÖVP und damals FPÖ/später BZÖ angesiedelte Medienunternehmen beauftragt wurden, nämlich Herr Ott, der im Nahbereich der ÖVP – er war Kammerfunktionär der ÖVP – angesiedelt war, und die Agentur Rumpold, die im Nahbereich der FPÖ/später BZÖ angesiedelt war? – Ist das so erklärlich, um sozusagen Kontakte zur Regierungsebene zu bekommen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Abgeordneter, ich habe das seinerzeit nicht getan; das habe ich auch schon ein paar Mal ausgeführt. Bei Herrn Ott zum Beispiel habe ich das auch erst viel, viel später erfahren. Bei den Rumpolds kam das in der Zusammenarbeit etwas früher raus; bei Ott erst ganz, ganz viel später, ich wusste es überhaupt nicht. Also für mich war das irrelevant, aber ich will nicht für die Leute, die Unterstützer vor Ort ausgesucht haben, sprechen. Das kann möglicherweise so gesehen worden sein, würde ja einen gewissen Sinn machen, aber ich kann für diese Leute **nicht** sprechen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Anhand des Googlns ist es zweifelsfrei ohne verschärftes Screening eruierbar gewesen, dass Herr Ott Kammerfunktionär war; das gibt er auch in seinem Curriculum vitae an. Das würde erklären, warum Sie sich in diesen beiden Nahbereichen sozusagen bestimmter Dienstleistungen bedient haben.

Welchen Sinn macht es dann, wenn das ohnehin offen ist, dass Sie an politischen Kontakten interessiert waren, zur Regierungsebene, die Agentur „BOFORS“ des Herrn Steininger dermaßen – angeblich oder tatsächlich – zu **knebeln**, wie er vor diesem Ausschuss behauptet hat, dass er gar nichts sagen darf über das, was diese Lobbying-Tätigkeit anlangt. Lobbying-Tätigkeit ist ja sozusagen kein besonderes

Geschäftsgeheimnis im Sinne der klassischen Definition von Geschäftsgeheimnis. (*Dipl.-Ing. Rauen: Was meinen Sie denn mit „knebeln“?*)

Herr Steininger hat hier gesagt, er wird regelrecht **bedroht**. Er hat hier den Eindruck erweckt, er wäre in seiner **Existenz bedroht** – das wurde auch gegenüber dem Herrn Verfahrensanwalt dargestellt –, er wäre also in seiner Existenz bedroht, wenn er hier auch nur **eine Aussage** im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis zwischen EADS und ihm treffen würde. Herr Steininger hat Beugestrafen in Kauf genommen, er hat mehrfache Sitzungsunterbrechungen in Kauf genommen, er hat mehrere Belehrungen in Kauf genommen, er war dermaßen bedroht, hat er immer wieder gesagt, es gehe bei ihm um alles, wenn er hier aussagt (*Abg. Dr. Fekter: Finanzielle Nachteile, hat er gesagt!*), massive finanzielle Nachteile, hat er gesagt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, vielleicht tut sich Herr Rauen leichter, wenn wir das wörtlich vorhalten. Ich halte wörtlich nur in Ergänzung vor:

Steininger hat vor dem Ausschuss gesagt:

„Es gibt eine Androhung von Ansprüchen, Regressansprüchen, seitens EADS, und die würden mir finanziellen Schaden zufügen.“

Später hat er dann noch ausgeführt, dass diese Auswirkungen für ihn **existenzgefährdend** wären. – Das nur zur Erklärung.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Vielen Dank, dass Sie das so zitiert haben. Ich entnehme dem Zitat, dass es einen Brief oder irgendeinen Hinweis von EADS gab?

Obmann Dr. Peter Pilz: Er hat einen Brief vorgelegt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Diesen Brief kenne ich nicht. Das ist ein EADS-Brief, und ich bin heute nicht mehr EADS, seit 1. Mai 2004 nicht mehr. Meine persönliche Meinung dazu ist – jetzt wende ich mich wieder Herrn Abgeordnetem Stadler zu –: Wenn wir ein Vertragsverhältnis miteinander haben, dann legt dieses Vertragsverhältnis ganz klar fest, was ich tun und was ich nicht tun darf, und damit ist das Thema völlig erledigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon, aber Sie waren damals der Hauptverantwortliche für dieses Projekt, in Österreich ins Geschäft zu kommen, daher müssen Sie auch Bescheid wissen. Sie haben gesagt, für Sie war der Ansprechpartner immer Herr Steininger und nicht Herr Rumpold. Das macht alles Sinn. (*Dipl.-Ing. Rauen: Rumpold habe ich nicht gesagt!*) Nein, aber das macht alles Sinn.

Ich werde in der nächsten Runde darauf zurückkommen. Die wesentliche Frage wird sein: Was ist die Motivation, dermaßen rigide Klauseln vorzusehen, dass Herr Steininger sagt, er sei in seiner Existenz bedroht, wenn er etwas sagt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich hoffte, ich hätte vorhin ausreichend dargelegt, welchen Wert für uns die Wettbewerbsfrage hat. Deswegen sind diese Klauseln **Standard**, Herr Abgeordneter. Das ist nichts Spezielles für Herrn Steininger, wir haben diese Klauseln, Betriebs- und Geschäftsgeheimnis, als Standard vor diesem Hintergrund in unseren Verträgen drin.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie diese Standardklauseln einmal vorlegen? Das ist ja nicht geheim, das sind ja Standardklauseln.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Aber ich habe sie jetzt nicht bei mir.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es wäre ja kein Problem, uns so eine Standardklausel, jetzt gar nicht bezogen auf Herrn Steininger, einfach einmal vorzulegen, damit wir wissen, was deren Inhalt ist.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass Sie in der Lage sind, Herr Abgeordneter, sich diese zu besorgen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass es der rechtmäßige Weg ist, dass Sie dem Ausschuss erklären, ob Sie bereit sind, uns das im Nachhinein schriftlich zukommen zu lassen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich glaube, das mit dem Hausaufgaben-Verteilen hatten wir letztes Mal schon. Ich muss das nicht mitnehmen, und im Übrigen ist es eine EADS-Angelegenheit.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine Frage war, ob Sie bereit wären, uns diese Standardklauseln, die ja keinem besonderen, konkreten Schutz unterliegen können, einfach einmal zur Kenntnis zu bringen. Das war meine Frage. Wenn Sie sagen: Nein das tun wir nicht!, dann nehmen wir das auch zur Kenntnis, dann müssen wir es anderweitig probieren.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich werde Folgendes tun: Ich werde die EADS bitten, dass sie das tut.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich darf jetzt auch einige Fragen stellen.

Sie kennen ja diese Verhaltensregeln betreffend die Geschäftstätigkeit, die Vertragsbestandteil sind. Ich konstruiere jetzt einen Fall: Nehmen wir an, eine Werbefirma hat aus dem Budget, das ihr Herr Steininger zur Verfügung gestellt hat, Schmiergelder an Regierungsmitglieder oder eine politische Partei bezahlt. Wäre auf Grund dieses Vertragsbestandteiles dieser Verhaltensregeln der Vertrag dann nichtig? (*Dipl.-Ing. Rauen: Würden Sie das bitte nochmals wiederholen!*)

Ich konstruiere ein zweites Mal einen Fall: Sie haben einen Vertrag mit Herrn Steininger, und Herr Steininger hat einen Vertrag mit einer Werbefirma. Nehmen wir einmal an, die Werbefirma hat aus dem Budget, das sie auf diesem Wege zur Verfügung gestellt bekommen hat, zur Beeinflussung der Typenentscheidung oder der Vertragsgestaltung Schmiergelder an eine politische Partei oder an ein Regierungsmitglied bezahlt. – Wäre auf Grund dieses Vertragsteiles damit der Kaufvertrag zwischen der Eurofighter GmbH und der Republik Österreich nichtig?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Vorsitzender, ich bin kein Jurist, ich möchte das auch nicht juristisch bewerten, was Sie gerade gesagt haben, ich möchte vielmehr wiederholen, warum wir diese Klauseln in unserem Vertrag drinhaben. Wir haben diese Klauseln drin, damit bei nachgeschalteten Vertragsverhältnissen – nachgeschaltet heißt: nicht mit unserem Vertragspartner, sondern was danach folgt – alles gemäß den geltenden Regelungen, das fordern wir, eingehalten wird. Dazu haben wir die Klausel, mehr kann ich dazu nicht sagen.

Den von Ihnen konstruierten Fall müssen Sie an einen Juristen richten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist dieser von mir konstruierter Fall in Ihrem Unternehmen überprüft worden?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum können Sie mir das nicht sagen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Weil ich nicht weiß, ob es getan worden ist, ganz einfach.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es gibt einen Satz, das ist Punkt 3 der Verhaltensregeln betreffend Geschäftstätigkeit, und der heißt:

Von Bieterseite wird ausdrücklich zugesagt – Bieterseite sind Sie –, dafür zu sorgen, dass auch durch Rechtsgeschäfte, die aus oder im Zusammenhang mit der

gegenständlichen Angebotseinholung abgeschlossen werden, insbesondere im Zuge der Abwicklung von Gegengeschäften kein Anbieten oder Gewähren von Vorteilen in dem nach Punkt 1 und Punkt 2 untersagten Umfang erfolgt – und jetzt kommt der Punkt, auf den ich mich beziehen will –, wobei der Bieter dieser Unterlassungspflicht genügt, wenn er die Einhaltung dieser Verpflichtung durch zumutbare Prüf- und Überwachungsmaßnahmen, insbesondere hinsichtlich der im Zuge dieser Angebotseinholung anzubietenden Gegengeschäfte bestmöglich sicherstellt.

Schildern Sie bitte dem Ausschuss, welche Prüf- und Überwachungsmaßnahmen Sie in Bezug auf Herrn Steininger durchgeführt haben und zu welchen Ergebnissen Sie gekommen sind?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Vorsitzender, ich habe selber überhaupt nichts getan! Ich hatte bereits gesagt, dass wir dafür hausintern unsere **arbeitsteiligen Zuständigkeiten** haben. Ich habe auch gesagt, dass für mich das Kriterium gilt: Ist der Blue-Book-Prozess durchlaufen worden: ja oder nein? Wenn er durchlaufen worden ist: Ist er erfolgreich durchlaufen worden: ja oder nein? Und wenn beides mit ja beantwortet wird – erstens: er ist durchlaufen worden, zweitens: er ist erfolgreich durchlaufen worden –, dann ist das Kapitel für mich damit beendet. *(Die Vertrauensperson Dr. Janko spricht kurz mit der Auskunftsperson.)* – EADS, richtig, Entschuldigung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich kenne mich bei deutschen Unternehmen nicht so aus, ich kenne eher österreichische Unternehmen. Da ist meine persönliche Erfahrung, dass die Geschäftsführung über für die Abwicklung eines Vertrages entscheidende Details Bescheid weiß. Das kann aber in der Bundesrepublik Deutschland vollkommen anders sein, und ich muss mich hier mit Ihren Antworten zufrieden geben.

Wissen Sie etwas über zumutbare Prüf- und Überwachungsmaßnahmen in Bezug auf den Vertrag mit Herrn Steininger? Haben solche stattgefunden?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Noch mal: Ich versuche, die ganze Zeit zu wiederholen, was ich mit Herrn Steininger zu tun gehabt habe und wie er ausgesucht worden ist. Alles darüber hinaus – möchte ich bitte ein für allemal sagen –: Das ist nicht mein Thema gewesen!

Obmann Dr. Peter Pilz: Das habe ich schon gehört.

Wie können wir feststellen, mit Ihnen gemeinsam, ob diese vertraglich vereinbarten zumutbaren Prüf- und Überwachungsmaßnahmen im Bezug auf Herrn Steininger durchgeführt worden sind und zu welchem Ergebnis sie geführt haben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich denke, da müssen Sie die EADS fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer war der Bieter?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Der Bieter für was?

Obmann Dr. Peter Pilz: Im Kaufvertrag. EADS oder die Eurofighter GmbH?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wir sind Vertragspartner mit Österreich als Eurofighter Jagdflugzeug GmbH.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer ist also der Bieter im Vertragstext?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Demzufolge wohl Eurofighter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also wen muss ich fragen in Bezug auf die Erfüllung von Vertragsbestandteilen: EADS oder Eurofighter?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wenn Sie den Vertrag meinen, den wir mit Österreich haben – und da ist Herr Steininger, soweit ich weiß, nicht Bestandteil, wenn Sie darauf hinaus wollen –, da müssen Sie uns fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dabei bin ich gerade. Ich halte mich an den Vertrag und ich ersuche Sie jetzt, die Fragen dazu zu beantworten. **Sie** sind derjenige, der die Fragen zu beantworten hat und nicht EADS.

Wie können wir feststellen, ob die Eurofighter GmbH die vertraglich vereinbarten zumutbaren Prüf- und Überwachungsmaßnahmen in Bezug auf das Vertragsverhältnis mit Herrn Steininger durchgeführt hat und zu welchem Ergebnis sie gekommen ist? Wie können wir das mit Ihnen gemeinsam feststellen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Eurofighter hat kein Vertragsverhältnis mit Herrn Steininger oder mit der Firma Bofors, sondern EADS. Das ist also Sache der EADS. Ich würde in dem Fall sagen, da müssen Sie sich an die EADS wenden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sämtliche Verpflichtungen – das ist rechtlich klar und das haben wir überprüft – aus den Vertragsverhandlungen, die EADS betreffen, sind auf Eurofighter GmbH übergegangen. Das steht rechtlich außer Streit. Ich sage Ihnen auch gleich, welche Folgen das haben wird. Wir werden selbstverständlich mit dem Verteidigungsminister besprechen, dass er von Ihnen den Nachweis dieser zumutbaren Prüf- und Überwachungsmaßnahmen fordert. Sollte Ihre Firma nicht in der Lage sein, die vertraglich vereinbarten Prüf- und Überwachungsmaßnahmen in Bezug auf eine ganze Reihe von Verträgen nachzuweisen, dann könnte daraus ein Nichtigkeitsgrund für den Vertrag entstehen; aber das ist dann alles im Laufe unserer Arbeit noch zu prüfen. Hier geht es um eine vertragliche Vereinbarung der Eurofighter GmbH.

Ich frage Sie deshalb grundsätzlicher: Welche Prüf- und Überwachungsmaßnahmen in Bezug auf hier angesprochene Rechtsgeschäfte hat die Eurofighter GmbH bisher durchgeführt und dem Bundesministerium für Landesverteidigung über deren Ergebnis berichtet?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum können Sie das nicht sagen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Weil ich es nicht weiß, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Damit kommen wir wieder zu der Frage an diesem Punkt: Wie können wir das mit Ihrer Hilfe erfahren? Wer ist die Auskunftsperson, die uns da Auskunft geben kann?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich hätte gerne einen Moment Unterbrechung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Natürlich, gerne. *(Die Vertrauensperson Dr. Janko spricht mit Verfahrensanwalt Dr. Strasser.)*

Sollte die Beratung länger dauern, was durchaus möglich ist, dann würde ich die Sitzung unterbrechen. *(Dipl.-Ing. Rauen: Wir sind fertig!)* – Sie sind fertig? Bitte um Ihre Antwort!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich hatte gerade hier als Ergebnis dieser kleinen Unterhaltung festgehalten: Ich kann Ihnen dazu keine Auskunft geben. Ich persönlich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich wiederhole meine Frage: Welche Person in Ihrem Unternehmen kann uns darüber Auskunft geben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich vermute, im Moment die Rechtsabteilung, aber ich bin mir nicht sicher, ob es nur die Rechtsabteilung ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sind Sie in der Lage, das als **Geschäftsführer** herauszufinden und dem Ausschuss darüber schriftlich Mitteilung zu machen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Schreiben Sie uns vorher schriftlich, was Sie genau wollen noch einmal! Ich habe bis jetzt vom Wortlaut her auch nicht mitgeschrieben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn es für Sie notwendig ist, dann werden wir Ihnen das selbstverständlich auch schriftlich geben. Aber sind Sie damit einverstanden und erklären Ihre Bereitschaft, uns mitzuteilen, wer in Ihrem Unternehmen die Person ist, die dafür verantwortlich ist, dass diese vertragliche Verpflichtung eingehalten wird?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Vorsitzender, wenn Sie das der Firma schriftlich schreiben, werden wir auch schriftlich darauf antworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Alles andere würde mich wundern. – Können Sie ausschließen, dass das eine Antwort wie von EADS wird?, nämlich: Wir geben Ihnen keine Auskunft!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Was EADS jetzt tut, das ist nicht mein Thema. Ich bin hier für ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das war nur ein Vergleich.

Ich fasse zusammen: Wir werden Ihnen einen Brief schreiben, so, wie wir ihn ohne konkretes Ergebnis und ohne Erfolg an EADS geschrieben haben. Ich hoffe, der Erfolg wird in diesem Fall größer sein. Sie sind jedenfalls nicht in der Lage, zu sagen, ob die zumutbaren Prüf- und Überwachungsmaßnahmen stattgefunden haben. Sie kennen keinen konkreten Fall, können dem Ausschuss keinen konkreten Fall nennen und können insbesondere in Bezug auf die Person Steininger nicht sagen, ob das stattgefunden hat.

In diesem Fall sind wir in der glücklichen Lage, auch das Bundesministerium für Landesverteidigung fragen zu können, ob diese vertragliche Verpflichtung dem Verteidigungsministerium gegenüber eingehalten worden ist. Ich will der Beantwortung dieser Frage nicht vorgreifen, daher: Erst in Folge werden wir beurteilen, ob daraus einer von bereits mehreren möglichen Vertragsauflösungs- beziehungsweise Nichtigkeitsgründen vorliegen könnte.

Damit habe ich kurz geschildert, wie das Verfahren in diesem Punkt ausschauen wird. Die 10 Minuten Fragezeit für mich sind vorbei. Kollegin Fekter wartet schon. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Kollege Pilz, Ihre Schlussfolgerung, daraus könnte ein Nichtigkeitsgrund entstehen, ist **juristisch nicht haltbar**: Der Nichtigkeitsgrund ist das Delikt 304, nämlich die Geschenkkannahme. Das, was unter Ziffer 3 steht im Hinblick auf: „wobei der Bieter dieser Unterlassungspflicht genügt, wenn er die Einhaltung durch zumutbare Prüf- und Überwachungsmaßnahmen sicherstellt“, ist eine Beweiserleichterung in Hinblick auf die Kausalität und hat an und für sich mit dem Delikt **Geschenkkannahme** überhaupt **nichts** zu tun. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Gaßner übernimmt den Vorsitz.*)

Zu konstruieren, dass damit ein Ausstiegsgrund gegeben sein könnte, zu sagen, es ist der Nachteil von EADS, wenn sie sozusagen nicht beweisen können, dass sie geprüft haben, und es dann zu einer Geschenkkannahme gekommen ist ... – Dann ist die Kausalität in der Zurechnung zum Schaden von EADS. Aber dass damit, ob geprüft wird oder nicht, ein Nichtigkeitsgrund vorhanden ist, das halte ich für juristisch **einfach daneben!** Auch wenn Herr Kollege Pilz derzeit versucht, draußen den Medien das so

zu erklären: Das ist ganz einfach falsch! Ich habe vor ... (Abg. **Gahr**: *Der soll nach oben gehen! Wenn es um ein paar Fragen für ihn geht, dann soll Pilz wenigstens auf dem Vorsitz oben bleiben, oder? Das wäre schon der Anstand gnädig!* – Abg. Mag. **Stadler**: *Aufs Häusl musst du auch!* – Abg. **Gahr**: *Aufs Häusl, wenn zwei Herren da hinterbei nach rauslaufen!? Ganz blöd sind wir auch nicht!*)

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Aber meine Herren! Herr Gahr!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Medien laufen mit aufs Häusl – oder wie ist das, Herr Kollege Stadler?

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Das Häusl geht über den Gegenstand unserer Befragungen hinaus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Häuslfrage ist ÖVP; das ist dort zu klären.

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Frau Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich des Vertragsverhältnisses: Steininger hat ein Vertragsverhältnis mit EADS und nicht mit der Eurofighter GmbH. In Punkt 2 und auch in Punkt 1 ist aber klargestellt, dass auch mittelbare Einflussnahme oder mittelbare Vertragspartner – also nicht nur unmittelbare, sondern auch mittelbare – davon erfasst sind.

Gehen Sie davon aus, dass die „Schmiergeldklausel“ – wie wir sie jetzt landläufig nennen – auch für Steininger gilt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich weiß nicht, was in seinem Vertrag steht. Ich habe den nie gelesen. Aber ich gehe davon aus. Ich hatte ja vorhin gesagt, das ist für uns, für die EADS, der eigene Grundsatz. Der steht immer drin. Und wir fordern von den Vertragspartnern, dass sie sich auch daran halten. Deswegen gehe ich davon aus, aber, wie gesagt: Ich habe seinen Vertrag nicht gesehen.

Aber im Übrigen bin ich Ihnen dankbar für diese juristische Hilfestellung. Es ist ja schon mitunter etwas schwierig für Nichtjuristen, das so nachzuvollziehen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Mit Beweiserleichterungen schlagen wir uns hier im Parlament mehrmals herum, und das ist eine klassische Beweiserleichterung für EADS, die es EADS sozusagen ein bisschen leichter machen soll, darzutun, dass sie ohnehin die Pflichten erfüllt hat. Wenn sie es nicht getan hat, muss sie sich natürlich dann mehr Fehlverhalten zurechnen lassen. Also in Wirklichkeit dreht Kollege Pilz das eher um, denn etwas, was zugunsten von EADS hier drinnen steht, möchte er so auslegen, als wäre das sozusagen ein Nichtigkeitsgrund – was ein **Unsinn** ist.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das hatten wir hier gerade auch diskutiert, dass das jetzt gegen uns verwandt werden soll. Aber gut. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nein, Herr Kollege Stadler, aber ich bemühe mich, dass das hier rechtsstaatlich abgeht, gemäß unserer Rechtsordnung abgeht – und nicht, wie ihr das haben wollt: ein reines Tribunal und mediales Spektakel! (*Dipl.-Ing. Rauen: Exakt!*) Und das ist der Unterschied zwischen uns beiden. (*Abg. Mag. Stadler: ... Winkelschreiberei!*)

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Frau Kollegin Fekter, können wir diese Frage dann in einer Geschäftsordnungsdebatte oder außerhalb dieser Befragung diskutieren? – Sie sind jetzt hier, um Herrn Rauen zu **befragen**. Ich habe aber bisher kaum eine Frage gehört.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Vorsitzender, dann müssen Sie mir die Fragemöglichkeit auch geben und Herrn Kollegen Stadler unterbrechen!

Bezüglich der Einführung eines Produktes auf einen Markt, wo ein Produkt in dieser Größenordnung noch nicht eingeführt worden ist: Sind da, im Vergleich zu anderen Ländern, Markteinführungskosten gegeben? In welcher Größenordnung fallen diese in anderen Ländern an?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also Sie werden sicher nicht ... (*Abg. Mag. Stadler: Wie viele Käufer haben Sie außer ... Österreich noch?*) – Entschuldigung. Ich möchte jetzt erst einmal der Frau Abgeordneten antworten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Österreich war sozusagen „Gripen-Land“, und bei uns war nur Gripen vertreten. Daher hat es eine Markteinführung für Eurofighter gegeben.

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Ich glaube, Herr Rauen wollte eine Antwort geben.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Vielleicht darf ich mit dem Punkt anfangen, weil ich ihn vorhin schon einmal erwähnt hatte. Österreich war „SAAB-Land“, Gripen stand vor der Tür und einige sagten zu uns: Der Deal ist eigentlich schon gelaufen; das Thema ist durch! Das wird Gripen – fertig! – Und für uns sah das ja auch lange Zeit so aus. Wir waren dann natürlich angenehm überrascht, dass es noch eine Möglichkeit gab, hier wieder reinzukommen.

Damit zu Ihrer Frage, Frau Abgeordnete: Das definiert natürlich in einem gewissen Rahmen, welchen Einsatz man hier leisten muss. Und was noch dazukam: das Tempo. Wir hatten nicht viel Zeit. Die Vorlaufzeit von SAAB hatten wir nicht. Wir mussten also sehr schnell das aufholen, was unser Konkurrent, unser Hauptkonkurrent, hier schon hatte. Das erklärt auch, warum wir uns jemanden genommen haben – in dem Fall heißt „uns“ EADS, sage ich immer wieder –, warum sich EADS einen Helfer, einen Berater vor Ort genommen hat, der uns viele Dinge sehr schnell abnehmen kann, weil er sich vor Ort auskennt.

Und deswegen auch der Auftrag an die „unter anderen“ in dem Vertragsverhältnis, soweit mir das bekannt ist. Ich kenne es, wie gesagt, nur von der Oberfläche, dass das Thema Marketing, Kommunikation mit untergebracht war.

Was das im Einzelnen volumenmäßig bedeutet, da bin ich sicher, Frau Abgeordnete, das wollen Sie von mir auch nicht hören, denn ansonsten, wenn ich hier wieder irgendwelche Zahlen nennte, Herr Abgeordneter, würde das SAAB draußen wieder aufgreifen und sagen: Ah, die haben so viel investiert in Österreich – und das heißt für uns in etwa, so viel sollten wir das nächste Mal investieren!

Es hängt davon ab: Wie ist die Konkurrenz in dem Land? Was ist dort bisher geschehen? Welche Maßnahmen sind dort bisher ergriffen worden? Sind wir, die EADS, zu der Zeit – sage ich jetzt immer, wenn von „der Zeit“ die Rede ist – eventuell mit anderen Produkten schon hier im Markt? Gibt es da schon Zugänge? Kann man die nutzen? Müssen wir nicht ganz von vorne anfangen?

All das sind am Ende Faktoren, die den Gesamtaufwand, möchte ich so einmal sagen, bestimmen. Und das ist in jedem Land, Frau Abgeordnete, ganz unterschiedlich. Wenn Sie in der Türkei sind, ist das etwas anderes, als wenn Sie beispielsweise in Norwegen sind. Und Österreich ist was anderes als Deutschland – und umgekehrt. Das kann man daher so pauschal nicht sagen, daher: Wir müssen uns am Ende zusammensetzen, wenn das Budget für die Kampagne festgelegt wird. Und wenn das Budget auf der

einen Seite ist – das versteht auch Herr Stadler ganz genau –, wenn also das Budget auf der einen Seite ist, dann setzen wir die Erfolgswahrscheinlichkeit dagegen, und dann kann sich ein hohes Budget in einem relativ kleinen Land rechnen, wenn die Erfolgswahrscheinlichkeit recht hoch ist in dem besonderen Fall, oder umgekehrt. Das muss man sehen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Jetzt haben Sie mich auf eine Frage gebracht. War das Budget von vornherein fixiert – oder war es erfolgsabhängig? Hat man nach der Typenentscheidung noch einmal Geld in die Hand genommen, um das Produkt, das man sozusagen durch die Typenentscheidung hier an den Mann gebracht hat, aber der Vertrag noch nicht unterfertigt war, positiv marketingmäßig einzuführen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also auch hier im Sinne einer – so wie es bei mir auf dem Tisch liegt – generellen Beantwortung: Wir skizzieren ein Gesamtbudget, und das wird einer jährlichen Überprüfung unterzogen. Es kann ja sein, dass der Termin, zu dem wir einen Vertragsabschluss erhofft hatten, verschoben wird. Dann müssen wir das Budget überdenken. Wir hatten beispielsweise in Griechenland schon mal einen paraphierten Vertrag, und dann hat die griechische Regierung plötzlich gesagt: Wir müssen den wegen der Olympiade auf Eis legen! Also dann verschiebt sich das Ganze. Dann können Sie die Kampagne nicht abstellen. Dann müssen Sie neu festlegen: Wie gehen wir weiter vor? Wir stecken uns einen Rahmen. Der wird in der Regel jährlich überprüft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Vertrag mit Griechenland war so, dass verschoben, aber dann doch bestellt wurde?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein. (*Abg. Dr. Fekter: Nicht bestellt?*) – Griechenland hat nach wie vor diesen Vertrag nicht wieder ... (*Abg. Dr. Fekter: Reaktiviert!*) reaktiviert – danke für das Wort. Griechenland hat zwischendurch eine Interimslösung beschafft, aber **nicht als Ersatz** für diesen Vertrag. Das ist nach wie vor ausstehend; der Wettbewerb läuft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Was kostet das die Griechen im Hinblick auf den unterfertigten Vertrag, wenn das schon ein unterfertigter Vertrag ist?

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Frau Kollegin Fekter, das war die letzte Frage.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Was war das?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Was kostet das die Griechen an und für sich, wenn sie einen Vertrag unterfertigt haben und die Flieger nicht landen lassen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Solange wir keinen Vertrag haben, können wir von den Griechen auch kein Geld einfordern.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ach so, der Vertrag ist nicht unterfertigt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Der ist paraphiert gewesen. Der ist paraphiert gewesen, nicht unterfertigt und ist dann von der Regierung wegen der Olympiade und den Geldnöten – Engpässen sollte ich vielleicht sagen – auf Eis gelegt worden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es war so, dass eigentlich die Auffassung war, das ist für SAAB Gripen mehr oder weniger gelaufen. Sie haben dann als Chef der Militärsparte einen Lobbyisten ausgesucht, und natürlich waren, wie Sie sagen,

Tempo und Einsatz notwendig, um das Steuer noch herumzureißen. Ich glaube, bisher ist das alles korrekt zusammengefasst? (*Dipl.-Ing. **Rauen** schüttelt den Kopf.*) – Nicht?

Dann wiederhole ich noch einmal: Österreich war „SAAB-Gripen-Land“, wie Sie sagen, und damit hatte man wenig Erfolgsaussichten. Sie haben dann als Chef der Militärsparte einen Lobbyisten ausgewählt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich hatte gesagt, dass ich mit hinzugezogen wurde, als es um die Auswahl ging. Der Vertrag des Lobbyisten ist nicht von mir unterfertigt worden. Versuchen Sie nicht, mir immer das Wort im Munde umzudrehen! Das habe ich so **nicht gesagt**. Ich war in der Endauswahl mitgefragt worden, mit wem man dann das Blue-Book-Verfahren einleitet, weil das nur mit dem Endkandidaten gemacht wird. Ich habe Herrn Steininger nicht kraft meines Amtes großzügig alleine ausgesucht. Damit das ein für alle Mal klar ist!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich meine, Ihre Stimme wird ja Gewicht gehabt haben. Sie waren ja der Chef der Militärsparte. Wie muss man sich das vorstellen? Wen müssen Sie da noch fragen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Okay, dann steigen wir wieder ein in das Kapitel Arbeitsteilung in Großunternehmen. Was haben wir heute? – Ich glaube, 30 Milliarden, über 100 000 Mitarbeiter und ich bin wieder in der Zeit der EADS, wo ich ja jetzt nicht mehr bin, aber ich blicke zurück in die EADS aus der Erinnerung heraus. Es gibt dort eine Zentralorganisation, die heißt **EADS International**; seinerzeit hieß sie EADS International. EADS International hat sich, wie ich vorhin gesagt habe, zuallererst darum gekümmert, was das Marketingkonzept hier in Österreich anging. Die haben dort ein gewaltiges Wort mitzureden, natürlich lassen sie auch die Geschäftsbereiche, in diesem Fall Militärflugzeuge, mit hineinschauen, damit wir gemeinsam eine Entscheidung fällen können. Am Ende wird der Vertrag **nicht von mir** unterschrieben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Muss man sich das erfolgsorientiert vorstellen, sinnvollerweise, wenn man jetzt so ein Marketingkonzept erstellt und es budgetiert – also, dass man sagt, sollte das Geschäft gelingen, soll es uns so und so viel Prozent wert sein?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Die Vertragsgestaltung mit Beratern ist nicht mein Thema.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte Sie noch einmal aus dem Protokoll hier zitieren. Da ist es auch um den Herrn Steininger gegangen. Sie haben gesagt:

„Der hat mit uns einen Beratervertrag gehabt, und er hat auch hier vor Ort (...) Werbeagenturen beauftragt, ...“. – Werbeagenturen! (*Dipl.-Ing. **Rauen**: Bitte?*) – Ja, in der Mehrzahl! Im selben Absatz noch einmal:

„Der hat hier vor Ort dann geeignete Agenturen beauftragt.“ – Das steht zweimal da.

Muss man sich das jetzt so vorstellen, dass Herr Steininger mehrere Agenturen beauftragt hat?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich hatte eben schon einmal ausgeführt, Herr Kräuter: Wir hatten hier mit mehreren Agenturen zu tun. Beispielsweise war Ott genannt worden, „100 %“ war genannt worden. Ich habe mich für die Vertragsverhältnisse nicht interessiert; das habe ich später erfahren. Ich hatte eben hier auch gesagt: Auch das Thema **Ott** ist bei mir erst später auf den Tisch gekommen. Ich habe jene wahrgenommen als Organisationen, die für uns arbeiteten. Ob das Vertragsverhältnis über Steininger lief oder nicht, ist nicht mein Thema.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es ist ja durch Aussagen von Herrn Ott in der Öffentlichkeit klar, dass er mit Herrn Steininger offensichtlich nichts zu tun hatte, sondern **direkt von EADS** beauftragt wurde, aber das werden wir ihn dann sowieso fragen.

Ich wollte nur fragen, ob Ihnen bekannt ist – es kann ja sein oder nicht sein, wie Sie gesagt haben, weil Sie von Werbeagenturen sprechen –, dass über die Rumpold-Firma hinaus vielleicht auch eine andere Rumpold-Firma oder sonst jemand beauftragt wurde?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Dazu kann ich nur das eine wiederholen, was ich gesagt habe. Ich habe persönlich wahrgenommen: zwei. Und **zwei** rechtfertigt einen **Plural** in der Formulierung. – Ich habe nicht gesagt, wie das Vertragsverhältnis war; das wusste ich auch seinerzeit nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber in diesem Zusammenhang ist es um den Herrn Steininger gegangen, dass eben Herr Steininger mehrere Agenturen beauftragt hat. – Das steht auf Seite 21 im Protokoll.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich versuche ja gerade, zu erklären, warum ich den **Plural** verwendet habe. Ich habe wahrgenommen, dass nicht nur eine Agentur offensichtlich hier war, denn es gab die Rumpolds, die ich bei der Pressekonferenz hatte; da habe ich die wahrgenommen, persönlich gehört, angefasst. Und darüber hinaus kriegte ich Presseauswertungen auf den Tisch von Ott. Man hat ja gesagt, die machen Press Cuttings zum Beispiel.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe hier ein Zitat aus, ich glaube, der Zeitschrift „profil“ vom 30. Oktober 2006, wo es heißt:

Frau Keglevich, Special Public Affairs, PR-Beratung und Lobbying GesmbH versucht seit 2001, guten Wind für das Eurofighter-Projekt zu machen. – Zitatende.

Kann es sein, dass Frau Keglevich mit ihrer Firma da schon tätig war – eventuell über den Herrn Steininger?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: 2001 ist EADS, nicht? Wir sind wieder bei der EADS in der Zeit?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, ich zitiere hier nur aus einer Zeitschrift.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Aber ich weiß ja nicht, woher „profil“ Informationen hat. Wann Frau Keglevich bei EADS unter Vertrag genommen worden ist, das kann ich Ihnen im Moment so nicht sagen, das müsste ich nachschauen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich wollte Sie fragen, ob Sie ausschließen können, dass Frau Keglevich beim Herrn Steininger unter Vertrag war?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich kann dazu keine Aussage machen. – Ich wiederhole mich zum x-ten Mal: Vertragsverhältnisse sind nicht mein Thema!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Als Sie mit Herrn Wiederwohl Kontakt hatten, und der war ja wohl sehr intensiv im Oktober 2001, da hat es ja mehrere Male Schriftverkehr und auch persönliche Besprechungen mit dem Herrn Wiederwohl gegeben.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wer sagt das?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na, ich wollte Sie das fragen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Warum fragen Sie mich das? Ich habe gesagt, ich habe Herrn Wiederwohl in der Endauswahl gesehen. – Das wiederholt sich jetzt auch schon zum x-ten Mal!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Sie haben den Herrn Wiederwohl überhaupt nur einmal gesprochen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Aus meiner Erinnerung heraus im Moment habe ich Herrn Wiederwohl in dieser Besprechung gesehen. Ich kann mich im Moment an keine andere Begegnung erinnern.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Und Schriftverkehr oder so etwas hat es überhaupt keinen gegeben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich kann mich an keinen erinnern.

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Bevor wir die neue Fragerunde eröffnen, frage ich Sie, Herr Rauen, ob wir eine kurze Pause machen sollten. Sie sind jetzt schon seit über zwei Stunden ununterbrochen hier. Wenn Sie es wünschen, machen wir fünf Minuten Pause.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also die Antwort ist ja.

Obmannstellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Um die Diskussion weiterzuführen, die vorhin begonnen wurde, bezüglich des Begriffs „Häusl“.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das „Häusl“, ja das habe ich gemeint.

Obmannstellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Die Sitzung ist für fünf Minuten **unterbrochen**.

(Die Sitzung wird um 11.18 Uhr **unterbrochen** und um 11.25 Uhr **wieder aufgenommen**.)

Obmann Dr. Peter Pilz *nimmt* die unterbrochene Sitzung **wieder auf**; mit der Befragung von **Dipl.-Ing. Rauen** wird fortgesetzt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rauen, kommen wir zurück zu dieser Vertragssituation zwischen Ihnen – das heißt: EADS Eurofighter – und Herrn Steininger.

Ich nehme an, dass eine ähnliche Klausel dort im Vertrag sein wird, wie sie dann Herr Steininger gegenüber der Agentur Rumpold formuliert hat. Diese Klausel wurde uns von Frau Rumpold vorgelegt, und sie lautet wie folgt:

Es ist der „100 % Communications“ untersagt – und jetzt kommt's! –, urheberrechtlich geschützte oder vertrauliche Geschäftsvorgänge, Unterlagen und Informationen schriftlicher oder mündlicher Natur, die von Erhard P. Steininger während der Dauer des vorliegenden Vertrages oder danach übermittelt werden oder zur Kenntnis gelangen, Dritten bekannt zu geben. – Ende des Zitats.

Nun gibt es – und das werden wir noch mit einem Gutachten klären – die Überlegung, ob derartige Klauseln vor dem Hintergrund der konkreten Bestimmungen nicht nach § 879 ABGB nichtig sind, weil die gesetzliche Bestimmung steht allemal über der vertraglichen. Sie können nach österreichischem Recht – übrigens ist das in

Deutschland nicht anders – nicht mit vertraglichen Bestimmungen gesetzlich zwingendes Recht aushebeln – das geht nicht! – Gut.

Wenn wir jetzt also davon ausgehen, dass eine derartige Bestimmung bei Herrn Steininger korrespondierend vorhanden ist – ich will jetzt gar nicht mit Ihnen in die Diskussion darüber einsteigen, was jetzt davon urheberrechtlich geschützt ist oder nicht –: Wie hoch sind die Pönale-Drohungen, die dann mit einem Zuwiderhandeln verbunden wären?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Abgeordneter, ich kenne diese Details aus dem Vertrag nicht, ich habe ihn nicht unterschrieben. Ich rede hier jetzt gar nicht von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, sondern ich kenne diese Details schlichtweg nicht!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also, ich halte fest, dass Sie einen wichtigen Lobbyisten dafür einschalten, dass er Ihnen das Terrain in Österreich aufbereitet. Sie berufen sich bei dem, was wir gerne wissen wollen über dieses Vertragsverhältnis, auf eine Vertragsklausel, von der Sie jetzt nicht wissen, wie die Sanktionen aussehen, die damit verbunden sind. – Habe ich das richtig verstanden? Ich muss es nur intellektuell erfassen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich hatte gerade gesagt – was ich vorher auch schon ausgeführt hatte –: Ich war in diesen Vertragsverhandlungen nicht dabei ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na, das ist etwas anderes!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sie reden ja über Inhalte dieses Vertrages – Pönale und Ähnliches, wenn ich das richtig verstanden habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Pönale zwischen EADS und Steininger, nicht Pönale zwischen EADS und der Republik Österreich.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein, nein, ich rede über diesen Vertrag. (*Abg. Mag. Stadler: Gut!*) Ich habe diesen Vertrag weder gestaltet, noch habe ich ihn gelesen, noch habe ich ihn unterschrieben. – Glauben Sie es mir: Ich kann Ihnen das schlichtweg nicht beantworten!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Belassen wir das einmal dabei, weil wir hier nicht wirklich weiterkommen. Gehen wir zu einem anderen Thema über.

Frau Renate Wolf, Commercial Director, ist eine Mitarbeiterin von Ihnen, nehme ich an?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wenn ich mich richtig erinnere, **war** sie Mitarbeiterin bei Eurofighter. Das ist jetzt wieder so ein Thema – was ich vorhin schon einmal gesagt habe –: Ich tue das aus der Erinnerung heraus! Ich kann Ihnen sagen, sie ist heute nicht mehr Mitarbeiterin der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber zumindest im Jahre 2002 war sie das noch.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wenn Sie das da so lesen, dann wird das wohl so sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ja, ich habe einen Brief hier.

In diesem Brief schreibt sie, dass die wichtigsten Ansprechpartner für Eurofighter und auch für EADS-Deutschland in Österreich Herr Steininger und Herr Fred Plattner seien. – Ist das richtig?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ob das die wichtigsten Ansprechpartner sind? (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) Das kann ich nicht beurteilen; das hat Frau Wolf so geschrieben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir davon aus, dass Plattner und Steininger hier Ihre Interessen vertreten haben. Welchen Vertrag ...

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: EADS war das, glaube ich, nicht? – Sie hatten eben immer EADS gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): EADS, aber sie teilt das auf Briefpapier der Firma Eurofighter mit.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Deswegen sage ich ja: Wenn Sie sagen, es sind die wichtigsten Mitarbeiter der Firma Eurofighter (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*): Herr Steininger hatte einen Vertrag mit der **EADS!**

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja! Und die Interessen von EADS – teilt die Firma Eurofighter, vertreten durch Frau Wolf, dem Bundesministerium für Landesverteidigung mit – nehmen in Österreich Herr **Steininger** und Herr **Plattner** wahr.

Wie war die Abgrenzung zwischen den Aufgabengebieten? Was waren die Aufgabengebiete? Was war die Aufgabe von Herrn Plattner? (*Dipl.-Ing. Rauen: Weiß ich nicht!*) – Sie wissen aber, was die Aufgabe von Herrn Steininger war?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe vorhin in grober Zusammenfassung das beschrieben, was Herr Steininger hier zu tun hatte (*Abg. Mag. Stadler: Das habe ich in Erinnerung!*), aber nicht, weil ich den Vertrag geschrieben hatte, sondern weil ich mich einfach noch schnell hier kündigt gemacht hatte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Fragen wir anders: Kennen Sie den Herrn Plattner?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe ihm schon einmal die Hand geschüttelt. Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mehr haben Sie nicht mit ihm Kontakt gehabt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe mit ihm keine geschäftlichen Aktivitäten, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie sind über sein Aufgabengebiet, das er neben oder gemeinsam mit dem Herrn Steininger hier zu erfüllen gehabt hätte oder hat, nicht informiert? (*Dipl.-Ing. Rauen: Nein!*) Sie sind nicht informiert darüber. Aber Frau Wolf, die offensichtlich darüber informiert war oder nach wie vor ist, das war eine Mitarbeiterin von Ihnen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sagen Sie mir noch einmal das Jahr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): 21. März 2002.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Und was ist das für ein Briefkopf? (*Abg. Mag. Stadler: Eurofighter!*) – Dann war sie nicht Mitarbeiterin von mir, denn zu dem Zeitpunkt war ich bei EADS. Seit dem 1. Mai 2004.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Pardon, das ist wahr, ja. Das ist korrekt. Da haben sie völlig Recht. – Ist sie später dann, zu der Zeit, als Sie dann schon bei Eurofighter waren, nach wie vor bei Eurofighter tätig gewesen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ganz ehrlich, ich weiß das im Moment nicht, aber ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, ich versuche, sie einzuordnen, was ihre Aufgabe dort war.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Seinerzeit war sie offensichtlich bei Eurofighter. Das ist richtig. Wann sie Eurofighter verlassen hat – weil ich zufällig weiß, dass sie heute – Zufall! – nicht mehr da ist; so groß ist ja das Unternehmen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Sie waren zu dem Zeitpunkt noch bei EADS. (*Dipl.-Ing. Rauen: Ja!*) Wenn Frau Wolf mitteilt, dass Steininger und Plattner für EADS tätig waren, dann müssen Sie aber zumindest wissen, was der Plattner und der Steininger für EADS gemacht haben.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Habe ich Ihnen schon gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sagte – im Konjunktiv –: *müssten* Sie wissen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein, warum das denn?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, ich wundere mich, dass es die Frau Wolf von Eurofighter weiß, obwohl sie nicht bei EADS ist, sondern bei EADS sind Sie, aber die Frau Wolf weiß, was der Herr Plattner und was der Herr Steininger für EADS zu machen haben, während der EADS-Vertreter das nicht weiß! Das ist skurril.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Dann sagen Sie mir doch, Herr Abgeordneter Stadler, in welcher Funktion die bei Eurofighter auf welchem Level gewesen ist? War sie Abteilungsleiterin? War sie ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier steht: per procura – ppa. – Renate Wolf, Commercial Director.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Steht da auch, was sie motiviert hat, das zu schreiben, was da steht?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, sie nimmt Bezug auf das Angebot der Firma Eurofighter an die Republik Österreich und führt dann aus, was noch alles anzumerken ist.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Schauen Sie, jetzt fangen wir beide an, hineinzuzinterpretieren, was die Frau Wolf gemeint hat, als sie das geschrieben hat. Ich denke, das hilft uns nicht weiter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das ist völlig klar. Aber ich versuche, Sie als damaliger Vertreter von EADS zu fragen, was Herr Steininger und Herr Plattner an gemeinsamem, an getrenntem oder überlappendem Aufgabengebiet hatten, das Sie als Vertreter von EADS wissen müssten, während es sogar die Frau Vertreterin von Eurofighter, Commercial Director Wolf, wusste.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sie schließen da eine Analogie, Herr Abgeordneter Stadler, die nicht unbedingt richtig sein muss. Sie sagen: Wenn die das wissen muss, dann muss der das auch wissen! Woher schließen Sie das?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich nehme an, wenn sozusagen bereits bei Tochterfirmen bekannt ist, was Herr Steininger und Herr Plattner zu tun haben, dann müsste das umso mehr bei jenen bekannt sein, die mit denen Verträge abgeschlossen haben.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH ist keine „Tochterfirma“ der EADS.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie würden Sie das Verhältnis zwischen Eurofighter und EADS beschreiben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wie ich das beim letzten Mal schon getan hatte und es im Protokoll steht: EADS ist 46-prozentiger Anteilseigner an Eurofighter, ist nicht einmal Mehrheitsgesellschafter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und da würden Sie keine Tochterschaft im Unternehmen – ich will jetzt nicht über Unternehmensbeteiligungen streiten ...

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Die Definition ist falsch! (*Abg. Mag. Stadler: Nehmen wir zur Kenntnis!*) Es ist nicht einmal ein konsolidiertes Unternehmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch das nehmen wir zur Kenntnis. Jedenfalls ist es dann umso bemerkenswerter, dass ein sozusagen völlig getrenntes Unternehmen, bis auf eine Minderheitsbeteiligung getrenntes Unternehmen von EADS Bescheid weiß über die Aufgabengebiete von Vertragspartnern von EADS in Österreich, namentlich Herrn Steininger und Herrn Plattner, während der Vertreter von EADS hier vor dem Ausschuss behauptet, das **nicht** gewusst zu haben.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich hatte eben schon die Frage gestellt: Ich weiß nicht, was diese Frau Wolf im Jahr 2002 motiviert hat, das zu schreiben. Ich kann es Ihnen beim besten Willen nicht sagen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich kann Ihnen den Brief vorlesen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das ist gar nicht nötig. Ich wollte nur noch einmal darstellen, wie ich eingebunden war in diese Aktivitäten. Das hatte ich vorhin schon mal erläutert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe mit Ihnen immer das Problem, dass alle Leute, die ich Ihnen vorhalte, wie ein „**falsus procurator**“ behandelt werden. Ich lese Ihnen den Brief vor, damit Sie sehen, wie eng die Verbindung ist.

Brief an das Verteidigungsministerium vom 21. März 2002:

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir nehmen Bezug auf unser Angebot vom 22. 1. 2002 und möchten hiezu ergänzend folgendes bemerken: In der Einleitung zu unserem Angebot, Zusammenfassung Kapitel a) Kommerz, haben wir ausgeführt, dass die Firma European Aeronautic Defence and Space Company- EADS Deutschland GmbH Ihnen ergänzend als Ansprechpartner in allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Programm Eurofighter sowie unserem Angebot zur Verfügung steht. – Eurofighter teilt mit, dass die angeblich so fremde Firma EADS als Ansprechpartner zur Verfügung steht! – Weiter heißt es: Wir möchten Sie nunmehr darüber informieren, dass die EADS Deutschland GmbH zwischenzeitlich Herrn Wolfgang Aldag insoweit als Ansprechpartner benannt hat. Die Gesamtverantwortung der Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH bleibt davon unberührt; und die Unterzeichnerin steht Ihnen selbstverständlich auch weiterhin als erster Ansprechpartner und als Vertreterin der Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH zur Verfügung. Zur Einbindung unserer nationalen Partnerfirma“ – sie sagt selber, dass Sie Partnerfirma sind – „ersuchen wir Sie jedoch höflichst, künftig sämtliche Korrespondenz in Kopie auch an EADS Deutschland“ – mit der Sie angeblich nichts zu tun haben – „zu Händen Herrn Aldag zu schicken. Die Anschrift lautet ..., und dann kommt die Anschrift von EADS.

Des Weiteren möchten wir Sie darüber informieren, dass die Firma EADS Deutschland in Österreich durch die Herren Eberhard P. Steininger und Fred Plattner vertreten ist. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH

pppa. Renate Wolf, Commercial Director

Zitatende.

Wissen Sie, warum das bemerkenswert ist?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Darf ich das einmal sehen? (*Abg. Mag. Stadler: Ja! – Der Auskunftsperson wird der betreffende Brief vorgelegt.*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Während Sie auf den Brief warten, möchte ich Ihnen nur mitteilen, dass Frau Wolf augenscheinlich jene ist, die die Paraphe geleistet hat auf dieser Abmachung vom 12. 9. 2002 – ich halte das nur fürs Protokoll fest; es ist exakt ihre Paraphe –, die das zweite Exemplar dieses so genannten **Business Code** ist.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen (*mit Blick auf den überreichten Brief*): Ich stelle insofern fest, es ist ein Eurofighter Briefkopf. Da haben Sie Recht. Der Termin ist 21. März 2002. Was Sie vorgelesen haben mit den Namen hier, das ist soweit ... – Lesen Sie ruhig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich bin mit meiner Fragezeit leider am Ende. Leider!

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler! Herr Rauen hat jetzt festgestellt, dass die Zitate aus dem Brief offensichtlich korrekt waren. Das ist ja schon etwas. Es gab noch eine dazugehörende Frage; bitte diese zu wiederholen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich die außerhalb meiner Redezeit noch wiederholen darf? (*Obmann Dr. Pilz: Ja!*) – Meine Frage lautet, noch einmal: Was war daher das Aufgabengebiet des Herrn Plattner, von dem die Frau Wolf offensichtlich Bescheid wusste?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich weiß nicht einmal, mit wem der Herr Plattner einen Vertrag hatte. Ich habe mit Herrn Plattner keine geschäftlichen Kontakte, das hatte ich eben schon mal ausgeführt. Deswegen kann ich diese Frage nicht beantworten. Ich weiß von einem Vertragsverhältnis zwischen BOFORS, Steininger, und EADS. Das weiß ich. Was ich hier als Vermutung anstellen kann, aber nur als Vermutung, ist, dass vom Auftraggeber – und Eurofighter hatte das Angebot hier abgegeben vorher, im Februar war es, glaube ich – angefordert worden war, dass diese Herren – in dem Fall sind es ja zwei hier, von dem Zweiten weiß ich das nicht – mit EADS-Deutschland ein Vertragsverhältnis haben. Das ist das Einzige, was ich vermuten kann, dass das deswegen passiert ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber zu der Zeit waren Sie ja der Vertreter von EADS und der Hauptverantwortliche für dieses Projekt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe zu der Zeit EADS-Militärflugzeuge geleitet, und ich habe Ihnen x-fach geschildert, wie ich mit Beratern eingebunden war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich darf jetzt ein paar weitere Fragen selbst stellen. Ich komme wieder zurück zu diesen Verhaltensregeln betreffend die Geschäftstätigkeit. Ich konstruiere jetzt einen zweiten möglichen Fall, weil es einen Grund haben muss, warum bei der vertraglichen Vereinbarung im Punkt 3 besonders auf die Gegengeschäfte Bezug genommen wird. Dieser konstruierte Fall lautet wie folgt:

Die Firma EADS beziehungsweise der Bieter, die Eurofighter GmbH, schließt im Rahmen der Gegengeschäfte einen konkreten Vertrag mit einem österreichischen Unternehmen. Dieses Unternehmen stellt eine Rechnung. Diese Rechnung ist überhöht, und man ist übereingekommen, den überhöhten Betrag anderen zukommen zu lassen.

Das würde genau den Tatbestand des hier zitierten § 304 des Strafgesetzbuches erfüllen.

Welche konkrete, hier vertraglich vereinbarte Überprüfungstätigkeit in Bezug auf Gegengeschäfte ist von der Firma Eurofighter in Erfüllung des Vertrages durchgeführt worden?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Vorsitzender, ich weiß nicht, wie oft ich das wiederhole: Ich hatte bereits gesagt, dass ich mit diesen juristischen Details nicht befasst bin, und ich kann Ihren **konstruierten Fällen** erst recht nicht folgen! Ich weiß auch nicht, inwieweit ich auf **konstruierte Fälle** hier antworten muss, Herr Verfahrensanwalt! Ich bin **kein Jurist**, ich habe mich auch nicht als solcher hier ausgewiesen! Ich habe erläutert, warum wir diese Klauseln haben – Frau Abgeordnete Fekter hat das vorhin noch einmal mit diskutiert. Ihre konstruierten Fälle gehen mir zu weit, und ich bin auch nicht der Meinung, dass ich darauf antworten muss! Ich kann es auch nicht, und ich verstehe Sie auch nicht, was Sie da sagen!

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Rauen, ich habe Sie nicht in Bezug auf einen möglichen Fall befragt, sondern diesen Fall nur als Beispiel genommen, damit wir überhaupt (*Dipl.-Ing. Rauen: Ja, aber ich verstehe ...*) – jetzt bin ich am Wort! – eine Vorstellung haben, wo diese Klausel schlagend werden **könnte**.

Meine Frage hat sich auf etwas vollkommen anderes bezogen, nämlich, welche Überprüfungstätigkeit im Rahmen der vertraglichen Verpflichtungen die Firma Eurofighter in Bezug auf Gegengeschäfte durchgeführt hat – und ich nehme zur Kenntnis, dass Sie bereits gesagt haben, darüber ist Ihnen nichts bekannt, und ich nehme zur Kenntnis, dass diese – möglicherweise nicht unerhebliche – Überprüfungstätigkeit der Geschäftsführung der Firma Eurofighter nicht bekannt ist. Mehr wollte ich nicht wissen. Das war Ihre Auskunft. Ich hoffe, ich habe das richtig wiedergegeben.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich bin mir nicht sicher, ob Sie das richtig wiedergegeben haben, und ich möchte das auch gar nicht weiter kommentieren, Herr Vorsitzender. Ich glaube, wir haben uns eben darauf verständigt, dass Sie zu diesem Themenkomplex eine schriftliche Anfrage an Eurofighter schicken wollen, die wir dann schriftlich beantworten. – Ist das richtig?

Obmann Dr. Peter Pilz: Das wird der Ausschuss in einer vertraulichen Sitzung besprechen. Wir einigen uns hier über überhaupt nichts, sondern der Ausschuss wird **beschließen**, ob er ein Schreiben an die Firma Eurofighter verfasst und was in diesem Schreiben steht. Das werde nicht ich mit **Ihnen** verhandeln.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Dann haben Sie das nicht eben so festgestellt?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bin nicht Ihre Auskunftsperson. Das dürfte ein Missverständnis sein.

Wie hoch war das gesamte Kampagnenbudget der Firma EADS für das Projekt Eurofighter?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Für das Projekt Eurofighter? – Da haben wir vier Nationen, wenn ich das richtig verstehe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigung, Konkretisierung: für das Projekt Eurofighter in **Österreich** natürlich.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sie meinen für Vertriebsaktivitäten?

Obmann Dr. Peter Pilz: Für Werbeaktivitäten, für Lobbying-Aktivitäten, für die Vorbereitung einer Typenentscheidung und später eines Kaufvertrags zuerst zugunsten und später mit der Eurofighter GmbH.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Dazu habe ich keine sinnliche Wahrnehmung, Herr Vorsitzender. Das kann ich Ihnen definitiv nicht sagen, weil ich es echt nicht weiß.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich fasse nur an diesem Punkt zusammen – da wir ja auch die Plausibilität Ihrer Erklärungen später einmal bewerten müssen –: Sie wissen nichts über das Kampagnen-Budget. Sie wissen nichts Wesentliches über den Kampagnen-Inhalt. Sie haben mit einzelnen Personen im Wesentlichen nichts oder sehr wenig zu tun gehabt.

Können Sie mir erklären, zu welchem konkreten Zweck Sie sich dann gerade mit Frau Rumpold zusammensetzen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich darf nochmals wiederholen, Herr Vorsitzender: Ich war zu der Zeit zuständig für ein Unternehmen mit etwa 7 500 Mitarbeitern. Wir haben eine sehr beträchtliche Umsatzgröße gehabt – mit einem Milliardenvolumen. Wir hatten im Bereich von Vertrieb insgesamt mindestens Norwegen, Griechenland, Österreich, Holland – sind alles Wettbewerbsinformationen, die ich hier gebe, die ich an sich nicht geben dürfte; ich tue es trotzdem. Alleine das lief als Vertriebsbudget, und ich habe als Vorsitzender dieser Veranstaltung darüber zu entscheiden, ob das Gesamtvertriebsbudget in mein jährliches Budget passt.

Das Vertriebsbudget – obwohl ich das für alle diese Dinge aufgezählt habe, wozu noch ein Budget kommt für Vertriebsaktivitäten in den vier Kernnationen –, das Vertriebsbudget ist in meinem Gesamtbudget eines, und darin war Österreich nicht die größte ... – Ich habe vorhin übrigens nicht gesagt, sie war nicht wichtig, sondern es war nicht mal die größte, sondern eher die kleinere!

Infolgedessen sehen Sie es mir bitte nach – denn die großen Positionen waren zudem noch ganz andere, nämlich Produktion und Entwicklung; das war meine Zuständigkeit in dem Geschäft –, dass ich dann über diese Dinge keine sinnliche Wahrnehmung haben kann. Es war **eine** Kampagne von vielen im Budget von Vertrieb in einem Unternehmen, das von beträchtlicher Größe ist. Da ist es nicht Sache des Vorsitzenden – das darf ich Ihnen so sagen, auch noch einmal in Blickrichtung auf andere Herren, die die Frage schon gestellt haben –, in diesem Detail informiert zu sein. Und deswegen kann ich Ihnen es wirklich nicht sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das haben wir ja zur Kenntnis genommen. Das Einzige, was in diesem Zusammenhang von Bedeutung ist, ist, dass der äußerst beschäftigte Vorsitzende beziehungsweise Geschäftsführer, der sich um die Programme der Core Nations, um Programme in anderen Ländern kümmern muss, schauen muss, dass die großen strategischen Entscheidungen getroffen werden, der keine Zeit hat, sich mit den Details der untergeordneten Ebenen zu beschäftigen – das ist ja vollkommen einsichtig –, aber gerade Zeit hat, sich mit Frau Rumpold zusammensetzen.

Also, da haben wir Core Nations, einige andere Länder wie Norwegen, Österreich: nur generell beschäftigt – und die Frau Rumpold. (*Abg. Dr. Jarolim: „Rumpold“, das ist ein anderes Wort für Welt ..., würde ich sagen!*) Ich versuche nur, diese besondere Bedeutung der Frau Rumpold auf einer Ebene mit Core Nations jetzt herauszuarbeiten.

Was hatten Sie von Bedeutung mit Frau Rumpold zu besprechen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Darf ich zunächst einmal feststellen: Sie machen das gut, Herr Vorsitzender, dass Sie diese Zusammenhänge so darstellen, wie sie völlig daneben sind, aber:

Ich habe nicht gesagt, dass die Frau Rumpold von Weltrang war oder Ähnliches. Ich will Sie nicht davon abhalten, dass Sie sie dahin loben – vielleicht haben Sie eine

Notwendigkeit dazu, das weiß ich nicht –, aber sie stand da nicht, um das deutlich zu sagen, und ich habe das auch mit keinem Wort gesagt.

Darüber hinaus denke ich, dass ich durchaus einen gefüllten Terminplan habe, wo ich auch nicht alle Termine wissen muss, aber insbesondere spielt sich eines ab, Herr Vorsitzender, und auch das hätten wir Ihnen beibringen können, wenn Sie unseren Einladungen – wie an Herrn Kräuter – gefolgt wären. Ein Vorsitzender eines Unternehmens wie Militärflugzeuge in einem Großkonzern wird in solchen Kampagnen – und das ist nicht nur in Österreich so, das ist in Norwegen so, erst kürzlich wieder passiert, das passiert in anderen Ländern, wo wir tätig sind – zu einem Termin dazu gerufen. Dieser Termin kann eine Presseveranstaltung sein. Kürzlich in Indien habe ich eine Rede gehalten über Flugzeugtechnologien. Ich werde dort hinbestellt und treffe auf ein Team, das so weit alles organisiert, dass ich das tue, was ich tun muss, was mein Job ist. Und hier in Österreich war das Frau Rumpold, die zum Beispiel dafür sorgte, dass ich zu einer Pressekonferenz kommen konnte, wo ein Mikrofon funktionierte, wie dieses hier, wo ich meinen Job erledigen konnte – und ich fuhr hinterher wieder nach Hause. Und ich hatte das Gefühl: Ganz so schlecht ist das nicht gelaufen, bis auf diesen einen Halbsatz, den ich hier letztes Mal ...

Wenn das nicht verständlich ist, warum ich eine Frau Rumpold kenne und sie nichtsdestotrotz nicht die „Welt-AG“ ist – oder wie war das von Ihnen da vorhin? –, dann kann ich keine weitere Erklärung abgeben. Für mich ist das so schlüssig wie nur irgendetwas! Ich komme hierher, es ist organisiert, Mikrofon an, ich kriege vorher ein Briefing, welche Journalisten sitzen dort, namentlich, weil sie sich eintragen müssen, meine Präsentation habe ich unterwegs gelesen, damit ich kein dummes Zeug erzähle, und dann fahre ich wieder nach Hause. – Das macht Frau Rumpold, und dessentwegen ist sie nicht ein Weltunternehmen – und ich habe das auch nicht gesagt –, sondern sie leistet hier einen Service, eine **Dienstleistung** für mich, wenn ich hierherkomme oder hierherkam. Das war alles.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das wissen wir, dass Frau Rumpold hier Dienstleisterin war, das ist in anderem Zusammenhang auch als „Susi Sorglos-Paket“ bezeichnet worden. Meine Fragezeit ist vorläufig zu Ende. Wir werden auf Frau Rumpold zurückkommen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Herr Vorsitzende hat versucht, zu argumentieren, Eurofighter hätte im Zusammenhang mit Gegengeschäften und Rechtsgeschäften keinerlei Kontrolltätigkeit entwickelt. Er ist wahrscheinlich deshalb zu diesem Schluss gekommen, weil er immer wieder hinausläuft und Pressekonferenzen abhält und dann überhört, was die Auskunftspersonen sagen.

Gemäß Punkt 3 der so genannten „Schmiergeldklausel“ – ich nenne das jetzt so ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollegin Fekter, ich danke Ihnen nur persönlich, dass Sie sich in laufender Sitzung vor den Medien verschwiegen haben. Das wissen wir durchaus zu schätzen.

Bitte fortzusetzen!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Gemäß Punkt 3 sagt die Bieterseite, also Eurofighter, ausdrücklich zu, dass auch im Zusammenhang mit Rechtsgeschäften und Gegengeschäften unerlaubte Geschenkkannahmen unterlassen werden, wobei die Bieterseite, sprich Eurofighter, dieser Unterlassungspflicht genügt, wenn sie die Einhaltung durch zumutbare Prüf- und Überwachungsmaßnahmen sozusagen möglich stellt.

Jetzt war meine konkrete Frage an Herrn Rauen, ob die Rechnungen, die Steininger gestellt hat, geprüft, kontrolliert und auf Plausibilität hinterfragt wurden. Und die Auskunftsperson hat das auch zugesagt, somit in Punkt 3 dies auch erfüllt.

Sie haben weiters, sofern ich mich richtig erinnere – vielleicht können Sie das noch einmal beantworten – keinerlei Hinweis in Ihrem Unternehmen darüber bekommen, dass irgendeine Rechnung überhöht oder unplausibel oder nicht passend oder im Hinblick auf den „Schmiergeldparagraphen“ verdächtig gewesen wäre. – Ist das richtig? (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) – **Verdächtig**, Herr Kollege! Es geht um ein Delikt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Frau Abgeordnete Fekter, die Antwort ist: ja! Wenn ich eine andere Wahrnehmung gehabt hätte, wäre ich auf Grund unserer hausinternen Regeln angewiesen gewesen, die Revision darauf zu schicken.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und die Revision ist im Eurofighter-Geschäft Österreich nicht außergewöhnlich involviert gewesen, ausgenommen die Standard-Revision?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Zu meiner Zeit nein. Jedenfalls, was ich dazu sagen kann, mit meiner Wahrnehmung: nein!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Damit gehen Sie einmal grundsätzlich davon aus, dass von Eurofighter-Seite her diese zumutbaren Prüf- und Kontrollmaßnahmen bezüglich der Rechtsgeschäfte durchgeführt worden sind.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich muss im Moment auf Grund dessen, was ich weiß, davon ausgehen. Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe jetzt noch eine weitere Frage zu den Lieferfristen. Es hat uns vorige Woche enorm beschäftigt, dass sich die Lieferfristen verschoben und verzögert haben. 2004 sind die ersten Flieger ausgeliefert worden. Ursprünglich hätte Österreich 2005 Flugzeuge haben sollen.

Wäre zum damaligen Zeitpunkt 2005 Eurofighter in der Lage gewesen, Flieger zu liefern, wenn wir sie tatsächlich hier hätten haben wollen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Gemäß des Anforderungsprofils, was wir hier erfüllen mussten. die klare Antwort: ja! Kein Zweifel, ja!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dann ist auf Grund der späten Vertragserrichtung – es hat sich ja die Vertragsunterfertigung um über ein Jahr verschoben – auch der Lieferzeitpunkt hinausgeschoben worden. Ist dieses Hinausschieben der Lieferzeiten, nämlich: Wann landet der erste Flieger in Österreich?, von Österreich oder von Eurofighter ausgegangen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Der letztendliche Liefertermin 2007 ist **eindeutig** von Österreich ausgegangen. Eindeutig!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, Österreich hat auf Grund gewisser Motivationen – wir haben von Auskunftspersonen erfahren, auf Grund von Maastricht-Kriterien, Vorbereitungsphase im Hinblick auf die Systembereitstellungen, auch im Hinblick auf Infrastrukturerrichtungen – diesen Wunsch geäußert. – Hätte Eurofighter **früher** liefern können?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Die Fähigkeit, die in Österreich gefordert worden ist und gefordert wird, hätten wir früher liefern können. Ja!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie liegen wir derzeit im Plan: Kann Eurofighter zum gegebenen Zeitpunkt liefern?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Aber 100 Prozent! Absolut! – auch wenn das einige nicht so toll finden. Erstflug Mitte März. Lieferung zum Termin. Zweites Flugzeug rollt Mitte März hinaus. Absolut ja! Wir sind **voll im Terminplan**. Wir müssen nicht einmal irgendwo sagen, ob wir zwei Tage später kommen können.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Erstflug Mitte März. Wo fliegt der herum?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Der fliegt in Manching. Und wir werden das auch bekanntgeben, dass er in Manching fliegt. Der genaue Tag wird sicherlich auch festzulegen sein, wenn wir etwas näher in den März hineinkommen. Aber der wird in Manching auf dem Test- und Einfluggelände der EADS-Militärflugzeuge abheben. Und der zweite rollt ziemlich genau am gleichen Tag, höchstwahrscheinlich am gleichen Tag, aus der Fertigungshalle – nur, um zu demonstrieren, dass wir das alles richtig tun, gemäß unseren vertraglichen Verpflichtungen. (Abg. Mag. **Stadler:** *Wo soll die Frau Kollegin Fekter stehen, damit sie ihn sieht?*)

Warum kommen Sie denn nicht **zusammen**? Kommen Sie doch **zusammen** und demonstrieren Sie einmal, dass Sie das auch gut finden! Sie kriegen so ein tolles Produkt zu einem sensationellen Preis! (Abg. Mag. **Stadler:** *Sie ist schon ganz entzückt! Sie kann es kaum erwarten!* – Abg. Dr. **Fekter** – *unter Hinweis auf das auf ihrem Tisch stehende Eurofighter-Modell –: Herr Kollege Stadler, ich habe schon einen, damit ich mich schön langsam daran gewöhne!*)

Der steht da von Anfang an. Sehen Sie, das haben Sie gar nicht gemerkt. (Abg. Mag. **Stadler:** *Ich war mir nicht sicher, was das für ein Spielzeug ist, das die Kollegin Fekter dabei hat! Ist das der Eurofighter?*)

Das ist ein Modell.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Lieber Herr Kollege Stadler, dieses Produkt ist kein „Spielzeug“ für das Militär, sondern das ist ein Luftraumüberwachungsgerät! Und auch dieses Modell hier ist kein „Spielzeug“, sondern ein Sammlerobjekt von Flugmodellsammlern, eine limitierte Auflage von 400 Stück im Maßstab 1 : 48. Das bekommen Sie bei Modellsammlern. Die würden sich dagegen verwahren, das als „Spielzeug“ zu bezeichnen!

Obmann Dr. Peter Pilz: Da wir mit Sicherheit nicht im „Modellbau-Ausschuss“ sind ... (Abg. Mag. **Stadler:** *Lässt sich eruieren, was die ÖVP für dieses Lobbying bekommt?*) – Nein, ich lasse keine weiteren Fragen zum Modellbau und zu den Bastelkompetenzen der Österreichischen Volkspartei zu! Bitte sich wieder dem Beweisthema zu nähern! (Abg. Mag. **Stadler:** *Ich möchte wissen, was die ÖVP für dieses Lobbying bekommt – oder schon gekriegt hat!*)

Die schwerwiegende politische Frage, ob uns nicht besser die **ÖVP** Flugzeuge basteln sollte, werden wir an anderem Orte besprechen; das gehört nicht zum Beweisthema.

Bitte, zum Beweisthema fortzusetzen!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich schulde Ihnen noch eine Antwort, wir sind nicht fertig geworden. Zum Thema 2007, das Sie vorhin ansprachen: Im Rechnungshofbericht 2005/3 in der Nr. 1 (3) auf Seite 6 steht dazu wortwörtlich – ich zitiere für das Protokoll –:

„Da laut Regierungsprogramm in der XXII. Gesetzgebungsperiode keine Kosten für den Ankauf von Abfangjägern anfallen sollten, wurde die Lieferung der ersten Kampfflugzeuge sowie der Zahlungsbeginn erst ab dem Jahr 2007 festgelegt.“

Das steht im Rechnungshofbericht 2005/3 Nr.1 (3) auf Seite 6. – **Deutlicher** geht es wohl nicht!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist durch diese Verschiebung der Lieferung für den Staat Österreich ein finanzieller Nachteil entstanden? Hat Eurofighter da – jetzt sage ich es einmal so – Verzugskosten verrechnet oder so etwas?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wir haben zu diesem Termin hier, der von uns vertraglich vorgegeben ist, den Vertrag abgeschlossen. Also alles, was es damit auf sich hatte, ist im Vertragspreis inkludiert.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Kurze Frage, Herr Rauen: Die Kollegin Fekter hat Ihnen vorhin berührenderweise das Ergebnis der internen Revision berichtet, nämlich, dass sich bei den Prüfungen nichts herausgestellt hat, was in irgendeiner Weise „schmiergeldverdächtig“ ist, wie sie sich ausgedrückt hat. (*Abg. Dr. Fekter: Ich habe wiederholt, was Herr Rauen zur Antwort gegeben hat!*) Ich habe das von Ihrer Seite so empfunden. (*Abg. Dr. Fekter: Aber Ihr passt ja nicht auf!*) – Kollegin Fekter, ich höre jederzeit gerne Ihre Stimme, aber nicht dann, wenn ich frage. Wenn ich Sie ersuchen darf!

Ich habe das vorhin so verstanden, dass Sie aber eigentlich nicht wissen, ob es derartige Revisionsmaßnahmen überhaupt gegeben hat. Ich weiß jetzt ein Ergebnis, nämlich das von Kollegin Fekter dargestellte Ergebnis, von dem Sie sagen, es stimmt, dass keine Ergebnisse erzielt wurden, nämlich, nichts gefunden wurde. Und das Zweite war, dass Sie vorhin gesagt haben, Sie wissen ... (*Abg. Dr. Fekter: Das hat er vorhin schon auf meine Frage beantwortet! Aber ihr habt nicht aufgepasst!*) – Lassen Sie mich, bitte, fragen, Frau Kollegin! (*Abg. Dr. Fekter: Aber dann unterstellen Sie mir das nicht!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, ich habe Sie bereits mehrmals darauf hingewiesen, wie schädlich sich Ihr Verhalten auf Ihre Stimme auswirken kann – und ich möchte nicht, dass spätere Befragungen darunter leiden!

Bitte, Kollege Jarolim, fortzusetzen. (*Abg. Dr. Fekter: Ich lasse mir nicht gerne etwas unterstellen!*)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe eine eigene CD schon gebrannt von Ihren Zwischenrufen, ich bin an sich versorgt, Frau Kollegin.

Wieso wissen Sie Ergebnisse von etwas, wo Sie vom Ablauf her vorhin eigentlich gesagt haben, Sie wüssten es nicht, nämlich, ob es diese Revisionen gibt. – Wie geht das?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe nun in der Zwischenzeit einiges an Erfahrung hier im Ausschuss. – Das, was Sie gerade mit Ihren Worten so ausdrücken, habe ich **so nicht gesagt**.

Ich wiederhole noch einmal: Wir haben im Unternehmensbereich der EADS – den ich seinerzeit leitete – eine ganz normale Eingangskontrolle, wo Rechnungen geprüft werden, wie das in jedem soliden Unternehmen der Fall ist. Und dort wird gecheckt, ob das, was an Rechnungen reinkommt – das ist ein normaler Vorgang, der ist nicht speziell für EADS-Militärflugzeuge –, dort wird überprüft, wie in jedem guten Unternehmen, ob die Rechnungen plausibel sind und mit der Leistung, die abgefordert worden ist, in Übereinstimmung sind. Es gibt auch normalerweise Kriterien, die erfüllt werden müssen, damit das und das gezahlt wird.

Sofern es dort nicht irgendeinen Grund zu Besorgnis gibt, wenn möglicherweise eine Sache nicht gleich aufgeklärt werden konnte – man fragt nach: Könnt Ihr uns das noch mal erklären, warum ihr diesen Betrag von uns abverlangt, wie stimmt das mit dem Leistungskatalog überein? –, wenn es aus diesem normalen Vorgang, der zum normalen kaufmännischen Bereich eines jeden Unternehmens gehört, keinen Anlass gibt, dass man weiterprüfen soll, dann kommt keine Revision zum Einsatz. Und ich hatte vorhin gesagt, in diesem Fall hier kann ich mich nicht entsinnen, dass mich jemand nach einer Revision gefragt hat. **Das** hatte ich gesagt!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also im Rahmen der Routine-Untersuchungen ist Ihnen jedenfalls nichts Auffälliges zu Ohren gekommen? (*Dipl.-Ing. Rauen: Die Rechnungseingangsprüfung ...!*) – Ich weiß nur, es ist ein Ergebnis dargestellt worden, und das klingt jetzt ein wenig anders.

Zweite Frage: Sie sind hinsichtlich der Budgetgestaltung mehrfach gefragt worden und haben uns hier mitgeteilt, dass Sie das hier nicht kundtun können, im speziellen Fall auch deshalb, weil der Geschäftsfall im Vergleich zu allen anderen Geschäftsfällen, die Sie haben, in einer eher untergeordneten Position zuzuordnen ist.

Grundsätzliche Frage an Sie: Gibt es von der Budgetgestaltung her Unterschiede, und zwar jetzt jeweils die Vorbereitung des Verkaufs anlangend, ob das Geschäft zustande kommt oder nicht? Haben Sie da so eine Art Flexibilitätskomponente in Ihrer Budgetgestaltung?

Das ist jetzt eine grundsätzliche Frage. Also nicht im gegenständlichen Fall, sondern grundsätzlich.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Auch diese Frage – wenn Sie gestatten – hatte ich vorhin schon beantwortet, aber ich wiederhole sie auch da noch einmal.

Wir machen, so gut es geht, eine Gegenüberstellung von Aufwand und Erfolgswahrscheinlichkeit. Die kann fehlerhaft sein, die kann richtig sein, aber wir versuchen, das so gut wie möglich darzustellen. Damit rechtfertigen wir am Ende den Aufwand – oder sagen: Wir glauben, wir sollten das nicht tun! Das kann auch dabei herauskommen, weil wir sagen, die Wettbewerber sind so stark, es hat überhaupt keinen Zweck, dass wir das machen.

Und ich hatte vorhin schon einmal ausgeführt – das gebe ich vielleicht erläuternd mit dazu, da das wirklich so der Fall war –: Wir waren lange Zeit nicht der Meinung, dass wir hier im „SAAB-Land“ Österreich aktiv werden sollten, weil das eben „SAAB-Land“ ist. Deswegen haben wir zu Hause in der Abschätzung Aufwand – Erfolgswahrscheinlichkeit gesagt: Nein, das ist SAAB-Land! Es hat sich dann erst geändert, als es Indikationen gab, dass es anders sein wird, anders werden könnte – ich bin vorsichtig.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich komme noch einmal zurück auf die Verhaltensregeln. Ich frage Sie nach Ihrer grundsätzlichen Meinung, wenn ich Ihnen kurz dargestellt habe, was im gegenständlichen Fall – Sie kennen, glaube ich, die Thematik ohnedies – stattgefunden hat.

Kollegin Fekter hat vorhin vorgelesen, welche Verpflichtungen Sie eigentlich mit der Ziffer 3 übernehmen, nämlich Sie sorgen auf Bieterseite dafür, dass im Rahmen von Rechtsgeschäften, insbesondere von Kompensationsgeschäften, keine Schmiergeldzahlungen stattfinden, wobei Sie dieser Verpflichtung nachkommen und genügen, wenn die Einhaltung durch Prüfungs- und Überwachungsmaßnahmen, die angemessen sind, durchgeführt wird.

Nun ist das etwas, was ja nicht wirklich besonders schwierig ist, wenn Sie jeweils angemessene Prüfrouinen einrichten, wie Sie das ja auch heute hier in Ihrer Revision dargestellt haben. Tatsächlich ist jedenfalls – und das ist ja auch bestätigt worden – diese Erklärung von Ihnen, von Ihrer Seite akzeptiert worden. Und dann kommt es zu einer Einschränkung, aus meiner Sicht eigentlich de facto zu einer Aufhebung, aber massiven Einschränkung dahingehend, und zwar obwohl Ihre Gesellschaft ausdrücklich zugestimmt hat, dass Sie hier Obsorge trägt, dass solche Schmiergeldzahlungen auch bei Kompensationsgeschäften nicht stattfinden, was insbesondere bedeutsam ist, als es sich hierbei um einen Auflösungsgrund des Vertrages handelt. Das heißt, wenn hier nicht genügt worden wäre und das stattgefunden hätte, wäre der Vertrag aufzulösen.

Dieser Auflösungsgrund wird jetzt ganz massiv eingeschränkt durch die Ziffer 4, wo drinnen steht, dass das eigentlich nur dann gilt, wenn Sie selbst die Rechtsgeschäfte abschließen, was für mich die Frage eigentlich in den Raum stellt: Was heißt das dann von der Plausibilitätsprüfung her?, denn wenn Sie selbst die Rechtsgeschäfte abschließen, dann brauchen Sie sie die Plausibilitätsprüfung nicht, denn dann haben Sie ja ohnehin den Geschäftsfall in Ihrem eigenen Controlling zur Gänze drinnen.

Wenn Sie das alles auch berücksichtigen würden, dass offensichtlich der österreichische Verhandler in Kenntnis dieses Umstandes offenbar in Abstimmung mit Ihnen eine Lösung herausverhandelt hat, die für die Republik sicher schlechter ist, wie würden Sie diesen Vorgang jetzt vom Erfolgsfaktor her für Ihre Gesellschaft bezeichnen – so, wie ich Ihnen den dargestellt habe?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich darf dazu noch einmal wiederholen, was ich auch schon vorhin gesagt hatte: Wir kommen jetzt wirklich sehr stark, vielleicht auch auf Grund der vorgeschrittenen Zeit, in diesen Modus hinein.

Für mich als Geschäftsführer ist es wichtig, dass über diese Einschränkung in der Aneinanderkettung von Verträgen runterwärts eine Sicherung drinsteckt, mit Verträgen, die später geschaltet werden, die nicht mit uns direkt sind. Deswegen haben wir diesen Paragraphen da drin.

Was das ansonsten an ganz besonderen juristischen Bewendungen da drin noch haben kann, ist etwas, wo ich vorhin schon gesagt hatte: Das kann man dann noch einmal anderweitig aufarbeiten! Für mich, meine Wahrnehmung dazu – nach dieser fragen Sie ja generell, hatten Sie eingangs in Ihrem Statement gesagt – ist die, die ich geschildert habe; keine andere.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Können Sie mir sagen: Die Plausibilitätsbegründung, dieser Plausibilitätsablauf im Zusammenhang mit den Rechtsgeschäften, die Sie selbst abgeschlossen haben, was soll das für einen Sinn geben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich sage Ihnen, welche Abläufe wir normalerweise im Unternehmen haben. Das sind die, die ich auch schon geschildert habe. Wenn wir mit einem direkten Geschäftspartner, mit dem wir einen Vertrag und mit dem wir auch entsprechende Regelungen haben, dass sie sich an geltende Regelungen halten, wenn die uns Rechnungen stellen, werden die genauso geprüft, wie jede Rechnung geprüft wird. Und damit ist das Thema für uns erledigt! – Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, worauf Sie ansonsten hinauswollen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich will darauf hinaus, dass Sie bei den Punkten 1 und 2, wo Sie genau das gleiche Thema haben, wo Sie nämlich unmittelbar selbst die Geschäfte abschließen, eine derartige Regelung **nicht** drinnen haben, sehr

wohl aber bei Punkt 3, und mit Punkt 4 eigentlich alles ausgenommen haben, was eine Sinnhaftigkeit dieser Bestimmung wiedergibt. Deshalb frage ich!

Das heißt, die Vertragsregelungen stehen miteinander nicht in einem logischen Zusammenhang. Und daher ist das auch sehr bedenklich.

Ich frage mich, ob nicht dieser Vorgang insgesamt eigentlich schon eine ... – Aber das ist jetzt eine rechtliche Beurteilung, keine Frage an Sie.

Ich wollte nur hören, ob Sie eine logische Argumentation für diesen eigentümlichen Vorgang haben.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also ich sage Ihnen ganz ehrlich: Bis gestern war das ja ... – Gestern kam es, glaube ich, richtig hoch. Ist das richtig? Für mich war nur wichtig in diesem Vertrag, dass diese Klausel vor dem Hintergrund, wie ich es verstanden und geschildert habe, im Vertrag drinnen ist. Die Formulierung im Detail kannte ich vorher nicht, und deswegen kann ich heute dazu auch nicht detailliert Stellung nehmen. Das ist auch nicht mein Geschäft, das machen unsere Vertragsjuristen. Das macht nicht einmal der Vertragsleiter da drin, nehme ich an, weil das etwas sehr Spezielles ist.

Ich kann Ihnen dazu nicht mehr sagen. Für mich war es nur wichtig, dass das im Prinzip drin ist – weil wir es **überall** drin haben, nicht nur hier.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist es üblich, dass Sie in laufenden Verfahren Unterschriften leisten auf Dokumenten, die Sie dann später widerrufen? Ich meine jetzt Ihren Geschäftsführer, denn das Dokument ist ja rechtswirksam durch Ihren Geschäftsführer unterschrieben worden, bevor es dann widerrufen oder herausverhandelt worden ist, mit der „Genialität“ des österreichischen Verhandlers?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich weiß nicht, ob er das widerrufen muss. Warum musste er widerrufen?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Tatsache ist, dass es ein Dokument gibt, das Sie unterschrieben haben, das letztlich dann nicht im Gesamtdokument drinnen ist und das so im Sinne der Republik sicher wesentlich **schlechter** ist.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich wüsste nicht, warum das der damalige Geschäftsführer Bob Haslam widerrufen muss.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Er hat es ja unterschrieben, und im Vertrag ist es nicht mehr drinnen. (*Abg. Mag. Stadler: O ja!*)

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: In welchem Vertrag ist das nicht drin? Ich weiß gar nicht, wovon Sie reden! (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) – Na, na, langsam!

Obmann Dr. Peter Pilz: Alles unterschrieben – und das für Österreich Schlechtere ist im Vertrag. **So** schaut's aus!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Langsam! Langsam! Nein, nein, nein, nein, jetzt weiß ich es. (*Abg. Dr. Jarolim: Das ist ja genau der Punkt: Sie haben beides unterschrieben!*) Eigentlich hätte ich es woanders erwartet.

Ich möchte eines klarstellen: Dieser Termin – wann war das? –, wo der Vertrag in den Panzerschrank gelegt worden ist, irgendwann im September oder so was, dort ist in den Unterlagen ein Verhandlungsstand festgeschrieben worden. Die Verhandlungen waren nicht beendet, sie wurden **unterbrochen**. Ein Verhandlungsstand wurde festgeschrieben. (*Abg. Dr. Jarolim: Warum unterschreiben Sie dann?*) Ein Verhandlungsstand wurde festgeschrieben; es war nicht beendet. Beendet ist es dann,

wenn wir einen Vertrag **unterschreiben**. Dann ist es beendet – und nicht vorher. Dann wurde es Vertragsbestandteil.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie können doch nicht sagen, dass Sie eine Unterschrift leisten? Oder machen Sie das öfter, dass Sie Unterschriften während eines Vertragsverhältnisses leisten – und später dann wird ein anderes Ergebnis erzielt?

Tatsache ist: Wir haben die Unterschrift auf dieser Regelung, von der Sie sagen, Sie akzeptieren das nicht, den **Punkt 4**, die sich jetzt offensichtlich in der letztgültigen Version nicht wiederfindet.

Ich möchte wissen: Wie kommt es dazu, dass ein Vertragsbestandteil, der eine zentrale Bestimmung ist, in dem eigentlich die Rücktrittsregelung in einer Art und Weise geregelt ist, wie das Thema jetzt mit den Bestechungen durchaus relevant ist, unterschrieben und danach nicht mehr wirksam ist? Wobei in der Zwischenzeit ganz offensichtlich das Thema „Bestechungsgefährlichkeit: ja oder nein?“ ein zentrales Thema gewesen sein musste, dass diese Regelung wieder aus dem Vertrag herauskommt. Das ist doch offensichtlich!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das ist eine Mutmaßung, glaube ich – sagt man das so? – , die Sie da anstellen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es ist die einzige Plausibilität, die mir bekannt ist.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sind Sie fertig? Darf ich dann dazu antworten?

Obmann Dr. Peter Pilz: Einen Moment, das ist eine Bewertung, die Sie jetzt da vorgenommen haben. Wir werden uns später bei der Verfassung des Endberichtes darüber noch genau unterhalten. Ich glaube, das ist damit klar genug.

Aber, Herr Rauen, wenn Sie noch etwas dazu sagen wollen, gerne.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ja. Ich wollte noch eines dazu sagen: Verhandlungen sind zu Ende, wenn der Vertrag unterschrieben wird. Und bis zur Unterschrift ... – Waren Sie einmal in einem Unternehmen tätig? (*Abg. Dr. Jarolim: Entschuldigen Sie, ich glaube ...!*) – Ich ziehe die Frage zurück!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich weiß die Merkwürdigkeit einer Unterschrift auf einer Regelung, die dann letztlich **nicht** gelten soll, einzuschätzen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich ziehe das zurück! Entschuldigung!

Wir waren in einem Zustand, wo plötzlich durch Umstände hier im Lande – Regierungsperiode war zu Ende, es gab Neuwahlen –, also wir mussten das, was wir auf dem Tisch hatten, mit dem Zustand festschreiben und in einen Panzerschrank legen. Das war der Zustand. Wir waren keineswegs fertig. – Im Laufe von Vertragsverhandlungen ist es absolut üblich, dass bestimmte Pakete oder bestimmte Wünsche herein- und herausgehen. Das ist nicht ungewöhnlich.

Aber ich sage Ihnen eines: Zentralpunkte von uns – und das ist ein Zentralpunkt, generell, vor einem generellen Hintergrund, wie ich es geschildert habe – lassen wir uns nicht abverhandeln. Und das war für uns ein zentraler Punkt, der zu diesem Termin nicht endverhandelt war. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis: Wir haben das nicht akzeptiert. Es ist ein Verhandlungsstand ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Jarolim, wir sind weit über der Zeit.

Der Nächste ist Kollege Darmann. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Rauen, ich habe eine Verständnisfrage zu diesem vieldiskutierten Vertragspunkt Nummer 4, der da hineingeschrieben wurde, damit ich das besser verstehe.

Hat diesen Punkt die Eurofighter GmbH deshalb aufgenommen, damit es nicht dazu kommen kann, dass ein Zulieferer, der zum Beispiel einen Auftragswert von 50 000 oder 100 000 € hat – ich weiß nicht, welche Größenordnung die kleinsten Zulieferer bekommen, welche Auftragswerte; oder 500.000 Euro –, dass ein solcher Zulieferer durch eine mögliche Zahlung, die nicht erlaubt wäre, ein ganzes Projekt zum Sterben bringt, das mehrere Milliarden Euro wert ist?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Im Großen und Ganzen ist das richtig, was Sie sagen. Ich werde es noch einmal wiederholen:

Wir möchten, dass wir in der Kette der Abfolge von Verträgen, die von uns runtergegeben werden, über die verschiedenen Stationen, über die verschiedenen Ebenen, also nicht Direktpartner, sondern die danach geschaltet sind, wenn dort irgendwelche Dinge passieren, die nicht zulässig oder fragwürdig sind oder wie auch immer – wir haben noch gar keinen Zugriff drauf, gar keinen Durchgriff; das hatten Sie vorhin schon einmal gesagt –, davor geschützt sind.

Wie sollten wir denn das tun? Welche Mittel hätten wir denn dazu? Deswegen ist das ein ganz fundamentaler Punkt. Glauben Sie ja nicht, dass wir die einzigen sind, die diese Klausel haben! Glauben Sie das bitte nicht!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rauen, Sie sind beziehungsweise Eurofighter ist der einzige Anbieter gewesen, der diesen Punkt 4, den Kollege Jarolim releviert hat, den ich Ihnen schon vorhin vorgehalten habe, als ich Ihnen die Dokumente vorgelegt habe, der im Punkt 3 des Business Code, dieser Verhaltensregeln, aushebelt, hineingenommen hat. Wohlgemerkt: Es ist Eurofighter der einzige! (*Dipl.-Ing. Rauen: Woher wissen Sie das?*) Weil ich es verglichen habe. Wir können es ja vergleichen.

SAAB beispielsweise hat völlig korrekt das mit dem Angebot ausgesandte Exemplar, das vom Finanzministerium entwickelt wurde, gemeinsam mit einem Rechtsanwalt, mit einem Universitätsprofessor, unverkürzt, aber auch unverlängert, auch unergänzt, unterfertigt und eingereicht.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Darf ich etwas dazu sagen? (*Abg. Mag. Stadler: Bitte!*) Hat SAAB den Vertrag unterschrieben?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Langsam, der Reihe nach!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Na langsam! Das ist genau der Punkt, worauf es ankommt! Wenn die näher in Richtung Vertragsverhandlung gekommen wären und geschweige denn sogar zu einem Abschluss (*Abg. Mag. Stadler: Ich muss Sie aufklären!*), dann würden wir sehen, was die da gesagt hätten ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich muss Sie über die Reihenfolge aufklären. Eurofighter reicht am 22. Jänner 2002 ein eigenmächtig ergänztes Exemplar ein. (*Dipl.-Ing. Rauen: Ja!*) Eurofighter reicht am 12.9.2002 das ursprünglich formulierte Exemplar ein. Jetzt haben wir zwei, sich in einem Punkt widersprechende Exemplare. In der Haupturkunde vom Vertrag, im Juni 2003, befindet sich aber ausgerechnet jenes Exemplar, das die Republik Österreich in diesem Punkt 3 zu Punkt 4 schlechter stellt oder Punkt 4 zu Punkt 3 schlechter stellt.

Dieses Exemplar – und das ist jetzt das Bemerkenswerte –, sowohl das, was Eurofighter ergänzt hat, wie auch jenes, was die Republik selber erarbeitet und ausgesandt hat und zur Unterfertigung den Anbietern vorgelegt hat, regelt in der

Präambel, dass das Angebot auszuschneiden wäre, wenn das nicht ordnungsgemäß unterfertigt wird. Nun wird aber genau dieses Exemplar in die Haupturkunde des Vertrages aufgenommen.

Der Vertrag besteht, wie Sie ja wissen, aus einem Blatt Papier, das auf eine ganze Anzahl von Beilagen verweist, und das ist **eine** der Beilagen. Es ist nämlich unter der **Beilage A 8** dem Vertrag angeschlossen, sodass also in diesem Punkt gezielt die Republik Österreich schlechter gestellt wird – ganz gezielt in einem Punkt, der Verhaltensregeln der Firma Eurofighter im Punkt 3 aushebelt, sodass es also nur mehr der Firma Eurofighter zuzurechnen ist. Also nicht einmal, was beauftragte Dritte machen oder anstellen, sondern nur mehr, was Eurofighter direkt und im eigenen Bereich anstellt, ist noch maßgeblich. Das ist der Sachverhalt! Und der ist bisher noch nicht aufgeklärt worden.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das bestreite ich, dass der nicht aufgeklärt worden ist. Entschuldigung, ich habe Ihnen das erklärt! (*Abg. Mag. Stadler: Sie haben es nicht erklärt!*)

Ich sage es noch einmal – und das vielleicht als generelle Erklärung dazu, Herr Abgeordneter –: Wie ein Unternehmen auf die erste Angebotseinholung reagiert und was später im Vertrag steht, nach ausführlichen, umfänglichen Verhandlungen – das erste Mal antworten wir noch im Wettbewerb –, das sind zwei unterschiedliche Dinge. Das ist ein völlig normaler Vorgang!; das wissen Sie auch.

Erstens dazu: Wenn SAAB das beispielsweise, was ich nicht weiß, aber Sie wissen es sicher, sonst würden Sie dazu nicht reden –, wenn SAAB das beispielsweise beim ersten Mal schon anders hatte, gut, dann nehme ich das zur Kenntnis, es ist für mich ohne Belang. Es ist entscheidend, was am Ende ... (*Abg. Mag. Stadler: Das wissen wir schon!*) – Darf ich bitte fertigreden? Ich lass Sie doch auch ausreden, Herr Abgeordneter!

Es ist entscheidend, was hinterher dabei im Vertrag unterschrieben wird. Und das ist das Vertragsverhandlungsergebnis, was wir hatten. Im September waren für uns die Vertragsverhandlungen nicht zu Ende, sondern ein **Status festgeschrieben**. – Im übrigen würde ich Sie bitten, dass Sie in Österreich die Regierung, in diesem Fall den Verteidigungsminister, danach fragen. (*Abg. Mag. Stadler: O ja, das werden wir!*) Sie können mir doch nicht **vorwerfen**, dass wir uns einen guten Vertrag ausverhandeln! Oder?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nein, absolut nicht! Ich wollte das nur herausarbeiten, dass es zu Ihren Gunsten ist und zu Lasten der Republik Österreich. Was uns interessiert, das ist nur, wie das schlechtere Exemplar hineinkam.

Dass Sie mir nicht erklären müssen, dass um 24 Uhr Mitternacht ist, das liegt auf der Hand. Das begreift jeder Hiafler, der das einigermaßen lesen kann. (*Dipl.-Ing. Rauen: Na wunderbar! Das ist Standard!*)

Der Punkt ist, dass die Firma Eurofighter entgegen der Präambel, wo eigentlich Ihr Angebot ein weiteres Mal auszuschneiden gewesen wäre – das ist einer der vielen Gründe, wo man Eurofighter hätte ausscheiden können –, es fertiggebracht hat, obwohl ein unterfertigtes Standardexemplar vorlag, das die Republik Österreich schlechter stellende Exemplar in die Haupturkunde des Vertrages zu bringen. **Das** ist aufzuklären! – nicht, dass es stattgefunden hat. Das haben wir auch begriffen, dass es stattgefunden hat. **Leider**, muss ich dazu sagen.

Wie es möglich war, dass Eurofighter – entgegen anderen Bietern – ausgerechnet das eigenmächtig ergänzte Exemplar in die Haupturkunde bringen konnte, **das** ist der zentrale Punkt!

Natürlich wird uns in erster Linie der **Verteidigungsminister** erklären können, wie sich die Republik Österreich sozusagen gezielt schlechter stellt und wie sich die Firma EADS gezielt besser stellen konnte – im Zusammenhang auch mit dem Einredeverzicht und der Abgabe einer unbedingten Zahlungserklärung. Das alles muss man in der Zusammenschau erklären.

Da wir gerade bei Zahlen sind: Es ist bisher immer noch nicht aufgeklärt worden, was die ÖVP für diese Lobbying-Maßnahmen von Ihnen bekommen wird oder schon bekommen hat. Wenn Sie vielleicht dazu eine Aussage machen wollen, gäbe es jetzt die Gelegenheit dazu. Sonst betreibt hier herinnen keine einzige Fraktion Lobbying für Eurofighter, indem man sogar mit ... (*Abg. Dr. Kräuter: Der Grassler für „Red Bull“!*) – Das will ich gar nicht bewerten, aber hier geht es um Eurofighter! – „Red Bull“ haben wir noch nicht untersucht.

Ich halte es für bemerkenswert, dass eine Fraktion dieses Hauses hier herinnen mit Transparenten – das wird das Nächste sein – und mit Werbeflächen für Eurofighter im Eurofighter-Ausschuss aufkreuzt!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Abgeordneter Stadler, nur ein Kommentar von meiner Seite (*Abg. Mag. Stadler: Bitte!*) – wenn ich darf, ich muss ja nicht immer nur auf Fragen antworten –: Können Sie sich vorstellen – ich rede nicht über das Verteidigungsministerium –, können Sie sich vorstellen, dass das, was Sie hier so bemängeln, international **Standard** ist?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein. Das ist nicht der Punkt! (*Dipl.-Ing. Rauen: Doch, das ist der Punkt!*) Nein, der Punkt ist, dass die Republik in der Ausschreibung einen standardisierten und zu unterfertigenden Text vorgegeben hat, den die anderen Bieter unterfertigt haben, nur Eurofighter so nicht unterfertigt hat, und zwar schon bei der Angebotsabgabe im Jänner 2002. (*Zwischenbemerkung der Auskunftsperson.*) – Das ist nicht der Punkt! Dann hätten wir nicht einen Universitätsprofessor damit beauftragen müssen, nicht ein Finanzministerium damit beschäftigen müssen und nicht einen Rechtsanwalt damit beauftragen müssen! (*Dipl.-Ing. Rauen: Darf ich nur eines ...? Entschuldigung!*)

Entschuldigen Sie bitte: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass diese Republik souverän genug ist, Texte vorzugeben, von denen sie verlangt, dass sie zu unterfertigen sind, ansonsten wir nicht in ein Vertragsverhältnis eintreten! – Glauben Sie mir das, dazu brauchen wir keinen standardisierten Text der Firma Eurofighter!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Durch wie viele Prüfungen ist dieser Vertragstext bei Ihnen hier gelaufen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Professor, Rechtsanwalt, Ministerium Finanzen, Ministerium Verteidigung.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich meinte eigentlich mehr Rechnungshof und Ähnliches.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Entschuldigen Sie bitte, das überlassen Sie einfach einmal uns, wie wir das machen! (*Dipl.-Ing. Rauen: Ich frage ja nur! Sind da noch ein paar dabei gewesen?*)

Der entscheidende Punkt ist – ich frage **Sie** jetzt! –, dass dieser standardisierte Text eigenmächtig nur von einem Bieter ergänzt wurde, um sich in Punkt 3 durch einen ergänzten Punkt 4 besserzustellen! Und das war die Firma Eurofighter – und sonst niemand! – Das ist der Punkt! Und den haben Sie bis jetzt nicht aufklären können, außer dass Sie auf Ihre Interessenlage, die nachvollziehbar ist, verwiesen haben.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das ist Ihre Interpretation, dass wir das nicht aufklären können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir zu einem anderen Thema. – Sie hatten ein Gespräch im Dezember 2003 – entweder September 2003 oder Ende November 2003 – mit dem österreichischen Generalkonsul Lassmann in München. – Erinnern Sie sich an dieses Gespräch?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also, im Moment nicht. – Wann war das?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Lassmann hat ein E-Mail an das Ministerium gerichtet, das ich Ihnen nicht vorlegen kann, da das ein vertrauliches E-Mail ist, das dann über das Heeres-Nachrichtenamt gelaufen ist, er hat also ein vertrauliches E-Mail an die Republik Österreich gerichtet vom 11. Dezember 2003 und bezieht sich darin darauf, dass er ein von Missionschef Brigadier Moser, vom Militärattaché, angebahntes Gespräch „dieser Tage“ geführt habe. – Aus „dieser Tage“ schließe ich, dass es kurz vor dem 11. Dezember 2003 war.

Erinnern Sie sich nicht mehr an dieses Gespräch?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Es ist so ... – Ich muss vielleicht dazusagen: Ich bin Honorarkonsul von Norwegen, und deswegen treffen wir uns von Zeit zu Zeit im Konsul-Kreis. Es ist durchaus möglich, dass wir uns getroffen haben, ohne dass ich mich daran erinnern muss.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Lassmann gibt hier ein längeres Gespräch wieder (*Dipl.-Ing. Rauen: Das glaube ich eigentlich nicht!*), das eher Konferenz-Charakter hatte, und zwar war auch der österreichische Honorarkonsul dabei. Es war eine Dreier-Runde: Honorarkonsul, Generalkonsul und Sie.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich kann mich nicht daran erinnern. Aber das kann so ein Standard-Termin gewesen sein, wo wir uns in München treffen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, er sagt nicht Standard-Termin, sondern ein von Brigadier Moser, Militärattaché in Berlin, **angebahntes Gespräch**, das von Moser auch angekündigt wurde. – Dieses Gespräch wurde von Attaché Moser Herrn Generalkonsul Lassmann angekündigt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sie sagen: „Attaché Moser“, nicht der Botschafter Moser? – Der hieß, glaube ich, auch einmal Moser.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nein, Militärattaché Moser.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe mit einem Militärattaché Moser ... (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) – Kann sein, dass ich mit dem gesprochen habe, das ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und der hat dieses Gespräch augenscheinlich angebahnt, denn er hat das nämlich dem Generalkonsul angekündigt, dass das Gespräch stattfinden soll. (*Dipl.-Ing. Rauen: Kann sein!*) Es kann das kein Routine-Gespräch gewesen sein. Und zwar fand dieses Gespräch in Ottobrunn statt. (*Dipl.-Ing. Rauen: 2003?*) – Im Dezember 2003. Erinnern Sie sich jetzt daran?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein, aber ich war noch nie in Ottobrunn, das weiß ich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Lassmann schreibt in diesem Mail, dass Sie sich unterhalten haben über den Rohbericht des Bundesrechnungshofes – der Bundesrepublik Deutschland, nehme ich an – über Eurofighter.

Erinnern Sie sich an dieses Gespräch jetzt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Keine konkrete Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, dann muss ich konkreter werden.

In diesem Gespräch hätten Sie den Verfasser dieses Berichtes des Bundesrechnungshofes scharf kritisiert und ihn einen **frustrierten ehemaligen Beamten** der Beschaffungsabteilung des Verteidigungsministeriums genannt, schreibt der Generalkonsul hier. – Ich will Ihnen nur auf die Sprünge helfen, damit Sie sich an dieses Gespräch erinnern.

Eigentlich ist das aber gar nicht ... – Und zwar werfen Sie ihm vor, dass dem Verfasser dieses Berichtsentwurfes **Oberflächlichkeit** und **manipulative Formulierungen** vorzuhalten seien. (*Dipl.-Ing. Rauen: Sagt er!*) Schreibt er, ja! – Ich konfrontiere Sie ja nur mit dem Bericht, den der Generalkonsul an die Republik Österreich über dieses Gespräch gerichtet hat. (*Dipl.-Ing. Rauen: Ja!*)

Aber der zentrale Punkt ist Folgender: Er schreibt hier, dass sich damals – noch im Prototyp, gemeint ist also jetzt ... Er schreibt: Insbesondere sei nie deutlich gemacht worden, dass es sich dabei damals noch um Prototypen gehandelt habe, während man jetzt – und jetzt kommt's!; Zeitpunkt: Dezember 2003 –, während man jetzt – **id est** Dezember 2003 – bereits in der Anfangsphase der Auslieferung von Serienmaschinen sei, die einzeln abgenommen würden und die geforderten Kriterien grundsätzlich erfüllten.

Angesichts der umfangreichen Abnahmetests sei es allerdings noch nicht möglich, abschließend zu beurteilen – zentraler Satzteil –, ob seitens des Herstellers punktueller Nachbesserungsbedarf bestünde. – Zitatende.

Können Sie uns erklären, was zum Zeitpunkt 2003, wo also bereits der Vertrag unterfertigt war, noch der „punktueller Nachbesserungsbedarf“ bei einem Flugzeug, das erst grundsätzlich auslieferungsfähig ist, gewesen sein kann?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich kann Ihnen nun wirklich nicht sagen, warum der diese Wortwahl benutzt hat. Ich habe auch keine ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich nehme an, weil Sie sie verwendet haben.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Möglicherweise, ich kann das nicht beurteilen. Ich habe an dieses Gespräch auch keine konkrete Erinnerung. Aber ich kann Ihnen dazu etwas sagen, trotz allem – nicht zu diesem Gespräch, aber zu der Thematik –:

In dem Bundesrechnungshofbericht seinerzeit, um den es sich drehte – und auf den habe ich Bezug genommen hier bei meiner letzten Anhörung; das ist auch im Protokoll nachzulesen –, in diesem Bundesrechnungshofbericht – und deswegen habe ich mich darüber so aufgeregt – wurde immer nur von **Eurofighter** gesprochen, es wurde nicht unterschieden zwischen Prototypen und Serienmaschinen, sondern es hieß **Eurofighter**.

Ich habe zu diesem Thema hinterher mit dem Verfasser ein Sechs-Augen-Gespräch gehabt, wo er das akzeptiert hat, dass das von ihm eine ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie meinen jetzt diesen **frustrierten ehemaligen Beamten** der Beschaffungsabteilung?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe mit ihm ein Gespräch dazu gehabt und habe gesagt: Warum haben Sie das nicht weiter spezifiziert? – Und dann wurde er sibyllinisch, würde ich einmal sagen.

In jedem Fall war zu der Zeit schon klar, dass die Serienmaschinen, die wir ausliefern – ich sage Ihnen gleich, wann wir was ausgeliefert haben –, über diesen Mangel, den die Prototypen hatten – bei Prototypen war das auch nie so vorgesehen –, dass die Serienmaschinen dieses Manko **nicht** haben werden. Und wir haben dann ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Welches **Manko** ist das, wenn ich nachfragen darf?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Es war immer das Fliegen bei minus 5 Grad, das war immer das Thema. – Daran können Sie sich noch erinnern? – Das war auch groß in Rede, als der Besuch aus Österreich in Manching war. (*Abg. Mag. Kogler: Steigleistung und so weiter!*) – Nein, das war es nicht. Es ging im Wesentlichen immer um die Temperatur. Das war der „Haupthammer“ da drin, dass man bei soundsoviel Grad minus nicht fliegen kann. (*Ruf: Nur bei Sonnenschein fliegen!*) – Es war einer der wesentlichen Punkte in diesem Bundesrechnungshofbericht.

Faktum war, dass die Serienmaschinen dieses Problem überhaupt nicht haben. Die Prototypen hatten das – das war aber auch **bewusst** so, das war keine Einschränkung. Das war von Anfang an akzeptiert, dass die das haben werden, aber dass die Serienmaschinen das **nicht haben**.

Wir haben dann die Übergabe des ersten Block-2-Flugzeuges beispielsweise ... – Nein, ich gehe noch weiter nach vorne: Wir hatten bereits zehn Serienmaschinen geliefert am 31.12.2003, Übergabe der ersten Maschine an die Luftwaffe in Deutschland 1.8.2003 – aber Sie sind ja auf den Termin aus nach diesem ... – Am 31.12. hatten wir bereits zehn Serienmaschinen geliefert! Und er hat auch zugegeben, dass die Serienmaschinen dieses Temperatur-Problem und einige andere, die dort von ihm angeschnitten waren, gar nicht mehr haben. Und deswegen waren wir ein wenig verärgert über diesen Rechnungshof-Menschen, der das in die Öffentlichkeit geblasen hatte und nicht spezifizierte, was ist **Prototyp** und was ist **Serienflugzeug**.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber das schließt nicht aus, dass es ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler! Wir sind weit über der Zeit.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, damit wir diesen Satz noch abschließen: Das schließt ja nicht aus, dass erst abschließend beurteilt werden kann, ob seitens des Herstellers noch punktueller Nachbesserungsbedarf bestünde.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich meine, das ist für Herrn Pilz vielleicht nicht so ganz interessant, aber weil ich bei Ihnen dieses Interesse feststelle: Ein Flugzeug muss abgenommen werden, und wenn es vorher ... – Wir stellen ein Flugzeug zur Abnahme hin bei den jeweiligen Auftraggebern, und wir wissen nach der Abnahme, dass das Flugzeug abgenommen ist. – Wenn von ihm noch irgendetwas gefunden wird, das wir nachbessern müssen, dann müssen wir es zu unseren Kosten nachbessern. – Das ist die einzige Erklärung dafür, weil es ein Standard-Abnahmeverfahren ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich komme auf den Brief dann später noch einmal zu reden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich darf jetzt wieder ein paar Fragen stellen. Bleiben wir bei der Lieferfähigkeit. Sie behaupten ja, im Jahr 2005 hätte Eurofighter die vertraglich vereinbarten Flugzeuge liefern können. – Ich lese Ihnen einen Bericht von Herrn Traumüller aus dem Bundesministerium für Finanzen an den Finanzminister vor: Information für den Herrn Bundesminister.

Zitat: Lieber Chef! Nach drei Verhandlungsrunden mit den Vertretern von Eurofighter (Dipl.-Ing. Faltlhauser, Generalbevollmächtigter für Österreich) und EADS (Dkfm. Löbber) darf ich dir folgenden Verhandlungsstand berichten:

I. Ankaufsgesetz – und hier lese ich Ihnen Folgendes vor –: Verschiebung der Lieferungen um 18 Monate (ursprünglich geplanter erster Liefertermin war Jänner 2006; aus produktionstechnischen Gründen halten wir mittlerweile bei einer ersten Lieferung im Mai 2007).

Dann zum Lieferplan: Wie bereits erwähnt, ist die erste Lieferung frühestens im Mai 2007 möglich. Insgesamt können 2007 maximal vier Flugzeuge, 2008 maximal zwölf Flugzeuge und 2009 die restlichen zwei Flugzeuge geliefert werden. Die von dir – also dem Finanzminister – erwähnte Variante, drei Mal sechs Flugzeuge, ist nicht realisierbar.

Und jetzt: Hintergrund der Verschiebung ist, dass im Jänner 2007 die Umstellung der Produktion auf den technologisch höheren Stand der Tranche 2 beginnen muss. – Und so geht das weiter.

Das heißt, der Verhandlungspartner der Eurofighter GmbH – und das ist Herr Dr. Traumüller – informiert über Gespräche mit Vertreter Eurofighter GmbH und Vertreter EADS und stellt fest, dass die Lieferverzögerung eindeutig einen produktionstechnischen Hintergrund hat. Das ist die Formulierung.

Nachdem Produktionstechnik nicht etwas ist, was im Inneren des Finanzministeriums oder des Verteidigungsministeriums zu einem Problem werden könnte, gehe ich davon aus, dass er mit produktionstechnischen und Umstellungsproblemen, Modellwechsel und so weiter die Eurofighter GmbH meint. Wir werden Herrn Dr. Traumüller und, ich hoffe, auch Dipl.-Ing. Faltlhauser noch dazu befragen. Aber ist Ihnen erinnerlich, dass es produktionstechnische Gründe innerhalb der Eurofighter GmbH für die Verschiebung der Liefertermine gegeben hat?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Dazu möchte ich das wiederum erklären – ich akzeptiere, dass das nicht leicht für Außenstehende zu verstehen ist –, warum das falsch ist, was da steht, der Mann aber trotzdem etwas geschrieben hat, was seine Berechtigung hat.

Österreich hat keine „Tranche“ gekauft, sondern Österreich hat eine **Fähigkeit** gekauft. – Erstens.

Tranche 1, Tranche 2, diese Begriffe sind **produktionstechnische** Begriffe; das hatte ich schon einmal gesagt. Das heißt, dass zwischen Tranche 1 und Tranche 2 bestimmte **Hardware-Veränderungen** vorgenommen werden. Das heißt aber insbesondere erst einmal, dass Tranche 2 ganz einfach jünger ist als Tranche 1, weil Tranche 2 später gebaut wird.

Infolgedessen gab es die Diskussion – und nur darum geht es, Herr Vorsitzender! –: Wenn wir schon 2007 als frühestmöglichen Termin haben wollen auf Grund des Budgetbegleitgesetzes ...bla, bla, bla, was ich geschildert habe ..., gibt es dann nicht eine Möglichkeit, dass wir in einen jüngeren Produktionsstatus, wenn nicht Tranche 2, eingreifen, dass wir uns diese Flugzeuge liefern lassen? Und welche Konsequenzen hat das? – Das ist **nicht** die Fähigkeit, die Österreich **haben wollte**. Aber die Fähigkeit steht mit Tranche 1 zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund hat man gesagt: Wann steht Tranche 2, der Baustandard, der Produktionsstandard, zur Verfügung? – Und gemäß des Zeitpunktes, in dem wir diese Diskussionen geführt haben, wussten wir, dass Tranche-2-Flugzeuge vor 2008 nicht verfügbar sind. Man wollte Tranche-2-Flugzeuge trotzdem gerne haben im Zuge des Produktionswechsels und hatte dann gesagt: Wenn wir das festschreiben, wie viele Flugzeuge der Tranche 1 brauchen wir dann, die Industrie hochrüstet, weil sie Tranche 2 Produktionsstandard gekauft haben?

Im Zuge dieser Diskussion ist es sicherlich zu Irritationen hier gekommen, die möglicherweise das begründen, was der gute Mann da geschrieben hat.

Aber ich wiederhole noch einmal: Österreich hat eine **Fähigkeit** gekauft und möchte diese Fähigkeit, nämlich **Luftraumüberwachung**, möglichst in einem **Tranche-2-Produktionsstandard** haben.

Der Vertrag, der geschlossen wurde, sagt dazu aus – der letztendliche Vertrag, der geschlossen wurde –, dass wir **Tranche-2-Produktionsstandard-Flugzeuge** liefern sollen, und wenn diese vorerst nicht geliefert werden können – und zwar **alle 18**, um das deutlich zu sagen –, wenn also die vorerst nicht geliefert werden können, dann können wir **Tranche-1-Produktionsstandard-Flugzeuge** liefern, die in ihrer Fähigkeit oder im Standard hochgerüstet werden müssen auf **Tranche 2** – zu **unseren** Lasten.

Deswegen **ein für alle Mal**: Verwechseln Sie bitte nicht den Produktionsstandard und die Begriffe „Tranche 1“ und „Tranche 2“ mit den **Fähigkeiten!** Österreich hat eine **Luftraumüberwachungsfähigkeit** gekauft, die hätte man mit dem Hardware-Standard Tranche 1 machen können, aber da man sowieso bis 2007 warten musste wegen des Budgetbegleitgesetzes, gab es ein Interesse an **Produktionsstandard-2-Flugzeugen**. Und daher kommt dieses Thema.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kurze Feststellungen: Erstens: Mit dem Budgetbegleitgesetz hat das überhaupt nichts zu tun, aber das Budgetbegleitgesetz werden wir nicht mit Ihnen, sondern mit den sachkundigen Beamten besprechen. (*Dipl.-Ing. Rauen: Entschuldigung, der Termin kommt daher! Das habe ich vorgelesen!*) – Kommt mit Sicherheit nicht, aber wir werden auf diesen Punkt zurückkommen.

Das Zweite ist: Die Republik Österreich hat **nicht** bestimmte **Fähigkeiten** gekauft – das ist natürlich Voraussetzung und bei den Leistungsbestimmungen zentraler Punkt –, sondern **Flugzeuge der Tranche 2**. Der wesentliche Punkt – es ist erstaunlich, dass ein Mitglied des Ausschusses das dem Geschäftsführer der Eurofighter GmbH erklären muss! –, der wesentliche Unterschied ist also nicht die Fähigkeit zur Luftraumüberwachung, sondern die **Full Operational Capability** in Bezug auf ein Mehrzweckflugzeug, das für **internationale Einsätze** geeignet ist.

Und das ist in den Leistungsbestimmungen so präzisiert worden, dass es Flugzeuge der **Tranche 1** mit erweiterter Luftraumüberwachungsfähigkeit **ausschließt**. Das haben wir mit den Experten ausführlich besprochen. (*Dipl.-Ing. Rauen: Das stimmt absolut nicht ...! – Abg. Dr. Fekter: Herr Kollege Pilz, das stimmt ja nicht! Das ist Ihre Interpretation! Immer wieder wiederholen Sie diesen Blödsinn, Herr Pilz!*) – Das ist auch mehrere Male bei Protokoll.

Im Vertrag ist vereinbart worden: Flugzeuge der **Tranche 2**. (*Abg. Dr. Fekter: Der internationale Einsatz ist nicht gefordert!*)

Für uns entscheidend ist ein ganz anderer Punkt, dass nämlich auch die Vertragspartner im Bundesministerium für Landesverteidigung – sonst hätte man den Punkt 2.5 im Teil B des Kaufvertrages ja so nicht abgefasst – offensichtlich wussten, dass in Bezug auf das geforderte Flugzeug die Eurofighter GmbH nicht rechtzeitig lieferfähig ist. Die Typenentscheidung musste aber auf Grund der Leistungsbestimmungen getroffen werden, und die Leistungsbestimmungen werden ausschließlich von Tranche-2-Flugzeugen erfüllt. (*Abg. Dr. Fekter: Das stimmt schon wieder nicht! – Dipl.-Ing. Rauen: Ich habe das auch hier!*)

Jetzt kommt dazu: Feststellungen des deutschen Verteidigungsministeriums in Bezug auf einen Modellwechsel zwischen Tranche 1 und Tranche 2. Das ist ja nicht das idente Flugzeug, wenn man einen Modellwechsel braucht, um von einer Tranche zur anderen zu kommen.

Im Vertrag selbst steht:

Bei verspäteter Verfügbarkeit von Flugzeugen in Tranche-2-Konfiguration kann Eurofighter Flugzeuge in Tranche-1-Konfiguration liefern. Und dann heißt es:

Die in Tranche-1-Block-5-Konfiguration ausgelieferten Flugzeuge werden von Eurofighter auf Tranche-2-Block-8-Konfiguration wie nachstehend definiert umgerüstet. (*Dipl.-Ing. Rauen: Bravo! Jetzt haben Sie es begriffen!*) – Ich erspare mir meine Kommentare zu Ihren Begriffsmöglichkeiten, und es wäre freundlich, wenn Sie sich Ihre Kommentare zu meinen ersparen! (*Dipl.-Ing. Rauen: Ja!*)

Das ist jetzt der entscheidende Punkt: Wenn ein Flugzeug bereits die Leistungsbestimmungen erfüllt und alles erfüllt, was gefordert wird, dann besteht nicht die geringste Notwendigkeit, es im Nachhinein **umzurüsten!**

Das Einzige, was wir jetzt feststellen können – wir haben ja Ihre Erklärung hier zu Protokoll; und ich werde jetzt **nicht** darüber befinden, ob ich Sie in dem Punkt für glaubwürdig halte, da verweise ich auf die später kommende Bewertung, und ob ich sie für plausibel und mit den Unterlagen übereinstimmend betrachte –, der entscheidende Punkt ist zumindest für mich: Hätte die Firma Eurofighter nicht eine Lieferfähigkeit, die sich später als **nicht gegeben** herausgestellt hat, zum Zeitpunkt der Typenentscheidung behauptet, hätte es keine Chance gegeben, auch nach Eliminierung der Betriebskosten und einiger anderer Vorgänge zugunsten von Eurofighter, eine Typenentscheidung **für Eurofighter**, auch mit aller Unterstützung einer politischen Parteispitze, zu treffen. – Das ist der entscheidende, der heikle Punkt.

Uns weist uns der Verhandlungspartner aus dem Finanzministerium, den wir allerdings erst befragen müssen – ich möchte dem nicht vorgehen – zumindest aktenmäßig darauf hin, dass es da **produktionstechnische Probleme** gibt. Wir kommen später auch noch auf die Frage des Modellwechsels zurück. Es hat einen Grund, und die Republik Österreich hatte einen Grund, nicht Tranche-1-, sondern **Tranche-2-Flugzeuge** zu wollen, und den haben wir **mühsam** genug im Beweisthema 1 herausgearbeitet. Und den werden wir extra bewerten.

Das ist der Punkt, um den es geht: Es ergibt keinen Sinn, einen Vertrag über Tranche-2-Flugzeuge zu schließen, wenn man Tranche-1-Flugzeuge will. Die Republik Österreich, das Verteidigungsministerium hatte sachliche Gründe, nicht Tranche-1-, sondern **Tranche-2-Flugzeuge** zu wollen, eben auf Grund ihrer besonderen und anders gearteten zusätzlichen Fähigkeiten – und hat eine **Umrüstung** verlangt. Das ist der Punkt, den ich hier nur für das Protokoll festhalte, ohne irgendetwas bewertungsmäßig vorwegzunehmen. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist ja schon eine Bewertung! Aber das macht der Herr Vorsitzende immer!*)

Herr Rauen, Sie wollen dazu sicherlich Stellung nehmen. – Bitte.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich wiederhole nur das, was wir bei uns im Vertrag haben, und zumindest deswegen habe ich mir vorhin eine Bemerkung erlaubt, aber die ziehe ich zurück, auch aus dem Protokoll. (*Zwischenruf.*) – Gut, ich kann aber auch damit leben, wenn es drinsteht.

Wir haben Tranche 2, und wenn diese nicht verfügbar sind, Tranche 1 und müssen die hochrüsten. Warum macht das Sinn, so etwas zu tun, Tranche-2-Flugzeuge zu nehmen – wenn man sie haben kann, weil es das Timing erlaubt? – Es macht aus dem Grunde Sinn, weil so ein Flugzeug nicht für zehn Jahre gekauft wird, sondern für 30, 40, 50 Jahre, für einen längeren Zeitraum also. Und es ist daher nur allzu sinnvoll, wenn man etwas Besseres kriegen kann zu einem Preis, der attraktiv ist – „Besseres“ deswegen, weil beispielsweise Computer drinnen sind, die eine höhere Rechenkapazität haben –, dass man das auch tut. Das war möglich, weil der Termin 2007 kam.

Wenn jemand an irgendeinen Minister etwas anderes schreibt in seiner Wahrnehmung, dann kann ich dazu nichts Weiteres sagen. Ich weiß nur, wie sich das Bild **für uns**

darstellt: Durch den Liefertermin 2007 ergab sich die Möglichkeit, **Tranche-2-Flugzeuge** anbieten zu können, falls möglich. Ich wiederhole: Wir haben eine **absolute Flexibilität** im Vertrag; wir können Tranche-1-Flugzeuge zur Gänze liefern und die hochrüsten zu unseren Lasten auf diesen Tranche-2-Standard, den wir unter Vertrag haben.

Ich fasse zusammen, Herr Vorsitzender: Das Thema **2007** hat da den Takt angegeben – und nichts anderes.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich würde Sie ersuchen, Ihre Bewertungen dann dem vertraulichen Teil zu überlassen und nicht sozusagen Ihre Bewertungen so vorzunehmen, als wären sie die des Ausschusses. Es ist in keinster Weise bisher ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, ich tue das ungern, aber das möchte ich für das Protokoll richtig gestellt haben: Meine Vorhalte waren die Vorhalte eines **fragenden Abgeordneten** und keine Feststellungen für den Ausschuss. Niemand von uns, auch nicht der Vorsitzende, hat die Möglichkeit und das Recht, in den laufenden Befragungen bereits für den Ausschuss **Bewertungen** vorzunehmen. Ich ersuche Sie, mir das auch nicht zu unterstellen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke für diese Korrektur, damit wir sie im Protokoll haben.

Bezüglich der Qualitätsunterschiede zwischen Tranche 1 und Tranche 2: Handelt es sich dabei um ein gänzlich anderes Gerät, oder – hier (*Abg. Dr. Fekter weist auf das auf ihrem Tisch stehende Modellflugzeug*), glaube ich, steht eine Tranche 1 –: Würde eine Tranche 2 dastehen, würde die ähnlich ausschauen? Und im Hinblick auf die wesentlichen Elemente des Gerätes: vertragsjuristisch wesentliche Bestandteile oder unwesentliche?

Dass sie behebbar sind, haben wir schon festgestellt, und daher ist daraus kein Rücktritt vom Vertrag möglich – das wissen wir schon. Aber erklären Sie uns, was ist der **wesentliche** Unterschied!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Der wesentliche Unterschied sind insgesamt **fünf Computer** – fünf Computer, die ausgetauscht werden gegen **leistungsfähigere** Computer. Das ist der wesentliche Unterschied. Das werden Sie gar nicht sehen.

Wir reden über den wesentlichen Unterschied. Nageln Sie mich jetzt nicht fest, ob irgendwo an der einen oder anderen Ecke noch eine kleine Schraube dazukommt. Der wesentliche Unterschied sind fünf Computer – und die tauschen wir aus, raus und da, wo die saßen, wieder rein, und Sie haben eine höhere Leistungsfähigkeit dieser Rechner.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, das muss man sich als Laie so vorstellen, das ist im Hinblick auf die Software eine Weiterentwicklung, eine Verbesserung im Hinblick auf die Software und damit die Benutzung des Gerätes. Das ist aber nicht zwangsläufig damit ein anderes Gerät?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Die Software, die geladen wird, wird schneller verarbeitet, es kann mehr Software geladen werden. Der Computer beziehungsweise die fünf Computer sind leistungsfähiger.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wir haben ja schon gelernt, dass es sich hierbei um ein **Mehrzweckgerät** handelt, das an und für sich eine mehrzwecktaugliche Hülle hat (*Dipl.-Ing. Rauen: Ja!*) und dann durch die konkreten Software-Elemente und Produkt-Elemente zum jeweiligen Anforderungsprofil aufgerüstet wird.

Bei Tranche 1 und Tranche 2 im Hinblick auf diese fünf Computer: Was können die dann mehr? Für welchen Anwendungsbereich ist da die Verbesserung gegeben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich möchte jetzt wirklich nicht zu sehr ins Detail gehen, denn das ist mitunter auch ein Thema, was unsere Konkurrenz sehr gerne wissen möchte, aber die höhere Leistungsfähigkeit der Computer bedeutet zum Beispiel, dass man andere Waffen anhängen kann. Bei diesem Flugzeug – und das nennt sich zu „Neudeutsch“ „**Swing Role**“ **Capability** – können Sie während des Fluges mit entsprechender Waffenbehängung – während des Fluges! – von einem Mode zum anderen Mode um-switchen, das heißt von Luft/Luft-Bekämpfung zu Luft/Boden-Bekämpfung, was für Österreich nicht gegeben ist; das sage ich gleich wieder, Österreich hat das nicht. Österreich hat nur die Vorkehrungen für **Luft/Boden**; sonst mussten wir nichts anbieten. Aber dass sie dieses Leistungsvermögen haben, dazu brauchen sie leistungsfähige Rechner. Das ist **ein** Argument dafür, nur **eines**, aber im Wesentlichen hat es mit Waffen zu tun.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist diskutiert worden, dass wir Tranche 2 bestellt haben. Das heißt, der Preis ist auf Tranche 2 ausgerichtet, verhandelt in dieser Richtung, auch angeboten in dieser Richtung. (*Dipl.-Ing. Rauen: Korrekt!*) Und daher, wenn nicht alle Tranche-2-Elemente verfügbar sind, muss Eurofighter das, weil eben der Vertrag auf Tranche 2 lautet, gewährleisten?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wir können dann Tranche-1-Flugzeuge liefern, auch Tranche-1-Flugzeuge, und wir müssen sie auf den Standard Tranche 2 hochrüsten – rein, raus.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Lassen Sie mich noch einmal zurückkommen auf den Vorhalt, den Ihnen Kollege Stadler gemacht hat, nämlich im Hinblick darauf, dass Sie eine Klausel unterfertigt haben, die für Eurofighter günstiger war.

Sie haben ja bereits bei der Anbotslegung diese Klausel in der Form angeboten. Gab es irgendeine Kritik von österreichischer Seite im Hinblick auf Ihr Anbot zu dieser Klausel?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wenn es sie gegeben hätte, ist sie zu mir nicht durchgedrungen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, die Republik hat diese Klausel, die Sie in das Anbot bereits im Jänner 2002 so hineingenommen haben, bereits so akzeptiert.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wir haben diese Klausel von Anfang an drinnen gehabt und haben sie verhandelt. Warum sie zu diesem Stand September 2002 zwischendurch nicht mehr da drinnen stand, Frau Abgeordnete, ich weiß das nicht. Aber ich sage noch einmal: Das war nicht das **endgültige** Verhandlungsergebnis. Das ist das Einzige, was zählt. Was zwischendurch war und weshalb das nicht drinnen war, das weiß ich wirklich nicht, weil ich nicht in den Verhandlungen war. Fakt ist aber, dass es ein festgeschriebener Status zu dem Termin war; nichts weiter.

Aber ich spreche einen anderen Punkt an, den ich hier gerne noch mit anhängen möchte: Ich verstehe überhaupt nicht, warum dann dieser Vertrag, der ja nicht nur vom Verteidigungsministerium geprüft worden ist, warum das dann nicht von allen anderen Prüfprozessen beanstandet worden ist. Das verstehe ich nicht. Das war doch drin! Der Rechnungshof ist drübergegangen. Es kann doch nicht so sein, dass da nur ein oder zwei Leute in einem Kämmerchen diesen Vertrag endverhandeln und dann unterschreiben durften. (*Abg. Dr. Jarolim: Wir verstehen es auch nicht!*)

Der Rechnungshof ging auch drüber! Ich kann nur wiederholen, was ich vorhin dem Herrn Abgeordneten Stadler schon gesagt habe: Möglicherweise ist die Erkenntnis da, dass das nicht so zu sehen ist, wie es im Moment hochgespielt wird, sondern ganz normal.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es finden sich in den Protokollen zu vielen Vertragspunkten Anmerkungen der unterschiedlich Beteiligten, zu dem konkreten jedoch nicht, und daher hinterfragen wir das im Detail. Spannend ist natürlich die Sache geworden im Zusammenhang mit Steininger und Rumpold.

Jetzt möchte ich noch etwas hinterfragen, und zwar: Im Anbot im Jänner 2002 war diese Klausel von Ihnen bereits unterfertigt. Ab wann haben Sie mit Steininger/Rumpold den Kontakt aufgenommen, wann war diese Vertragsgestaltung?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das war EADS, das muss ich wieder einmal dazusagen, das war nicht von meiner Seite aus. Es waren die Vertriebsleute von **EADS International** dabei. Wann ganz konkret das Verhältnis zwischen Rumpold und Steininger gestartet wurde, kann ich Ihnen so im Moment auch nicht sagen. Ich weiß, dass ich bei einer Pressekonferenz hier war, da muss es also schon Bestand gehabt haben. Aber diese Details können nur in dem Vertragsverhältnis Rumpold–Steininger festgeschrieben worden sein. EADS hatte nur mit Steininger ... – Ich kann es Ihnen daher nicht genauer sagen. Ich könnte aber nachgucken, wann ich mit Rumpold den ersten Termin hatte; da muss es dann ja wohl bestanden haben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der konkrete Passus, der heute auch im Hinblick auf die Kontrolltätigkeit angesprochen worden ist, betrifft insbesondere die Gegengeschäfte. Da das aber jetzt nicht Beweisthema ist, werden wir uns dann zum gegebenen Zeitpunkt mit der Kontrolltätigkeit der Gegengeschäftspartner noch im Einzelnen auseinander setzen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich **unterbreche** jetzt die Sitzung für 10 Minuten.

*(Die Sitzung wird um 12.54 Uhr **unterbrochen** und um 13.06 Uhr **wieder aufgenommen**.)*

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich **nehme** die Sitzung **wieder auf**.

Nächster Fragesteller: Kollege Gaßner. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Rauen, ich habe sehr interessiert der Debatte über die Tranchen 1 und 2 zugehört. Kann ich verkürzt das so sagen, dass Österreich die Tranche 2 kauft, auf Jahrzehnte hinaus ausgestattet mit einigen besseren Computern, fünf an der Zahl, allerdings kaufen wir nicht die sonst notwendige Bestückung, damit diese Computer überhaupt ausgenützt werden können?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also zunächst einmal, Sie haben Tranche 2 **unter Vertrag**. Wir können aber Tranche 1 liefern und müssen sie auf Tranche 2 hochrüsten. Und zwar in den Teilen, wo Sie die Fähigkeit haben wollen, müssen wir gemäß Vertrag hochrüsten, und zwar auf **unsere Kosten**. Deswegen betone ich immer: Sie haben eine **Fähigkeit** gekauft.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Das heißt also im Klartext, wir bekommen heuer die ersten zwei, drei oder vier Flugzeuge. (*Dipl.-Ing. Rauen: Vier!*) – Die sind noch Tranche 1?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Die sind Tranche 1.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und die rüsten Sie uns hoch auf ...

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Standard Tranche 2. – Das dürfen wir, das steht im Vertrag so drinnen. Wir müssen den Standard **Tranche 2** liefern. Falls nicht lieferbar: Tranche 1 und hochrüsten.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ohne Mehrkosten für Österreich?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ohne Mehrkosten! Sie haben ja Standard Tranche 2 gekauft. (*Abg. Mag. Stadler: Und bezahlt!*) – Noch nicht ganz, Herr Abgeordneter! (*Abg. Mag. Stadler: Doch!*) – Nein, das haben Sie noch nicht gezahlt!

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wenn wir schon beim Zahlen sind: Sie sagten vorhin, die Tranche 2 bekommen wir zu einem guten oder attraktiven Preis. Können Sie mir sagen, wo preislich wirklich der Unterschied liegt zwischen 1 und 2?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das kann ich Ihnen auf Anhieb, ehrlich gesagt, nicht sagen. Wenn ich gesagt habe, Sie haben es zu einem **attraktiven Preis** bekommen, dann ist das zunächst nicht eine Frage von Tranche 1 und Tranche 2, sondern der Preis, den wir Ihnen als **Launching Customer**, also als Erstexportkunde, angeboten haben, unterscheidet sich jetzt für das gesamte Paket, und das ist nicht nur bestimmend durch Tranche 1 und Tranche 2. Das gesamte Paket ist attraktiv für Österreich, da es ein Launching Customer ist. Das hängt nicht nur an Tranche 1/Tranche 2.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Klarerweise werden Sie nichts anderes sagen, als dass es ein für Österreich günstiges Paket ist.

Andere Frage noch zu diesem berühmten, heute schon lange zitierten Punkt 4 im Anhang A.8: Können Sie uns sagen, war das der Geschäftsführer, der diese September-Variante Ihrerseits unterschrieben hat?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Eurofighter hat das unterschrieben.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ihr Vorgänger also. – Haben Sie eine Erklärung, warum er diese Variante unterschreibt, wenn Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, vorhin gesagt haben, das ist für Sie ein zentraler Punkt, der gar nicht zu verhandeln ist. (*Dipl.-Ing. Rauen: Ja!*) – Warum unterschreibt der dann genau diesen Sideletter, diesen Anhang, wo dieser Punkt 4 heraußen ist?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Schauen Sie, auch da wieder meine gleiche Antwort: Was ihn bewogen hat, das zu tun, müssen wir ihn eigentlich fragen, aber der ist nun im Ruhestand. Das geht nicht mehr. Ich kann es für mich nur so erklären – aber ich war selber nicht mit dabei –, dass es zu diesem Zeitpunkt einen Verhandlungsstand gab, wo man das mit beigezogen hat.

Aber ich sage noch einmal: Die Verhandlungen waren dort nicht fertig, sondern man hat einen Verhandlungsstand festgeschrieben, wo später **weiterverhandelt** wurde. Ob das so erfolgt wäre, wenn – das ist eben, was wäre, wenn –, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Für uns ist entscheidend, weil das ein zentraler Punkt ist ... – Wir bringen den immer wieder ein, und wenn wir ihn gegebenenfalls nicht durchsetzen könnten, müssen wir uns fragen, was man dann tun kann, um etwas Ähnliches zu bekommen. – Aber das ist

jetzt alles spekulativ. Was dort im Laufe der Verhandlungen gelaufen ist, kann ich Ihnen ebenfalls nicht sagen, ich weiß nur: Wenn die Verhandlungen zu Ende sind, dann wird etwas unterschrieben – und da war das wieder drin.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Das heißt also, man könnte es so interpretieren: Unterschreiben wir einmal diese für EADS schlechtere Variante, am Ende werden wir wieder die andere hineinnehmen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Schauen Sie, möglicherweise war woanders im Vertrag – wir haben das gesamte Werk ja nicht vor uns liegen – eine Kompensation in irgendeiner Form drin. Ich weiß es nicht; ich spekuliere jetzt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Gaßner, ich glaube, das bringt uns an dem Punkt nichts mehr.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich höre schon auf, es ist nur für mich immer noch nicht verständlich, aber vielleicht bin ich nicht der Einzige.

Herr Rauen, Sie haben im Zuge der Debatte hier herinnen gemeint, als Sie vom „SAAB-Land“ Österreich gesprochen haben, Sie haben damals den Eindruck gehabt – oder es wurde Ihnen erklärt –, der Deal ist eigentlich schon längst gelaufen.

Wer hat Ihnen das erklärt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das ist mir umgangssprachlich von meinen Vertriebskollegen mitgeteilt worden, als wir uns zu einem bestimmten Zeitpunkt die Frage gestellt haben: Gehen wir da rein mit einer Kampagne: ja oder nein?

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Gaßner, ich unterbreche noch einmal: Das haben wir ausführlich im Protokoll der ersten Befragung, ganz ausführlich.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Der ersten Befragung? Es ist mir nur heute noch einmal aufgefallen.

Darf ich trotzdem noch eine Frage an Sie richten: Sie haben ...

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also jetzt brauche ich nicht zu Ende antworten, heißt das, weil Sie dazwischengegangen sind, oder?

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Offensichtlich nein, weil der Herr Vorsitzende meint, Ihre Antwort dazu kennen wir schon.

Obmann Dr. Peter Pilz: Außer Sie haben vor, etwas völlig Anderes als bei Ihrer ersten Befragung zu sagen, wovon ich nicht ausgehe.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein, aber ich sage ja heute schon sowieso so viele Dinge fünfmal, also von daher ...

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Das war bei der ersten Befragung, das ist ja nicht heute. (*Abg. Mag. Stadler: Nein, aber auch das hat er heute schon gesagt!*)

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: SAAB war, glaube ich, seit Mitte der sechziger Jahre hier oder so.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Dann habe ich noch eine Frage zu Ihrer heutigen Aussage. Sie haben gemeint, Österreich hat erklärt, mit Eurofighter GmbH ein Geschäft machen zu wollen – und nicht umgekehrt. So quasi haben Sie das heute ausgesagt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich glaube, das habe ich nur im Zusammenhang mit 2007 gesagt, als ich den Rechnungshofbericht zitiert habe. Ansonsten müssen Sie mir sagen, in welchem Zusammenhang ich das gesagt hätte.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie haben gemeint, Sie haben daraufhin, auf diese Erklärung offensichtlich, ein Arbeitsteam gebildet, und dann ist offensichtlich dieses Geschäft abgewickelt worden. Den Ausdruck „Arbeitsteam“ habe ich noch genau im Ohr.

Meine ganz konkrete Frage: Was meinten Sie damit: **Österreich hat erklärt. Wer** in Österreich hat erklärt, mit Eurofighter ins Geschäft kommen zu wollen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Österreich hat uns eine **Angebotsaufforderung** geschickt. Und wenn wir von einem Auftraggeber eine Angebotsaufforderung geschickt bekommen, dann ist das für uns die Indikation, dass man mit uns zumindest ins Geschäft kommen möchte. Ob es dann etwas wird, ist etwas anderes. Aber wenn wir eine Angebotsaufforderung bekommen, dann ist das das Signal, dass man Interesse an uns hat. Das habe ich damit gemeint.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und wer hat diese Angebotsaufforderung an Sie geschickt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich persönlich habe sie nicht bekommen, aber das muss irgendwo aus dem Verteidigungsministerium gekommen sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dieser Akt steht allen Fraktionen zur Verfügung. Der ist vom zuständigen Beamten unterschrieben.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Es wäre interessant, zu wissen, wer sonst noch dabei war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte einfach den Akt zu studieren.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Eine ergänzende Frage noch, um zurückzukommen zu den Tranchen: Sind der Republik Österreich durch die vereinbarte Nachrüstung von der Tranche 1/Block 5 auf Tranche 2/Block 8 irgendwelche zusätzlichen Kosten entstanden?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich darf das noch einmal sagen: Sie haben einen Tranche-2-Standard gekauft – die Hochrüstung dazu ist unser Problem –, und zwar zu den Fähigkeiten – das ist wichtig –, die **Österreich** haben will.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ich habe die Frage jetzt bewusst wiederholend nochmals gestellt, weil ich auf etwas Anderes hinauswill, nämlich: Die Tranche 2/Block 8 hat durch die leistungsstärkere Hardware, die dort eingebaut wird, also die Computer, vermutlich einen Mehrwert gegenüber der Tranche 1/Block 5. Das kann man so sagen, oder? (*Abg. Mag. Stadler: Hat er auch schon gesagt!*)

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das ist schön für Österreich, ja. Deswegen habe ich schon einmal gesagt, Sie haben ein gutes Angebot bekommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn die Fragen zu hart werden, wird sich der Verfahrensanwalt einschalten. (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Gut, dann ist es damit eh herausgearbeitet. – Danke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rauen, ich komme zurück auf diesen Bericht des Generalkonsuls Lassmann über Ihr Treffen in Ottobrunn Anfang Dezember 2003. Er schreibt dann später in diesem Bericht, den der Herr Generalkonsul Lassmann, wie gesagt, über die österreichische Botschaft nach Wien geleitet hat, ... – Da würde mich jetzt nur interessieren: Ist Herr Militärattaché Moser an Sie herangetreten, um dieses Gespräch anzubahnen, oder sind Sie an den Herrn Moser herangetreten?

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, Herr Rauen hat glaubhaft mehrmals versichert, dass er sich an dieses Gespräch nicht erinnern kann.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, er hat gesagt, an den Moser erinnert er sich.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Abgeordneter Stadler, ich kann mir das nur so erklären, dass bei einem der regelmäßigen Treffen im konsularischen Corps dieser Termin vereinbart worden ist. Aber ich habe wirklich keine konkrete ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, Sie erinnern sich an das Tätigwerden des Herrn Moser. Brigadier Moser, Militärattaché in Berlin, ist der an Sie herangetreten? (*Dipl.-Ing. Rauen: Sagten Sie Berlin?*) – Ja.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein, Sie haben auch einen Attaché im Konsulat in München.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das ist der Handelsattaché, der Handelsdelegierte – und das andere ist der Generalkonsul Lassmann. Aber angebahnt hat dieses Gespräch der Herr Brigadier Moser, ehemaliger Abgeordneter dieses Hauses, der Militärattaché in der österreichischen Mission in Berlin ist. Und der ist augenscheinlich an Sie herangetreten, weil der das Gespräch angekündigt hat.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also jetzt haben Sie mich noch mehr verwirrt, allerdings auf einer höheren Ebene, weil ich dachte eben noch, wir wären in München, aber egal. Ich habe wirklich keine konkrete Erinnerung daran, wer wen eingeladen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie haben keine Erinnerung daran, dass Sie an einen Herrn Moser herangetreten wären. Daher bleibt ja dann nur mehr die umgekehrte Variante. – Sie können das ausschließen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich weiß nicht, wie dieses Gespräch zustande gekommen ist. Ich habe keine konkrete Erinnerung, wie dieses Gespräch zustande kam. Das war wann? (*Abg. Mag. Stadler: 2003!*) – Na sehen Sie, das ist immerhin auch schon fast vier Jahre her.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben auch keine Erinnerung daran, dass Sie an den Herrn Moser herangetreten wären?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein, im Moment wirklich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es rundet nur das Bild, das ich von der Rolle des Herrn Moser habe, jetzt ab.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sagen Sie mir auch, in welcher Form sich das Bild jetzt abrundet?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wird bei der Wertung dann entscheidend sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das wäre sehr, sehr gut.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bei diesem Gespräch ging es auch um die Kompensationsgeschäfte. Ich lese Ihnen vor, was Herr Generalkonsul Lassmann dazu schreibt:

„Ausführlich angesprochen wurde das Thema ‚Kompensationen‘, wobei der Handelsdelegierte auf eine weitverbreitete schlechte Stimmung unter den österreichischen Unternehmen hinwies, die das Gefühl hätten, dass ...“

Obmann Dr. Peter Pilz: Und ich weise an diesem Punkt auf das Beweisthema 6 hin.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ich komme aber auf ein anderes Thema, ich muss ihm nur den Text vorhalten – hoher Vorsitzender, wenn du das gestattet. (*Obmann Dr. Pilz: Eventuell!*)

„... die das Gefühl hätten, dass EADS sie hinhalte, weil man nur daran interessiert sei, mit gewissen ‚Großen‘ ins Geschäft zu kommen.“

Jetzt kommen die zentralen Passagen: „Herr Rauen war sichtlich bemüht, diesem Eindruck entgegenzuwirken, verwies aber darauf, dass es sich dabei um langfristiges Unterfangen handle, Geduld vonnöten sei und natürlich nicht jedes Unternehmen berücksichtigt werden könne, sodass es am Ende immer Unzufriedene geben werde. Gleichzeitig äußerte er sich aber auch kritisch zu dem Umstand, dass es in Österreich verschiedene und sich offenkundig gegenseitig konkurrierende Ansprechplattformen gebe. Durch die unmittelbar bevorstehende Gründung einer eigenen EADS gehörigen Firma in Österreich hoffe man, bald einen besseren Durchblick zu erhalten. Österreich werde jedenfalls sehen, dass das Eurofighter-Konsortium – im Gegensatz zu den USA oder der Firma SAAB – die Kompensationsverpflichtungen einhalten werde, so Rauen ganz dezidiert.“

Obmann Dr. Peter Pilz: Und das werden wir mit größter Spannung und Aufmerksamkeit bei Beweisthema 6 besprechen. Ich möchte jetzt nicht zulassen, dass wir in das Beweisthema 6 eingehen, und ersuche Herrn Rauen, diese Frage **nicht** zu beantworten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Frage würde sein, ob Sie die Firma schon gegründet haben und wie die heißt, damit wir uns vorbereiten können. – Herr Vorsitzender, wenn du das gestattet?

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, wenn es nur um diese Firma geht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, um die geht es mir, also rege dich nicht schon zu früh auf, sonst bekommst du Fieberblasen davon!

Obmann Dr. Peter Pilz: Lieber Fieberblasen als eine Mitgliedschaft bei der Freiheitlichen Partei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das kann ich mir vorstellen, aber ich habe dir damit noch nicht gedroht.

Bitte, wie heißt diese Firma?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Jetzt bin ich verwirrt. Soll ich jetzt antworten oder nicht? (*Abg. Mag. Stadler: Die Firma ...!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn Sie diese kurze Frage beantworten wollen, dann können Sie das selbstverständlich tun, bevor der Kollege Stadler aus der Geschäftsordnung zu zitieren beginnt und seine verfassungsmäßigen Rechte einklagt. Das macht er nämlich mit großer Vehemenz, und dann sagt wieder die Frau Kollegin Fekter etwas darauf, und wir verlieren noch mehr Zeit. Wenn Sie es aber nicht beantworten wollen, weil es eindeutig zu Beweisthema 6 gehört, ist das selbstverständlich Ihr Recht.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich mache es ganz schnell.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Frage: welche Firma?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Welches Jahr?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht um eine von Ihnen im Jahre 2003 angekündigte Firma ...

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Gab es noch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber ob Sie die Firma jetzt mittlerweile gegründet haben, ob EADS diese Firma in Österreich gegründet hat, damit wir uns vorbereiten können?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Diese Firma, über die ich da sprach, die ist, wenn ich richtig informiert bin, im Nachhinein in einer anderen Form gegründet worden – nicht exakt das da, aber zu meiner Zeit nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es spielt eine Rolle, damit wir uns auf das Beweisthema vorbereiten können.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich bin davon überzeugt, dass Sie perfekt vorbereitet sind, Herr Abgeordneter Stadler, wenn es so weit ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie heißt die Firma?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Diese Firma gab es nie.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es ist ja später eine gegründet worden, haben Sie gesagt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Jetzt gibt es hier eine Firma in Wien – das wissen Sie –, die hier vor Ort Kompensationsgeschäften fördert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und das ist die Firma?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: **Fördert**, sagte ich. Das ist nicht unsere Firma. Wir sind nicht daran beteiligt, das ist die Firma EBD. (*Abg. Mag. Stadler: Wie?*) – EBD.

Heute gibt es eine, die so etwas fördert. (*Abg. Mag. Stadler: Gut! In Ordnung!*) Aber wir sind in der Tat jetzt in den Kompensationsgeschäften.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ferner schließt der Bericht, dass ein „**Österreich-Tag**“ in Manching in Vorbereitung sei – am 19.1.2004. Was war das genau, dieser „**Österreich-Tag**“ in Manching, 19. Jänner 2004? – Der Termin ist verschoben worden und es wird der Minister eingeladen, Medienvertreter, Parlamentarier.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Medientag „**Österreich**“ steht hier. Dort wurden offensichtlich Medienvertreter – und, wenn ich mich richtig erinnere, waren da aber nicht nur Medienvertreter, sondern auch Abgeordnete – eingeladen, sich über das Produkt kundig zu machen: vor Ort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und der Herr Minister war auch dabei?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das weiß ich jetzt nicht. Der Minister war einmal dabei. Ich glaube, das war das ... Ich weiß, dass er einmal dabei ... Das kann ich im Moment nicht ganz genau sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Könnten Sie uns einmal eine Liste zukommen lassen? Sie haben damals sicher eine Gästeliste gehabt, wer dabei war.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich nehme keine Aufgaben mit. Sie können den Minister auch fragen. (*Abg. Mag. Stadler: Bitte?*) Ich weiß es nicht. Das lässt sich sicher feststellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also es ist Ihnen nicht möglich, uns eine Gästeliste vorzulegen oder EADS zu bitten, uns eine Gästeliste zu senden?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Es ist immer das Thema, das Sie mir **Hausarbeiten** mitgeben wollen von hier. Ich habe schon eine **Menge Zeit** hier mit Ihnen zu tun, die ich hier auch investiere, das ist gar keine Frage.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie verdienen auch eine **Menge Geld** mit uns! Also das ist schon irgendwie mit einer Gegenleistung verbunden. – Also bitte, wenn Sie sagen, nein, Sie tun es nicht, dann nehmen wir das auch zur Kenntnis.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Schauen Sie, Sie können doch ganz schnell im Ministerium nachfragen, dann haben Sie das doch auch. (*Abg. Mag. Stadler: Nein!*) Ist doch viel kürzer.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darüber gibt es leider im Ministerium keine Unterlagen, sonst müssten sie schon da sein!

Obmann Dr. Peter Pilz: Im Ministerium gibt es mit Sicherheit keine Liste über Medien und Medienvertreterinnen, aber ich glaube, dieser Punkt ist (*Abg. Mag. Stadler: Auch Parlamentarier!*) mit einem klaren Nein beantwortet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe immer noch die Hoffnung, dass er sagt ... Wenn Sie EADS fragen, uns so eine Liste schicken zu können, wäre ich Ihnen dankbar dafür – der Ausschuss insgesamt wäre Ihnen dankbar dafür.

Obmann Dr. Peter Pilz: Darüber hat der Ausschuss noch nicht befunden. Der Dank des Ausschusses ist eine **kollektive Maßnahme**; diese ist noch nicht erfolgt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich weiß gar nicht, warum du so angerührt bist!

Gehen wir zu einer anderen Veranstaltung, die Sie gesponsert haben. Im Oktober 2003 ist Herr Brigadier Wolf an Sie herangetreten und hat um Finanzierung einer Veranstaltung in Langenlebarn ersucht. – Erinnern Sie sich an diesen Vorgang? (*Dipl.-Ing. Rauen: Ja!*) – Darf ich Sie fragen, ob Sie zu diesem Thema schon von der Staatsanwaltschaft einvernommen wurden? (*Dipl.-Ing. Rauen: Wie war das?*) Ob Sie zu diesem Thema eventuell schon von der Staatsanwaltschaft einvernommen wurden?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein. (*Abg. Mag. Stadler: Nicht!*) – Warum?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Weil es eine Strafanzeige des Verteidigungsministeriums gegen den Herrn Wolf gibt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Und warum soll ich dann schon einvernommen werden, wenn das so ist?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Weil Sie vermutlich als Zeuge jedenfalls aus dem Sachverhalt hervorgehen – und deswegen war meine Frage, ob Sie schon einvernommen wurden.

Wie hat sich das abgespielt? Der Herr Wolf ist also an Sie herangetreten und hat gesagt: Bitte, finanzieren Sie mir das! – Welche Erinnerung haben Sie noch an diesen Vorgang?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Kurz an den Herrn Vorsitzenden: Wir sind bisher **vor** Vertragsabschluss, und jetzt springen Sie **nach** Vertragsabschluss?

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist richtig, rein zeitmäßig. (*Abg. Mag. Stadler: Aber die Veranstaltung ist ...!*) Wir haben die Veranstaltung immer mit Einwilligung der Auskunftspersonen behandelt. Wenn Herr Rauen sagt – was richtig ist –, dass das nicht von Beweisthema 3, 2 oder 1 umfasst ist und er dazu nur, wenn es vom Beweisthema umfasst ist, eine Auskunft geben möchte, dann ist das sein gutes Recht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wird er halt wiederkommen!

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, das ist *unser* gutes Recht. – Herr Rauen, es steht Ihnen vollkommen frei, diese Frage zu beantworten, Sie müssen es nicht. Sie ist *nicht* von Beweisthema 3 umfasst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben sie nur schon x-mal hier behandelt. *(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe mich gerade mit meinem Vertrauensanwalt dazu beraten. – Es gibt dazu, auch wenn es jetzt hier nicht zu dem Thema gehört, nichts, was ich nicht sagen kann oder was ich nicht sagen will. Das mache ich ja den ganzen Morgen so.

Diese Veranstaltung war nach Vertragsabschluss – auch nicht vorher anberaumt –, eine Veranstaltung, um den Mitarbeitern, die heftig gearbeitet hatten, dass sie den Vertrag abschließen konnten – also die mitgearbeitet hatten –, ein Dankeschön zu unterbreiten. Nicht mehr und nicht weniger. Und es war für uns völlig unerheblich, wer da eingeladen hat. Wir haben schlichtweg eine Dankeschön-Veranstaltung machen wollen, wo es abends etwas zu trinken gegeben und wo es abends etwas zu essen gegeben hat – nicht mehr und nicht weniger.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich komme in der nächsten Fragerunde noch einmal darauf zurück.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich kann leicht bei diesem Punkt fortsetzen, damit wir den Faden nicht verlieren. – Hat sich Herr Brigadier Wolf an Sie mit dem Ersuchen gewandt, die Kosten dieser Veranstaltung zu übernehmen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also jetzt machen wir das Thema doch ganz, aber ist ja nicht verkehrt. – Wir hatten seinerzeit gesagt, wir kommen mit einer bestimmten Anzahl Mitarbeitern und möchten ... *(Obmann Dr. Pilz spricht mit einem Bediensteten der Parlamentsdirektion.)* – Jetzt fragt er das und dann hört er nicht zu!

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe Ihnen die Frage gestellt, und ich höre Ihnen auch zu.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ach so. Entschuldigung! – Wir hatten dann gesagt, wir kommen mit so und so vielen Mitarbeitern dazu, denn auf unserer Seite hatten auch Leute wirklich heftig mitgearbeitet, und dafür zahlen wir natürlich. Das, was wir vertrinken und essen, dafür möchten wir zahlen. Und im Übrigen sagte dann der Herr Wolf: Gut, das gilt im Prinzip für unsere Mitarbeiter von der Auftraggeberseite genauso. Da habe ich gesagt: Okay, wenn das dann so ist, dann werden wir uns darüber schon einigen.

Wir haben dann die Summe für Essen und Getränke überwiesen, und ich bin im Nachhinein von Herrn Wolf ... – Also ich denke, er hat mich ein paar Mal daran erinnert: Die Rechnung steht noch aus, unseren Beitrag, den wir liefern müssen! – Ganz ehrlich, Herr Vorsitzender, sehen Sie mir das nach!

Diese Dankeschön-Veranstaltung für das Team nach Vertragsunterzeichnung einiges danach – dass wir dafür einen Schluck Bier ausgeben, oder was immer dort getrunken worden ist –, das ist so normal, dass ich das auch vergessen habe, dass da für das Bundesheer oder die Luftstreitkräfte noch eine Rechnung auszustellen ist. Das können Sie mir vorhalten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, der einzige Punkt, wo ich noch nachfrage, ist: Hat Herr Wolf inzwischen seinen Teil bezahlt?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ja, er hat den in der Zwischenzeit bezahlt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und können Sie mir sagen, wann?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Anfang Februar 2007.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie, weil das – es klingt vielleicht seltsam – auch für unser Verfahren nicht unerheblich ist, das genaue Datum der Überweisung von Herrn Wolf.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein, das (*in schriftlichen Unterlagen blättern*) habe ich jetzt hier nicht, aber es war Anfang Februar – das weiß ich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und wissen Sie, wie viel er überwiesen hat?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also das ganz Thema war, glaube ich, um die 4 000 € – das mache ich jetzt aus dem Kopf, ja? (*Obmann Dr. Pilz: Ja!*) Es waren um die 4 000 €, vielleicht waren es etwas mehr, etwas weniger, das weiß ich nicht. Wir waren mit ungefähr einem Viertel dabei, wenn Sie dann drei Viertel davon hernehmen, dann müsste er ungefähr diese Summe überwiesen haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, mehr möchte ich dazu gar nicht fragen.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Im Übrigen: Macht auch wieder die Eingangskontrolle! Da müssen die solche Haufen von Stapeln durch ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben ja dankenswerterweise Ihre Kalender mitgenommen. Können Sie uns die Termine sagen, an denen Sie Frau Rumpold getroffen haben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das habe ich vorher schon gecheckt, weil ich die Frage erwartet hab. – Ich hatte gesagt, der Kalender ist für die Zeit meiner EADS-Verwendung nicht mehr vollständig, deswegen werde ich dort ... Ich hab dort mehrere Termine gefunden, wo drinsteht: Wien, hingeflogen, zurückgeflogen, aber es sind keine Details drin, weil die da nicht mehr draufpassen.

Ich kann mich erinnern – das hatte ich vorher schon gesagt –, ich habe mit Frau Rumpold diese Pressekonferenz gemacht. Das habe ich, glaube ich, hinlänglich beschrieben. Ich kann mich erinnern, dass es einen Abendessenstermin gegeben hat. Wann der war, weiß ich nicht, kann ich daraus auch nicht entnehmen, sonst hätte ich Ihnen den Termin genau gesagt. Und es gab noch einen weiteren Termin im Zuge einer Roadshow. Aber da weiß ich jetzt die Details nicht mehr. – Daran erinnere ich mich, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich möchte Sie noch etwas völlig anderes fragen. Sie haben ja einen Kreditvertrag mit der BAWAG abgeschlossen. Können Sie uns sagen, wann das war?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein, das ist jetzt wieder ein Vertragsdetail, weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie sind Sie auf die BAWAG gekommen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich war an diesen Verhandlungen nicht beteiligt. Ich kann Ihnen dazu nichts sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer kann uns darüber Auskunft geben? (*Dipl.-Ing. Rauen: Der Verhandlungsführer!*) – Wer war der Verhandlungsführer?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Was ich bereits zu Protokoll gegeben hatte: Herr Faltlhauser.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Faltlhauser hat also auch die Verhandlungen, die zum Abschluss eines Vertrags mit BAWAG geführt haben, geführt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, er kann Ihnen **Auskunft** dazu geben. Ob er die geführt hat, weiß ich nicht. Ich habe eben schon mal gesagt, in diesen Verhandlungsdetails war ich nicht dabei.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dadurch erübrigt sich eine Reihe weiterer Fragen. Die allerletzte Frage noch zu Rumpold, weil wir dort heute wahrscheinlich noch nachfragen müssen, ist: Frau Rumpold hat uns erklärt, dass sie die einzelnen Rechnungen und die einzelnen Leistungen nicht mit Herrn Steininger, sondern mit EADS abgerechnet hat. – Wissen Sie darüber etwas?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe schon mehrfach ausgeführt, Herr Vorsitzender: Das war nicht mein Thema, ich kann Ihnen das auch nicht beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, das nehme ich zur Kenntnis. – Das waren auch schon meine Fragen. Von der ÖVP? – Frau Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Zu Ihrem Sponsoring-Anteil bei dem Fest: Normalerweise ist es ja üblich, wenn Sponsoring geschieht, dass sich dann das Sponsor-Unternehmen präsentiert. – In welcher Form hat sich Eurofighter dort präsentiert?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Da dieses Fest jetzt ja schon einige Male in Rede stand, hatte ich mich auch dazu erkundigt, ich hätte es ja sonst hier nicht sagen können. Aber es waren offensichtlich große Plakate an der Wand. Ich weiß nicht, wie groß das war, aber es waren Plakate an der Wand. Ich denke, dass auch sicherlich irgendwo ein Modell gestanden ist. Davon gehe ich aus. Aber jedenfalls – so haben mir das meine Mitarbeiter noch einmal gesagt – gab es dort entsprechende Ausstellungsstücke von uns. Ich erinnere mich nur an dieses eine große Plakat.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, für Sie war das nicht ein privates Geschenk an Wolf, sondern eine **Sponsor-Aktivität** im Rahmen eines Unternehmens, wie es häufiger vorkommt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Exakt, Frau Abgeordnete! Deswegen irritiert mich das auch ein bisschen. In unserer Industrie ist das der absolut gängigste, normalste **Höflichkeitsvorgang**, dass man sich, wenn solche Arbeiten zu Ende gebracht werden, irgendwann danach zu einem Bier zusammensetzt. Das kann keiner vorher planen, das plant auch keiner vorher, das muss auch gar nicht geplant werden, weil das etwas Spontanes ist, wo man dann sagt: Wäre das nicht gut, wenn wir miteinander etwas trinken? Das machen alle unsere Partnerfirmen so – das Normalste der Welt! Dazu lädt auch nicht einer ein. Wenn auf der Karte vielleicht irgendjemand eingeladen hat, dann vielleicht, um da einen gewissen formalen Rahmen zu geben. Das hat aber nichts damit zu tun, dass das ein Fest von Herrn Wolf war. Das ist einfach Unsinn!

Wir haben uns gemeinsam gesagt, wir möchten mit dem Team etwas trinken und etwas essen – als Belohnung dafür, als eine höfliche Geste –, und das war es, nicht mehr und nicht weniger! Und im üblichen Rahmen wird das von uns durchaus so gesponsert. Und Herr Wolf hat in der Tat gesagt: Wenn Sie Ihren Teil da bezahlen, dann werden wir von unserem Teil auch etwas beisteuern! Ehrlich gesagt, ich habe dann gesagt: Okay, gut, wenn das dann so ist, dann machen wir das halt so! – aber später hat er es dann ja bezahlt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Auch auf der Einladung war **Eurofighter** präsent, also es war nicht so, dass da nur **Wolf** gestanden wäre. Auf der schriftlichen Einladung war am Druckwerk Eurofighter präsent.

Wenn Sie Sponsoring-Aktivitäten in Österreich setzen: In welcher Form passiert das sonst noch?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Also auch da ganz generell meine Aussage: Die Sponsoring-Aktivitäten laufen im Rahmen der Programmzuständigkeiten, ich genehmige die nicht einzeln, aber was ich ohnehin weiß, weil ich hier gewesen bin, wir haben zum Beispiel die Nationalfeiertage seit 2002 gesponsert, indem dort ein Modell gestanden ist, wir haben auch Eurofighter hier drüberfliegen lassen, wie Sie wissen. Also ich weiß konkret, weil ich ein paar Mal mit dabei war, dass wir am Heldenplatz, oder wo immer das gewesen ist, etwas ausgestellt haben; definitiv.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Drei kurze abschließende Fragen hätte ich noch. Ich möchte dort fortsetzen, wo Kollege Gaßner gefragt hat, wer als erster von Österreich auf EADS zugekommen ist – jetzt, die Aktenlage unbeschadet.

Meine konkrete Frage: Ist Herr Wiederwohl, über den wir schon gesprochen haben, im Oktober 2001 an EADS herangetreten?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: An die EADS? (*Abg. Dr. Kräuter: Ja!*) Habe ich keine Erinnerung. Also jedenfalls kann ich mich nicht daran erinnern.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie das ausschließen, dass Herr Wiederwohl – jetzt jenseits aller bekannten Aktenbestände – an EADS im Oktober 2001 herangetreten ist und EADS verständigt hat, dass die Angebotsunterlagen geholt werden können?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich weiß das nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wer kann da Auskunft geben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Möglicherweise fragen Sie den Herrn Wiederwohl, wenn er es getan hat, an wen er was geschickt hat!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber das müssten an sich **Sie** wissen! Sie haben ja mit ihm Gespräche geführt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe Ihnen heute mindestens dreimal gesagt, Herr Abgeordneter, ich hatte mit Herrn Wiederwohl dieses **eine** Gespräch bei uns.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gut, ja, dann ist er nicht zum Zug gekommen, sondern Herr Steininger. Dann muss es ja auszuschließen sein, dass Herr Wiederwohl an EADS herantritt!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das ist Ihre Schlussfolgerung, nicht meine. Ich kann dazu keine Auskunft geben. Ich habe dazu keine Wahrnehmung. Ganz ehrlich nicht!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie ausschließen, ob Herr Wiederwohl im Oktober 2001 so wesentliche Schritte hat setzen können, dass Angebotsunterlagen im Verteidigungsministerium abgeholt werden können? Können Sie das ausschließen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Wenn ich wiederholt sage, dass ich dazu keine Wahrnehmung habe, wie kann ich dann etwas **ausschließen?!** Das verstehe ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Zweite Frage. Sie haben gesagt: Tranche 1 auf Tranche 2 ist auf unsere Kosten hochgerüstet worden.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das habe ich **nicht** gesagt!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Doch. Zwei Mal. Sie haben gesagt: Tranche 1 auf Tranche 2 wird auf unsere Kosten hochgerüstet.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Industrie! (*Abg. Dr. Kräuter: Ja!*) – Ach, ich dachte, Sie sagen jetzt: „unsere“ Kosten, Sie meinten **Österreich**; deswegen habe ich Sie

unterbrochen! Wir müssen das hochrüsten – innerhalb des Preises, den wir vereinbart haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, dann haben wir es noch deutlicher, und ich lese Ihnen jetzt vor, was Herr Hofer gesagt hat. Ich habe Herrn Hofer – am 20. Februar hier im Ausschuss gefragt:

„Gibt es ein Konzept der Umrüstung von 5 auf 8, und weiß man ganz genau, was das kostet?“

Karl Hofer: Das ist im Vertrag drinnen. Wir haben im Vertrag die Umrüstung, die Nachrüstung auf Block 8 bereits bezahlt.“

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sehen Sie? Genau diese Passage habe ich auch fünfmal gelesen, weil sie missverständlich ist. Sie ist im **Vertragspreis drin**. Das heißt, wie viele Flugzeuge wir hochrüsten müssen, ergibt sich daraus, welche Flugzeuge wir liefern. Was immer hochgerüstet werden muss, ist im Vertrag abgedeckt, dass wir es zahlen müssen. Die ist in der Tat missverständlich, ich habe die auch gelesen. – Lesen Sie das einmal genau **so** durch!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber Herr Hofer sagt, es wurde „bereits bezahlt“. Wir haben ja nachgefragt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein, es ist im Vertragspreis, den wir miteinander haben! Vertragspreis ist Vertragspreis. Wenn etwas hochgerüstet werden muss, ist es **unsere** Sache – nämlich Industrie. So ist das gemeint.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber wenn man immer wieder sagt, auf **unsere** Kosten, dann hat man immer das Gefühl, was für eine großartige zusätzliche Leistung vom Lieferanten zugunsten des Bestellers. – So ganz ist es ja wohl nicht, weil es ja schon **bezahlt wurde**.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sie haben einen Preis für ein Flugzeug bezahlt, für eine **Fähigkeit** mit einem **Standard**.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, und die Hochrüstung ist schon mitbezahlt.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Und dieser Preis, der ist da.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Darum stört mich so, wenn immer wieder behauptet wird: Auf unsere – sprich Industriekosten – wird es nachgerüstet, weil es nicht stimmt, da das schon vom Steuerzahler der Republik Österreich finanziert wurde.

Ein Letztes: Noch einmal zu dem ominösen Punkt 4. Mit dem „Bieter“ im Punkt 4 – den wir eh schon alle auswendig kennen – , in diesem besprochenen Vertragsbestandteil, ist die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH gemeint.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich sage es mit meinen Worten: Wir sind Vertragspartner in Österreich. Wenn das in dem Zusammenhang der Bieter ist, dann ist das so, aber ich sage nur: Wir sind Vertragspartner in Österreich.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. Und der Bieter ist ja von diesen Vertragsteilen dann ausgeschlossen – eben durch diese Klausel. Wenn dann immer so getan wird, als würde es irgendwelche Klein- und Mittelbetriebe und 300 Zulieferer betreffen – ja, aber EADS befindet sich auch darunter, weil durch diese Klausel nur die Eurofighter GesmbH ausgeschlossen wird. – Das wollte ich nur festhalten und von Ihnen bestätigt wissen.

Mit „Bieter“ ist EADS hier nicht gemeint?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe eben schon zu Protokoll gegeben: Ich werde zu diesen *juristischen Formulierungen* nicht weiter Auskunft geben. Was mein Verständnis davon ist, das habe ich hinreichend dargelegt – mehr möchte ich dazu heute nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Rauen, das ist überhaupt keine Frage für spitzfindige Juristen. Wenn der Bieter durch diese Klausel, durch diesen Punkt 4, ausgeschlossen ist – und Sie selbst sagen, ja, der Bieter ist die Jagdflugzeug GmbH –, dann ist das klar umgrenzt. Und wenn ich dann feststelle und hinterfrage: EADS ist nicht dabei?, dann hat das überhaupt nichts mit irgendeiner Juristerei zu tun, sondern ...

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Schauen Sie, ich versuche die ganze Zeit, Ihnen das, was ich weiß, mitzuteilen, und ich habe Ihnen im Zusammenhang mit dieser Klausel des Öfteren mein Verständnis – hoffentlich glaubhaft – rübergebracht. Ich habe diesen juristischen Text gestern das erste Mal gesehen, glauben Sie mir – und das auch nur, weil die Diskussion das so hochgespielt hat; ich hätte das sonst gar nicht gewusst.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich weiß gar nicht, was das Problem ist. Sie haben vorhin gesagt, wer der Bieter ist. Das ist klargestellt, und damit ist auch klar, dass EADS das eben nicht sein kann.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen da nichts weiter dazu sagen als das, was ich jetzt x-fach gesagt habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Problematik mit dieser Veranstaltung, wie das zustande kam, haben wir schon erörtert. – Haben Sie noch eine Erinnerung, ob Herr Steininger bei dieser Veranstaltung dabei war?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ganz ehrlich, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er ist angemeldet gewesen laut Anmeldeungsliste, aber es erinnert sich niemand mehr an Herrn Steininger. Das ist bemerkenswert.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Herr Abgeordneter, ich habe es versucht – ich habe nicht einmal unsere eigene Liste komplett zusammenbekommen! Ich habe es wirklich versucht im Vorfeld, aber ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine andere Sache noch zu Herrn Steininger. Herr Hoeveler – Sie kennen ihn, er hat in der Zeit mit Ihnen zu tun gehabt – sagt in einem Interview mit der Zeitung „profil“ vom 26. Februar 2007 – also von gestern –, dass Herr Steininger nichts getan hat. Er sei mit den Leistungen des Herrn Steininger nicht zufrieden gewesen. – Können Sie das nachvollziehen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich glaube, das hat er nicht gesagt. Er hat nicht gesagt, dass er mit den Leistungen nicht zufrieden war – ich kann mich an dieses Zitat erinnern: „Er hat nichts gemacht.“

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier steht es in diesem Zusammenhang; ich lese es Ihnen einmal vor:

„Noch dazu war er“ – gemeint ist Hoeveler – „mit dem mysteriösen Herrn Steininger nicht zufrieden. Hoeveler: ‚Herr Steininger hat nichts getan.‘“

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Dass er nicht zufrieden ist, schreibt das „profil“, was er sagt, ist das Zitat. (*Abg. Mag. Stadler: Nein!*) Das „profil“ schreibt, dass er nicht zufrieden ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lese Ihnen den gesamten Text vor, daraus wird es noch deutlicher:

„Dass der Verdacht durch das Schweigen von Rumpold und des Vermittlers Erhard Steininger genährt wird, versteht mittlerweile auch Eurofighter-Konzernsprecher Wolfdietrich Hoeveler. ‚Das stinkt uns ja auch‘, sagt er gegenüber ‚profil‘ zur ‚schiefen Optik‘ der Werbevertragsabwicklung. Noch dazu war er mit dem mysteriösen Herrn Steininger nicht zufrieden. Hoeveler: ‚Herr Steininger hat nichts getan.‘“

Das steht hier, ich kann es Ihnen zeigen. (*Dipl.-Ing. Rauen: Ich glaube, Sie wollen Herrn Hoeveler sowieso hier haben!*)

Ich will Sie jetzt zu Ihren Wahrnehmungen befragen: Herr Steininger hat Honorar bekommen – das haben Sie schon bestätigt –, hat mit EADS einen Vertrag gehabt, und jetzt lesen wir von einem Vertreter von EADS, dass Herr Steininger **nichts getan hat**.

Haben Sie irgendwelche Bemühungen getätigt, von ihm etwas zurückzufordern?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Nein, ich weiß ja nicht einmal, was er damit gemeint hat. – Das ist ja erst kürzlich veröffentlicht worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also Sie können diese Einschätzung von Herrn Hoeveler nicht teilen?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich weiß nicht, warum er das gesagt hat. Ich habe mit ihm darüber nicht gesprochen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine letzte Frage habe ich noch – allerdings muss ich jetzt den Ausschussvorsitzenden fragen, ob es gewünscht wird, dass wir Herrn Rauen noch einmal zu den Gegengeschäften laden. Es wäre mir nämlich lieber, wenn ich Herrn Rauen jetzt schon eine Frage dazu mit einem konkreten Vorhalt stellen könnte. Herr Rauen wäre froh, wenn er nicht noch einmal kommen müsste.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist aber jetzt nicht im Pouvoir eines einzelnen Abgeordneten, darüber zu entscheiden, ob Herr Rauen uns später noch Fragen zu Beweisthema 6 beantworten kann und soll.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, darum geht es ja nicht, sondern es geht um die Frage, ob wir eine Frage zu einem anderen Beweisthema zulassen, um der Auskunftsperson einen weiteren Anreiseternin zu ersparen. – Darum geht es.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich kann der Auskunftsperson nicht garantieren, dass nach Beantwortung dieser Frage eine weitere Ladung überflüssig wird. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist völlig klar!*) Diese Garantie wird es von Seiten des Ausschusses mit Sicherheit **nicht** geben; deswegen ersuche ich, beim Beweisthema zu bleiben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wären Sie bereit, auch eine Frage zu einem anderen Beweisthema zu beantworten?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Jetzt folge ich dem Vorsitzenden; das nimmt ja sonst kein Ende hier!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, dann werden wir einen weiteren Ladungstermin finden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe zu diesem „Dankeschön-Fest“ nur noch ein, zwei ergänzende Fragen.

Haben Sie selbst Einfluss genommen auf die Liste der dort Einzuladenden, wenn Sie das schon als **Dankeschön-Fest** bezeichnen? Haben Sie da Anregungen gegeben?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe nur auf die Einfluss genommen, die von unserer Seite kamen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann habe ich nur noch eine Frage, weil Sie sagen, das sei an sich üblich, Bier dann zu trinken. Ich stoße mich auch gar nicht so sehr an dieser Formulierung, offen gestanden, nur: Ist Ihnen bekannt, dass auf österreichischer Seite auch Beamte des Rechnungshofes – Sie haben das ja offensichtlich nicht zu vertreten gehabt – zu diesem Dankeschön-Fest eingeladen wurden?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Ich habe nur einen geringen Teil derer, die von österreichischer Seite waren, gekannt. Es waren viele da, die ich überhaupt noch nie gesehen hatte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe nur gefragt, ob Ihnen das bekannt war, dass ... (*Dipl.-Ing. Rauen: Nein! – Abg. Dr. Fekter: Ist eh keiner gekommen vom Rechnungshof!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das ist auch gut so. – Ich frage nur, weil Sie ja die Üblichkeit dieses Vorganges beschrieben haben: Ist das in der Bundesrepublik ... (*Abg. Dr. Fekter: Wie bei einer Gleichenfeier beim Bau!*) – Geh, bitte!

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich verstehe schon, dass die ganze Baustellen-Erfahrung der Kollegin Fekter in heikle Fragestellungen einfließen muss – das ist auch nachweislich aus dem praktischen Leben genommen –, ersuche jetzt aber, ohne Rücksicht auf Baustellen die konkrete Frage zu beantworten. (*Abg. Mag. Stadler: Nicht jedes Ausschussmitglied hat ein Schotterwerk daheim!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das erklärt auch die Beton-Lieferung an EADS.

Die letzte Frage: Ist das in der Bundesrepublik üblich, dass zu solchen Dankeschön-Umtrunken die Beamten des Rechnungshofes eingeladen werden?

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Zunächst einmal erlauben Sie mir, Herr Kogler: Ich habe nicht gesagt, dass es üblich ist, Rechnungshof-Beamte irgendwo einzuladen. – Das habe ich nicht gesagt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, ich frage Sie ja nur, ob es üblich ist, weil Sie das in einen Kontext gestellt haben. Das ist ja nicht unerheblich.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Das meine ich ja! Mit dem Rechnungshof habe ich keinen Kontext hergestellt, das kam nicht von mir – Entschuldigung!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage Sie, ob das üblich ist – weil Sie darauf rekurriert haben –, dass andernorts, beispielsweise in der Bundesrepublik, bei gleich gearteten Dankeschön-Festen oder Gleichenfeiern – wie uns hier geholfen wurde – Rechnungshof-Beamte eingeladen werden? Den Rechnungshof gibt es ja in Deutschland auch; darüber haben wir uns heute schon unterhalten.

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Gut, aber ich möchte es trotzdem so beantworten, wie ich es beantworten kann: Wenn wir ähnliche Feiern in Deutschland, England, Italien, Spanien, Griechenland, Norwegen, Holland haben, dann tragen wir dafür Rechnung, wer von unserer Seite kommt, und überlassen es der Auftraggeber-Seite, welche Herrschaften von deren Seite mit dazukommen, weil die am besten wissen, wer es

verdient hat – so, wie wir das auf unserer Seite wissen. Und noch einmal: Deutschland, Norwegen, England, Spanien, Italien, Griechenland, Holland – so läuft das dann.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es gibt keine Fragen mehr – Herr Rauen hat eine intakte Chance, ein **ziviles Flugzeug** zu erreichen, wofür ich ihm alles Gute wünsche! Für das Erscheinen und die Antworten sage ich danke! – Auf Wiedersehen, Sie sind entlassen!

Dipl.-Ing. Aloysius Rauen: Sie gestatten mir, dass ich Ihnen einen „Guten Tag“ sage – und nicht unbedingt „Auf Wiedersehen“.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das gestatten wir, das widerspricht **nicht** der Verfahrensordnung.

(Die Auskunftsperson Dipl.-Ing. Aloysius Rauen verlässt den Sitzungssaal.)

13.49

(Fortsetzung: 13.50 Uhr bis 13.56 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; Sitzungsunterbrechung 13.56 Uhr bis 14.34 Uhr; Fortsetzung der Beratungen in nichtöffentlicher Sitzung von 14.34 Uhr bis 14.36 Uhr; s. dazu gesonderte Auszugsweise Darstellung „nichtöffentlicher Teil“.)

14.37

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 14.37 Uhr – wieder zum **öffentlichen** Teil der Sitzung über und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Peter Ott** in den Sitzungssaal zu bitten.

(Die Auskunftsperson Peter Ott wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt Herrn **Peter Ott** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Peter Ott: Mein Name: Ott Peter; geboren am 6. 7. 1939; wohnhaft in 1190 Wien; Beruf: Vogelhausgalerist und Pensionist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Vogelhausgalerist? (*Peter Ott: Ja!*)

Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? (*Peter Ott: Nein!*)

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung sind Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen worden. Sollte auf eine konkrete Frage hin einer der möglichen Aussageverweigerungsgründe schlagend werden, ersuche ich Sie, sich an den Verfahrensanwalt oder an den Vorsitzenden wenden, und dann werden wir die weitere Vorgangsweise besprechen.

Nach der Verfahrensordnung haben Sie das Recht, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema 3 inklusive der Beweisthemen 1 und 2 abzugeben.

Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson bejaht dies.*) – Dann bitte ich um Ihre Erklärung.

Peter Ott: Ich kann auf Grund meiner Tätigkeit für die EADS eigentlich zu diesen drei Punkten, die hier angeführt sind, Beweisthemen, überhaupt nichts sagen, also weder ... – Ich habe Kommunikation gemacht, sprich PR. Das hat mit der Vertragsverhandlung nichts zu tun gehabt, das hat mit der Vorbereitung für die Nachfolgebeschaffung, mit der Typenentscheidung auch nichts zu tun gehabt. Also ich wollte das nur sagen zur Klarstellung für Ihre Fragen vielleicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Frage der Beweisthemen haben wir öfter auch so gelöst, dass wir vom zeitlichen Korridor her ganz plausible Zuordnungen vornehmen können.

Herr Ott, ich habe von Ihnen den Eindruck gehabt, dass Sie einer der wenigen sind, die überhaupt kein Problem mit den tatsächlichen Begebenheiten und ihrer Involvierung haben, da klar und deutlich auch den Medien gegenüber Auskunft zu geben. – Meine Anerkennung. Deshalb habe ich auch ein paar Vorinformationen und will mit Ihnen das kurz durchgehen, damit wir alle sozusagen protokollarisch auf Stand sind.

Im Jahr 2002, also mitten im Beweisthemenjahr, gab es jedenfalls die Peter Ott GesmbH. Ist das richtig? (*Peter Ott: Ja!*) – Waren Sie damals der Mehrheitsanteilseigner oder jemand anderer?

Peter Ott: Nein. Darf ich ganz kurz, damit das geklärt ist? GesmbH vier Gesellschafter à 25 Prozent, wie man es so macht. Ich war zu diesem Zeitpunkt Konsulent der GesmbH, Geschäftsführerin war meine Frau. Konsulent deshalb, weil ich bin mit 2001 in Pension gegangen, da gibt es diese berühmten – ich weiß nicht: 200 und etliche Euro – 290 € Spesen oder irgend so etwas, und da habe ich versucht, das so zu machen. Und das ist also der Punkt, das heißt, der Auftragnehmer war die GesmbH und ich war sozusagen in beratender Funktion als Konsulent in dieser GesmbH für diesen Klienten der GesmbH tätig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Möchten Sie dem Ausschuss sagen, wer die vier Anteilseigner zu je 25 Prozent waren?

Peter Ott: Das ist eine Familiengeschichte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Familiengeschichte, gut. (*Ott: Das könnten Sie aber in der „Wiener Zeitung“ nachlesen!*) – Das mag uns reichen. Jedenfalls mir einmal.

Jetzt ist ja bekannt geworden, dass die Peter Ott GesmbH, wo Sie zu dem Zeitpunkt dann nur mehr – Sie gestatten – Konsulent waren, Anfang 2002 in ein direktes Vertragsverhältnis mit – helfen Sie mir jetzt! EADS oder Eurofighter? ich nehme an: EADS – EADS gekommen ist. – Ist das richtig? (*Peter Ott: Ja!*)

Wie ist die Peter Ott GesmbH Vertragspartner der EADS geworden? Können Sie das dem Ausschuss schildern?

Peter Ott: Ja, ich fange einmal kurz an und versuche dann, zu erklären. (*Abg. Mag. Kogler: Bitte!*)

Durch einen Anruf. Jetzt werden Sie sagen, so geht das in der Branche. Nein, im Winter – ich glaube, das war im Jänner oder im Februar – wurde ich angerufen von einem Mitarbeiter der EADS und es bestanden alte Kontakte zur EADS, früher Daimler-Benz Aerospace, dann DASA. Also das war zu dem Zeitpunkt, wo ich früher für sie für kleinere Aufträge, für kleinere Projekte tätig war. Da hatte ich einen alten PR-Kollegen. Das ist nicht so, wie irgendein Medium jetzt geschrieben hat, ich glaube, das „profil“ war das. Der Herr Grosse-Lege, ich glaube, Detlev oder so ähnlich, das ist der Sohn. Bei mir war es der Detmar Grosse-Lege. Das war ein gestandener PR-Mann, auch damals der EADS. So waren also alte Kontakte da.

Der Anrufer, das war der Herr Wolfram Wolff. Der hat zu mir gesagt: Horchen Sie, wir suchen jemanden für Österreich, der PR für uns machen kann und Sie als Vorsitzender des Berufsgruppenausschusses der Branche ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was Sie damals waren in der Wirtschaftskammer.

Peter Ott: Was ich damals war in der Wirtschaftskammer, ja. – Er sagte: Sie könnten uns vielleicht einige nennen. Habe ich gesagt: Gut, jetzt mache ich einmal den Skiurlaub weiter, und ich schicke Ihnen dann eine Liste. Ich schickte ihm dann das Pressehandbuch. Da hat er so wie alle anderen auch nichts damit anfangen können, weil es stehen ja nur Namen drinnen. Er hat dann einige anscheinend gecheckt und mich aber dann verständigt und gesagt: Sie sind uns bekannt, Sie haben sozusagen langjährige Branchenerfahrung. Wollen Sie nicht überhaupt vorbeikommen und reden wir zwei einmal miteinander?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war dann auch der Herr Wolfram Wolff?

Peter Ott: Das war Wolfram Wolff, ja. – Daraufhin habe ich ihn darauf aufmerksam gemacht, dass ich eigentlich nur mehr Konsulent bin in meiner Firma, und sonst nichts. Dann war ich draußen und dann haben wir geredet; dann dürfte nicht nur die Chemie, sondern auch das sachliche Verständnis, das gegenseitige, also was die als Fachleute vorhaben und was wir uns vorgestellt hätten, gestimmt haben und dann hat er gesagt: Na, wollen Sie das nicht einmal machen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich will das weiter in Abschnitte gliedern, denn sonst geht es möglicherweise verloren. Zunächst sind Sie ja kontaktiert worden quasi als Branchenleader, der in der Sektion in der Kammer vorne firmiert hat, und haben jetzt aber nur, Sie sagten es selber, ein Pressehandbuch übermittelt.

Peter Ott: Nein, nicht nur, ich habe ihm die Liste ... (*Abg. Mag. Kogler: Mehrere?*) – Ich habe ihm die Liste, wenn Sie es so genau wollen, der in der Kammer registrierten – weil alle PR-Leute haben das ja nicht – Gewerbescheininhaber, die habe ich ihm geschickt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War da die Firma „100 % Communications“ auch mit dabei in Ihrer Übermittlung?

Peter Ott: Also ehrlich gesagt, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie wissen es nicht mehr.

Peter Ott: Nein, weil ich gar nicht geschaut habe. Ich habe ihm das Packerl rausgeschickt und habe mir gedacht, in alter Freundschaft, machst du einen Dienst. Aus!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie sich noch erinnern, wie viele Firmen da genannt wurden dann auf die Art und Weise?

Peter Ott: Also, nein. Wie viele ich ihm übermittelt habe?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, genau so meine ich das.

Peter Ott: Ja, das waren schon über tausend. (*Abg. Mag. Kogler: Über tausend?*) – Ja, so viele PR-Leute gibt es in Österreich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das wundert mich dann nicht, wenn er nicht so viel damit anfangen konnte. Aber ich glaube, das führt auf ein Nebengleis. Sie wissen nicht, dass die ...

Peter Ott: Entschuldigung, außerdem hätte ich mich gehütet – das sage ich auch gleich –, als Berufsgruppenausschussvorsitzender eine Empfehlung abzugeben. Da können Sie sich nur verbrennen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das können wir so lassen.

Ich frage Sie noch nach einer anderen Erinnerung: Die Firma **Media Connection** – für nicht Eingeweihte: wieder Eigentümer Rumpold – war auch nicht dabei? (*Die Auskunftsperson schüttelt verneinend den Kopf.*) – Wissen Sie nicht? – Gut.

Jetzt ist es so, dass Sie selber dort eingeladen wurden. Wie ist das dann weitergegangen?

Peter Ott: Dann haben wir gesprochen, dann hat er mir einmal erzählt, um was es da geht, also das Projekt als solches vorgestellt und dann haben wir gesagt: Okay, jetzt versuchen wir es einmal. Und das war eigentlich nur für ein halbes Jahr, glaube ich, oder so ein Dreivierteljahr vorgesehen, weil es sollte ja die Entscheidungsfindung früher fallen. (*Abg. Mag. Kogler: Ja, ganz genau!*)

Dann haben wir gesagt: Okay, machen wir halt weiter so lange. Das war bis in den Juni 2003. Ich habe also konkret von Februar 2002 bis Juni 2003 für die EADS gearbeitet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In einem jeweils aufrecht begründeten Vertragsverhältnis oder in einem durch?

Zum Stand des Jänner/Februar 2002 zwei Fragen, wenn Sie die Zeitspanne schon ansprechen. War dort die Vereinbarung, die Sie dann beabsichtigt haben, zu schließen, mit einem bestimmten Zeitpunkt beendet oder war es ein unbestimmter Zeitpunkt? Weil Sie sagten ja selber, eigentlich ein Dreivierteljahr, wenn ich Sie richtig gehört habe.

Peter Ott: Nein, ich habe gesagt, bis in einem halben Jahr soll das abgeschlossen sein zirka, oder ich habe gesagt, ein halbes, Dreivierteljahr. Ich kann mich nicht mehr so genau erinnern. Und bis zu dem Zeitpunkt machen wir miteinander Pressearbeit und PR.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und dieses Gespräch war auch wieder mit Wolfram Wolff?**Peter Ott:** Das war mit Wolfram Wolff, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und wann kam Herr Hoeveler dazu?

Peter Ott: Herr Hoeveler – ich glaube, Wolfdieter. Also Herr Hoeveler; das ist ja der Vorgesetzte gewesen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau. Und wann ist der sozusagen auf den Plan getreten?

Peter Ott: Na ja, eh bei diesem Gespräch.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also da waren Sie zu dritt? – Gut.

Und dann war der Inhalt der Vereinbarung: Ich gehe davon aus, dass es ein normaler Beratervertrag war. Ist das richtig? (*Abg. Dr. Fekter – in Richtung Auskunftsperson –: „Ja“ sagen, weil Nicken ist nicht im Protokoll!* – *Abg. Mag. Kogler: Vielen Dank, Frau Kollegin!*)

Peter Ott: Gut danke; das hört man nicht. – Ja!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Welche Leistungen hat diese Vereinbarung umfasst?

Peter Ott: Klassische PR, Schwerpunkt Pressearbeit, Unterstützung bei allen presserelevanten Maßnahmen – sei das jetzt, was weiß ich, eine Pressefahrt

irgendwohin, oder ein Interview hier zu vereinbaren oder ein Pressegespräch. Das Erste, glaube ich, war gleich einmal ein Pressegespräch, dass man also hier Kontakt bekommt zu den Leuten, und dann also mit ein paar Journalisten rausfahren nach Ottobrunn – also die klassische Pressearbeit.

Und dann eventuell geplant – oder vorgesehen; nicht geplant, sondern vorgesehen: eventuell Image-Inserte, dass man also in irgendeiner Form dann Informationen, wo man glaubt, dass das wichtig ist, dass man das also dann unter Umständen, wenn es nicht über die reine Pressearbeit geht, über so genannte Image-Inserte ... – Das war meine Aufgabe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Image-Inserte waren sozusagen in einem Möglichkeitsportfolio drinnen? (*Peter Ott: So ist es!*) – Und die hat es ja dann auch gegeben?

Peter Ott: Hat es gegeben, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie sagen, in welcher quantitativen Höhe sich das bewegt hat, in Euro – im Nachhinein jetzt, ex post?

Peter Ott: Für den Zeitraum, diese eineinhalb Jahre zirka, also Februar 2002 bis Juni 2003, haben wir – das ist ausgewiesen, da sind Rechnungen geschrieben, bilanziert und so weiter und so weiter – Kosten für Einschaltungen in den Printmedien: zirka 730 000 € – Das sind Kosten laut Tarif! Das heißt, es ist nicht berücksichtigt: die Mittlervergütung, die Werbeabgabe und die Mehrwertsteuer.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben sicher ...

Peter Ott: Ich sage es deshalb so – Sie entschuldigen, wenn ich das jetzt so sage (*Abg. Mag. Kogler: Ja, bitte!*) –: Ich habe gelesen in einer Zeitung, da steht drin: „Focus“ hat also gesagt, das und das, und Punkt; üblich sind 30 Prozent Rabatt, oder weniger, oder so irgendetwas. – Das ist, bitte, mit Verlaub – ich sage es trotzdem, auch wenn Sie es mir nicht erlauben –, ein Humbug, schlicht und einfach! Denn wenn Sie das ausrechnen – das ist ein bisschen schwierig, aber das ist eine andere Baustelle, wie man so etwas ausrechnet, aber es macht, wenn ich es von hundert rechne, rund 89,25 Prozent plus 20 Prozent Mehrwertsteuer aus. Es ist nicht 100 – was der Tarif ist – plus 20 Prozent Mehrwertsteuer, sondern das herunter ist dann 89,25 plus Mehrwertsteuer, wenn Sie so wollen.

Ich geben Ihnen dann das, was ich so habe, also diese Zahlen, wenn Sie wollen, und ich habe mir aufgeschrieben, auch diese Listen, denn das ist das Ausrechnen – wissen Sie, was ich meine?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben sich jetzt schriftlich ein paar ...

Peter Ott: Ich habe mir ein paar Sachen gemacht, die kann ich da abgeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, genau, das wird der Herr Vorsitzende dann sicher gerne entgegennehmen. Wenn Sie das nur einmal mündlich referieren, für das Protokoll, ist einmal allen geholfen.

Peter Ott: Also: 730 000 € Kosten für Einschaltungen in Printmedien. – Wir haben nur Printmedien gemacht! (*Abg. Mag. Kogler: Ja, genau!*) – Dazu kamen in diesem Zeitraum noch Kosten für die Produktion, Reisen, Pressefahrten, Pressebetreuung zu diversen Anlässen, Medienbeobachtung und so weiter, also Monitoring: 118 000. (*Abg. Dr. Fekter: Plus Mehrwertsteuer?*)

Da, Frau Abgeordnete, packen Sie mich jetzt am falschen Fuß. Ich habe mir das von der Buchhaltung, also vom Steuerberater geben lassen, denn ich habe das nicht mehr.

Na gut, sollen es 20 Prozent davon sein – ist bei den Summen, um die es da geht, ja auch kein Zeug.

Und mein Honorar ... – Nein, nicht! Entschuldigung: Nicht! Das fällt mir jetzt ein: Nicht Mehrwertsteuer – das können wir gleich vergessen –, denn Rechnungen, die ans Ausland gestellt werden, sind nicht Mehrwertsteuer-pflichtig. – Danke. Nicht Mehrwertsteuer!

Und mein Honorar für diesen Zeitraum hat 66 000 € ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Herr Vorsitzende nimmt sicher die Aufstellung einmal sehr gerne entgegen. – Ich interessiere mich ja primär für den Anzeigenteil, und da sagten Sie: 730 000 €, allerdings dann noch mit dem Aufschlag der Werbeabgabe, die Mittlervergütung – und die Mehrwertsteuer müssen wir jetzt in Klammer setzen, das ist nicht so wesentlich. – Aber das ist eine gute Größenordnung, die haben wir einmal so. Jetzt können wir eigentlich schon weitergehen.

Es hat sich ja dann herausgestellt – auch für Sie offensichtlich –, dass die Firma des Herrn Rumpold, in dem Fall die „100 % Communications“, ebenfalls inseratenmäßig tätig geworden ist. Sie haben das sicher irgendwann bemerkt. Wann?

Peter Ott: Ich glaube, das war im zweiten oder dritten Monat – ich glaube, so von dem Zeitpunkt, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber haben Sie zum Zeitpunkt Ihrer Vereinbarung gewusst, dass sich Vertragsverhandlungen mit Rumpold anbahnen? (*Peter Ott: Nein!*) – Und was war Ihre Reaktion darauf?

Peter Ott: Na ja, ich habe einmal in Deutschland angerufen und habe gefragt, was da läuft, nicht wahr? Ich habe mir gedacht, entweder setzen die direkt irgendwelche Maßnahmen, dann brauchen sie mich nicht – ich bin ja nicht nur Erfüllungsgehilfe, so auf kleiner Schiene. Und dann haben sie gesagt: Nein, da gibt es jemanden anderen!, sprich: die Agentur vom Rumpold. – Sage ich: Schön, und was macht der?, denn dann lasse ich gleich alles fallen! – Da wurde mir erklärt, dass Rumpold eigentlich nur alle jene, oder sagen wir: alle marketingorientierten Maßnahmen – egal, was man jetzt darunter verstehen will – kommunikativ unterstützt.

Das heißt, wenn irgendwo eine Aktion ist, die direkt absatzorientiert ist, dann hat er das unterstützt – mit was immer.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, es werden vielleicht dazu noch die einen oder anderen Fragen gestellt werden. Ich war jetzt der Erste, meine Zeit ist nämlich abgelaufen, jedenfalls als Fragesteller; jetzt kommt der nächste. – Vielen Dank für die Auskünfte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Ott, wie hat sich das in den Abrechnungsmodalitäten dargestellt? War das ein Pauschale, das ganz zu Beginn ausgemacht war, oder war das bausteinmäßig und ist das abberufen worden – wie war das?

Peter Ott: Okay, ist mir klar. – Das, was fix war, fix vereinbart, war das Honorar, das Beratungshonorar. Alles andere war im Auftrag: Die haben angerufen und haben gesagt, okay, wir brauchen etwas! – Das heißt, wir hatten kein Budget, keinen Budgettopf, kein Budgetvolumen, nichts. Wir haben auch dann inseratenmäßig im zweiten Halbjahr, also im Jahr 2003 wenig bis fast gar nichts gemacht, auf dem Sektor. – Also das, was fix war, war das Honorar. Also ein Honorar ist branchenusancengemäß das sogenannte Kontakthonorar, Beratungshonorar – nicht wahr: der ruft an, und der Computer oder die Rechenmaschine läuft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie hat sich das dann mit den Rechnungen, die Sie gestellt haben, dargestellt? War das eine monatliche Abrechnung oder war das projektbezogen? (*Peter Ott: Projektbezogen!*) – Das heißt, Sie haben beispielsweise Printkostenanteil in ...

Peter Ott: Das heißt, nach Anfallen der Leistung, der durchgeführten Leistung wurde diese Leistung abgerechnet. Das heißt, die Inserate – wenn es halt erschienen ist, ist es abgerechnet worden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und dazugehörig dann Ihr Honoraranteil?

Peter Ott: Nein! Nein: Das Honorar hat damit gar nichts zu tun. (*Abg. Mag. Stadler: Das war fix!*) Wenn er nichts haben will – mein Honorar rennt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie trotzdem bekommen. (*Peter Ott: Das ist so, ja.*) – Okay.

Das heißt also, die Rechnungen haben Sie projektbezogen, anlassfallbezogen an EADS fakturiert? (*Peter Ott: Ja!*) – Haben Sie irgendeine Wahrnehmung, wie EADS das kontrolliert hat, wie EADS, jetzt sage ich einmal, das intern auf Plausibilität geprüft hat, was Sie da verrechnen?

Peter Ott: Na ja, ehrlich gesagt: nein. – Außerdem war es mir wurscht, denn das muss ja der da oben verantworten. Oder?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat es jemals irgendwelche Beanstandungen gegeben in Richtung ... (*Peter Ott: Nein!*) – Nicht? – Sondern Sie haben vorgelegt: Das ist gemacht worden, ...

Peter Ott: Ich habe vorgelegt – da schicken Sie mit, da bekommen sie die Zeitung mitgeschickt, also das so genannte Belegexemplar. – Punkt. Aus.

Und wenn eine Pressekonferenz war oder sonst irgendetwas – was weiß ich, in der „Sky-Bar“ oder so –, dann waren die ohnehin mit dabei.

Und da muss man eben dann, wie es so üblich ist, da müssen Sie mitschicken: Kopien der Original-Rechnung und so weiter und so weiter, damit die nicht glauben, dass ... – Also, das macht man als gute PR-Agentur, damit die nicht glauben, sie werden „übernommen“.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, das ist so akzeptiert worden, wie Sie als Fachmann hier in Österreich das vorgeschlagen haben? Oder hat EADS die Wünsche geäußert und gesagt: Jetzt brauchen wir das, jetzt brauchen wir das!? – Von wem sind da die Initiativen ausgegangen?

Peter Ott: Also der Auftrag zwangsläufig vom Auftraggeber, EADS. Aber **was** in Auftrag gegeben wurde, dafür hatten sie ja einen Berater da sitzen, mit dem das abgesprochen wurde – auf wessen Initiative immer: Einmal bin ich gekommen und habe gesagt: Hört zu, da ist das und jenes; sollte man das tun?; ich würde euch das empfehlen!, und auf der anderen Seite sind die gekommen und haben gesagt: Hört her, wir haben das und das vor; was sagen Sie dazu oder was sagst du dazu? – Also, wie es ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wer war nach Ihrer Wahrnehmung der Berater, der EADS diesbezüglich eingeflüstert hat?

Peter Ott: Moment: was eingeflüstert?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben ja gesagt, die hatten einen Berater da sitzen in Österreich, und der hat ihnen gesagt, ...

Peter Ott: Na ja, mich! Mich! Dafür hatten sie ja mich da sitzen, nicht? Dafür haben sie ja mir im Monat ein fixes Honorar gezahlt – ja!

Also: Wir sprechen von den ... – Meine Kontaktleute, noch einmal, waren Wolff – vor allem der Herr Wolff, aber der mit zwei „f“ – und der Herr Hoeverler – die zwei.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aus Ihrer Wahrnehmung als, sage ich jetzt einmal, Fachmann und Branchenkenner: Was hat der Mitbewerb zum damaligen Zeitpunkt getan? Wie ist der auf dem Markt aufgetreten? (*Peter Ott: Genau so!*) – Das heißt, die haben auch geschaltet, Berater gehabt et cetera (*Peter Ott: Ja freilich!*), haben Lobbyismus betrieben? (*Peter Ott: Ja freilich!*) – Und dann sind ja auch die Medien gekommen und haben gesagt: Der Gripen inseriert dort. Wollt ihr nicht auch inserieren? – Und da haben wir aufpassen müssen und checken, ob der Gripen wirklich inseriert, nicht? Denn sonst hätten sie dich „gehabt“!

Wenn irgendeine Veranstaltung war – irgendwo –, da haben Sie die Amerikaner und alle dort getroffen! Da brauchen Sie nur Herrn Mader zu fragen! Das ist gang und gäbe!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Er ist noch nicht da – er wird später wahrscheinlich kommen. (*Peter Ott: Ach, Entschuldigung!*)

Das heißt also, auch der Mitbewerb hat genau so agiert wie ...

Peter Ott: Also ich weiß nicht, aber: Er hat **auch** agiert. – Ob genau so, weiß ich nicht, aber er hat **auch** agiert.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das war wahrnehmbar? (*Peter Ott: Ja!*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Ott, welche Referenzen ... – Ich weiß schon, dass Sie Vorsteher vom Fachverband waren und ÖVP-Kammerfunktionär – also, Fachverband Werbung und, ich glaube, Marketing ...

Peter Ott: Warte, warte, warte! (*Abg. Dr. Kräuter: Nein?*) – Darauf habe ich gewartet – Entschuldigung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, ich wollte nur fragen – das ist ja ohnedies bekannt, nicht wahr, dass Sie damals Funktionen gehabt haben, was durchaus als Referenz Bedeutung haben mag –: Welche hatten Sie denn zusätzlich für die Vertretung in Österreich für solch einen Konzern?

Peter Ott: Ich habe gerade eine Liste abgegeben. – Also abgesehen davon, dass ich schon für das Unternehmen gearbeitet hatte (*Abg. Dr. Kräuter: Ja?*), und da ist so ein gewisser Kontakt da – das ist eben so –, aber ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie das konkreter sagen? In welchen Geschäftsfällen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Ott hat mir jetzt gerade eine Liste übergeben – die wird gerade kopiert. Das ist eine ziemlich lange Liste von Unternehmen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gut, dann gehe ich gleich weiter.

Dann möchte ich Sie etwas zu Ihrem Vertrag fragen: Haben Sie da irgendwelche Vertraulichkeitsbestimmungen oder so etwas drinnen?

Peter Ott: Also, ehrlich gesagt, ich weiß es nicht, und ich habe ihn auch nicht mehr gefunden in den Unterlagen.

Aber zum Thema Vertraulichkeit möchte ich nur sagen: Wir haben vonseiten der Wirtschaftskammer her in den Geschäftsbedingungen – das sind aber nur

Empfehlungen, aber branchenübliche, das ist so – für die Berater Verpflichtung zur Verschwiegenheit. – Das ist drinnen, und ich glaube, das ist generell bei allen Beratern – Unternehmensberatern und so weiter.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn Sie jetzt aber dann der APA gegenüber bekannt geben, wie viele Inserate und so weiter geschalten worden sind, haben Sie ...

Peter Ott: Nein, nein! Momenterl – darf ich nur ganz kurz noch (*Abg. Dr. Kräuter: Ja!*) –: Jetzt ist es natürlich so: Was fällt da alles hinein in diese Verschwiegenheitspflicht? (*Abg. Dr. Kräuter: Genau!*) – Sehen Sie, das ist ja das! – Genau, habe ich mir eh gedacht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also das Aufzählen von Inseraten nicht, offensichtlich? (*Peter Ott: Das nicht!*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Danke, das ist eine wichtige Information im Zusammenhang mit einem weiteren Beratervertrag, wo wir dann mit dem nächsten auskunftsfreudigen Gast hier reden werden.

Ich wollte Sie nur fragen: 2005 ist Ihre Firma ja dann irgendwie liquidiert worden?

Peter Ott: Die GesmbH ist aufgelöst worden, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Warum eigentlich?

Peter Ott: Das war eine wirtschaftliche Überlegung. Außerdem war ich ja vom Alter her so weit, dass ich als Pensionist auch schon zusätzlich habe verdienen dürfen, und, na ja, da habe ich mir die Vogelhausgalerie aufgemacht, damit ich noch eine andere „Spielwiese“ habe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie waren ja eben zuständiger Fachvorsteher, und die Firma „Special Public Affairs, PR-Beratung“ der Frau Keglevich war ja eine der Firmen sozusagen unter Ihren Fittichen. – Kann man das so sagen? (*Peter Ott: Nein, nein!*) – Nicht?

Peter Ott: Ich war der Berufsgruppenvorsitzende – der Berufsgruppenvorsitzende!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber Sie kennen natürlich die Frau Keglevich als eine namhafte Repräsentantin einer Firma? (*Peter Ott: Ja!*) – Um Ihnen jetzt da aus dem „profil“ eine Zeile zu zitieren:

„Frau Keglevichs Special Public Affairs PR-Beratung ... versucht seit 2001, guten Wind für das Eurofighter-Projekt zu machen.“

Welche Wahrnehmungen haben Sie da gehabt, weil Sie ja Februar 2002 bis Juni 2003 ebenfalls guten Wind machen mussten?

Peter Ott: Also, erstens einmal sage ich zu veröffentlichten Meinungen überhaupt nie etwas – Punkt eins. Und ich kann Ihnen nur sagen: Die Frau Keglevich war zu diesem Zeitpunkt – meiner Meinung nach und meiner Wahrnehmung nach – nicht für die EADS tätig.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aha. Das heißt, Sie haben da überhaupt keine Kontakte, Gespräche oder irgend so etwas gehabt.

Wenn ich Ihnen jetzt so ein Inserat zeige – das ist natürlich schon eine Zeit her; warten Sie, ich werde es Ihnen gleich geben; damit es auch im Protokoll ist: 19. August 2002, aus der „Kleinen Zeitung“ –, können Sie dann heute noch feststellen, ob das sozusagen aus Ihrem Stall gekommen ist?

(*Der Auskunftsperson wird das Inserat vorgelegt.*)

Peter Ott: Ja. Kann sein, ja. Das sind diese Darstellungen ... – Von wann ist die? – 19. August 2002, ja. – Das sind die Inserate gewesen, die **wir** gemacht haben.

Ich habe Ihnen hier ein paar Beispiele mitgenommen, damit wir nicht so über das Blaue reden, und da ist das ... – Ach so, das sieht man jetzt nicht so, aber da ist auch so dieser Eurofighter drinnen. – Also das ist unsere Linie gewesen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ihnen ist ja dann irgendwann wahrscheinlich aufgefallen, dass auch andere Inserate schalten. Wenn Sie sagen, Sie erkennen (*Peter Ott: Dass andere Inserate ...*) – also, Sie haben ja auch aus drei Metern, Sie sehen das auf einen Blick ...

Peter Ott: Ja, da sind andere Inserate auch geschaltet worden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Hat es da überhaupt eine Abstimmung oder so etwas gegeben, dass man im Design ...? – Das ist ja an sich wohl üblich in der Werbebranche, dass man einen einheitlichen Auftritt hat: Haben Sie da irgendwelche Kontakte gehabt?

Peter Ott: Also, üblich ist das nicht! Das ist auch so – Entschuldigung, wenn ich das jetzt so sage –: Das ist eine Sache der Unternehmensphilosophie und des Corporate Designs.

Ich nehme ein kleines Beispiel: Nehmen Sie eine ganz große deutsche Autofirma: Wenn die aus Deutschland die Inserate aufgeben oder bundesweit – sozusagen solche Image-Inserate –, schaut das anders aus als dann der jeweilige Importeur, der hier lokal auftritt. Ich glaube, die F... – ich will jetzt keinen Namen nennen, denn sonst ...

Nehmen Sie irgendeine Automarke – egal welche; vielleicht die, die Sie fahren –: Das internationale Inserat schaut anders aus als das, das der lokale Händler – sei es im 10. Bezirk oder in Salzburg – für Österreich schaltet.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. – Als Sie dann jetzt andere Inserate gesehen haben, ist ja das wahrscheinlich (*Peter Ott: Ja!*) nicht besonders erfreulich, denn Sie denken sich, das ist ja irgendwo ein Stilbruch.

Peter Ott: Genau! – Noch einmal kurz zu diesem Punkt: So ist mir das ja aufgefallen! Und ich habe natürlich gesagt: Kinder, also das ist kein einheitlicher Unternehmensauftritt und auch, wenn Sie so wollen, kein Weitertragen der Unternehmensphilosophie und dient auch nicht dem Erreichen unseres Zieles, das wir vorhaben. – Da haben die gesagt: Horch her: Andere Baustelle! Geht uns überhaupt nichts an! Läuft über Marketing-Schiene! – Punkt. Und die sollen machen, was sie wollen.

So, jetzt kann ich mir ausrechnen: Entweder du spielst den großen ethischen Moralapostel – oder, okay, du machst deinen Job, und aus.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. – Sie haben ja natürlich – und das, glaube ich, gehört ja auf jeden Fall bei Ihnen zur Profession damals – ganz genau beobachtet, was wann erschienen ist. – Ich glaube, das ist ja der Alltag und das wird einmal ...

Peter Ott: Meines? – Was meinen Sie mit „erschieden ist“?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ihre und natürlich auch die, die mit dem Produkt zusammenhängen.

Peter Ott: Nein, das hat mich gar nicht interessiert! Das soll **der** machen, denn der muss ja Rechenschaft ablegen!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, aber Ihnen sind ja andere Inserate aufgefallen. Können Sie das so quantifizieren: War das dann (*Peter Ott: Nein!*) ein Teil von Ihren 10 Prozent (*Peter Ott: Nein!*) oder mehr, oder ...?

Peter Ott: Nein, kann ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also das können Sie überhaupt nicht sagen: Hat es da mehr Inserate gegeben ...?

Peter Ott: Darf ich Ihnen ganz kurz helfen. Es geht Ihnen jetzt wahrscheinlich um die Volumina – so ist es. Dazu: Soweit mir bekannt ist, hat die Agentur Rumpold – oder egal, wie die heißen – auch andere Werbemaßnahmen gemacht. Die haben also Fernsehspot gemacht, die haben, glaube ich, sogar Kinowerbung gemacht und so weiter.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber so Roadshows haben ja auch **Sie** gemacht, und Veranstaltungen und ...

Peter Ott: Nein, ich habe keine Roadshows gemacht. Ich habe alles, was direkt mit der Presse zu tun hat, gemacht. Wenn der jetzt eine absatzorientierte Geschichte macht, aus Sicht des Unternehmens her – und das ist eben die Problematik, die die da oben gehabt haben, seien es Wolff/Hoeveler, mit irgendwelchen anderen Leuten noch. Wenn die sagen, wir machen das, und dann laden sie dazu auch Presse ein, dann ist es okay, dann ist es eine mediengerechte Veranstaltung. – **Wir** haben rein **das** gemacht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber Sie als Gremialvorsteher haben ja besonders viel Erfahrung und Überblick. Wenn man jetzt eine Summe von 6,6 Millionen hernimmt – das ist ja mittlerweile unbestritten –, wenn Sie jetzt das einschätzen, was da öffentlich sozusagen nachvollziehbar war, wie würden Sie das einschätzen? Oder umgekehrt: Was hätten Sie mit 6,6 Millionen alles machen können an Werbemaßnahmen?

Peter Ott: Ganz kurz nur: Ich glaube, auf die zweite Frage, da müsste ich Ihnen nur eine lustige Antwort geben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie können mir eine lustige Antwort oder eine ernste Antwort geben, ich bin für jede Antwort offen.

Peter Ott: Da hätte ich vielleicht auf den Stephansdom oder überall auf die Kirchen einen Eurofighter hinaufgemalt oder irgendwie. – Nein, das ist ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber man hätte mehr machen können?

Peter Ott: Nein, so geht das nicht, Entschuldigung. – Aber etwas anderes: Das, was die gemacht haben mit egal wie viel Geld, kann ja am besten **Focus**, eine Organisation, eine Institution wie Focus ermitteln. Die können das.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also indem alle Inserate und so weiter genauestens ...

Peter Ott: Alles, was eine entgeltliche Werbemaßnahme in dem Sinn in einem Massenmedium war. – Nicht, wenn Sie den Türkenschanzpark blau angemalt haben. Das werden sie wahrscheinlich nicht erfassen, aber sonst alles.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, auf das wollte ich ja hinaus. Da kommt man auf gute 2 Millionen € oder so etwas. – Jetzt kann man 850 000 € in etwa abziehen, die sind ja von Ihnen geleistet worden.

Peter Ott: Das weiß ich auch nicht! (*Abg. Dr. Kräuter: Na, wohl!*) – Nein, das fragen Sie mich bitte nicht, weil ich nicht weiß, wie sich die 2,5 Millionen zusammensetzen. – Daher: Ich habe ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist ja überprüft worden von einer objektiven Stelle, nicht wahr, von der ... (*Peter Ott: Von der Focus!*) – Eben. Das ist ja überprüft worden.

Peter Ott: Haben sie das nachgewiesen?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. Dass das ungefähr 2 Millionen sind. – So. Jetzt muss man ja von Ihnen wegrechnen, denn Sie haben vorher gesagt, 730 000 ... (*Abg. Dr. Fekter: Da ist aber der Kino-Spot nicht dabei, oder?*)

Warum werden Sie jetzt nervös, Frau Kollegin Fekter? Darf ich das fragen? (*Abg. Dr. Fekter: Da war der Kino-Spot auch dabei?*)

Jetzt bleiben wir bei den 730 000 €, die Sie eben vorhin erwähnt haben, die wegkommen. Das heißt, wir sind noch auf guten 1,2 Millionen €, die von der Firma „100 % Communications“ aufgewendet worden sind für Printmedien.

So, jetzt wollte ich Sie fragen, weil Sie ja mit dem Ganzen zu tun gehabt haben: Was ist Ihnen sonst noch aufgefallen – denn sie haben ja auch öffentliche Auftritte und Veranstaltungen organisiert?

Peter Ott: Fernsehen ist mir aufgefallen, und ich glaube, auch der Kinospot, ja. Und die haben ja verschiedene Sachen gemacht, ich weiß nicht, die haben in verschiedenen großen Tageszeitungen ganze Strecken inseriert! – Also, ich kann mir nicht – jetzt sage ich Ihnen ganz ehrlich ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, nein, das ist schon geklärt – 2 Millionen.

Peter Ott: Na schön. Gut. Also, ich möchte ... – Gut, wenn Sie sagen, dass es geklärt ist, dann ist es geklärt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie mit dem Herrn Wolf einmal zu tun gehabt? (*Peter Ott: Mit wem?*) – Mit dem Air Chief Wolf.

Peter Ott: Ach so, Air Chief – ja, ja, den habe ich einmal gesehen. (*Abg. Dr. Kräuter: Wo?*) – In Aigen im Ennstal, als der Eurofighter nicht gekommen ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist er nicht gekommen? Warum? Was war denn da?

Peter Ott: Das war ... – Jetzt kann ich es ja schon sagen, warum er nicht gekommen ist: Weil der Chip für den Looping nicht funktioniert hat und kein Reservechip da war. Da hätten sie von Manching später wegfliegen müssen, und das wollte man den Leuten in Aigen im Ennstal in der Dämmerung nicht zumuten. Das war es. Der Herr Wolf hat natürlich schnell etwas anderes gesagt, es war irgendein – was weiß ich – Defekt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Der Herr Wolf sagt immer etwas anderes.

Peter Ott: Nein, nein, das ist nicht ... – Nein, nein, das ist eh klar: Da kann er nicht sagen, der Chip geht nicht. Stellen Sie sich vor, was da in den Zeitungen gestanden wäre! Mit einem Chip macht man einen Looping.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das werden wir bestimmt den Herrn Wolf noch näher fragen. Aber haben Sie irgendeine Geschäftsbeziehung gehabt? Der Herr Wolf hat immer Interviews oder was ...

Peter Ott: Nein, nein! Ich weiß, auf was Sie hinauswollen. Nichts! – Nein, ich habe ihn dort gesehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber es sind ja öfters große Interviews vom Herrn Wolf erschienen in verschiedensten Zeitungen. Das ist Ihnen schon auch aufgefallen, oder?

Peter Ott: Ja, ja, sicher.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Vielleicht ein Letztes in der ersten Runde: Sind noch weitere Agenturen ... – Ist Ihnen da irgendetwas aufgefallen? Der Herr Rauen war heute da und hat Auskunft erteilt und hat von Werbeagenturen – also beim ersten Mal, als er da war – gesprochen, die beauftragt worden sind. Ist Ihnen irgendwie bekannt, dass außer Ihrer Agentur und der Rumpold-Agentur noch irgendwer tätig gewesen wäre?

Peter Ott: Ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber später dann schon die Frau Keglevich, nicht?

Peter Ott: Ja, die Nachfolgerin.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ach, das war praktisch die Nachfolgerin dann von Ihnen? Kann man das so betrachten? – Von wem ist eigentlich die Frau Keglevich empfohlen worden? Haben Sie sich da auch engagiert? Denn das ist ja naheliegend, nicht wahr, dass man ...

Peter Ott: Nein, nein! Aber die Frau Keglevich ist eine Super-Frau, und die macht viel für Industriebetriebe und so weiter.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie auch Kontakte gehabt mit Industriebetrieben in der Zeit, in Ihrer Auftragszeit von Februar 2002 bis Juni 2003 (*Peter Ott: Nein!*), zum Beispiel FACC oder MAGNA oder ...? (*Peter Ott: Nein!*) – Überhaupt keinen? (*Peter Ott: Nein!*) – Ihre Kontakte waren ausschließlich der Herr Wolff und der Herr Hoeveler.

Hat es sonst irgendwelche Kontakte gegeben zu EADS-Leuten? – Hat es sonst irgendwelche Kontakte gegeben zu Personen, die zu tun haben mit der ganzen Sache?

Peter Ott: Die eine gewisse Relevanz haben, nicht wahr, für dieses Projekt. – Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Irgendjemand vom Landesverteidigungsministerium, die dann einmal gesagt haben: Ich habe einmal ein Inserat gesehen, da hat der Eurofighter nur einen Motor gehabt! – Hat da irgendwann einmal wer technische Hinweise, Anweisungen ...? Woher haben Sie eigentlich so ein Sujet?

Peter Ott: Von der EADS draußen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Und mit dem Bundesheer oder so Stellen hat es da nie Kontakt gegeben? (*Peter Ott: Nein!*) – Sonst mit irgendjemandem aus der Politik, der mit Ihnen einmal über Ihren Auftrag irgendetwas besprochen hat? – Aus der Wirtschaft nicht? Aus der Politik nicht? – Also ausschließlich Wolff und Hoeveler? – Danke.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Grüß Gott, Herr Ott! – Ich möchte noch einmal auf die Kosten zu sprechen kommen. Herr Kollege Kräuter hat ja meiner Meinung nach – und ich sage das extra so dazu, da das ja danach sowieso wieder hervorgehoben wird – sehr wohl darauf geschaut, dass er Sie unterbricht, wo Sie

gerade aufzählen wollten, was Ihrer Meinung nach die Kosten hätten sein können und was Sie durch Ihre Monitoring-Tätigkeit alles gesehen haben in den Printmedien und so weiter, und dass es TV-Spots, Kinowerbung und dergleichen für Eurofighter gegeben hat von der „100 % Communications“. Ich möchte auch sagen, dass laut **Focus Media Research** in den Jahren 2002 und 2003 rund 2,4 Millionen € an Einschaltungen in Medien platziert worden sein sollen, wobei Produktions- und sonstige Kosten für Spots, Events und Aktionen nicht enthalten sind in diesem Focus Research.

Können Sie uns jetzt noch einmal sagen – und ich werde Sie nicht unterbrechen –, was Ihr Monitoring in diesem Zeitraum so ergeben hat, was man da alles gesehen hat?

Peter Ott: Wenn Sie meinen, Monitoring ist nur bezogen auf Einschaltungen, Werbeeinschaltungen in den verschiedensten Medien, seien es Print- oder elektronische Medien: Das ist nicht das Monitoring, das ich gemeint habe. Das Monitoring, das ich gemeint habe, ist generell relevant zu diesem Thema. Das heißt, es hätte sein können: Da hat es zum Beispiel geheißen, dort und dort soll irgendeine Lagerhalle oder eine Servicestätte von der EADS hinkommen, irgendwo in der Steiermark oder so, und da hat es ein bisschen Unruhe gegeben. – Das ist von uns zu beobachten gewesen, denn dann habe ich empfohlen: Machen wir für da unten eine Presseausendung. Sagen wir denen, das bringt der Wirtschaft dort das und das – oder egal, wie. Es sind also alle relevanten Dinge zu beobachten.

Entschuldigen Sie: Das, was Sie meinen, ist ja Ausschnittendienst, das ist Observer. Der beobachtet die Medien und legt dann fest und sagt: Wann ist das erschienen? Mit welcher Auflage? Und wenn Sie ein bisschen mehr zahlen, sagt er auch noch die Kosten.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Aber Sie haben ja dadurch, dass Sie eine Beratertätigkeit gehabt haben, klassische PR gemacht haben, Schwerpunkt Pressearbeit, wie Sie gesagt haben, Werksbesuche, Imageinserate, Einschaltungen in Printmedien (*Peter Ott: Ja!*), Reisen, Pressefahrten und dergleichen, sehr wohl einen intensiven Überblick über das Mediengeschehen gehabt, über die Medienpräsenz von EADS mit dem Eurofighter Typhoon. Was ist Ihnen da aufgefallen? Oder: Wie können Sie das aufschlüsseln? Was war da Kostspieliges dabei? Sie haben gerade gesagt, da waren ganze Strecken praktisch erworben in den Printmedien, wo man das Produkt präsentiert hat und Filme und dergleichen. Wie kostspielig ist so etwas? Sie sind ein Branchenkenner, ein Insider.

Peter Ott: Da kann ich überhaupt nichts dazu sagen, das wäre Kaffeesud-Lesen. Erstens wüsste ich gar nicht, wie vor fünf Jahren die Tarife waren – Punkt eins. Punkt zwei: Das habe ich gar nicht ... – Ich habe gesehen: Aha, da ist ein Inserat erschienen, vielleicht, oder: Jessas na, schon wieder irgend so ein Rumpold oder von irgendwem immer ein Inserat. Aber, was das kostet, oder ist das eine Einzelgeschichte oder eine Kampagne-Geschichte ... Zwei Sachen sind mir aufgefallen: Das waren größere Strecken, wie gesagt, in einer sehr großen österreichischen Tageszeitung (*Abg. Dr. Fekter: Kleinformatig!*), einer kleinformatigen Tageszeitung, und dann ein Magazin. Aber alles andere – da kann ich nichts dazu sagen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Um zu Ihrem speziellen Vertrag zurückzukommen: Das heißt, Sie haben für sich ein Fixum von 66 000 €, wenn das jetzt korrekt ist, ausverhandelt gehabt. Vorweg war vereinbart, ein halbes, dreiviertel Jahr wird das zirka dauern. Aber es war ein Fixum. Das heißt, nach einer Woche hätten Sie das Fixum genauso gehabt, so wie Sie dieses Fixum auch für diese eineinhalb Jahre dann gehabt haben für diese Beratertätigkeit.

Peter Ott: Nein. Ich habe 4 000 € und etliches gehabt im Monat. Wenn ich nur sechs Monate gearbeitet hätte, wäre es halt mal sechs gewesen, und so ist es halt mal 15 oder 16 gewesen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Mit wem haben Sie dann diese Werbeverträge, für die Sie persönlich verantwortlich waren, abgeschlossen? Welche Unternehmen waren da involviert?

Peter Ott: Was heißt „Werbeverträge“?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben ja ebenso Werbung für den EADS-Eurofighter Typhoon gemacht, Inseratenschaltung.

Peter Ott: Die Inserate? (*Abg. Mag. Darmann: Ja!*) Die hat mir der Wolf in Auftrag gegeben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ja, aber Sie haben mit Unternehmen Kontakt, also Sie haben das dann ja persönlich veranlasst, dass die Inserate geschaltet werden.

Peter Ott: In den Medien?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Genau. Mit welchen Medien haben Sie da ...?

Peter Ott: Anzeigenabteilungen? (*Abg. Mag. Darmann: Ja!*) Tageszeitungen, Printmedien, die wir halt ausgewählt haben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie da welche nennen? Sind es Magazine auch gewesen? Nur Tageszeitungen?

Peter Ott: Na sicher waren es Magazine, ja.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie da ein paar bei Namen nennen?

Peter Ott: Ja, aber, Entschuldigung, wenn ich das jetzt so sage: Die müsste ohnehin der „Focus“ drinnen haben. – Punkt eins. Aber ich mache es Ihnen leichter. Normalerweise macht man so etwas mit so einem klassischen Siebener-Ring, heißt das, oder Achter-Ring; das sind also in jedem Bundesland die wichtigsten Tageszeitungen oder die meinungsbildenden. Und dann gibt es halt ein paar Magazine oder so, so, wie der Kollege da daneben liest.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ott, ich frage Sie zunächst zu dem, was uns Herr Rauen gerade zuvor im Ausschuss erzählt hat. Er hat gesagt, für die Auswahl von Dienstleistern wie Ihnen oder Herrn Rumpold war es wichtig, dass es Kontakte zu Regierungsparteien gibt.

Haben Sie für EADS beziehungsweise Eurofighter Kontakte zu Regierungsparteien oder Regierungsvertretern oder Vertretern der Regierungsparteien hergestellt? (*Peter Ott: Nein!*) – Das heißt also, Sie haben hier kein „Connecting People“ zur Regierungsebene oder zur Parteebene hergestellt? (*Peter Ott: Nein.*) Auch nicht zur Industriellenvereinigung? – Und zur Wirtschaftskammer auch nicht?

Peter Ott: Auch wenn ich als Mitglied sozusagen dort ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will es nur für das Protokoll.

Peter Ott: Nein, nein, ich habe darauf nur gewartet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir brauchen das nur für das Protokoll, weil so, wie Nicken nicht im Protokoll festhalten kann, kann man auch Kopfschütteln nicht für das Protokoll festhalten.

Peter Ott: Ich habe gesagt: nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Also sowohl bei Industriellenvereinigung nein als auch bei Wirtschaftskammer nein.

Wir haben mittlerweile erfahren, dass diese „Focus“-Analyse keinen Unterschied gemacht hat bei den Inseraten, die man bewertet hat, zwischen den Inseraten, die von Ihnen kamen, und jenen Inseraten, die von Rumpold kamen, weil das auch – soweit wir informiert sind – aus dem Inserat selber nicht ersichtlich war.

Ist es daher richtig, dass wir davon ausgehen müssen, dass bei der Bewertung, die „Focus“ vorgenommen hat, Ihre Inseratenleistung mit beinhaltet ist?

Peter Ott: Könnte sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich frage Sie nun zu dieser Veranstaltung, die im September 2002 im Hangar in Schwechat stattgefunden hat. Erinnern Sie sich an diese Veranstaltung?

Peter Ott: Ja, von der AUA.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie dort irgendeinen Beitrag geleistet, weil Sie dort auch mit einer der Gäste waren? (*Peter Ott: Ja.*) Und der hat worin bestanden?

Peter Ott: Ich habe Pressemappen gemacht für die EADS und habe den Auftritt sozusagen genutzt, um wieder unser Anliegen unterzubringen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Völlig korrekt und auch legitim. (*Peter Ott: Ja; ja!*) Was hat EADS ansonsten dort noch für diese Veranstaltung beigesteuert? Wissen Sie da was? (*Peter Ott: Keine Ahnung!*) – Sie hatte einen sehr blumigen Titel: „Hochzeit im Hangar“. Da war auch der Herr Wolf, der vom Bundesheer Hauptverantwortliche für das Projekt, dabei.

Gab es dort irgendein Sponsoring von Eurofighter oder EADS für diese Veranstaltung? (*Peter Ott: Keine Ahnung!*) – Wissen Sie nichts? (*Peter Ott: Weiß ich nichts!*)

Herr Ott, was muss man sich unter Pressefahrten vorstellen, die Sie hier veranstaltet haben? Was war das konkret?

Peter Ott: Pressefahrten waren zum Beispiel nach Ottobrunn, um den Journalisten einmal zu zeigen: Was ist ein Eurofighter, wie wird er zusammengestellt. Da heißt es immer: Vier Nationen, und ein jeder liefert irgendetwas, der eine das Schwanzl, der andere den rechten Flügel/linken Flügel – wie schaut das aus?, also, wenn Sie so wollen, das Produkt als solches vorstellen und dann den Flugsimulator zeigen und bekannt machen mit Eurofighter-Piloten. Die werden halt gefragt, und dann sind die Journalisten ein bisschen überrascht, wenn das so junge Burschen sind, die so etwas fliegen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Müssen wir davon ausgehen, dass diese Veranstaltung im Jänner 2003 auch von Ihnen organisiert wurde, und nicht von der Agentur Rumpold?

Peter Ott: Keine Ahnung. Ich weiß nicht, was da war im Jänner 2003.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gab einen so genannten Österreich-Tag in Ottobrunn für Journalisten, Politiker und so weiter.

Peter Ott: Das war sicher nicht von mir.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist nicht von Ihnen gewesen?

Peter Ott: Nein, Politiker habe ich nie mitgehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gab es also abseits dieses so genannten Österreich-Tages vom Jänner – ich bilde mir ein, 2003; ich müsste das aus meinen Unterlagen herausuchen – einen weiteren Pressetermin in Ottobrunn?

Peter Ott: Ja, ja, sicher.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wann war das etwa nach Ihrer Erinnerung?

Peter Ott: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie viele solcher Pressefahrten hat es gegeben, damit wir in etwa den Aufwand abschätzen können?

Peter Ott: Also bei mir waren es zirka zwei oder drei in diesem Zeitraum.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zwei oder drei? (*Peter Ott: Ja!*) – Die Firma Eurofighter – das haben Sie uns geschildert – ist an Sie herangetreten. Hat man dort irgendein Motiv genannt, warum man ausgerechnet auf Sie kommt?

Peter Ott: Ja, habe ich ja gesagt: Weil ich im Unternehmen als solchem bekannt war – nicht im Unternehmen, Entschuldigung, das sind ja ein paar tausend Leute, in der PR-Abteilung. Das war das eine. Und so ist man auf mich gekommen, und da hat man gesagt: Da fragen wir den! oder: den auch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und was war das andere, weil Sie gesagt haben, das war das eine?

Peter Ott: Und dann, in weiterer Folge, ist es dann zu einer Entscheidungsfindung gekommen. Das Erste ist einmal die Vorselektion, und dann ist die Entscheidungsfindung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Waren dort noch mehrere Bewerber mit Ihnen? (*Peter Ott: Keine Ahnung!*) – Wissen Sie nichts davon? (*Peter Ott: Keine Ahnung!*) – Es war aber nie davon die Rede, dass sozusagen eine Art vertraglichen Zwischenstelle dazwischen geschaltet werden soll, etwa der Herrn Steininger oder der Herrn Plattner oder irgendwer?

Peter Ott: Nein, nein, nein!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, es war von allem Anfang an klar, dass man Ihre Leistungen direkt vom Haus bestellt und Sie sie erbringen und abrechnen, und fertig. (*Peter Ott: Genau!*) Dass es also kein Zwischenerfordernis gäbe? (*Peter Ott: Genau.*)

Ist Ihnen aus der Branche – Sie sind ja ein guter Kenner der Branche – bekannt, dass man für solche Marketingaufträge beziehungsweise PR-Kampagnen eine Art Zwischenstelle braucht?

Peter Ott: Ist eigentlich üblich und kann ohneweiters sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also: Ein Unternehmen will Lobbying betreiben und beauftragt dann nicht das betreffende Unternehmen direkt, obwohl es dann mit ihm direkt kommuniziert, sondern schaltet immer wen dazwischen. Was soll das ...?

Peter Ott: Herr Stadler, Entschuldigung, ganz kurz nur. Ich glaube, wenn Sie sagen „will Lobbying betreiben“: Der will nicht Lobbying betreiben – der will verkaufen. Und jetzt dient ihm alles, und da hat er eine Lobbying-Agentur oder egal wie. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) Aber in letzter Zeit ist es auch in Europa so und auch bei uns in Mitteleuropa, dass sehr viel mit Lobbying versucht wird, und wir selbst versuchen es ja,

ob in Brüssel oder sonst irgendwo. Und wenn einer dann da draußen sagt: Und jetzt nehme ich mir eine relevante Agentur für diesen Bereich aus Brüssel oder egal wo, dann ist es okay.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Dann nehmen Sie aber direkt die Agentur, aber dann brauchen Sie ja nicht jemanden dazwischen?

Peter Ott: Sie meinen jetzt den ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Den Herrn Steininger.

Peter Ott: Sie meinen den Lobbyisten. Na sicher, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Lobbyist ist es ja nicht. Der hat ja keine Leistungen erbracht. Das wird ja von niemanden behauptet. Nicht einmal er selber behauptet, er hat eine Leistung erbracht.

Peter Ott: Dann ist er clever.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er schweigt dazu.

Peter Ott: Ich weiß nicht, aber ich finde das super.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es erklären uns ja alle, dass die ganzen Leistungen von der Agentur der Eheleute Rumpold erbracht wurde.

Peter Ott: Gut. – Da kann ich nichts dazu sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das denke ich mir.

Peter Ott: Ich beneide ihn nur.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe keine weiteren Fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann habe ich selbst ein paar kurze Fragen. – Sie haben einen Vertrag mit EADS gehabt. Ich frage das vor dem Hintergrund, weil von anderen Auskunftspersonen versucht worden ist, den Eindruck zu erzeugen, man habe von Seiten von EADS niemanden in Österreich gekannt, es gab keinen Ansprechpartner und so weiter.

Sie haben gesagt, Sie haben schon länger mit EADS zu tun gehabt. Hat jemand von EADS Sie jemals gefragt, wen man noch für Lobbying oder so für die Firma beschäftigen könnte? (*Peter Ott: Nein!*) Nicht. Das heißt, Sie haben auch keinen Hinweis auf die Firma Rumpold gegeben. (*Peter Ott: Nein, nein!*)

Das Zweite ist: Sie haben einen Vertrag mit EADS gehabt. Hat es in diesem Vertrag eine spezielle Verschwiegenheitsklausel gegeben?

Peter Ott: Das weiß ich jetzt nicht. Das weiß ich nicht, weil ich den Vertrag oder die Vereinbarung nicht mehr gefunden habe, und ich kann mich nicht erinnern. Aber für mich ist es **selbstverständlich**, bitte, dass eine Verschwiegenheitspflicht da ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das haben Sie ja grundsätzlich erklärt. Aber uns geht es ja um eine ganz spezielle Verschwiegenheitspflicht. Ich schildere es Ihnen etwas genauer, oder ich formuliere es gleich als Frage: Hat es eine Verschwiegenheitsklausel gegeben, bei deren Bruch vertraglich vereinbart war eine hohe Pönale, die Sie zu zahlen gehabt hätten? (*Peter Ott: Nein!*) Das war nicht der Fall.

Hatten Sie in irgend einer Form bei Bruch der Verschwiegenheit Regressforderungen von EADS zu befürchten? (*Peter Ott: Nein!*) Das ist klar genug.

Sie haben die Inserate gebucht. Wer hat die Rechnungen für die Inserate bezahlt? Ist das direkt von EADS bezahlt worden?

Peter Ott: Die EADS, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, Sie haben EADS die Rechnung gegeben, und die haben das dann bezahlt?

Peter Ott: Nein, nein, entschuldigen Sie: Welche Rechnung meinen Sie.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ein Inserat kostet, sagen wir einmal, jetzt ...

Peter Ott: Von wem die Rechnung? Meinen Sie die vom Medium?

Obmann Dr. Peter Pilz: Vom Medium, ja.

Peter Ott: Medienpartner bin ich. Und das Medium verrechnet an mich, also an die Agentur (*Obmann Dr. Pilz: Und Sie bezahlen?*), und wir bezahlen das – wenn mir der umfällt, habe ich Pech gehabt –, und wir verrechnen dann das weiter an unseren Auftraggeber, sprich: an die EADS.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann habe ich nur noch eine letzte Frage: Haben Sie eine Aufstellung der einzelnen Inserate und der einzelnen Schaltungen? Wir würden das insofern brauchen, als wir das dann anhand der Focus-Liste durchgehen und ausscheiden können, welche Leistungen von Ihnen erbracht worden sind, damit wir die Leistungen der Firma Rumpold genauer beziffern können.

Peter Ott: Das kann ich Ihnen nachliefern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das können Sie uns nachliefern? – Dann ersuche ich Sie darum. Bitte schön, das an mich zu richten, dann kommt es auch zum Ausschuss, und dann werden wir das wie üblich an die Ausschussmitglieder verteilen. (*Abg. Dr. Fekter: Ist das sicher, Herr Kollege Pilz?*) Das ist, was Sie betrifft, sogar 100-prozentig sicher.

Ich habe keine weiteren Fragen mehr. Hat sonst noch jemand Fragen? – Bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Tätigkeiten des Herrn Bergner. Sie haben ja gesagt, die Frau Keglevich war sozusagen eine von Ihnen durchaus geschätzte Nachfolgerin, um das abzukürzen.

Können Sie noch aus Ihren Wahrnehmungen etwas sagen, wie sich das Verhältnis Keglevich zu Bergner, der ja mittlerweile auch eine GesmbH hier in Österreich hat, darstellt im Kontext mit den PR-Aktivitäten? (*Peter Ott: Nein!*) Können Sie nichts dazu beitragen. (*Peter Ott: Nein!*) – Danke.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Ott! Nachdem da immer so im Raum gestanden ist, es hätte eine Parteienfinanzierung gegeben: Können Sie ausschließen, dass im Zusammenhang mit Ihrem Vertrag Parteienfinanzierung geflossen ist? (*Peter Ott: Ja!*) – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es werden keine weiteren Fragen mehr gewünscht. – Ich danke für Ihre Geduld und Auskunftsbereitschaft! Die Befragung ist beendet.

15.36

(Die Auskunftsperson Peter Ott verlässt den Sitzungssaal. – Der Obmann unterbricht bis zur Befragung der nächsten Auskunftsperson die Sitzung. – Die Sitzung wird um 15.36 Uhr unterbrochen und um 15.48 Uhr wieder aufgenommen.)

15.48

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt – um 15.48 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Gernot Rumpold** in den Sitzungssaal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson **Gernot Rumpold** und dessen Vertrauensperson **Mag. Huberta Gheneff** werden von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann begrüßt Herrn **Gernot Rumpold** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Gernot Rumpold (100% communications pr-agentur): Mein Name: Gernot Rumpold; Geburtsdatum: 11.9.1957; Adresse: 1010 Wien; Beruf: Selbstständiger.

Obmann Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? *(Die Auskunftsperson **verneint dies.**)*

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte auf eine konkrete Frage einer dieser Gründe Ihrer Meinung nach schlagend werden, werden Sie den Verfahrensanwalt oder mich darauf hinweisen, und wir werden die weitere Vorgangsweise besprechen.

Ich darf nun auch die Vertrauensperson um ihre Personalien ersuchen.

Vertrauensperson Mag. Huberta Gheneff: Mein Name: Mag. Huberta Gheneff; Geburtsdatum: 29.12.1964; Anschrift: 1040 Wien.

Obmann Peter Pilz: Ich frage jetzt die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Frau Gheneff als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil Sie entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte? – Das ist **nicht** der Fall.

Ich habe auch Sie, Frau Mag. Gheneff, als Vertrauensperson über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligte zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die Beratung der Auskunftsperson. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben

Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Rumpold, Sie haben vor Eingang in die Befragung nach der Verfahrensordnung das Recht, eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. – Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Gernot Rumpold: Ja, ich möchte eine persönliche Erklärung zum weiteren Procedere abgeben.

Ich bin Geschäftsführer und Gesellschafter der 100 % Communications PR-Agentur GesmbH. Die 100 % Communications PR-Agentur GesmbH hat einen Vertrag mit Erhard Steininger abgeschlossen. Gegenstand dieses Vertrages sind unter anderem Beratungs- und Public-Relation-Arbeiten in Sachen Verkauf des Eurofighters durch die 100 % Communications PR-Agentur GesmbH.

Dieser Vertrag enthält eine Verschwiegenheitsklausel, die meiner Ehegattin, Frau Erika Rumpold, im Untersuchungsausschuss am 23.2.2007 vorgelegt hat und die ich heute auch wieder mithabe. Auf Grund dieser Verschwiegenheitsklausel berufe ich mich in Bezug auf alle Fragen, die mit dem Verkauf des Eurofighters zu tun haben, auf mein Aussageverweigerungsrecht gemäß § 7 Abs. 1 Ziffer 5 der Verfahrensordnung des Untersuchungsausschusses. – Danke.

Obmann Peter Pilz: Ich danke auch. – Wir nehmen diese Erklärung zur Kenntnis. Laut Verfahrensordnung haben Sie nicht das Recht, sich generell der Aussage zu entschlagen, sondern Sie können einen oder mehrere konkrete Aussageverweigerungsgründe auf konkrete Antworten anführen, und wir werden dann, sollte dieser Fall eintreten, nach der Verfahrensordnung vorgehen.

Erste Fragestellerin ist die Frau Kollegin Fekter. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Rumpold, ich habe alle ihre Bilanzen, die im Firmenbuch einsehbar sind, hier vor mir liegen, und ich werde Sie zu diesen Bilanzen befragen. Steuergeheimnis ist kein Entschlagungsgrund, und nachdem diese Bilanzen ja veröffentlicht worden sind, unterliegen sie auch nicht der Verschwiegenheit. Ich ersuche Sie daher, uns diesbezüglich, soweit es Ihnen möglich ist, Auskunft zu geben.

In der ersten Bilanz – das war ein Rumpffjahr der 100 % Communications, das ging von März bis September – haben Sie einen Gewinn von 1 600 € ausgewiesen und eine Rückstellung von 4 700 €. Im Jahr darauf – das ging dann vom Oktober 2001 bis September 2002 – war ursprünglich ein Gewinn von 370 000 € ausgewiesen und bereits eine Rückstellung von 1,9 Millionen. Das war in der Jänner-Bilanz, die im März 2003 eingereicht wurde.

Sie haben dann eine Bilanzberichtigung vorgenommen und den Gewinn in die Rückstellung überführt. Damit war die Rückstellung dann nicht mehr 1,9 Millionen €, sondern plötzlich 2,3 Millionen €. Diese Bilanz haben Sie eingereicht im September 2003.

Und jetzt frage ich Sie: Was war das für eine Rückstellung?

Gernot Rumpold: Im Detail kann ich Ihnen dazu leider keine Auskunft geben, denn diese gesamten Bilanzerstellungen und die Bilanzveröffentlichungen obliegen meinem Steuerberater, und der macht das fertig. Und soweit ich das einsehen konnte, funktioniert das alles wunderbar. Und wir sind gerade im Zuge der jetzigen Steuerprüfung auch davon informiert worden, dass auch mittlerweile alles in Ordnung ist. Und deshalb kann ich Ihnen Details dazu nicht sagen, weil ich auch nicht weiß, was hier im Detail gemacht wurde.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Rumpold, Sie haben die Bilanz unterfertigt. Also gehe ich davon aus, dass sie nicht Ihr Steuerberater erstellt hat, sondern dass Sie sie erstellt haben, weil Sie sie ja auch unterfertigt haben. Es hat Sie Ihr Steuerberater diesbezüglich vielleicht beraten, aber Sie müssten doch wissen, wofür Sie eine Bilanzberichtigung vornehmen, noch dazu, wo Sie zweimal unterschrieben haben, nämlich die ersteingereichte Bilanz, dann die berichtigte Bilanz, und der Unterschied zwischen den beiden Bilanzen nur der ist, dass der Gewinn von 370 000 € in die Rückstellung überführt worden ist. Wofür war diese Rückstellung?

Gernot Rumpold: Nochmals: Im Detail erstellt die Bilanzen der Steuerberater, und ich vertraue dem zu 100 Prozent, und deshalb unterschreibe ich das, was er mir vorlegt. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Rückstellungen kann man ja nur für Leistungen machen, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind. War diese Rückstellung eine vertraglich zugesicherte Leistung im Zusammenhang mit ihrem Dienstvertrag?

Gernot Rumpold: Das weiß ich jetzt nicht. Kann ich im Detail nicht beantworten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): War diese Rückstellung vielleicht für eine Pensionszusage für Sie und Ihre Frau?

Gernot Rumpold: Das weiß ich jetzt nicht. Kann ich im Detail nicht beantworten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): War diese Rückstellung vielleicht ein Erfolgshonorar, das Sie an einen Dritten zahlen mussten?

Gernot Rumpold: Das kann ich mit 100-prozentiger Sicherheit ausschließen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben dann relativ erfolgreich gewirtschaftet, wiewohl keinen Gewinn in der nächsten Bilanz ausgewiesen oder nur einen relativ moderaten im Verhältnis, aber die Rückstellung wurde weiter aufgestockt und belief sich dann in der Bilanz im Jahr 2003 bereits auf 2,680 Millionen. Nachdem die Bilanzsumme insgesamt nur 2,9 Millionen ausgemacht hat, bestand eigentlich Ihre Bilanz aus dieser Rückstellung. Können Sie uns was dazu sagen?

Gernot Rumpold: Kann ich im Detail leider nicht beantworten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Bilanz 2003 ist im Internet auch eine Bilanzklärung veröffentlicht, und dort kann man finden, dass Sie einen Vorschuss in der Höhe dieser Rückstellung genommen haben. Haben Sie sich jene von mir vermutete – ich gebe zu, es ist eine Vermutung, wie ich die Bilanz lese – zugesicherte Pension vorzeitig ausbezahlen lassen?

Gernot Rumpold: Kann ich im Detail nicht beantworten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das würde nämlich, wenn es so war, erklären, warum einerseits dann die Rückstellung in die Verbindlichkeit wandert und gleichzeitig eine Forderung des Herrn Rumpold in derselben Höhe in der Bilanz aufscheint.

Gernot Rumpold: Ich verstehe das nicht. Was wollen Sie fragen?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wenn es also nicht eine vorzeitige Auszahlung einer Pensionszusicherung war, sondern ein Kredit, dann haben Sie sich einen Kredit in der Höhe von 2,3 Millionen bei der eigenen Firma bewilligt.

Gernot Rumpold: Das ist ihre Interpretation. Kann ich im Detail nicht beantworten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich gehe davon aus, dass es kein Kredit war, sondern dass es sozusagen die Auszahlung der Pensionszusage war, um das gut erwirtschaftete Geld, sozusagen die Erträge aus dem Unternehmen, legal zu bringen.

Hat die Finanz diese Rückstellungen anerkannt?

Gernot Rumpold: Wir haben noch keinen Schlussbericht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ihre Gattin hat ausgesagt, dass die Schlussbesprechung in den nächsten Tagen stattfindet.

Gernot Rumpold: Sie wird wahrscheinlich demnächst stattfinden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie schon einen Termin dafür? (**Gernot Rumpold: Nein!**) – Wenn Schlussbesprechungen anstehen, macht die Finanz einen Vorhalt in Hinblick darauf, welche Rechtsmeinung die Finanz zu einzelnen Posten hat. In Ihrem konkreten Fall bin ich überzeugt, dass sich die Finanz zur Rückstellung äußern wird.

Welchen Vorhalt hat die Finanz diesbezüglich gemacht? (**Gernot Rumpold: Keinen!**) – Hat die Finanz diese Rückstellung anerkannt?

Gernot Rumpold: Wir haben noch nicht darüber gesprochen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, Sie sind von der Finanz noch nicht informiert worden, in welche Richtung Sie sich auf die Schlussbesprechung vorbereiten sollen. (**Gernot Rumpold: Nein!**) – Das heißt, die Finanz hat das noch nicht zu 100 Prozent akzeptiert.

Gernot Rumpold: Wir haben noch keine Schlussbesprechungstermin, und das muss man abwarten, was da an Vorhalten herauskommt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wurde von der Finanz diskutiert, dass es sich hierbei um eine verdeckte Gewinnausschüttung handeln könnte? (**Gernot Rumpold: Nein!**) – Das ist noch nicht diskutiert worden. (**Gernot Rumpold: Nein!**)

Danke. – Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Rumpold, ich möchte beginnen mit einem Artikel des „Standard“ vom 3. Februar 2007 – also der ist sehr aktuell –, wo Sie darauf Bezug genommen haben, dass Sie in Schladming waren und dann im Ausland. Es war einmal eine „verunglückte Ladung“, wenn Sie sich erinnern (**Gernot Rumpold: Ich habe mich rechtzeitig entschuldigt!**)

Ja, ja. Das ist jetzt nicht der Punkt. Ich wollte Ihnen das nur sagen, damit Sie wissen, welchen „Standard“-Artikel ich meine.

Da heißt es: „Die vielen Fragen rund um den Werbevertrag mit EADS will Rumpold im U-Ausschuss jedenfalls ‚aufklären‘. Es gebe keine verschwundenen Gelder. Rumpold: ‚Das war ein ganz normaler Werbeauftrag, der Projekt für Projekt aufgearbeitet wurde.“

Ich möchte Sie fragen: Haben Sie dem „Standard“ gegenüber erklärt, dass Sie jedenfalls die vielen Fragen rund um den Werbevertrag mit EADS im Untersuchungsausschuss aufklären wollen?

Gernot Rumpold: Ich habe dort mitgeteilt, dass ich für Fragen zu Verfügung stehen werde und natürlich versuchen werde, im Zuge meiner Möglichkeiten alles aufzuklären,

aber es besteht eine Verschwiegenheitsklausel, und um die komme ich nicht herum, denn ich halte mich an Verträge.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich präzisiere das noch einmal. Vielleicht habe ich mich undeutlich ausgedrückt. Ich kann Ihnen diese Passage aus dem „Standard“ auch gerne vorlegen.

Ich zitiere: „Die vielen Fragen rund um den Werbevertrag mit EADS will Rumpold im U-Ausschuss jedenfalls ‚aufklären‘.“

Daher meine Frage: Sind Sie bereit, die Frage, welcher Anteil von den 6,6 Millionen sich auf Werbeeinschaltungen bezogen hat, aufzuklären?

Gernot Rumpold: Das betrifft die Verschwiegenheitsklausel.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ein anderer Versuch. Ich habe da ein Inserat aus dem August 2002. Ist Ihnen das irgendwie geläufig oder erinnerlich?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück zur Einsichtnahme vorgelegt.)

Gernot Rumpold: Das ist ein Inserat, das ist eine Einschaltung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie mir irgendetwas dazu sagen? *(Gernot Rumpold: Nein!)* – Warum nicht? Sie waren ja in dieser Zeit mit der Vermarktung von EADS beziehungsweise Eurofighter in Österreich beschäftigt, und daher wollte ich Sie zu diesem Inserat etwas fragen. *(Gernot Rumpold: Fragen Sie mich!)* – Kommt das von Ihrer Firma, können Sie das feststellen?

Gernot Rumpold: Wie Sie wissen, hat es zwei Firmen gegeben, die in dieser Causa beschäftigt waren: eine Direktbeauftragung durch EADS an das Studio Ott meines Wissens, und wir wurden von Herrn Steininger beauftragt, in seinem Namen PR- und Marketingaktivitäten zu setzen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt konkret zu dem Inserat: Können Sie beurteilen, ob das von Ihnen ist oder von einer anderen Agentur?

Gernot Rumpold: Weiß ich jetzt nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber wenn man in einer Agentur so ein Inserat entwirft, dann hat man doch einen gewissen Bezug zu Inseraten.

Gernot Rumpold: Es sind so viele Inserate über den Tisch gegangen, dass das jetzt nicht differenzierbar ist, ob das jetzt genau von unserer Firma oder von Ott ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Der Herr Ott hat uns ja eigentlich erzählt, dass das vom Stil und vom Design her sehr unterschiedlich war, das, was von 100% Communications war, und das, was von der Firma Ott war. Können Sie das nicht zuordnen, ob das aus ihrem Bereich kommt?

Gernot Rumpold: Nach fünf Jahren nicht mehr. Viel zu lang her.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das wundert mich, weil man gerade solche Kreativergebnisse der eigenen Agentur wahrscheinlich noch nach 30 Jahren erkennt. – Können Sie das nicht feststellen. *(Gernot Rumpold: Nein!)* – Sie haben hier schon zitiert die letzte Seite vom Vertrag, der von Herrn Steininger und von Frau Erika Rumpold unterzeichnet ist.

Dazu möchte ich Sie etwas fragen: Es sagt in der aktuellen Ausgabe des „profil“ der Herr Hoeveler von der Firma EADS, den Sie wahrscheinlich kennen ... *(Gernot Rumpold: Wer?)* Hoeveler von der Firma EADS. Unbekannt? *(Gernot Rumpold: Nein! Er war der Kommunikationschef von EADS!)*

Der Herr Hoeveler sagt in der aktuellen Ausgabe des „profil“ – ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben, aber es ist heute schon zitiert worden –, der Herr Steininger hat nichts gemacht im Zusammenhang mit dem Auftrag. Daher wollte ich Sie fragen: Was ist denn Ihnen so erinnerlich, was der Herr Steininger gemacht hat? Stimmt es, was Herr Hoeveler sagt, dass der Herr Steininger nichts gemacht hat?

Gernot Rumpold: Das betrifft die Verschwiegenheitsklausel.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, wenn er nichts gemacht hat, dann würden Sie ja die Verschwiegenheitsklausel nicht brechen.

Gernot Rumpold: Wenn er nichts gemacht hätte, hätten wir ja keinen Auftrag bekommen, oder?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, das kann es wahrscheinlich nicht gewesen sein, oder? Ist Ihnen sonst etwas bekannt?

Gernot Rumpold: Alles andere betrifft die Verschwiegenheit.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Soviel nachzulesen ist, war der Herr Steininger nur einmal bei der Budgetbesprechung dabei. – So ist das nachzulesen in einem Interview von Frau Erika Rumpold.

Ist Ihnen der Herr Steininger eigentlich sonst nie untergekommen?

Gernot Rumpold: Das operative Abbildungsgeschehen hat meine Frau Erika Rumpold gestaltet, und ich war da mehr oder weniger nicht so sehr involviert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wir oft haben Sie mit dem Herrn Steininger Kontakt gehabt? Wie muss man sich das vorstellen? (*Gernot Rumpold: Einige Male!*) – Also doch mehrere Male. Und da werden Sie irgendeinen Eindruck gewonnen haben, was der Herr Steininger eigentlich macht.

Gernot Rumpold: Betrifft die Verschwiegenheitsklausel.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dann probiere ich noch etwas ganz anderes.

Es ist ein Konzept erarbeitet worden, binnen zehn Tagen ungefähr, und dann ist es zur Vertragsunterzeichnung gekommen. So ist das zumindest bekannt. Können Sie das bestätigen?

Also binnen zehn Tagen ungefähr hat es den Erstkontakt mit dem Herrn Steininger gegeben. – Haben Sie den Herrn Steininger vorher schon gekannt? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Binnen zehn Tagen ist dann das gemacht worden. Da müssen ja die Köpfe geraucht haben, für so einen großen Kunden mit so einem großen Auftragswerk! Wie viele Personen haben da eigentlich das Konzept erarbeitet?

Gernot Rumpold: Betrifft die Verschwiegenheitsklausel.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): In der „Presse“ vom 23.2.2007 ist Folgendes nachzulesen – ich zitiere –:

„Aufschlussreich auch eine andere Angabe im Firmenbuch: Das Unternehmen beschäftigte in der fraglichen Zeit, als ein 6,6 Millionen-Euro-Auftrag abgewickelt wurde, neben der Geschäftsführung lediglich eine einzige Angestellte.“

Jetzt haben Sie vorhin gesagt, Sie selber waren operativ nicht so tätig, Sie können sich nicht an Inserate erinnern, es war überhaupt nur die Frau Erika Rumpold da. Ich habe keine Ahnung, ob Sie eine Ausbildung als Designerin, Grafikerin und was alles dazu gehört hat. – Also eine einzige Angestellte hat das in zehn Tagen bewältigt, den 6,6-Millionen-Auftrag?

Gernot Rumpold: Nein. Im Agenturleben ist es üblich, dass man sehr viele Freelancer für Projekte heranzieht, und in diesem Fall ist das auch passiert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also welche können Sie jetzt nennen, die Sie herangezogen haben?

Gernot Rumpold: Betrifft die Verschwiegenheitsklausel.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Firma Schmied & Schmied beispielsweise. (*Gernot Rumpold: Betrifft die Verschwiegenheitsklausel!*) „Media Connection“ ja, nicht? (*Gernot Rumpold: Betrifft die Verschwiegenheitsklausel!*) Es gibt ja personell und räumlich eigentlich eine Identität, „Media Connection“ und „100% Communications“, nicht?

Gernot Rumpold: Die haben die gleichen Büroräumlichkeiten, stimmt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, aber ihre Gattin, Frau Erika Rumpold, hat gemeint, dass zwölf Personen tätig gewesen wären, aber laut Firmenbuch ist es nur eine Person. Wie erklären Sie sich das?

Gernot Rumpold: Wenn Sie es gesagt hat, wird es stimmen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein. Laut Firmenbuch war es nur eine Person.

Gernot Rumpold: Ich habe Ihnen gerade vorhin erklärt, dass wir sehr viele Freelancer bei Projekten beschäftigen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber es war nur eine Person beschäftigt. Das geht aus dem Firmenbuch hervor. (*Gernot Rumpold: Ihre Interpretation!*) – Wie muss man sich das jetzt realistisch vorstellen? Sie treffen erstmals den Herrn Steininger, und zehn Tage später haben Sie einen 6,6-Millionen-Auftrag.

Es hat Begegnungen mit der EADS-Spitze gegeben. Da war der Herr Rauen dabei. Soviel ist ja auch inzwischen klar.

Wie funktioniert das? Wie ist es gelungen, binnen so weniger Tage da ein fertiges, dann unterschriftsreifes Projekt zusammenzustellen?

Gernot Rumpold: Das ist natürlich für viele sehr interessant, kann ich mir denken, aber betrifft die Verschwiegenheitsklausel, denn sonst würden das ja alle machen können.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter: Ich gebe einmal vorläufig auf, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich finde es eh bemerkenswert, dass bis jetzt jede Berufung auf die Verschwiegenheitspflicht so einfach akzeptiert wurde. Aber betrachten wir das als besonderes Entgegenkommen.

Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Grüß Gott, Herr Rumpold. (*Gernot Rumpold: Grüß Gott!*) Wissen Sie, wieso der Herr Steininger gerade die „100% Communications“ für diesen Werbeauftrag und Marketingauftrag ausgesucht hat?

Gernot Rumpold: Nein. Ist mir nicht bekannt, warum. Den Grund weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, Sie haben nie konkret mit ihm darüber gesprochen: Warum sind Sie an uns herangetreten, haben gerade uns ausgesucht?

Gernot Rumpold: Das war klar überraschend, für uns auch, ob wir uns das vorstellen können, einen solchen Auftrag zu übernehmen. Das war natürlich sehr interessant, und wir haben daraufhin das bejaht, und daraufhin wurden die weiteren Gespräche mit Steininger geführt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Zu etwas anderem: Haben Sie jemals ein politisches Lobbying in Bezug auf die Abfangjäger-Nachbeschaffung betrieben? (*Gernot Rumpold: Nachbeschaffung?*) – Also bezüglich des Nachbeschaffungsvorgangs, dieses ganzen Verfahrens, haben Sie da politisches Lobbying betrieben?

Gernot Rumpold: Das betrifft die Verschwiegenheitsklausel.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Einige Abgeordnete in diesem Ausschuss haben es zum Thema gemacht, mögliche offene Rechnungen der FPÖ im damaligen Zeitraum anzusprechen. Ihre Gattin hat das aber nicht mehr genau gewusst beziehungsweise aufklären können. Hat die FPÖ im fraglichen Zeitraum offene Rechnungen bei Ihrer Firma gehabt?

Gernot Rumpold: Das betrifft in diesem Fall auch die Verschwiegenheitsklausel, da ich keinen meiner Kunden meiner Agentur unbedingt in der Öffentlichkeit zitieren möchte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rumpold, ich konfrontiere Sie zunächst mit einer Aussage Ihrer Gattin in „NEWS“ vom vergangenen Jänner. Da wird Ihre Gattin wie folgt zitiert: Der Grund für das Engagement, das man Ihnen gegeben habe, seien die politischen Kontakte von Ihnen. – Können Sie das bestätigen?

Gernot Rumpold: Das müssen Sie meine Gattin fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die haben wir schon gefragt! (*Gernot Rumpold: Ich habe das nicht gesagt!*) Ich frage Sie jetzt nach den politischen Kontakten. (*Gernot Rumpold: Ich habe das nicht gesagt!*)

Dann frage ich Sie nach Ihrer eigenen Wahrnehmung: Waren die politischen Kontakte, die Sie hatten oder haben, zum damaligen Zeitpunkt, das Hauptmotiv für das Engagement, das Sie bekommen haben? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Sondern? Was war das Hauptmotiv?

Gernot Rumpold: Betrifft die Verschwiegenheitsklausel.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rumpold, ich muss Sie jetzt ersuchen, diese Verschwiegenheitsklausel zu begründen. Ihre Aussageverweigerung müssen Sie mir jetzt erläutern. – Bitte.

Gernot Rumpold: Vertragspunkt 10 der „100% Communications“, der abgeschlossen wurde zwischen „100% Communications“ und Erhard Steininger, lautet wie folgt:

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich unterbreche kurz die Befragung.

Darf ich erfahren, warum sich Frau Dr. Partik-Pablé hier befindet? (*Dr. Helene Partik-Pablé: Entschuldigung! Ich habe geglaubt, diese Sitzung ist öffentlich!*) Nein. (*Abg. Dr. Fekter: Sie wäre eine gute Vorsitzende gewesen!*) – Bitte nicht gleich unsere Exkollegin an die Wand zu malen.

Danke für den Besuch. (*Dr. Helene Partik-Pablé verlässt den Saal.*)

Herr Rumpold, Sie haben die Möglichkeit, sich ruhig ausführlich mit Ihrer Vertrauensperson zu besprechen. Das ist kein Problem.

Gernot Rumpold: Ich lese Ihnen gerne den Passus vor. Das ist Nummer 10 des Vertrages, den wir abgeschlossen haben, die „100% Communications“ mit Erhard Steininger.

Es ist der 100% Communications untersagt, urheberrechtlich geschützte oder vertrauliche Geschäftsvorgänge, Unterlagen und Informationen schriftlicher oder mündlicher Natur, die von Erhard Steininger während der Dauer des vorliegenden Vertrages und danach übermittelt wurden oder zur Kenntnis gelangen, Dritten bekannt zu geben.

Das betrifft eigentlich alles, was dieses Thema rundherum betrifft.

Obmann Dr. Peter Pilz: Darf ich nur eine Zwischenfrage stellen, damit wir verfahrensmäßig Klarheit haben: Hat Sie Herr Steininger formell ermächtigt, diesen Teil des Vertrages dem Ausschuss vorzulegen?

Gernot Rumpold: Dieser Teil wurde von ihm ermächtigt vorlegbar gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir kennen den Text dieser Klausel. In Kenntnis des Textes dieser Klausel ersuche ich Sie jetzt noch einmal – beziehungsweise ich verlange das von Ihnen, weil das der Terminus Technicus auch dieser gesetzlichen Bestimmung ist –, unter Hinweis auf die Bestimmung in § 9 Abs 1 letzter Satz der Verfahrensordnung des Untersuchungsausschusses uns zu erläutern, worin bei der begehrten Frage die in dieser Klausel genannten schutzwürdigen Interessen konkret liegen?

Gernot Rumpold: Im gesamten Ablauf der Kommunikation und Beratungstätigkeit der „100% Communications“ im Zuge dieser Kampagne. Das wäre natürlich ein unglaublicher Wettbewerbsvorteil für andere Mitbewerber, wenn die wüssten, wie und in welcher Form hier Kommunikation betrieben worden ist. Und deshalb können wir dazu auch nichts sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht nicht um die Frage, wie und in welcher Form Kommunikation betrieben worden ist, sondern ich habe Sie gefragt – und ich wiederhole die Frage noch einmal, weil ich sie jetzt bereits auf meinem Antrag festhalten muss –: Welche Motive waren Ihrer Information nach ansonsten maßgeblich für die Beauftragung der Firma EADS an Ihre Agentur?

Gernot Rumpold: Über die Motive eines Auftraggebers kann ich Ihnen leider nichts mitteilen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, es gab andere Motive, es seien nicht die politischen Kontakte gewesen, über die Sie zum Zeitpunkt der Beauftragung verfügt haben.

Gernot Rumpold: Fragen Sie Herrn Steininger! Ich bin nicht der Auftraggeber.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Welche anderen Motive? (**Gernot Rumpold:** *Ich bin nicht der Auftraggeber!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Stadler, natürlich ist es möglich, dass der Herr Rumpold diese Frage beantwortet, wenn er über diese Motive Kenntnis hat. Es kann aber von ihm nicht verlangt werden, dass er über die Motive eines Auftraggebers Kenntnis hat. Das kann uns letzten Endes nur der Auftraggeber selbst sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Deswegen habe ich jetzt auch nicht vorgehabt, diesen Antrag zu stellen, sondern ich habe eine andere Frage. Wenn also Sie die Motive Ihres Auftraggebers nicht zu kennen behaupten, sehr wohl aber wissen, dass es nicht die politischen Kontakte waren, dann muss ich Sie Folgendes fragen: Welche Referenzprojekte haben Sie bei der Präsentation Ihrer Firma bei Eurofighter

beziehungsweise EADS auf den Tisch gelegt, um die Qualifikation Ihres Unternehmens nachzuweisen?

Gernot Rumpold: Keine. Ich habe ihnen das Konzept auf den Tisch gelegt, was sie schlussendlich dazu bewogen hat, mir diesen Auftrag zu geben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hätten Sie Referenzprojekte gehabt, die auf den Tisch hätten gelegt werden können?

Gernot Rumpold: Musste ich dort nicht zeigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich frage Sie nur: Hätten Sie welche gehabt?

Gernot Rumpold: Musste ich dort nicht zeigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Lassen wir es dabei.

Das heißt, Sie haben außer Ihrer Präsentation bei der Firma Eurofighter beziehungsweise EADS für die Erlangung dieses Auftrages keinerlei weitere Qualifikation nachweisen müssen. (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Die **politischen Kontakte**, die Ihre Frau in „NEWS“ behauptet, sind ebenfalls nicht das Motiv gewesen, Sie zu beauftragen?

Gernot Rumpold: Fragen Sie meine Frau!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die haben wir schon gefragt, und die hat das im Übrigen, auch korrespondierend mit dem Herrn Rauen, bestätigt. Auch der Herr Rauen hat gesagt, dass politische Kontakte maßgeblich waren. Das wollte ich Sie nur der Fairness halber aufklären.

Die Beauftragung hat dann so stattgefunden, dass die jeweilige Tätigkeit mit der PR-Abteilung von EADS abgestimmt werden musste. Ist das richtig? (*Gernot Rumpold: Teilweise!*) – Was heißt das?

Gernot Rumpold: Dass es größtenteils über Steininger akkordiert wurde, aber teilweise auch direkt. – Aber ich bin nicht, wie gesagt, in die operative Abwicklung eingebunden gewesen, das war nur meine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dafür haben Sie einen Betrag zur Verfügung gestellt bekommen, oder haben Sie diesen Betrag im Nachhinein jeweils projektbezogen abrechnen müssen?

Gernot Rumpold: Da müssen Sie meine Frau fragen, ich war nicht in die operative Abwicklung eingebunden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist nicht operative Abwicklung, sondern das ist Abrechnung. (*Gernot Rumpold: Ja! Hat auch meine Frau gemacht!*) Das heißt, auch in der Abrechnung hatten Sie nichts ... (*Gernot Rumpold: Nein!*) Nichts mit der Abrechnung zu tun.

Ihre Gattin hat aber ausgesagt, dass Sie gemeinsam die Geschäftsführung ausgeübt haben. (*Gernot Rumpold: Ja!*) – Das heißt, als Geschäftsführer haben Sie zu diesem Zeitpunkt noch andere große Auftraggeber gehabt?

Gernot Rumpold: Ich habe da hauptsächlich die Geschäftsführung meiner zweiten Firma, der **Media Connection**, wahrgenommen, und dort haben wir andere Projekte bearbeitet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie waren nur nominell Geschäftsführer von „100 % Communications“ zu der Zeit? (*Gernot Rumpold: Ja!*) – Die Abwicklung dieser Aufträge hat sich Ihrer Kenntnis nach dann so abgespielt, dass

Sie Marketing-Aufgaben hatten – wurde hier ausgesagt – können Sie schildern, was diese Marketing-Aufgaben waren?

Gernot Rumpold: Das betrifft das Geschäftsgeheimnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jetzt muss ich Sie wieder ersuchen unter Hinweis auf § 9 Abs. 1 letzter Satz, zu erläutern, worin das Geschäftsgeheimnis konkret besteht, wenn ich Sie nach den Marketing-Aufgaben für die Firma EADS frage.

Gernot Rumpold: Weil es, wie ich schon gesagt habe, ein komplexer Ablauf war, der auch Einschau in die Möglichkeiten der Kommunikation im Zuge einer Wettbewerbsanbietung gibt. Und das wäre absolut Wettbewerbsverletzung – daher Verschwiegenheit.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte nur die Frage noch einmal fest: Welche Marketing-Aufgaben haben Sie für EADS beziehungsweise Eurofighter im fraglichen Zeitraum des Beweisthemas ausgeführt? – Das war die Frage. (*Gernot Rumpold: Meine Antwort war klar!*)

Darf ich den Ausschuss ersuchen, eine Entscheidung herbeizuführen, ob die Verweigerungsgründe der Auskunftsperson im Einklang mit der Verfahrensordnung sind?

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, Sie haben ersucht, genauer und im Detail zu begründen, warum hier konkret ein Aussageverweigerungsgrund geltend gemacht werden kann.

Ich frage jetzt formell die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand verlangt, dass die Auskunftsperson ihre Gründe glaubhaft macht? – Das ist beim Kollegen Stadler der Fall. – Ich möchte da jetzt formell genau vorgehen.

Herr Rumpold, ich muss Sie daher ersuchen, den Ausschuss von der Wahrscheinlichkeit der von Ihnen angegebenen Gründe zu überzeugen. Der Ausschuss wird dann über die Rechtmäßigkeit Ihrer Weigerung mit einfacher Mehrheit abstimmen.

Ich ersuche jetzt noch einmal um Ihre Ausführungen und ersuche Sie, so konkret wie möglich zu begründen, warum Ihrer Meinung nach für die Beantwortung dieser Frage ein Aussageverweigerungsgrund vorliegt.

Gernot Rumpold: Erstens: Wie ich schon gesagt habe, war ich nicht operativ unmittelbar mit der Umsetzung dieses Auftrages betraut und kann daher nur auch teilweise von Wahrnehmungen, die ich zwischendurch gemacht habe, meine Überlegungen anstellen – wobei diese Wahrnehmungen wiederum in diese Verschwiegenheitsklausel fallen, weil es ja operative Abläufe im Zuge des Geschehens und in der Kommunikation mit Steininger waren, die eigentlich diesem Vertrag unterliegen und die ich daher nicht sagen kann und darf. Ich verletze den Vertrag, und das kann ich nicht machen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Vertragsverletzung ist nicht der Punkt! Berufen Sie sich auf das Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis oder machen Sie einen anderen Aussageverweigerungsgrund geltend!

Gernot Rumpold: Okay, dann berufe ich mich auf das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis, dass ich keine Kunden in der Öffentlichkeit über interne Vorgänge bloßstelle.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Beurteilung der Zulässigkeit einer Aussageverweigerung ist eine Rechtsfrage. Bevor ich darüber abstimmen lasse, frage ich daher den Herrn

Verfahrensanwalt, ob er eine Stellungnahme dazu abgeben möchte. – Das ist offensichtlich der Fall, also bitte ich um diese Stellungnahme.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Die bloße Berufung darauf, dass diese Marketing-Strategie oder (*Abg. Mag. Stadler: Marketing-Aufgaben!*) diese Marketing-Aufgaben ein Geschäftsgeheimnis darstellen, begründet nicht den geltend gemachten Aussageverweigerungsgrund.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, dann kommen wir zur **Abstimmung**.

Ich ersuche jene ... (*Gernot Rumpold: Darf ich noch etwas dazu sagen?*) – Nein. Wir sind bereits im Abstimmungsvorgang. Wir kommen ja dann, Herr Rumpold, noch einmal zu dem Punkt, wo Sie eine zweite Möglichkeit erhalten, und ich ersuche Sie, das abzuwarten.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Mitglieder des Ausschusses, die der Ansicht sind, dass die Verweigerung der Aussage durch Herrn Rumpold gerechtfertigt ist, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit**. Die Auskunftsperson ist daher zur Aussage verpflichtet.

Herr Rumpold, ich mache Sie jetzt darauf aufmerksam, dass, falls Sie weiterhin die Aussage verweigern sollten, dieser Ausschuss bei Gericht die Verhängung einer Beugestrafe beantragen kann. Das Bezirksgericht Innere Stadt Wien kann in sinngemäßer Anwendung des § 160 der Strafprozessordnung eine Beugestrafe bis zu 1 000 € und bei weiterer Weigerung in wichtigen Fällen eine Beugehaft bis zu sechs Wochen verhängen.

Herr Rumpold, ich frage Sie, ob Sie jetzt zur Aussage bereit sind?

Gernot Rumpold: Nein, aber ich möchte noch einmal klar begründen, warum:

Erstens auf Grund der Verschwiegenheitsverpflichtung im Vertrag.

Und zweitens konnten wir unsere Marketing-Aktivitäten ja nur setzen, indem wir besondere Informationen seitens unseres Auftraggebers bekommen haben, damit wir auch gezielt und genau, punktuell arbeiten konnten. – Und das unterliegt natürlich der Verschwiegenheit. Es kann mir ja keiner sagen, dass ich Informationen, die ich von unserem Auftraggeber bekommen habe, der Öffentlichkeit darbieten muss, damit sie wissen, in welcher Form und Art wir hier PR-Aktivitäten gesetzt haben. – Das wäre ja unlogisch. Das wäre ja schrecklich!

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Rumpold! Ich habe Ihnen, was wir bis jetzt nie getan haben, eine zweite Möglichkeit der Begründung gegeben. (*Gernot Rumpold: Danke!*) Diese Begründung ist damit auch bei Protokoll.

Mir liegt der **Antrag** des Abgeordneten Stadler vor, beim Bezirksgericht Innere Stadt Wien die Verhängung einer Beugestrafe über Sie zu beantragen.

Ich lasse über diesen Antrag sogleich ab... (*Abg. Dr. Fekter: Dürfen wir uns nicht artikulieren? Es ist Usance, dass sich die Fraktionen zu Anträgen zu Wort melden können!*) – Frau Kollegin Fekter, bitte um Ihre Stellungnahme.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bei einer PR-Agentur, deren ureigenstes Know-how darin besteht, PR, Marketing und Strategien diesbezüglich zu entwickeln, stehen wir auf dem Standpunkt, dass das natürlich Berufs- und Geschäftsgeheimnisse umfasst.

Es hat der Zeuge Rauen eindrucksvoll heute Morgen bereits kundgetan, welcher Schaden für einzelne Unternehmen – im konkreten Fall für sein Unternehmen – bereits

dadurch entsteht, dass diese PR-Aktivitäten hier so breitgetreten werden, weil natürlich damit die Konkurrenz gefüttert wird im Hinblick auf die Berufs- und Geschäftsgeheimnisse.

Aus diesem Grund war meine Fraktion nicht der Auffassung, dass es sozusagen ungerechtfertigt wäre. Das heißt, wir haben die Rechtfertigung, sich auf Berufs- und Geschäftsgeheimnis zu beziehen, wenn es um die Art der Marketing-Aufgaben geht – na, was ist dann ein Berufs- und Geschäftsgeheimnis einer PR-Agentur als die Art der Marketing-Aufgaben?

Daher glauben wir, dass sich Herr Rumpold hier zu Recht entschlagen hat, und daher werden wir auch dem Antrag auf eine Beugestrafe nicht zustimmen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es sonst noch Wortmeldungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Ich möchte – in dem Fall nicht als Vorsitzender, sondern namens meiner Fraktion – eine ganz kurze Feststellung treffen.

Es kann sein, dass Beteiligte – und das bezieht sich nicht auf Herrn Rumpold, sondern in dem Fall auf den von Ihnen zitierten Herrn Rauen – der Meinung sind, dass die Aufklärungsarbeit eines Untersuchungsausschusses, wenn er sich mit Verträgen, mit der Tätigkeit von Lobbyisten, mit möglichen Zahlungsflüssen und Ähnlichem beschäftigt, Schaden anrichtet. Das ist die subjektive Wahrnehmung von Herrn Rauen und möglicherweise auch anderer Angehöriger dieses Unternehmens. Es ist aber vollkommen klar und steht außer Zweifel, dass wir in jedem dieser Punkte unserem Untersuchungsauftrag nachkommen. – Das sage ich nur, damit das auch in aller Ordnung bei Protokoll ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung mehr gibt, lasse ich über diesen Antrag **abstimmen**.

Wer für den Antrag des Abgeordneten Stadler ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die **Mehrheit**.

Ich ersuche die Parlamentsdirektion, den Antrag an das Gericht auszufertigen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Rumpold, Sie haben die „100 % Communications“ im Jahr 2001 gegründet. Gleichzeitig existierte eine mehrfach umgegründete MediaConnection auch in Ihrem Eigentum. – Ist das richtig? (*Gernot Rumpold: Ja!*) – Warum haben Sie und allfällige MiteignerInnen die „100 % Communications“ im Jahr 2001 gegründet?

Gernot Rumpold: Da muss ich ein bisschen länger ausholen, denn das hat eine gewisse Historie.

Ich war ja, wie Sie wissen, zehn Jahre lang Bundesgeschäftsführer der Freiheitlichen Partei, und in dieser Zeit gründeten wir im Zuge der Parteiarbeit eine eigene Werbeagentur, damit wir Wahlkämpfe und auch alle Bundesländeraktivitäten über diese Werbeagentur koordinieren und abwickeln. Und ich war faktisch Geschäftsführer der Bundespartei und Geschäftsführer der Werbeagentur. Das war eine Ein-Personen-Symbiose, und es hat sehr gut funktioniert.

Im Jahr 2000 bin ich dann freiwillig und akkordiert aus dem Parteidienst ausgeschieden und habe auf Grund des Anratens des damaligen Parteiobmanns Dr. Haider die Agentur um einen Schilling von der Partei herausgekauft – mit allen Verpflichtungen, die in dieser Agentur waren –, habe dazu einen Vertrag bekommen, einen vierjährigen Vertrag in der Höhe von 7,5 Millionen Schilling – das ist überall schon gestanden –, und habe die Aufgabe gehabt, die Partei mit dieser Agentur und mit dem Personal, das

ich komplett mitnehmen musste, weiterhin zu betreuen. Das war faktisch die Grundsteinlegung für meine Selbständigkeit, anstatt irgendeiner Abfertigung oder sonstiger Dinge.

Das ist zuerst einmal die „blue connection“ gewesen. Danach habe ich sie umfirmiert in die „Media Connection Austria“, und dies war die Parteiagentur, wie sie üblicherweise und auch in der Öffentlichkeit bekannt ist.

Ich habe dann im Jahr 2001 Erika Rumpold, meine Gattin, geehelicht, und im Zuge der gemeinsamen Weiterführung der Agentur – meine Gattin kommt aus dem Marketing des „NEWS“-Verlages – hat sie eigene Aktivitäten entwickelt und eigene Akquisitionsaktivitäten, aber die haben sich nicht mehr vereinbaren lassen in der Form, dass jetzt faktisch die Media Connection, die eine parteibetreuende Agentur ist, auch diese neue Kundenabrechnung und -betreuung mit übernimmt. Da haben wir uns darauf geeinigt, dass wir für sie eine eigene Agentur gründen, damit die Überschneidung zwischen Media Connection und den Kunden, die eigentlich nur von ihr betreut werden wollten, nicht stattfindet. Das war der Grund der Gründung dieser Agentur „100 % Communications“, die dann faktisch hauptverantwortlich meine Frau in Zukunft führte und auch heute noch führt. Das war der Hintergrund der ganzen Konstruktion.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat sich der Status der parteibefreundeten Agentur auch dadurch manifestiert, dass es dort so etwas Ähnliches wie eine Konkurrenzklausel gab, sprich bei Aufträgen, die Sie sonst hereinnehmen wollten, sollten, mussten, zunächst die Parteifreunde fragen mussten.

Gernot Rumpold: War nicht der Grund, das war nicht der Beweggrund.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das hat es gegeben, aber es war nicht der Beweggrund.

Gernot Rumpold: Wir hatten eine Klausel in der MCA drinnen, das war gegeben, aber es war nicht der Beweggrund.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Dann wird die „100 % Communications“ gegründet. Wie hat sich dann der Geschäftsbetrieb angelassen? – Wir nähern uns noch nicht dem Betriebs- und Geschäftsgeheimnis, dass man vielleicht ein bisschen auch ...

Gernot Rumpold: Wir sind schon mitten drinnen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, nein, ich habe noch nicht einmal eine Frage gestellt. Ich frage Sie, ob Sie bis zum Abschluss mit Herrn Steininger einen anderen Vertrag gemäß Geschäftszweck dieser „100 % Communications“-Agentur abgeschlossen haben? – Ich frage nach keiner Firma.

Gernot Rumpold: Es waren andere Kunden in dieser Agentur tätig oder andere Kunden betreut in dieser Agentur, bis das mit der Steininger-Beauftragung gekommen ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Bis da hin. Und wie viele waren das?

Gernot Rumpold: Zwei.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zwei. Und wie hoch war dort das Auftragsvolumen?

Gernot Rumpold: Das weiß ich heute nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zu den Bilanzen: Da habe ich den Eindruck gewonnen, dass Sie sehr wenig damit zu tun gehabt haben oder jedenfalls keine Auskünfte geben wollen, wahrscheinlich auch nicht wirklich recht können.

Es ist jetzt von Frau Kollegin Fekter die Positionierung und das Verhältnis von Gewinn zu Rückstellungen abgefragt worden. Ich mache einen anderen Versuch hinsichtlich des Umlaufvermögens. Und dort sind natürlich die Forderungen die herausragende Position. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum vom Jahr 2001 auf das Jahr 2002 die Forderungen um über 1,5 Millionen in die Höhe schnellen? – Wissen Sie nicht?

Gernot Rumpold: Nein, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aha. Sagen Sie: Wer hat für Ihre Agentur, also GesmbH handelsrechtlich, die Bilanzen erstellt?

Gernot Rumpold: Steuerberatungskanzlei Mag. Ilgenfritz, Villach, ehemaliger EU-Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja, jetzt habe ich es schon. Ich habe ein akustisches Problem auf der Seite.

Jetzt war diese Kanzlei, nehme ich an, mit involviert bei der offensichtlich immer noch nicht, jetzt im rechtlichen Sinn, bei der laufenden Prüfhandlung der Finanz – war die Kanzlei involviert?

Gernot Rumpold: Ganz zu Beginn und wird dann bei der Schlussbesprechung wieder dabei sein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wann ist eigentlich dieser Prüfvorgang begonnen worden?

Gernot Rumpold: Im Herbst 2005; August, um genau zu sein, glaube ich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also vor über eineinhalb Jahren. (*Gernot Rumpold: Ja!*) Haben Sie eine Begründung dafür oder eine Auskunft, warum das auffällig lange dauert?

Gernot Rumpold: Das weiß ich nicht, aber so, wie es sich mir darstellt, ist die Prüferin, die uns prüft, eine De-facto-Halbtagskraft, die vormittags in unsere Agentur kommt, dort alles zur Verfügung gestellt hat, sogar inklusive Büro, prüft – sie kommt, dann kommt sie wieder nicht, dann kommt sie wieder, das dauert halt. Weil dadurch, dass wir mehrere Firmen haben und das eine ins andere greift, kommt natürlich ein Prüfungsauftrag, der eigentlich 2005 abgeschlossen ist, dann wird 2006 aufgemacht, dann wird das noch einmal alles überarbeitet. Also das ist wahrscheinlich der Grund, warum das so lange dauert. Aber es hat keinen bestimmten Grund.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir dürfen also davon ausgehen, dass unter einem die Media Connection mitgeprüft wird?

Gernot Rumpold: Es wird alles geprüft, alles. Es wird sogar der Gernot Rumpold privat geprüft.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja, das kommt ja vor.

Haben Sie außer – ich erwähne jetzt eine dritte Firma für die KollegInnen –, gibt es außer der MediaConnection ImmoHandelGmbH & CoKEG, wie es in der Firmenbezeichnung heißt, noch weitere Firmen, die im Geflecht Ihres Einflussbereiches oder Ihrer Frau sind?

Gernot Rumpold: Ich habe noch einige Firmenbeteiligungen, Minderheitsbeteiligungen (*Abg. Mag. Kogler: Minderheitsbeteiligungen!*), die aber nicht

nennenswert sind. Und die MediaConnection ImmohandelGmbH war vormals die Media Connection Austria Werbeagentur. (*Abg. Mag. Kogler: Ja, ja!*) Diesen Mantel habe ich genommen, weil wir ja keine Parteiarbeit mehr machen in dem Sinn, ich habe diesen Mantel genommen, um hier faktisch bauträgermäßig tätig zu werden – und wir natürlich schon sehr erfolgreich sind in dieser Arbeit.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Und jetzt beschäftigt sich halbtätig die Finanzreferentin damit. Das war nämlich ein guter Hinweis von Frau Kollegin Fekter, die Frage ist nämlich, ob und inwieweit dort brauchbare Unterlagen erstellt werden, die unter Umständen für den Ausschuss relevant sein könnten.

Ich komme jetzt noch einmal zurück auf den 14. März 2002 – ich weiß nicht, ob ich etwas überhört habe, das ist mir heute schon einmal passiert. Waren Sie am 14. März mit anwesend in Ottobrunn?

Gernot Rumpold: War das die Erstpräsentation? Bei der Erstpräsentation war ich dabei.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das muss man so lesen. (*Gernot Rumpold: Ja!*) Da waren Sie mit dabei. – Welche politischen Kontakte haben Sie zu dieser Zeit besonders gepflogen? (*Gernot Rumpold: Keine!*) – Keine politischen Kontakte? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Und danach? (*Gernot Rumpold: Auch keine!*) – Ich habe das jetzt nicht in der Geschwindigkeit parat und muss Ihnen aber in Erinnerung bringen, weil Vorhalt ist es in dem Sinn keiner, dass ja bereits am 23.4., also sechs Wochen später und mit den vorbereitenden Handlungen wenige Wochen später, ein „Wirtschaftsheuriger“ abgehalten wurde in Wien.

Haben Sie den organisiert? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Sie haben den nicht organisiert. (*Gernot Rumpold: Ich nicht!*) Aber Ihre Agentur hat den Auftrag gehabt, das wissen Sie? – Hat Ihre Frau organisiert? – Haben Sie irgendeine operative Handlung gesetzt im Zusammenhang mit dem Auftrag, der über Steininger gekommen ist?

Gernot Rumpold: Ich habe keine operative Handlung gesetzt. (*Abg. Mag. Kogler: Keine operative Handlung gesetzt!*) Nein. Sie spielen jetzt auf das an, dass Westenthaler von mir telefonisch eingeladen wurde (*Abg. Mag. Kogler: Bitte?*), aber mit Peter Westenthaler bin ich sehr eng befreundet und dem habe ich dort eben gesagt: ... Klubobmänner sind eingeladen, schau, dass wenigstens du hinkommst!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir wollen gar keine Westenthaler'schen Befragungsrituale da, das ist nicht geplant gewesen.

Gernot Rumpold: Weil Sie gesagt haben, operative Handlung. Ich habe keine operative Handlung dort gesetzt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, dann lassen wir es einmal dabei. Es werden ja andere nachfragen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich komme noch einmal zurück zu Ihren Bilanzen.

Im Hinblick auf das Werbebudget, das ja Ihre Gattin bereits öffentlich genannt hat und die Art und Weise, wie Ihre Bilanzen aussehen im betreffenden Zeitraum, lese ich heraus, dass Sie relativ gut gewirtschaftet haben und die Gewinne – oder jetzt sage ich einmal, den Cashflow – in eine Rückstellung überführt haben. Und dann haben Sie sich im Jahr 2004 einen Vorschuss von 2,3 Millionen € bewilligt. Die Gesellschaft hatte ja damals nur Rumpold Gernot und Rumpold Erika als Geschäftsführung, also irgendwer von euch beiden muss sich ja diesen Vorschuss bewilligt haben. Können Sie uns dazu Auskunft geben?

Gernot Rumpold: Kann ich im Detail nicht sagen, weil das sicher eine Sache der Bilanzerstellung ist und ich diese Details nicht näher erläutern kann.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wenn jetzt also gemäß den Bilanzunterlagen und den erläuternden Bemerkungen, nämlich § 239 HGB, der aussagt, dass Vorschüsse an Vorstände, Geschäftsführer in der Bilanz detailliert angeführt werden müssen – das ist da auch korrekterweise passiert. Herr Rumpold, seien Sie doch ehrlich: Sie als Geschäftsführer können mir doch nicht erzählen, dass Ihnen 2,3 Millionen zufließen und Sie wissen nichts davon!

Gernot Rumpold: Ich habe nicht gesagt, dass ich nichts davon weiß, ich habe gesagt, im Detail kann ich Ihnen keine Antwort geben, wie bilanztechnisch das alles aufbereitet worden ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dann frage ich Sie anders: Sind Ihnen diese 2,3 Millionen vom Unternehmen dann zugeflossen als Gernot Rumpold und Erika Rumpold? Gemeinsam oder nur einem?

Gernot Rumpold: Mir ist keine Summe in dieser Höhe zugeflossen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ihnen ist keine Summe in dieser Höhe zugeflossen. – Ist Ihnen gemeinsam mit Ihrer Gattin eine Summe in dieser Höhe zugeflossen? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Wofür waren dann die Vorschüsse, 2,3 Millionen?

Gernot Rumpold: Kann ich Ihnen im Detail wirklich nicht erklären.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die in der Bilanz ausgewiesenen Vorschüsse sind Beträge – laut Gesetz, und das wird Ihr Steuerberater schon richtig gemacht haben –, die den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats zufließen, und die sind hier anzuführen – und das ist hier angeführt.

Gernot Rumpold: Frau Abgeordnete Fekter, warum fragen Sie mich solche Dinge? Was ist das Ziel Ihrer Frage? Vielleicht kann ich Ihnen dann besser antworten. Wo ist die Relevanz hinter dieser Frage?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Laut der Bilanz ... (*Gernot Rumpold: Was ist Ihre Vermutung? Weil da muss ja irgendeine Vermutung dahinter stecken!*) – Meine Vermutung ist, dass Sie so gut gewirtschaftet haben, dass Sie sich sozusagen diese 2,3 Millionen auszahlen lassen haben können. Und ich will jetzt wissen, unter welchem Titel Sie das aus dem Firmenvermögen in Ihr Privatvermögen oder in eine Ihrer anderen Firmen überführt haben.

Gernot Rumpold: Noch einmal: Im Detail kann ich Ihnen dazu nichts sagen, weil das eine Sache des Bilanzerstellers Ilgenfritz ist. Ich kann da wirklich im Detail nichts aussagen dazu.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Können Sie ausschließen, dass Sie eine Pensionszusage aus diesem Titel hatten? (*Gernot Rumpold: Ja!*) – Das heißt, eine vorzeitige Pensionsauszahlung war das nicht?

Gernot Rumpold: Nein, sicher nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ein Kredit, den Sie zurückzahlen müssen?

Gernot Rumpold: Ich sage ja, im Detail weiß ich das nicht, aber ich weiß die Relevanz dahinter nicht. Denn wenn Sie sagen, ich habe mir etwas ausgezahlt – was habe ich mit dem Geld gemacht? Das wäre eine Frage, aber das andere ist für mich nicht nachvollziehbar.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dann frage ich Sie konkret: Dieser Vorschuss von 2,3 Millionen ist aus dem Unternehmen abgeflossen in Ihren, sage ich jetzt einmal, Verwendungsbereich oder in den Verwendungsbereich der Geschäftsführung. Was ist damit passiert?

Gernot Rumpold: Schauen Sie: Jeder Unternehmer hat ein Verrechnungsgeldkonto. Und das wird bilanztechnisch jeweils zum Bilanzstichtag aufgearbeitet. Und wahrscheinlich ist das eine Art und Weise, wie das dargestellt ist. Aber im Detail kann ich Ihnen trotzdem dazu nichts sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Verrechnungskonten ergeben sich in der Schwankungsbreite dadurch, dass Unternehmer sozusagen Rechtsgeschäfte mit dem eigenen Unternehmen haben, dafür gibt es die Verrechnungskonten.

In Ihrem Fall ist dieses Verrechnungskonto innerhalb von drei Jahren auf 2,3 Millionen angewachsen. Was waren das für Rechtsgeschäfte, die Sie mit Ihrem eigenen Unternehmen hatten?

Gernot Rumpold: Betrifft Betriebsgeheimnis, würde ich sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Auffällig in dem Zusammenhang ist jedoch, dass in der Bilanz September 2002 Sie in der Erstabilanz, die Sie im März eingereicht haben, 370 000 Gewinn ausweisen, dann eine Bilanzkorrektur machen – legale Gestaltung, daran ist nichts Unanständiges, wir hätten aber gerne gewusst, warum –, und da überführen Sie diese 370 000 in die Rückstellung. Ich meine, 370 000 in die Rückstellung zu überführen, steuerschonend – damit fällt keine Steuer mehr an –, ist etwas Legales, wenn man weiß, wofür diese Rückstellung gemacht wurde. Können Sie uns das sagen?

Gernot Rumpold: Ich kann Ihnen im Detail wirklich dazu keine Auskunft geben. Es ist alles legal, glauben Sie mir, aber im Detail kann ich Ihnen da keine Antwort geben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Würden Sie gestatten, dass Ihr Steuerberater uns Auskunft gibt?

Gernot Rumpold: Nein, das sind ja Betriebsgeheimnisse.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber, Herr Rumpold, Sie wissen schon, dass wir den Steuerakt anfordern können und dass wir jene Person hier laden können, die derzeit Ihren Steuerakt prüft? Das heißt also, sich zu verschweigen, ist nicht sehr geschickt.

Gernot Rumpold: Ich bin mir sicher, Sie werden Ihre Möglichkeiten ausschöpfen, das ist Ihr gutes Recht, aber ich kann Ihnen im Detail dazu nichts sagen. Ich würde vielleicht missinterpretiert werden, und das würde zu noch mehr Verwirrung führen, daher sage ich lieber gar nichts.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte mich wieder auf einen Zeitungsartikel, diesmal von den „Salzburger Nachrichten“ vom 2.11.2006, stützen – ich kann ihn Ihnen auch gerne vorlegen.

Da ist Folgendes zu lesen (*Gernot Rumpold: Entschuldigung, von wann ist das?*) – vom 2.11.2006; ich lege es Ihnen gerne vor –: „Agentur-Geschäftsführerin Erika Rumpold beziffert das gesamte Werbebudget mit 6 598 000 €“

Dann geht es weiter: „Man habe zudem zu Gunsten von Hochwasseropfern auf einen höheren Werbeetat verzichtet.“ – Können Sie dazu erläutern, wie das gemeint ist? (*Gernot Rumpold: Kann ich nicht!*) – Es hat ja offensichtlich ursprünglich einen

höheren Werbeetat gegeben. Ich meine, das kann ja jetzt nicht von irgendwelchen Geheimnissen umfasst sein – wie muss man sich das vorstellen?

Gernot Rumpold: Meine Wahrnehmung hat dazu genau nichts zu sagen, weil ich das nicht weiß. Fragen Sie meine Frau!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es muss ja einen höheren Werbeetat gegeben haben. Und Sie selbst haben ja vorhin gesagt, Sie waren anwesend bei der Vertragsverhandlung.

Gernot Rumpold: Bei der Präsentation. Bei der Vertragsverhandlung war ich nicht mehr anwesend. Bei der Präsentation.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber bei einer Präsentation weiß man ja auch, was der Etat ist, und ...

Gernot Rumpold: Nein, ist im Detail erst danach verhandelt worden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, dieser Verzicht zugunsten von Hochwasseropfern auf einen höheren Werbeetat, dann möchte ich Sie so fragen, ist Ihnen der vollkommen neu?

Gernot Rumpold: Ich kann dazu nichts sagen, weil das für mich nicht neu und nicht alt ist, sondern das müssen Sie meine Frau fragen, weil sie operativ das abgewickelt hat. Ich habe dazu keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie waren ja in der Firma als Partner geführt, mit einer Angestellten in dieser ganzen Phase.

Gernot Rumpold: Schon, aber ich möchte dazu nicht bruchstückweise irgendetwas sagen, weil das vielleicht aus dem Zusammenhang gerissen ist. Fragen Sie meine Frau, die kann Ihnen sicher umfassend Auskunft geben, wenn es kein Betriebsgeheimnis verletzt!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, ich möchte Sie fragen, weil Sie ja Geschäftsführer waren.

Also Ihre Mitgeschäftsführerin hat öffentlich einer Zeitung gegenüber erklärt, man habe zugunsten des Hochwassers auf ein höheres Werbeetat verzichtet. Jetzt wollte ich Sie fragen: Ist das mit Ihnen besprochen worden? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Hat sie alleine verzichtet auf ein höheres Etat?

Gernot Rumpold: Wie auch immer. – Ich habe dazu keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): „Wie auch immer“ ist keine besonders aufschlussreiche Antwort.

Gernot Rumpold: Herr Abgeordneter Kräuter, ich habe operativ nicht sehr viel mitgearbeitet in diesem Projekt, und das ist eine Geschichte, die ich jetzt nicht beurteilen kann.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Da geht es nicht um etwas Operatives, sondern um die gesamte Auftragssumme. Ich bin schon überzeugt, wenn Sie dabei waren bei der Konzeptpräsentation, dass Sie über so entscheidende Fragen, auch wenn Sie operativ nichts gemacht haben, wie die Höhe des Werbeetats wohl Bescheid gewusst haben und Veränderungen mit ihr besprochen haben.

Gernot Rumpold: Nein. Die Abwicklung hat sie alleine gestaltet, und ich habe mich da nicht eingemischt. Also folglich kann ich dazu nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also die Höhe des Werbeetats war für Sie völlig ohne Belang?

Gernot Rumpold: Meines Wissens ist ja das nicht als ein großes Etat vergeben worden, sondern mit sehr viel Einzelvergaben, Projektteilen, keine Ahnung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, das stimmt ja nicht. Es hat ja einen Gesamtvertrag gegeben, der unterschrieben worden ist, der ja eine Gesamtsumme umfasst.

Gernot Rumpold: Das ist meiner Meinung nach nicht so gewesen und auch meiner Wahrnehmung nach nicht, sondern es wurden Projektteile präsentiert, die dann einzeln abgerufen wurden. So war das. Und da ist jeder Projektteil einzeln bewertet worden. Also da weiß man nicht, was genau der ganze Kuchen war.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber das passt ja nicht zusammen, wenn es heißt, das gesamte Werbebudget hat diese Summe umfasst.

Gernot Rumpold: Das ist wahrscheinlich zusammengezählt zum Schluss gewesen, aber ursprünglich war das nicht so vereinbart.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Versuchen wir gemeinsam jetzt die Zusammenzählung, dass wir da hinkommen! Also ursprünglich war es nicht vereinbart, sondern einfach Werbung offensichtlich. Sie haben das immer EADS dargelegt, und BOFORS, also der Herr Steininger, hat pünktlich bezahlt. Versuchen wir das einmal durchzugehen. Wie hat denn das begonnen?

Gernot Rumpold: Da kann ich dazu nichts sagen, weil ich da nicht involviert war.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte Sie nach ein paar Personen fragen. – Kennen Sie einen Herrn Wiederwohl? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Kennen Sie den Herrn Erich Wolf, den Air Chief? – Haben Sie mit dem einmal Kontakt gehabt? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Keine Geschäftsbeziehung, mit keiner Firma? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Den Herrn Wolff mit Doppel-f von EADS?

Gernot Rumpold: Wolff – EADS-Kommunikationsbüro vielleicht einmal. Vielleicht war der damals bei der Besprechung dabei. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kennen Sie Frau Keglevich?

Gernot Rumpold: War Sekretärin im Büro in Wien, glaube ich. (*Abg. Dr. Kräuter: Wo?*) – Ah, Keglevich, nein, das ist die neue PR-Frau. Nein, mit der habe ich nie Kontakt gehabt, außer heute da zufällig draußen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also bei der Agentur, die ja auch ...

Gernot Rumpold: Die ist danach direkt von EADS, glaube ich, als Agentur genommen worden. Aber das war nach der Zeit ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie da irgendwelche Kontakte oder irgendwelche Verbindungen gehabt?

Gernot Rumpold: Nein. Die habe ich vorher nicht gekannt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Die Frau Elisabeth Kaufmann?

Gernot Rumpold: Die Elisabeth Kaufmann kenne ich natürlich. Ja, aber die hat damit nichts zu tun.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Hat die irgendeinen Auftrag oder sonstige Informationen im Zusammenhang mit dem Projekt?

Gernot Rumpold: Null! Heurigenwirtin.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dann noch eine Frage, die ich jetzt sehr sorgfältig formulieren möchte: Bei welchen Industriellen und Politikern entfaltete die Agentur „100 % Communications“ Lobbytätigkeit für den Eurofighter?

Gernot Rumpold: Betrifft Betriebsgeheimnis.

Aber bezüglich Elisabeth Kaufberger muss ich etwas korrigieren: Aus meiner Wahrnehmung heraus weiß ich überhaupt nicht, warum dieser Name da in Erscheinung tritt und auftaucht. Aber ich kann nicht ausschließen, dass von anderen Seiten sie irgendwo kontaktiert worden ist. Das kann ja sein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, wir sind jetzt eh schon bei einer nächsten Frage gelandet. Ich wiederhole sie noch einmal: Bei welchen Industriellen und Politikern entfaltete die Agentur „100 % Communications“ Lobbytätigkeit für den Eurofighter?

Gernot Rumpold: Betrifft Betriebsgeheimnis.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Da möchte ich entsprechend § 9 Abs. 1 verlangen, dass die Gründe für die Aussageverweigerung angegeben und glaubhaft gemacht werden.

Gernot Rumpold: Nachdem die gesamte operative Abwicklung meine Frau gestaltet hat, weiß ich nicht einmal, in welche Richtung und welche Namen hier kontaktiert wurden und wo auch wirklich präsentiert wurde. Deshalb glaube ich auch, dass das ein Teil einer Verkaufsstrategie ist und dass das deshalb natürlich auch der Verschwiegenheit unterliegt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie berufen sich offensichtlich wieder auf das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis.

Gernot Rumpold: Aber aus eigener Wahrnehmung kann ich keine Namen nennen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ganz verstehe ich nicht, warum Sie bei einer Frage, wo Sie aus eigener Wahrnehmung nichts berichten können und sich darauf beschränken können, gleich auch noch die Aussage verweigern.

Gernot Rumpold: Okay, das war doppelt gemoppelt. Dann sage ich, aus eigener Wahrnehmung kann ich dazu nichts sagen, denn ich war bei keinem einzigen Gespräch dabei.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich würde sagen, das war ziemlich vermoppelt, aber das haben wir noch hinbekommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gut, eine weitere Frage; ich habe sie so ähnlich gestellt, sage ich fairnesshalber dazu: Mit welchen Subfirmen haben Sie das Konzept für den 6,6-Millionen-Auftrag binnen 10 Tagen erarbeitet?

Gernot Rumpold: Das unterliegt auch dem Geschäftsgeheimnis, weil das sind Leute, die mir zugearbeitet haben und die natürlich nicht genannt werden wollen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dann möchte ich neuerlich entsprechend § 9 Abs. 1 verlangen, die Gründe für die Weigerung glaubhaft zu machen.

Gernot Rumpold: Weil wir ein Team zusammengeschweißt haben, das diesen Auftrag abgearbeitet hat und das natürlich dem Geschäftsgeheimnis unterliegt. Denn sonst weiß die Konkurrenz, wer bei solchen Aufträgen wo mitarbeitet. Das ist nicht gut.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir sind jetzt genau an diesem Punkt. Kollege Kräuter hat Sie ersucht, die Gründe für Ihre Aussageverweigerung anzugeben. Das haben Sie getan. Sie wissen, dass der Ausschuss über die Rechtmäßigkeit Ihrer Weigerung mit

einfacher Mehrheit abstimmen wird. Wollen Sie noch irgendetwas zur Begründung hinzufügen?

Gernot Rumpold: Nein, aber ich glaube, dass die Personen, die in solchen Projekten mitarbeiten, auch geschützt werden müssen, und dafür ist das Geschäftsgeheimnis da.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Beurteilung der Zulässigkeit einer Aussageverweigerung ist eine Rechtsfrage. Bevor ich darüber abstimmen lasse, frage ich daher den Herrn Verfahrensanwalt, ob er eine Stellungnahme dazu abgeben möchte. Das ist offensichtlich der Fall. Ich bitte um die Stellungnahme.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Ich kann bei dieser Frage nicht ausschließen, dass es sich um ein geschütztes Geschäftsgeheimnis handelt. Es wäre allerdings vorweg noch zu klären: Es handelt sich ja um Umstände aus der Vergangenheit, bei denen es fraglich ist, ob sie in der Gegenwart noch wirtschaftlich aktuell sind – bejahendenfalls, inwieweit daraus Rückschlüsse auf die Gegenwart zu ziehen sind. Denn nur in diesem Falle würde es sich um ein schutzwürdiges Geheimhaltungsinteresse handeln.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Rumpold, wollen Sie dazu etwas antworten? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Die Frage ist ja relativ einfach: Die Beschäftigung dieser Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, war das eine Geschichte, die abgeschlossen ist und für die jetzige Geschäftstätigkeit Ihrer Firma nicht mehr von Bedeutung ist, oder gibt es diese Mitarbeit nach wie vor?

Gernot Rumpold: Die sind natürlich weiterhin auch bei anderen Projekten unsere Mitarbeiter, und dadurch, dass das Thema jetzt öffentlich auch sehr emotional diskutiert wird, muss man auch schauen, dass in diesem Bereich diese Mitarbeiter nicht in den Sog so einer Berichterstattung oder sonst irgendwo hineinkommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann ist es, wenn ich das richtig verstanden habe, nach Ansicht von Herrn Dr. Strasser durchaus möglich, dass es sich hier um ein Geschäftsgeheimnis handelt. – Habe ich das richtig verstanden?

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Zutreffend.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann frage ich den Kollegen Kräuter, ob er weiter antragsgemäß fortsetzen will oder ob er zur nächsten Frage übergehen will. Kollege Kräuter, das liegt an Ihnen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Vielleicht können wir die Frage ein bisschen spezifizieren, versuchen wir das gemeinsam: Haben Sie die Firma Schmied & Schmied oder **MediaConnection** im Zusammenhang mit diesem Auftrag als Subfirma befasst?

Gernot Rumpold: MediaConnection ja, weil es eine Bürogemeinschaft war, die zweite nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Rumpold, ich möchte noch einmal auf die Bilanzen zu sprechen kommen beziehungsweise auf dieses Finanzprüfungsverfahren, das sich im Abschluss befindet. Nachdem es sehr wohl für den Ausschuss relevant und interessant ist, was da herauskommt, und es Ihnen dadurch vielleicht auch leichter möglich sein wird, gewisse Fragen zu beantworten, was Ihnen derzeit nicht möglich war: Zeigen Sie grundsätzlich eine Bereitschaft, erneut dem Ausschuss Rede und Antwort bezüglich dieser geprüften Geschäftsjahre zu stehen?

Gernot Rumpold: Nein, weil ich glaube, dass, wenn das Finanzprüfungsverfahren abgeschlossen ist, alle Fragen de facto geklärt sind. Es ist die Frage relevant, und das

ist auch medial so transportiert worden, ob es Geldflüsse in Richtung FPÖ von der Agentur „100 %“ gegeben hat, und das wird sich eindeutig durch diese Finanzprüfung feststellen lassen, dass das nicht der Fall ist.

Ebenso könnte der Herr Abgeordnete Stadler jetzt schon diese Tatbestandssituation aufklären, denn ich glaube, er hat gerade die Kassen der FPÖ in der Vergangenheit so genau geprüft wie kein anderer, und er müsste eigentlich dem Ausschuss berichten können, dass keine Geldflüsse von irgendwelcher meiner Firmen in Richtung FPÖ zum damaligen, zum jetzigen oder zu irgendeinem Zeitpunkt getätigt wurden. Deshalb verstehe ich diese gesamte Situation nicht.

Es wird diese Finanzprüfung aufklären, dass hier absolut alles in Ordnung ist, und dann brauche ich, glaube ich, in diesem Ausschuss nicht mehr vorzusprechen, denn dann ist das eh eine öffentliche Sache.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Dann bleibt mir nur noch die Idee, vielleicht den Kollegen Stadler in den Ausschuss zu laden, um da Licht ins Dunkel zu bringen. – Danke vielmals. (*Abg. Dr. Fekter: Kollege Stadler als Auskunftsperson!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte Ihnen das Vergnügen nicht nehmen. Erlegen Sie sich keinerlei Hemmungen auf!

Herr Rumpold, Ihre Gattin hat gesagt, dass Sie schon auch im operativen Bereich tätig waren, und hat insbesondere auf Ihre Geschäftsführertätigkeit verwiesen, insbesondere dann, wenn es um die Frage konkreter Politikerkontakte ging. Konkret geht es zunächst einmal um den Heurigen Zimmermann, um diesen Nobelheurigen, der, glaube ich, am 23. April 2002 stattgefunden hat.

Sie hat gesagt, Sie hätten den Herrn Westenthaler dorthin eingeladen. – Ist das richtig?

Gernot Rumpold: Ich weiß das heute nicht mehr, dass ich das aktiv gemacht habe, aber wenn es behauptet wird, wird es stimmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es wurde von Ihrer Gattin vor dem Ausschuss unter Wahrheitspflicht so gesagt. – Haben Sie dort weitere Leute eingeladen? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Haben Sie in irgendeiner Form mit der Vorbereitung dieses Heurigen sonst zu tun gehabt? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Das heißt, das hat alles Ihre Gattin gemacht? (*Gernot Rumpold: Ja!*) – Haben Sie den so genannten **Österreich-Tag** am 19. Jänner 2004 in Manching geplant oder organisiert? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Haben Sie eine Vorstellung, wer das sonst gemacht haben könnte? (*Gernot Rumpold: Keine Ahnung!*) – Hat es Ihre Agentur gemacht? (*Gernot Rumpold: Weiß ich nicht!*)

Ich rede jetzt nicht von der Agentur, die Sie persönlich haben, sondern von der „100 % Communications“.

Gernot Rumpold: Nein, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie wissen das nicht? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Ihre Gattin hat vor dem Ausschuss einen bemerkenswerten Zusammenhang hergestellt. Ich zitiere wie folgt aus „profil“ vom 26. Feber, das heißt von gestern: Vor dem Ausschuss hatte Rumpold – gemeint ist jetzt Ihre Gattin – übrigens einen seltsamen Vergleich mit der FPÖ zitiert. So hätten Bundespartei, Klub und Kärntner Landespartei im Wahlkampf 2002 insgesamt 9 Millionen € Schulden mit den Rumpolds, die die Wahlwerbung besorgten, angehäuft. Schließlich hätte man sich aber per Vergleich auf 7 Millionen geeinigt, jedoch allein für die Schulden der Bundes-FPÖ.

Ihre Gattin hat in dem Zusammenhang gemeint, dass die anderen Schulden noch offen wären. – Ist dieser Vorgang richtig? (**Gernot Rumpold: Nein!**) – Und wie hat er sich wirklich abgespielt?

Gernot Rumpold: Betrifft das Geschäftsgeheimnis. Ich möchte den Kunden nicht hier bloßstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte jetzt, bevor ich die Frage wiederhole, den Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand herausstellen, weil das für das Gericht von entscheidender Bedeutung sein wird, ob die Frage zulässig ist oder nicht.

Es besteht der Verdacht – und der ist nicht einmal, sondern mehrfach hier im Ausschuss geäußert worden –, dass es hier zu Forderungsnachlässen, Teilforderungsverzichten Ihres Bereiches, das heißt Ihrer Agentur beziehungsweise Ihrer Agenturen, gegenüber der FPÖ gekommen ist, um hier in verdeckter Form Vorteile der Partei zugute kommen zu lassen. Das ist der Verdacht, der im Raum steht, und vor dem Hintergrund dieses Verdachtes wurde Ihre Gattin dazu befragt.

Daher frage ich Sie jetzt noch einmal, wenn Sie sagen, dass die Darstellung, die im „profil“ wiedergegeben wird, unrichtig ist: Wie hat sich dieser Vergleich vor dem Hintergrund des konkret geäußerten Verdachtes tatsächlich abgespielt? Was ist der Inhalt dieses Vergleiches?

Gernot Rumpold: Der Verdacht ist nicht richtig, und alles andere betrifft die interne Geschäftsgebarung, die man nicht öffentlich machen muss.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich formuliere die Frage noch einmal: Was ist der Inhalt dieses Vergleiches mit der FPÖ (**Gernot Rumpold: Betrifft das Geschäftsgeheimnis!**) vor dem Hintergrund – ich bin noch nicht fertig, ich muss mitschreiben; das muss an das Gericht weitergeleitet werden – des geschilderten Verdachtes und nach Vorhalt des „profil“-Berichtes vom 26.2.2007?

Darf ich Sie ersuchen, Herr Rumpold, unter Hinweis auf § 9 Abs. 1 letzter Satz, die Weigerungsgründe glaubhaft zu machen.

Gernot Rumpold: Ich möchte aus diesem Grund die Aussage verweigern, weil es **interne Geschäftsabläufe** betrifft, was einen Kunden und eine Firma von mir betrifft, und ich in der Öffentlichkeit nicht dazu Stellung nehmen möchte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gemeinsam mit Ihrer Gattin die gleiche Geschäftsführerstellung. – Ich bin immer noch beim Verlangen nach Glaubhaftmachung. – Sie haben gemeinsam mit Ihrer Gattin die gleiche Geschäftsführerstellung. Ihre Gattin hat dazu Auskünfte erteilt. Ich bitte Sie jetzt noch einmal, die Verweigerungsgründe, die Sie nun behaupten, dem Ausschuss, auch vor dem Hintergrund des Umstandes, dass Ihre Gattin ausgesagt hat, zu erläutern.

Gernot Rumpold: Meine Gattin hat das sicher nicht im Zusammenhang mit EADS gemeint, sondern das als separaten Teil gesagt. Ich möchte aber trotzdem dazu nichts sagen, weil es für mich klar ist, dass ich keinen Kunden mit irgendwelchen Materialien in der Öffentlichkeit belaste.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich den Ausschuss ersuchen, eine Entscheidung herbeizuführen, ob diese Weigerungsgründe rechters sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir sind wieder bei der Glaubhaftmachung. Herr Rumpold hat auf die Fragen von Kollegen Stadler einen Verweigerungsgrund angegeben. Der Ausschuss wird über die Rechtmäßigkeit der Weigerung mit einfacher Mehrheit abstimmen. Die Beurteilung der Zulässigkeit einer Aussageverweigerung ist eine

Rechtsfrage. Bevor ich darüber abstimmen lasse, frage ich daher den Herrn Verfahrensanwalt, ob er eine Stellungnahme dazu abgeben möchte.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Darf ich den Herrn Abgeordneten Stadler, wiewohl ich gut zugehört habe, in diesem Fall bitten, mir nochmals die Frage vorzulesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was ist der Inhalt dieses Vergleiches mit der FPÖ vor dem Hintergrund des geschilderten Verdachtes und nach Vorhalt des „profil“-Berichtes vom 26.2.2007?

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: In diesem Fall gebracht es an einer Konkretisierung jener Umstände, die die Berechtigung der Berufung auf ein Geschäftsgeheimnis überhaupt überprüfbar erscheinen ließen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich ersuche den Verfahrensanwalt, nachdem der Herr Kollege Stadler ständig von einem **Verdacht** spricht, auch zu prüfen, ob hier nicht unter Umständen der Entschlagungsgrund der **Selbstbelastung** vorliegt.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Das würde voraussetzen das Vorliegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung. Davon habe ich noch nichts bemerkt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Diesem Nicht-bemerkt-Haben möchte ich mich ausdrücklich anschließen.

Wollen Sie noch etwas dazu sagen, Herr Rumpold? (*Gernot Rumpold: Nein!*)

Dann kommen wir zur **Abstimmung**.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die der Ansicht sind, dass die Verweigerung der Aussage durch Herrn Rumpold gerechtfertigt ist, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit**.

Die Auskunftsperson ist daher **zur Aussage verpflichtet**.

Herr Rumpold, ich mache Sie auch diesmal darauf aufmerksam, dass, falls Sie weiterhin die Aussage verweigern sollten, dieser Ausschuss bei Gericht die Verhängung einer Beugestrafe beantragen kann. Das Bezirksgericht Innere Stadt Wien kann in sinngemäßer Anwendung des § 160 StPO eine Beugestrafe bis zu 1 000 € und bei weiterer Weigerung in wichtigen Fällen eine Beugehaft bis zu 6 Wochen verhängen.

Herr Rumpold! Ich frage Sie jetzt noch einmal, ob Sie zur Aussage bereit sind.

Gernot Rumpold: Nein. Die Relevanz ist nicht gegeben, und daher möchte ich die Aussage nicht tätigen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir wollen jetzt nicht diese Erklärung mit Relevanz diskutieren.

Gibt es dazu Meldungen von Seiten der Mitglieder des Ausschusses? – Frau Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Herr Kollege Stadler hat ganz konkret nach einem Vergleich und Inhalt eines Vergleiches gefragt. Das heißt, hier geht es um ein Vertragsverhältnis Dritter, wo ... (*Abg. Mag. Stadler: Bei einem öffentlichen Gericht!*) – Bei einem öffentlichen Gericht. Dann könnte ja unter Umständen der Kollege Stadler hier Detailkenntnis haben, nachdem er ja hier so versiert ist. (*Abg. Mag. Stadler: Leider nein!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Da brauchen wir einen Ladungsbeschluss.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dann soll der Herr Kollege Stadler den Ausschuss sozusagen informieren im Hinblick auf das, was er schon weiß und ständig von Zeugen wissen will.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch weitere Wünsche, dazu Stellung zu nehmen? – Das ist nicht der Fall.

Mir liegt der **Antrag** des Abgeordneten Stadler vor, beim Bezirksgericht Innere Stadt Wien die Verhängung einer **Beugestrafe** über Sie, Herr Rumpold, zu beantragen. Ich lasse über diesen Antrag sogleich **abstimmen**.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die **Mehrheit**.

Ich ersuche die Parlamentsdirektion, den Antrag an das Gericht auszufertigen.

Als Nächster bin ich selbst zu Wort gemeldet. – Herr Rumpold! Kennen Sie Herrn Roger Lantz von SAAB? (**Gernot Rumpold: Ja!**) – Haben Sie mit ihm geschäftliche Kontakte gehabt? (**Gernot Rumpold: Ja!**) – Können Sie uns diese geschäftlichen Kontakte schildern?

Gernot Rumpold: Im Zuge dieser Gesamtentwicklung um die Diskussion der Nachbestellung von Luftraumüberwachungsflugzeugen haben wir die Idee geboren, da wir ja auch sehr gut im kommunikativen Bereich tätig sind, und haben einmal bei Roger Lantz postalisch angefragt, ob überhaupt ein Interesse besteht, mit einer Kommunikationsagentur in dieser Angelegenheit zusammenzuarbeiten. Daraufhin ist es zu einem Gespräch gekommen und auch zu einem Vertrag. Damals nicht mit der „100 % Communications“, weil das war noch zu früh, das war nämlich, ich glaube, im Sommer 2001. Und mit der MediaConnection gab es einen Zusammenarbeitsvertrag in Bezug auf PR-Beratung und Marketing.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, **Sie** haben sich an Herrn Lantz gewandt? – Ist das richtig? (**Gernot Rumpold: Ja!**) – Wo hat das Gespräch mit Herrn Lantz stattgefunden?

Gernot Rumpold: Weiß ich nicht mehr, ich glaube, in seinem Büro. Glaube ich, aber ich weiß es wirklich nicht mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich wollte eigentlich nur wissen, in Wien oder in Schweden. (**Gernot Rumpold: In Wien!**) – Was war der konkrete Inhalt dieses Vertrages?

Gernot Rumpold: Der konkrete Inhalt dieses Vertrages waren einfach PR- und Marketingaktivitäten und Erstellung eines Medienplans für die Zeit der heißen Phase der Bewerbung.

Obmann Dr. Peter Pilz: „Heiße Phase“, heißt das vor der Typenentscheidung?

Gernot Rumpold: Ja, bis dorthin auch die Betreuung PR-mäßig und ... Er hat mir allerdings erzählt, dass er schon andere Agenturen hat, aber er auch auf das zurückgreifen möchte, was wir ihm anbieten. Das ist ein eher loser Vertrag gewesen.

Obmann Dr. Peter Pilz: In welcher Höhe war dieser Vertrag?

Gernot Rumpold: Da war keine fixe Höhe eingesetzt, sondern da hat es einfach Stundenhonorarabrechnungen gegeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und wie viel haben Sie abgerechnet?

Gernot Rumpold: Das entzieht sich jetzt meiner Kenntnis, aber es war nicht sehr viel.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie ungefähr eine Größenordnung nennen?

Gernot Rumpold: Nein, weiß ich wirklich nicht. Da würde ich etwas Falsches sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum ist es zur Beendigung dieses Vertragsverhältnisses gekommen?

Gernot Rumpold: Weil, wie schon öfters gesagt, der Herr Steininger an uns herangetreten ist und gefragt hat, ob wir Interesse hätten, für einen Außenseiter wie eben die Eurofighter GmbH kommunikativ tätig zu werden. Das war natürlich für uns auch von der Aufgabenstellung und von der Möglichkeit her, hier auch größere Kampagnen zu machen, ein lukrativerer Auftrag. Dann haben wir uns einvernehmlich von Herrn Roger Lantz getrennt und eben diesen Auftrag mit EADS angenommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie in Ihrer Tätigkeit für SAAB Gespräche in Bezug auf die Draken-Nachbeschaffung mit Regierungsmitgliedern geführt?

Gernot Rumpold: Das betrifft das Betriebsgeheimnis. Ich habe mit ihm nämlich auch einen Vertrag, der das beinhaltet. Das kann ich Ihnen irgendwo vorlegen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe das Vergnügen – es ist auch hier der Punkt 8 –, auf Englisch Folgendes zum Vortrag zu bringen:

„MediaConnection will not disclose to any third party any proprietary or confidential information, either written or oral, that has been obtained from SAAB during the period of the agreement afterwards.“

Das ist im Prinzip vom Inhalt (*Gernot Rumpold: Das Gleiche!*) sehr ähnlich dem, was Sie später mit Herrn Steininger vereinbart haben. – Ist das richtig? (*Gernot Rumpold: Ja!*)

Meine konkrete Frage hat gelautet: Haben Sie in Erfüllung Ihres Vertrages mit SAAB Gespräche im Zusammenhang mit der Draken-Nachfolgebeschaffung mit Regierungsmitgliedern geführt? Können Sie konkret begründen, warum Sie die Antwort auf diese Frage verweigern?

Gernot Rumpold: Das ist schon so lange her, ich kann mich da wirklich nicht mehr konkret erinnern. Aber es ist nicht in meiner Erinnerung, dass so etwas passiert wäre.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Rumpold! Wir haben für dieses Verhalten bei der Befragung bereits vorher eine Bezeichnung gefunden. Sie würden uns die Arbeit etwas leichter machen, wenn Sie nicht zuerst die Aussage verweigern und dann sich plötzlich nicht mehr erinnern können. Erinnerungslose Aussageverweigerungen sind für keine der beteiligten Parteien überzeugend.

Also: Können Sie sich erinnern oder ...?

Gernot Rumpold: Nein, kann ich mich nicht mehr!

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie können sich nicht erinnern, ob Sie mit Regierungsmitgliedern gesprochen haben. Ich nehme das einfach so zur Kenntnis. Das ist ja möglicherweise für Sie etwas dermaßen Alltägliches, dass man sich nicht an einzelne Kontakte mit Regierungsmitgliedern erinnert.

Stimmt das, dass der Gesamtumfang des Auftrages, den Ihnen Herr Steininger beschert hat, etwa 6,6 Millionen € betragen hat?

Gernot Rumpold: Ja! Wurde von meiner Frau bestätigt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich frage Sie nur zur Sicherheit.– Wie viel von diesem Budget von rund 6,6 Millionen € ist vor der Typenentscheidung ausgegeben worden?

Gernot Rumpold: Entzieht sich meiner Kenntnis.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das wissen Sie nicht? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – In welcher Höhe haben Sie für Herrn Steininger und damit für EADS Inserate in Printmedien geschaltet?

Gernot Rumpold: Weiß ich auch nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das wissen Sie alles nicht mehr.

Können Sie uns die einzelnen Medien nennen, für die Sie Inserate geschaltet haben? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Ist Ihnen noch ein einziges Medium erinnerlich, für das Sie Inserate geschaltet haben?

Gernot Rumpold: Die großen: „Kronen Zeitung“, „NEWS“, ORF. Aber wie viele Tageszeitungen und Formate sonst noch bedient wurden, weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist ja immerhin schon etwas. Das heißt, Sie bleiben dabei – weil das wird wichtig im Vergleich der Aussage, die Ihre Frau vor diesem Ausschuss getätigt hat –, dass Sie über keine operativen Details des Geschäfts und der Abwicklung dieser 6,6 Millionen € Bescheid wissen. Ist das richtig? (*Rumpold: Ja!*)

Und Sie können sich genau erinnern, dass Sie in keinerlei operative Details eingeweiht waren? (*Rumpold: Ja!*)

Bestätigen Sie auch, dass zu 100 Prozent alle operativen Tätigkeiten in diesem Zusammenhang, alle Details der Vertragsabwicklung, jede einzelne Schaltung von Inseraten, jede einzelne Abrechnung, alles ausschließlich von Ihrer Frau in geschäftsführerischer Tätigkeit wahrgenommen wurde?

Gernot Rumpold: Das bestätige ich, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie waren zu dieser Zeit auch Geschäftsführer der „100 % Communications“.

Gernot Rumpold: Geschäftsführender Gesellschafter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Um welches Geschäft haben Sie sich in dieser Zeit gekümmert?

Gernot Rumpold: Um keines in der „100 %“, sondern in der Media Connection Austria – die Betreuung der Partei damals.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, Sie waren nicht geschäftsführender Geschäftsführer in der „100 % Communications“.

Gernot Rumpold: Ich war nominell zweiter Geschäftsführer, aber nicht operativ tätig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir werden das einfach mit den Erklärungen vergleichen, über die wir auf Grund der Aussage Ihrer Frau verfügen.

Jetzt noch einmal zur Zeit vor diesem großen Auftrag von Herrn Steininger. Welche Kunden mit nennenswerten Aufträgen hatten Sie vor diesem großen Auftrag?

Gernot Rumpold: Viele, aber das betrifft das Geheimnis – das Betriebsgeheimnis. Das geht aus den Bilanzen hervor – MCA.

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigen Sie, diese Antwort habe ich nicht verstanden!

Gernot Rumpold: Ich habe gesagt, das geht aus den Bilanzen der MCA hervor, aber die Kunden selbst möchte ich nicht nennen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Kunden selbst möchten Sie nicht nennen. – Trotzdem frage ich: Welche wesentlichen Kunden hat es neben der Freiheitlichen Partei noch gegeben? (*Gernot Rumpold: Viele!*) – Gut. Das können wir bei anderer Gelegenheit noch vertiefen.

Eine allerletzte Frage: Bei dieser Klausel, die Sie aus dem Vertrag mit Herrn Steininger geltend machen – gibt es in diesem Vertrag auch eine Bestimmung bei Bruch dieser Vertraulichkeit über eine Pönale, über Regress oder Vergleichbares? (**Gernot Rumpold: Nein!**) – Wie lautet diese Klausel?

Gernot Rumpold: Habe ich jetzt nicht mit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie nicht mit. (**Rumpold: Nein!**) Handelt sich um eine Pönale?

Gernot Rumpold: Habe ich nicht mit. Muss ich ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe nicht gefragt, ob Sie das mithaben, sondern ich habe Sie gefragt, ob es sich um eine Pönale handelt. (**Gernot Rumpold: Bitte?**) – Ich wiederhole gerne die Frage. Handelt es sich um eine Pönale im Falle des Bruchs der Vertraulichkeit?

Gernot Rumpold: Weiß ich jetzt nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie wissen das nicht!

Gernot Rumpold: Nein. Weiß ich jetzt nicht. Wir haben eine Verschwiegenheitsklausel, die Sanktion daraus weiß ich nicht, weil den Vertrag verhandelte meine Frau.

Obmann Dr. Peter Pilz: Neben Ihnen sitzt meines Wissens nach die Person, die den Vertrag entworfen hat. Da sie aber keine Auskunftsperson ist, werde ich an sie auch keine Frage richten.

Hat es irgendeine Formulierung im Vertrag gegeben, die es Herrn Steininger möglich gemacht hätte, gegen Sie Forderungen in existenzgefährdender Höhe geltend zu machen?

Gernot Rumpold: Bei Nichterfüllung logischerweise. (**Obmann Dr. Pilz: Wie?**) Bei Nichterfüllung, bei Nichterfüllung des Vertrages.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich wiederhole gerne meine Frage. Im Falle des Bruchs der Vertraulichkeitsbestimmung, die Sie beziehungsweise Ihre Frau diesem Ausschuss vorgelegt haben: Hat es im Vertrag irgendeine Bestimmung gegeben, die im Falle des Bruches dieser Vertraulichkeit zu Forderungen von Herrn Steininger hätte führen können – in einer Höhe, die Ihre wirtschaftliche Existenz gefährdet hätte?

Gernot Rumpold: Natürlich. In Punkt 10 steht das:

Es ist der „100 % Communications“ untersagt, urheberrechtlich geschützte oder vertrauliche Geschäftsvorgänge, Unterlagen und Informationen in schriftlicher oder mündlicher Natur, die von Erhard Steininger während der Dauer des vorliegenden Vertrages oder danach übermittelt wurden oder zur Kenntnis gelangen, Dritten bekannt zu geben. – Und daraus erfolgt ein Sanktionsmechanismus.

Obmann Dr. Peter Pilz: Daraus erfolgt einmal von Haus aus gar nichts. Ich habe Sie auch etwas vollkommen anderes gefragt.

Ich werde gerne versuchen, diese Frage weiter zu vereinfachen. Gibt es eine Vertragsbestimmung über konkrete Regressmöglichkeiten oder konkrete Pönale-Möglichkeiten durch Herrn Steininger – im Falle des Bruchs der Vertraulichkeit.

Gernot Rumpold: Das ist der Punkt 10. Ich habe ihn vorher vorgelesen.

Obmann Dr. Peter Pilz: In der Geschichte dieses Ausschusses haben wir schon einige Male erlebt, dass sich jemand nicht erinnern kann, auch wenn das möglicherweise ab einem bestimmten Umfang nicht mehr ganz plausibel ist. Das ist

das erste Mal, dass ich erlebe – und das muss an mir liegen –, dass eine Frage nicht verstanden wird. Ich habe aber jetzt, nachdem meine Fragezeit aus ist, durchaus Zeit, mir zu überlegen, wie ich diese Frage für einen kommunikationserfahrenen Menschen verständlich stellen kann. Und ich werde jetzt die mir zu Verfügung stehende Zeit in diese Richtung nützen.

Nächste Fragestellerin ist Frau Kollegin Fekter. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Rumpold, Sie haben vorhin in einer Ihrer Antworten erwähnt, der Herr Abgeordnete Mag. Stadler hätte Kenntnis von den Geldflüssen der FPÖ. (*Abg. Mag. Stadler: Leider nein!*)

Wie kommen Sie zu dieser Wahrnehmung?

Gernot Rumpold: Bei dieser Wahrnehmung beziehe ich mich auf einen „NEWS“-Artikel aus der Zeit 24.3.2005, in dem steht:

Der schmissige FPÖ-Volksanwalt Ewald Stadler durchforstet selbst penibelst sämtliche Unterlagen der Ex-FP-Chefs nach Ungereimtheiten. – Zitatende.

Und ich glaube, öffentlich bekannt ist, dass hier eine große Prüfung passiert ist und das auch Ergebnisse zu Tage gefördert hat. Das müsste normalerweise auch ein solches Ergebnis mit zu Tage fördern, wenn die Prüfung logischerweise ordentlich vonstatten gegangen ist. (*Abg. Mag. Stadler: Das Einzige, was ich nicht bestreite, ist das „schmissige“!*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Rumpold, gehen Sie davon aus, dass der Abgeordnete Mag. Stadler auch Kenntnis vom Inhalt des Vergleiches FPÖ mit Ihrem Unternehmen hat? (*Abg. Dr. Haimbuchner: Die Frage ist nicht zulässig!*)

Gernot Rumpold: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Frage ist sehr wohl zulässig! (*Abg. Mag. Stadler: Ja, fragen Sie!*) – Immerhin könnte sich ja ergeben, dass der Kollege Stadler eine geeignete Auskunftsperson wäre! Das hätte den Vorteil, dass er dann dem Rest der Ausschusssitzungen sozusagen fernbleiben müsste. (*Abg. Dr. Haimbuchner: Der packt dann aus!*)

Zurück zu den Aktivitäten Ihres Unternehmens. Es gab einen Vertrag Steininger/EADS und es gab einen Vertrag Steininger/„100 % Communications“. Ihre Frau hat uns mitgeteilt, dass es so ein Baustein-System gab – mehrere Projekte, die abgearbeitet wurden –, und dafür dann an EADS fakturiert wurde oder zumindest von dort die Plausibilität und die Kontrolle der Rechnungen erfolgte. Hat es da Beanstandungen dessen gegeben, was euer Unternehmen verrechnet hat?

Gernot Rumpold: Da müssen Sie meine Frau fragen, ich war in diese Abwicklungen nicht involviert.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, inwieweit Steininger sein Entgelt bekommen hat – als Provision von EADS für die Beratungstätigkeit oder als Vermittlungsprovision für jene Geschäfte, die Sie für ihn abgewickelt haben?

Gernot Rumpold: Keine Ahnung. Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Hinblick auf Ihre nichtoperative Tätigkeit, Herr Rumpold, ist es doch sehr eigenartig, dass Sie dann ein Verrechnungskonto über zweieinhalb Jahre – weil länger war das nicht! – in der Größenordnung von 2,3 Millionen € anhäufen konnten!

Wofür hat Ihnen das Unternehmen denn – jetzt sage ich einmal – diesen Vorschuss, Kreditvorschuss, Rechtsgeschäft – wie immer – in der Dimension gewährt, wenn Sie operativ ja gar nicht wirklich tätig waren?

Gernot Rumpold: Das habe ich versucht, Ihnen schon vorher zu erklären, dass ich über Details keine Auskunft geben kann. Und Sie können die Frage von noch 18 Ecken stellen, ich werde immer das Gleiche dazu sagen: Das sind Detailfragen, die ich Ihnen leider nicht beantworten kann.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, eine Sache ist mir noch wichtig, Herr Rumpold: Wir haben ja vorher herausgearbeitet, dass die Firma Media Connection Subunternehmer der „100 % Communications“ war, und ich glaube, es ist auch ziemlich klar, dass es eben Personal- und Büroeinheit gegeben hat.

Wenn das so ist: Warum ist dann eigentlich dieses Unternehmen Media Connection als Subunternehmen beschäftigt worden?

Gernot Rumpold: Weil wir es so gemacht haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt haben Sie vorher gesagt, Sie haben in der Zeit operativ nichts für „100 % Communications“ gemacht – alles Ihre Gattin –, weil Sie in der Firma Media Connection für die Partei gearbeitet haben. – So ist das von Ihnen ausgesagt worden.

Jetzt frage ich Sie: Von wann bis wann war die Firma Media Connection tätig für die FPÖ?

Gernot Rumpold: Vertraglich von 2000 bis 2003.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Von 2000 bis 2003, also genau der richtige Zeitpunkt.

Noch einmal: Das Unternehmen Media Connection war ein Subunternehmen von „100 % Communications“, und Sie haben sich um das Unternehmen Media Connection – Schwerpunkt Partei – angenommen. Und daher konkret die Frage: Welche Tätigkeiten haben Sie in der Firma Media Connection für „100 % Communications“, die ja die Mutterunternehmung sozusagen war, ausgeübt?

Gernot Rumpold: Da müssen Sie meine Frau fragen, welche Ressourcen sie dort in Anspruch genommen hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, schauen Sie: Sie haben uns vorher erklärt, Sie haben in der Firma ...

Gernot Rumpold: Meine Frau war damals auch zum gleichen Zeitpunkt Geschäftsführerin der Firma Media Connection.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Rumpold! Ich will ja jetzt **Sie** etwas fragen – Ihre Gattin ist ja nicht anwesend!

Gernot Rumpold: Ich versuche nur, abzukürzen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Moment! Sie haben uns vorher erklärt, Sie haben sich um die Firma Media Connection gekümmert, und die hat sich um die Parteisachen gekümmert. (**Rumpold: Ja!**) Vorher haben Sie uns erklärt, die Firma Media Connection war ein Subunternehmen der „100 % Communications“.

So, und jetzt frage ich Sie: Welche Tätigkeiten haben Sie in Ihrer Funktion in der Firma Media Connection für die „100 % Communications“ – Sie waren ja Subunternehmen – ausgeübt?

Gernot Rumpold: Herr Abgeordneter Kräuter, ich versuche, Ihre Nachvollziehbarkeit ein bisschen zu unterstützen, ja?

Gernot Rumpold und Erika Rumpold sind Geschäftsführer in der „100 % Communications“, Gernot Rumpold und Erika Rumpold sind Geschäftsführer in der Media Connection Austria.

Meine Frau war operativ mit der Abwicklung dieses Auftrages tätig und hat dies sowohl als Geschäftsführerin der „100 %“ als auch als Geschäftsführerin der Media Connection gemacht, und hat auf Ressourcen, die in der Firma Media Connection vorhanden waren, zurückgegriffen. – So, haben Sie das jetzt begriffen?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, Herr Rumpold, Sie waren ja der Geschäftsführer der Firma Media Connection!

Gernot Rumpold: Ja, aber ich war mit dem Auftrag nicht befasst!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber Sie werden ja wohl wissen, wenn Sie ein Subunternehmen haben, auf welche Ressourcen Ihre Gattin zurückgegriffen hat (**Rumpold:** *Da müssen Sie sie fragen!*) beziehungsweise welche Tätigkeiten **Sie** als Geschäftsführer in der Media Connection als Subunternehmen ausgeübt haben! (**Gernot Rumpold:** *Keine!*) – Ja, aber wozu dann die Konstruktion des Subunternehmens?

Gernot Rumpold: Das ist Firmenstrategie.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Sie haben die Firma Media Connection – gleichzeitig haben Sie die Partei über diese Firma betreut – aus einer Firmenstrategie als Subunternehmen ausgewählt, das aber nichts gemacht hat?

Gernot Rumpold: Kann ich das so im Raum stehen lassen?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, Herr Rumpold, seien Sie mir nicht böse, aber ...

Gernot Rumpold: Ja, Sie mir auch nicht!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben ja vorher gesagt, es war als Subunternehmen tätig. (**Rumpold:** *Ja!*) Und jetzt frage ich Sie: welche Tätigkeit? – Sie sagen jetzt, gar keine, und das war aber die Partei-Firma.

Gernot Rumpold: Sie hat auf Ressourcen dieses Unternehmens zurückgegriffen: Grafik, Text, was auch immer. – Keine Ahnung, aber das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, danke. Das hat alles sehr für sich gesprochen. – Danke.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur ein Subauftrag! Das kann man nicht so im Raum stehen lassen – weil das die Frage der Auskunftsperson war! Ich muss da fortsetzen, wo Kollege Stadler jetzt stand. Das war auch der Hintergrund meiner einleitenden Fragen.

Das war die Firmenstrategie – ich fasse einstweilen einmal nur zitierend zusammen –, dass die „100 % Communications“ der Media Connection Subaufträge vergibt, wo dann aber – jedenfalls Ihren Aussagen nach – nicht klar war, was dort zu leisten war.

Würden Sie das jetzt noch einmal konkretisieren wollen? – Weil gerade am Schluss haben Sie noch einen Anlauf versucht, was nun die Leistungen der Media Connection im Rahmen dieses Subauftrags gegenüber der „100 % Communications“ waren.

Gernot Rumpold: Ich habe Ihnen, glaube ich, vorher irgendwann einmal erklärt, warum es zur Gründung der „100 % Communications“ gekommen ist, ja?

Die „100 % Communications“ war eine Firmenkonstruktion, die meine Frau gewählt hat, um Neukunden zu akquirieren und in Ihrem Bereich zu bearbeiten.

Die Media Connection ist die Ur-GesmbH, wo sozusagen die Werbeagentur mit all ihren Mitarbeitern eingelagert ist, die in einer Werbeagentur notwendig sind – wie Texter, wie Grafiker, wie Zuarbeiter und sonstige personelle Ressourcen.

Wenn es nun zu Aufträgen über die „100 %“ gekommen ist, ist es logisch, dass wir teilweise Dinge, die wir im eigenen Haus erledigen konnten, auch im eigenen Haus erledigt haben. Ebenso ist es teilweise natürlich auch in diesem Zusammenhang mit diesem Auftrag zu Teilbeauftragungen der Ressourcen in der MCA gekommen, wenn diese frei waren – und um nichts anderes geht es dabei.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, aber in welchem Umfang sind die jetzt genutzt worden?

Gernot Rumpold: Ja, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, aber Sie sind ja Geschäftsführer von beiden Firmen!

Gernot Rumpold: Ja – betrifft Geschäftsgeheimnis.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aha! – Das Geschäftsgeheimnis reklamieren Sie jetzt!

Obmann Dr. Peter Pilz: Sind Sie sich vollkommen sicher, oder besteht die Chance, dass Sie das jetzt wieder vergessen?

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Gernot Rumpold: Ja, ich kann mich nur wiederholen, dass das natürlich die Ressourcen, die zur Verfügung standen, betroffen hat: Texter und Layouter. Aber in welchem Umfang das genutzt wurde, weiß ich jetzt wirklich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, der Umfang war ja die Frage. – Das wissen Sie nicht. *(Gernot Rumpold: Nein!)* – Aber wir sind so weit, dass das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis nicht reklamiert wurde.

Gernot Rumpold: Das war ja nichts Inhaltliches!

Obmann Dr. Peter Pilz: Na, das ist schon eine positive Veränderung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das wollte ich gerade so vermerkt wissen.

Wenn das die Grundkonstruktion des Verhältnisses der „100 % Communications“ zur Media Connection war, dann war die „100 % Communications“ zu einem größeren Teil ja eine Auftragsrequirierungsagentur.

Gernot Rumpold: Und Abwicklung. Natürlich! Es sind auch eigene Teams dort in Arbeit gewesen, die die Aufträge bearbeitet haben – im Freelancing.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage Sie jetzt noch einmal – nachdem Sie ja selbst im „Standard“ angekündigt haben, beziehungsweise Ihre Frau in „NEWS“, den Mediaplan hier vorlegen zu wollen –: Was hat Sie zwischenzeitig veranlasst und bewogen, sich in diesen Punkten auf das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis stützen zu wollen?

Gernot Rumpold: Das müssen Sie meine Frau fragen. *(Abg. Mag. Kogler: Bitte?)* Das müssen Sie meine Frau fragen!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Na, Moment! Jetzt frage ich ... Sie sind ja heute dazu auch schon befragt worden und mit dem Zitat konfrontiert worden, wenn ich mich richtig erinnere, dass Sie Ihrerseits im „Standard“ zitiert wurden mit der Aussage, dem Ausschuss möglichst alles offenlegen zu wollen.

Gernot Rumpold: Also, erstens habe ich das nicht behauptet ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aha! Moment! – Gut, dann wird dieser Vorhalt sozusagen relativiert. (*Rumpold: Ja!*) Okay. – Sie haben das nicht behauptet?

Gernot Rumpold: Ich habe das nicht behauptet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. – Und warum Ihre Frau das angekündigt hat, können Sie nicht erklären. (*Gernot Rumpold: Genau!*) – Und den Mediaplan vorzulegen, würde doch – ich frage Sie einmal so – sehr viel von dem Wirbel, wie Sie das vorhin schon bezeichnet haben, wo jetzt auch noch ... hineingezogen werden sollten, und sehr viel Last nehmen.

Würde es Ihnen gelingen, hier und jetzt einen Mediaplan vorzulegen, der ein bestimmtes Volumen hat, und auch die Verwendung der restlichen Gelder – durchaus mit einem ansehnlichen eigenen Honorar –, dann wäre doch sehr viel Last von Ihnen und Ihrem Unternehmen genommen. – Ist das für Sie nicht mehr wert als das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis, das ich im Übrigen an der Stelle gar nicht für zutreffend halte, wie uns auch der Verfahrensanwalt meistens erklärt hat? Warum legen Sie nicht einfach offen – und der ganze Zauber und Zinnober ist vorbei, im Wesentlichen zumindest?

Gernot Rumpold: Erstens ist es keine Last, so wie Sie es bezeichnen, und zweitens haben wir ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis, das es zu wahren gilt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber das ist ja keine große Kunst, nachzufragen, wie viele Inserate in der Öffentlichkeit im Kontext aufgetaucht sind. Sich jetzt aufs Betriebs- und Geschäftsgeheimnis zu berufen ist für mich deshalb kontraintuitiv, weil ja die Tätigkeit, die Sie hier vollführen, ausdrücklich so beschaffen ist, dass sie nach außen, in die Öffentlichkeit drängt. Es ist also gar nicht so schwer, die Inseratenlisten nachzuvollziehen. Warum wollen Sie über diese und andere werbliche Tätigkeiten Ihrerseits keine Auskunft geben?

Gernot Rumpold: Das habe ich heute schon öfters gesagt, aber ich kann mich gerne wiederholen: Weil es komplexe Zusammenhänge zwischen der Information des Kunden und der Auswirkung von gewissen Steuerungsmaßnahmen, PR-Maßnahmen, Marketingmaßnahmen gegeben hat, die wir der Öffentlichkeit nicht preisgeben dürfen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dürfen – also Sie beziehen sich auf den Vertrag mit Steininger. Haben Sie versucht, mit Steininger darüber in Kontakt zu treten, um die Aussage hier dahingehend zu erleichtern, dass diese Klausel relativiert wird?

Gernot Rumpold: Das müssen Sie meine Frau fragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben es nicht gemacht? (*Gernot Rumpold: Nein!*) – Ihre Frau hat gesagt, sie hätte es probiert, aber Herr Steininger sei im Moment nicht greifbar.

Gernot Rumpold: Ich bin gar nicht in diese Richtung gegangen, weil ich dazu sowieso nichts sagen kann.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben die laufende Prüfung des Finanzamts erwähnt. Ihre Frau hat am Donnerstag vorige Woche gemeint, am nächsten Tag sei die Schlussbesprechung. Sie haben heute gesagt, die Schlussbesprechung stünde bevor. – Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Gernot Rumpold: Das weiß ich nicht, das müssen Sie meine Frau fragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es ist Frau Lang als Referentin des Finanzamtes genannt worden. – Können Sie uns den vollen Namen sagen, um da etwas abzukürzen?

Gernot Rumpold: Frau Mag. Lang, den Vornamen weiß ich leider nicht.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Rumpold, wir haben heute schon einmal davon gesprochen, dass Sie auch mit SAAB Gripen im Geschäft waren; und zwar war das die Firma „MediaConnection“. SAAB Gripen hat nicht gestört, dass das eine Partefirma war?

Gernot Rumpold: Das ist keine Partefirma, das ist meine Firma. (*Abg. Mag. Gaßner: Jetzt Ihre Firma!*) Nein, das war damals auch meine Firma, Eigentümer zu 100 Prozent Gernot Rumpold.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ihren Ausführungen habe ich entnommen, dass die „100 % Communications“ deswegen gegründet wurde, um diese Parteitätigkeit wegzubringen.

Gernot Rumpold: Nein, falsch verstanden. – Die „MediaConnection“ war zu diesem Zeitpunkt Vertragspartner der Freiheitlichen Partei, und die „100 % Communications“ wurde gegründet, damit meine Frau in ihrem Bereich über diese GesmbH Akquisition betreiben und ihre Kunden in dieser Firma abwickeln konnte. Das ist der Hintergrund der Gesamtgestaltung gewesen. Zu diesem Zeitpunkt war diese Gründung noch gar nicht angedacht, sondern es hat damals nur die „MediaConnection“ gegeben.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie haben weiters gemeint, dieser Vertrag mit SAAB war im Sommer 2001. (*Gernot Rumpold: Glaube ich, ja!*) – Ihre Frau hat ein anderes Datum genannt. Sie hat gemeint, das war nur für ein Monat, und zwar Jänner 2002.

Gernot Rumpold: Ich weiß es jetzt selbst nicht, weil ich den Vertrag leider nicht mit habe, aber es war nach meiner Erinnerung sicher im Sommer/Herbst 2001.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): War es nach Ihrer Erinnerung kein Problem, SAAB zu erklären: Meine Damen und Herren, ich kündige den Vertrag, weil EADS ein besseres Angebot hat!?

Gernot Rumpold: Es hat den Roger Lantz nicht sehr gefreut, aber er hat es akzeptiert.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Er hat es akzeptiert – und ist aus dem Vertrag ohne Wenn und Aber ausgestiegen? (*Gernot Rumpold: Einvernehmlich!*)

Jetzt habe ich noch eine Frage bezüglich der Verrechnung mit Ihrem Subunternehmen. Herr Steininger rechnet ab mit der „100 % Communications“, und die „100 % Communications“ verrechnet dann weiter an die „MediaConnection“?

Gernot Rumpold: Teilweise, wo eben ein Aufwand entstanden ist!

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Aber es gibt keine direkte Verrechnung von Steininger an die „mediaConnection“? (*Gernot Rumpold: Nein!*) Es geht alles diesen selben Weg?

Gernot Rumpold: Die „100 % Communications“ ist der Vertragspartner, „100 % Communications“ stellte die Rechnungen, „100 % Communications“ hat den Eingang und „100 % Communications“ beschäftigt Subliner. Und deswegen bin ich ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe noch zwei ganz kurze Fragen. Wie hoch war der Auftrag von „100 % Communications“, PR Agentur, an „mediaConnection“ in Abwicklung des 6,6-Millionen-Auftrages von Herrn Steininger?

Gernot Rumpold: Das weiß ich nicht ganz genau, aber es war keine große Größenordnung. Das muss aus der Bilanz hervorgehen, ich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die zweite Frage: Haben Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für Herrn Steininger Gespräche mit Mitgliedern der Bundesregierung geführt?

Gernot Rumpold: Ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre Frau haben wir dazu befragt, das ist ohnehin bei Protokoll. – Sind Ihnen Gespräche Ihrer Frau mit Mitgliedern der Bundesregierung erinnerlich?

Gernot Rumpold: Ich glaube schon, dass welche stattgefunden haben, nur mit wem und wann und wo – keine Ahnung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und das letzte, worauf ich Sie nur hinweisen möchte, ist Folgendes, aber das werden wir dann in einer Geschäftsordnungssitzung besprechen müssen: Es ist für den Ausschuss relevant, was hier im Bereich der Rückstellungen passiert ist. Es ist durchaus möglich, dass hier ein Zusammenhang mit den EADS-Geldern besteht, und ich frage Sie nur zur Sicherheit noch einmal: Sind das Gelder, die von Herrn Steininger gekommen sind, die in diese beträchtlichen Rücklagen-Erhöhungen 2002/2003 Eingang gefunden haben?

Gernot Rumpold: Das betrifft die Firma „100 % Communications“? (*Obmann Dr. Pilz: Ja!*) Wenn das in dieser Bilanz ausgewiesen ist, betrifft das natürlich auch teilweise diese Beträge, klar.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da Sie in einem wirklich beeindruckenden Ausmaß nicht wissen, was sich hinter Ihrem wichtigsten Bilanzposten verbirgt, und uns auch keine Auskunft geben können, was letzten Endes mit dem Geld geschehen ist – es kommt ja in die Rückstellungen und verlässt einige Zeit später wieder die Rückstellungen, und zwar in Millionenhöhe –, werden wir uns überlegen müssen, ob es nicht sinnvoll ist, sich von Seiten des Ausschusses auf Basis der Verfahrensordnung die notwendigen Unterlagen dazu zu besorgen; das sind ja Akten öffentlicher Dienststellen. Aber das werden wir in einer Geschäftsordnungssitzung im Detail zu besprechen haben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Rumpold, wurde auf Sie Druck ausgeübt, dass Sie uns heute die Erklärungen so abgeben, wie Sie sie abgeben?

Gernot Rumpold: Nein, in keinster Weise!

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich schließe die Befragung von Herrn Rumpold und danke Ihnen für Ihr Doch-noch-Erscheinen!

(Die Auskunftsperson **Gernot Rumpold** verlässt den Sitzungssaal.)

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

17.49

(Die Sitzung wird um 17.49 Uhr **unterbrochen** und um 18.22 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit – s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung** „**nichtöffentlicher Teil**“ – fortgesetzt.)

18.29

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 18.29 Uhr – wieder zum **öffentlichen** Teil der Sitzung über und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Alois Maresch** in den Saal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson **Dr. Alois Maresch** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann begrüßt Herrn **Dr. Maresch** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und weist auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Dr. Alois Maresch (BAWAG P.S.K.): Mein Name: Alois Maresch; geboren am 1. Jänner 1955; wohnhaft in 3002 Purkersdorf; Beruf: Bundesbeamter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Sie sind der BAWAG P.S.K. zugeteilt?

Dr. Alois Maresch: Ich bin auf Grund des Postsparkassengesetzes der BAWAG P.S.K. zur Dienstleistung zugewiesen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte ein konkreter Grund auf eine konkrete Frage hin schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder mich, dann werden wir die weitere Vorgangsweise besprechen.

Sie haben nach der Verfahrensordnung das Recht, zum Beweisthema einleitend eine persönliche Erklärung abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Dr. Alois Maresch: Ich möchte nur die Frage stellen, ob die vom Finanzministerium genannten Voraussetzungen für die Entbindung von der Wahrung des Bankgeheimnisses geschaffen wurden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich werde kurz etwas dazu sagen und dann Dr. Strasser ersuchen, dass auch er dazu Stellung nimmt.

Wir haben das kurz besprochen: Unserer Meinung nach sind Sie funktional Bankbediensteter, und wir haben bei der Befragung davon auszugehen. Sollte bei einer konkreten Frage das Bankgeheimnis releviert werden, dann werden Sie uns darauf aufmerksam machen und wir werden das konkret besprechen.

Das ist die geplante Vorgangsweise. Wenn Sie damit einverstanden sind, dann werden wir so verfahren. *(Dr. Maresch: Ja!)*

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich werde es einmal versuchen.

Herr Dr. Maresch, guten Abend! Was war eigentlich Ihre Aufgabe im Zusammenhang mit der Finanzierung des Eurofighter-Geschäfts in der BAWAG P.S.K.?

Dr. Alois Maresch: Die rechtliche Betreuung des Vorganges.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Die **rechtliche** Betreuung des Vorganges? Wann haben Sie zum ersten Mal Kontakt mit diesem Problem, mit diesem Geschäft aufgenommen? Wann sind Sie da eingestiegen? War das noch vor der Vertragsunterzeichnung? War das nach der Vertragsunterzeichnung – so muss ich sagen –, oder hatten Sie auch schon vor der Vertragsunterzeichnung Kontakte zu ...?

Dr. Alois Maresch: Also, wenn Sie den Eurofighter-... (*Abg. Mag. Gaßner: Eurofighter-Vertrag, ja!*), den Eurofighter-Beschaffungsvertrag meinen: vorher.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Vorher. – Mit wem hatten Sie hier Kontakt?

Dr. Alois Maresch: Ich fürchte ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich weiß nicht, was Sie fürchten.

Dr. Alois Maresch: Ich schramme immer am Rande des Bankgeheimnisses herum.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe den Eindruck, dass Sie im Moment noch schrammenfrei sind.

Dr. Alois Maresch: Weil diese Tatsachen sind nicht öffentlich bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie berufen sich also bei diesem Punkt bereits auf das Bankgeheimnis?

Dr. Alois Maresch: Ich fürchte, es bleibt mir nichts anderes übrig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, das nehme ich als ein Ja zur Kenntnis. Ich bitte die Fraktionsführer und Fraktionsführerinnen zu mir. Ich **unterbreche** kurz die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 18.34 Uhr unterbrochen und um 18.36 Uhr wieder aufgenommen.)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Wir haben das kurz besprochen. Wir werden versuchen, sehr genau dort, wo unserer Meinung nach das Bankgeheimnis schlagend wird, dieses auch zu wahren, indem wir dann die Öffentlichkeit von den Befragungen ausschließen.

Bei dieser Frage, wo es erstens dem Ausschuss bekannte Akten gibt, aus denen sich zumindest Teile der Antwort ergeben, handelt es sich unserer Meinung nach mit Sicherheit nicht um das Bankgeheimnis.

Kollege Gaßner, ich würde vorschlagen, die Frage zu wiederholen und wir setzen fort. Aber wir werden sowieso früher oder später an dem Punkt ankommen, wo wir dann die Öffentlichkeit ausschließen werden. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Die Frage wird wiederholt: Mit welchen Personen hatten Sie Kontakt zu Beginn der Abwicklung des Geschäfts EADS/Eurofighter GmbH?

Dr. Alois Maresch: Sie meinen, nicht innerhalb der Bank, sondern ...?

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Nein! Vom Vertragspartner her. Sie haben ja das Geschäft abgewickelt mit EADS, nehme ich an – das Finanzierungsgeschäft? (*Abg. Dr. Fekter: Mit Eurofighter GesmbH!*) – Mit der Eurofighter GesmbH?

Dr. Alois Maresch: Von der Eurofighter GesmbH ist überhaupt keine Entbindung vom Bankgeheimnis erfolgt.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wie ist das zu verstehen? Von der Eurofighter GesmbH ist ...?

Dr. Alois Maresch: Die Eurofighter GesmbH hat die BAWAG P.S.K. nicht von der Verpflichtung zur Wahrung des Bankgeheimnisses entbunden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Damit wir im Verfahren Klarheit haben:

Ist die BAWAG P.S.K. an die Eurofighter GmbH wegen einer möglichen Entbindung vom Bankgeheimnis herangetreten? (*Dr. Maresch: Ja!*) – Können Sie uns darüber einen Schriftverkehr vorlegen?

Dr. Alois Maresch: Nein, weil es keine schriftliche Antwort der Eurofighter GmbH gegeben hat, und ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Welche Art von Antwort hat es gegeben?

Dr. Alois Maresch: Eine Antwort des Rechtsanwaltes, aber keine schriftliche Entbindung vom Bankgeheimnis.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie sagen, wer der Rechtsanwalt ist?

Dr. Alois Maresch: Das ist die Kanzlei **Freshfields**.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, ja. Die kommt ja auch in den Akten vor. – Wenn Sie bitte die Antwort wiederholen, welche Kanzlei das war!

Dr. Alois Maresch: Die Kanzlei Freshfields Deringer, glaube ich, ist der vollständige Name.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Und wem in der BAWAG P.S.K. hat diese Kanzlei diese Mitteilung gemacht?

Dr. Alois Maresch: Mir und der Rechtsabteilung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie in eigenen Worten schildern, welche Mitteilung Ihnen genau von dieser Kanzlei gemacht worden ist?

Dr. Alois Maresch: Dass es keine schriftliche Entbindung vom Bankgeheimnis gibt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dass es überhaupt keine Entbindung gibt?

Dr. Alois Maresch: Dass es keine **schriftliche** gibt. – Es ist Voraussetzung für die Wirksamkeit eine ausdrückliche schriftliche Entbindung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, gut. Herr Dr. Strasser, Sie wollten etwas sagen.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Darf ich da nur Folgendes zu bedenken geben: Das Bankgeheimnis setzt voraus, dass es sich überhaupt um ein Geheimnis handelt. Betrifft nun die Frage, mit wem verhandelt wurde, ein Geheimnis? – Das wäre vorweg zu klären.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dieses haben wir in der Fraktionsführer- und Fraktionsführerinnenbesprechung, was diesen Ausschuss betrifft, geklärt und festgestellt, dass wir übereinstimmend **nicht** der Auffassung sind, dass es sich hier um ein Geheimnis handelt. Deswegen spielt unserer Meinung diese Verständigung durch die Kanzlei Freshfields zur Beantwortung dieser Frage keine Rolle und es besteht keine Möglichkeit, sich hier auf das Bankgeheimnis berufen.

Wollen Sie diese Frage jetzt beantworten? – Sonst muss ich Sie nach Aussageverweigerungsgründen fragen. Wir sind dann in einem anderen Verfahren.

Dr. Alois Maresch: Mein Problem ist, dass ich nicht beurteilen kann, was Geheimnis ist, weil es bekannt ist, oder eben doch. Wenn mich der Ausschuss vielleicht fragen könnte, ob ich etwas bestätigen kann, würde ich mir leichter tun, weil sonst ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn diese Erleichterungsmöglichkeit besteht, dann wird das Kollege Gaßner sicher gerne tun, weil uns Erleichterungen jeder Art ein Anliegen sind. Kollege Gaßner, wollen Sie das versuchen?

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich habe das jetzt nicht ganz vollinhaltlich verstanden. Sie hatten gemeint, was Geheimnis ist und was öffentlich bekannt ist, können Sie nicht sagen?

Dr. Alois Maresch: Ich weiß nicht, was dem Ausschuss bekannt ist. Ich nehme wohl an, dass es Akten gibt aus dem Ministerium, dass es Akten gibt aus der Bundesfinanzierungsagentur, wo Sachen drinnen stehen, die dann natürlich wohl zumindest für den Ausschuss kein Geheimnis mehr sind. Aber es kann sehr wohl Sachverhalte geben, die nicht in den Akten dokumentiert sind, und wenn ich jetzt dazu eine Aussage treffe, lege ich ein den Kunden betreffendes Geheimnis offen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich frage Sie ja deswegen, mit welchen Leuten von Eurofighter GmbH Sie verhandelt haben, weil ich es nicht weiß. Ich weiß nicht, ob der Ausschuss es weiß.

Jetzt noch einmal: Wir haben ganz klar festgestellt, dass es sich hier nicht um ein Bankgeheimnis handelt, wenn ich Sie frage, welche Personen mit Ihnen verhandelt haben.

Dr. Alois Maresch: Ich glaube nicht, dass man das Bankgeheimnis jetzt ... Es hat noch nie jemand versucht, das Bankgeheimnis in geheime Tatsachen, also ausgehend ... Es ist natürlich nur das geheim zu halten, was nicht allgemein bekannt ist. Aber jetzt eine Unterteilung zu treffen in Sachen, die unverdächtig sind, die niemandem schaden und daher per definitionem nicht der Geheimhaltungspflicht unterliegen und in solche, die wieder von wirtschaftlicher Bedeutung sind und der Geheimhaltungspflicht unterliegen, ist meiner Meinung nach nicht möglich. Es tut mir leid.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Können Sie mir sagen, wann die ersten Kontakte bezüglich Finanzierung Eurofighter-Kauf stattgefunden haben?

Dr. Alois Maresch: Ich kann Ihnen sagen, dass die Reihenfolge ... Zuerst hat es Kontakte gegeben zwischen dem Bund und der Postsparkasse. Das waren die Erstkontakte. Und der Lieferant ist erst viel, viel später zur technischen Durchführung hinzugestoßen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und was war der Inhalt dieser Erstkontakte zwischen dem Bund und der P.S.K.?

Dr. Alois Maresch: Dass der Bund die Finanzierung für die Eurofighter-Anschaffung benötigt.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Dass der Bund die Finanzierung benötigt und nicht die Eurofighter ...?

Dr. Alois Maresch: Es wird nach einer Finanzierung gesucht.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und wann war eigentlich dieser Kontakt?

Dr. Alois Maresch: Das kann ich nicht sagen, weil ich bin erst zu einem Zeitpunkt zu dem Geschäftsfall beigezogen worden, als es schon sehr nahe an der technischen Durchführung war.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wann war dieser Zeitpunkt?

Dr. Alois Maresch: Das war etwa April/Mai des Jahres 2003, wo dann der entsprechende Gesetzesbeschluss gefasst worden ist.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): 2003. Aber es steht fest, dass schon lange vorher hier Kontakte bestanden haben.

Dr. Alois Maresch: Das entzieht sich meiner Kenntnis, ob sie kurz vorher waren, lange vorher, darüber habe ich keine Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Danke. Vielleicht probiert es ein anderer.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Guten Abend, Herr Dr. Maresch! Ich werde trotzdem versuchen, noch einmal auf die Frage des Kollegen von der SPÖ einzugehen. Ich sage es einmal so: Dem Ausschuss ist bekannt, dass die Vertragspartner in diesem Fall EADS wie die BAWAG P.S.K. waren. Das heißt, ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Sicherlich nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sicherlich nicht. – Aber die Antwort hätte ich jetzt gerne von Herrn Dr. Maresch gehabt.

Dr. Alois Maresch: Die Vertragspartner sind die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH und der Bund bezüglich des Lieferungsvertrages. Und die Forderungen aus diesem Lieferungsvertrag sind an die Postsparkasse damals abgetreten worden. Davon ist ja der Bund verständigt worden.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, somit sind der Öffentlichkeit und auch dem Ausschuss die Vertragspartner bekannt. Dann wird das ja nicht vom Bankgeheimnis eingeschlossen sein, welche Personen dann den Vertrag unterfertigt haben, nämlich die Namen der Personen, die das gemacht haben, nach denen Herr Kollege Gaßner gefragt hat.

Dr. Alois Maresch: Ich weiß nicht, wer den Vertrag unterfertigt hat, den Beschaffungsvertrag. Ich glaube nur, seitens des Ministeriums wurde er von einem Ministerialrat unterfertigt. Und wer seitens der Eurofighter Jagdflugzeug unterschrieben hat, habe ich eigentlich auch nie nachgeschaut.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Gut. Dann lassen wir das einmal so stehen.

Zu den weiteren Fragen, die ich hätte, muss ich festhalten, dass das sicherlich komplett ins Bankgeheimnis hineinfallen wird. Deswegen werde ich das jetzt hier in der öffentlichen Sitzung nicht fragen können und gebe einmal weiter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, ich berichte Ihnen, dass hier im Ausschuss bereits Beamte des Finanzministeriums saßen, die uns schon wesentliche Anhaltspunkte über die Finanzierungsgestaltung gegeben haben, und zwar in öffentlicher Sitzung. Sie können also davon ausgehen, dass es sich hier erstens nicht um geheime Informationen handelt, auch nicht um Informationen, die unter das Bankgeheimnis zu subsumieren sind.

Sie kennen den Vertrag zwischen Eurofighter und der Republik Österreich, der im Finanzierungsstrukturteil ausdrücklich regelt, dass es kein Zessionsverbot gibt. Kennen Sie diesen Punkt?

Dr. Alois Maresch: Ja. Ich kenne das.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben jetzt in einem Nebensatz erwähnt, dass eine derartige Zession stattgefunden hat. Das heißt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, hat Eurofighter die Forderung gegen die Republik Österreich zur Gänze an die P.S.K. – haben Sie gesagt –, aber ich meine: BAWAG P.S.K., das heißt, an die fusionierte Bank – „BAWAG neu“ im anderen Ausschusssprech – zediert. – Ist das richtig? (*Dr. Maresch: Ja!*) – Wurde die Zessionsgegenleistung zur Gänze an den Zedenten oder in Teilen ausbezahlt?

Dr. Alois Maresch: Diese Frage betrifft zur Gänze die Geschäftsbeziehung zwischen damals Postsparkasse und der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Dann werde ich auf diese Frage im vertraulichen Teil der Sitzung noch einmal zurückkommen.

Anknüpfend an diese Frage: Uns hat Herr Ministerialrat Hillingrathner berichtet, dass die Republik Österreich daraus einen Zinsvorteil in der Höhe von – ich glaube, erinnerlich zu haben – 126 Millionen € hätte. Können Sie das bestätigen? Worin soll der Zinsvorteil für die Republik Österreich bestehen?

Dr. Alois Maresch: Ich kann sicher keine konkrete Zahl bestätigen, weil ich bei der Erarbeitung der Zahlen überhaupt nichts beigetragen habe. Die Zahlen wurden zugestellt von den Kollegen, die das können. (*Abg. Mag. Stadler: Gut!*) Ich glaube aber, eines sagen zu können: dass die gesamte Konstruktion ein Forderungsankauf ist wie jeder Forderungsankauf, der auch so dargestellt werden könnte, dass derjenige, dessen Forderung verkauft wird, selbst einen Kredit aufgenommen hätte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Sie meinen jetzt, der Schuldner? (*Dr. Maresch: Der Schuldner!*) Der Schuldner selbst einen Kredit aufgenommen hätte.

Dr. Alois Maresch: Das heißt, es muss bei solchen Konstruktionen immer wieder die Zinskomponente in die angekaufte Schuld irgendwie eingebaut werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das klingt logisch. Nach dem, was ich hier entdeckt habe, hat es kein Zustimmungserfordernis des Bundes gegeben zu dieser Zession, aber Sie haben jetzt in einem Nebensatz erwähnt, dass der Bund von dieser Zession in Kenntnis gesetzt wurde und zugestimmt habe. Ist das richtig?

Dr. Alois Maresch: Der Bund wurde dann verständigt von der Zession. Ob er formell zugestimmt hat, ich glaube, er hat auch nicht zugestimmt (*Abg. Mag. Stadler: Braucht er nicht, weil es gibt kein Zustimmungserfordernis!*), weil einer Zession braucht man nicht zuzustimmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn sie vorbehalten wäre, schon. Aber hier ist ja ausdrücklich sogar festgehalten, dass kein Zessionsverbot vereinbart wurde.

Nun nehmen wir also an, dass diese Forderung, so, wie Sie gesagt haben, diese Zession wie ein Forderungsverkauf abgewickelt wurde und daher der Schuldner, der ja gleich bleibt, auch bei Wechsel des Gläubigers das so betrachten muss, wie wenn er einen Kredit bei diesem neuen Gläubiger aufgenommen hätte. Das heißt in dem Fall bei der BAWAG P.S.K.

Das bedeutet aber, dass die Forderung bestimmte Qualitäten aufweisen muss. In diesem Zusammenhang ist auch bereits öffentlich im Ausschuss – das können Sie mir glauben, das können Ihnen auch der Herr Verfahrensanwalt oder der Vorsitzende und die anderen Ausschussmitglieder bestätigen – über Befragung von verschiedenen Kollegen der Sozialdemokraten das Thema des Einredeverzichts und der Garantie der unbedingten Kaufpreiszahlung im Ausschuss thematisiert worden.

War das eine Forderung, die von Ihrer Bank ausgegangen ist?

Dr. Alois Maresch: Bereits aus den Bestimmungen des Bankwesengesetzes ergibt sich, dass für eine Bank dieser Größenordnung für den Ankauf einer solchen Forderung Voraussetzung ist, dass es eine Forderung gegen den Bund ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, es war eine Forderung gegen den Bund.

Dr. Alois Maresch: Und zwar eine unbedingte Forderung gegen den Bund, wo nicht das Risiko besteht, dass für den Fall von Leistungsstörungen Regress beim Verkäufer genommen werden muss.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch das ist klar. Aber diese Klausel, die hier vorgesehen ist, der Einredeverzicht, geht ja **weit** darüber hinaus. Dieser Einredeverzicht sieht kurioserweise vor, dass sogar dann zu leisten ist, wenn sogar gesetzliche Hinderungsgründe gegen den Anspruch vorhanden sind, gesetzliche Nichtigkeitsgründe gegen das Grundgeschäft vorhanden wären.

Dr. Alois Maresch: Würde so eine Forderung aus irgendeinem Grund nicht mehr bestehen und nicht mehr gegen den Bund bestehen, dann würde bei einem normalen Factoringgeschäft der Verkäufer den Kaufpreis rückerstatten müssen. Wenn ich bei einem Factoringgeschäft eine Forderung ankaufe und es stellt sich dann heraus, dass diese Forderung nicht werthaltig ist – aus welchen Gründen auch immer –, dann hat man einen Gewährleistungsanspruch gegen den Verkäufer. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) Und das hätte in einem solchen Fall dazu geführt, dass anstelle einer Forderung gegen den Bund mit der besonderen Behandlung im Bankwesengesetz eine Forderung gegen eine privatrechtliche Gesellschaft besteht, und es wären bestimmte Prämissen des Bankwesengesetzes damit nicht mehr eingehalten gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Völlig klar. Jetzt gehen wir aber zurück. Wenn jetzt aber – und zwar abstrakt, gar nicht auf das konkrete Geschäft bezogen – eine Bank eine Forderung übernimmt im Zessionswege, dann ist im Zessionsvertrag auch das Risiko abzuschätzen, wie werthaltig die Forderung ist, und danach bemisst sich auch der Kaufpreis der angekauften Forderung. – Das ist richtig? (*Dr. Maresch: Ja!*) – Wenn es sich also jetzt um eine Forderung an den Bund handelt, wo es einen ganz gewöhnlichen Einredeverzicht gibt, würde das eine sehr hoch garantierte Forderung. Ist das auch richtig?

Dr. Alois Maresch: Wenn das eine Forderung gegen den Bund, gegen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): ... gegen den Bund, gegen die Republik Österreich ist, die gekauft wird, wo es einen ganz gewöhnlichen Einredeverzicht gibt, ohne dass auf gesetzliche Nichtigkeitsgründe rekurriert wird, auf einen gewöhnlichen Einredeverzicht ex contractu, aus dem Geschäft, nicht aus gesetzlicher Nichtigkeit, wenn eine derartige Forderung vorhanden wäre, dann wäre erstens das Bankwesengesetz – glauben Sie mir das, das habe ich selbst schon geprüft – erfüllt, aber es wäre diese Forderung sehr hoch werthaltig. Ist das so?

Dr. Alois Maresch: Also, je umfassender so ein Einredeverzicht ist, desto lieber ist es dem Banker. (*Abg. Mag. Stadler: Völlig klar!*) Es soll möglichst weitgehend jegliches Risiko ausgeschlossen werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber noch lieber dem Zedenten, weil der muss damit nie rechnen, der kann seine Forderung praktisch zu 100 Prozent verkaufen.

Dr. Alois Maresch: Na, zu 100 Prozent verkauft man es nicht, weil sonst wäre es kein Geschäft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Völlig klar, das weiß ich schon, aber praktisch bedeutet das, dass er eine derartig abgesicherte Forderung, wie sie hier vorliegt, praktisch mit geringen Abschlägen verkaufen kann, also nicht mit 20 Prozent Abschlägen oder 30 Prozent, sondern das sind Abschläge, die sich – das werden wir dann in nichtöffentlicher Sitzung noch extra behandeln – jedenfalls unter der 10-Prozent-Marke bewegen. Das werden Sie mir doch bestätigen?

Dr. Alois Maresch: Das sind geringfügige, also der Zinssatz ist natürlich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da geht es nicht um den Zinssatz, da geht es jetzt um den Abschlag.

Dr. Alois Maresch: Ich bin kein Finanzmathematiker, aber das wird unter Zugrundelegung irgendeines Abzinsungs...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber formell ist es ein Abschlag – vom Nominale.

Dr. Alois Maresch: Unter irgendeinem Zinssatz rechnen die das dann aus und kommen dann zu einem Ergebnis. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist klar!*) Und der ist natürlich entsprechend der Bonität des Bundes gering.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Verstehen Sie, wir haben hier das Problem, dass hier ein Einredeverzicht abgegeben wird, der sogar die Garantie der unbedingten Kaufpreiszahlung gewährleistet, sogar für den Fall, dass das Grundgeschäft gesetzlich nichtig wäre – nicht irgendwelche Vertragsbestimmungen verletzt würden, eine aus dem Vertrag normierte Nichtigkeit, sondern selbst, wenn durch gesetzliche Nichtigkeitsgründe, die auftauchen, der Vertrag ipso facto nichtig wäre, das Grundgeschäft nichtig wäre, **ist** zu leisten. Das ist die größte Garantie, die man überhaupt geben kann. Eine größere Garantie ist nur noch, dass man sagt, auch für Kometeneinschläge und Untergang Europas im Atlantik wird auch noch die Garantie geleistet, zu zahlen. Das wäre noch größer, aber das ist nicht mehr im Bereich des Denkbaren. Das, was hier normiert wird, erfasst alle denkbaren, juristisch denkbaren Fälle, die das Grundgeschäft vernichten können, und sagt: Wenn alle diese Fälle eintreten, zahlen wir trotzdem! – Das ist hier normiert.

Dr. Alois Maresch: Aber es sollte das wirtschaftliche Ergebnis erreicht werden, als ob eine direkte Kreditaufnahme durch den Bund erfolgt wäre.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Ich will damit nur der Behauptung entgegentreten, dass die Forderung ohne diesen absoluten Einredeverzicht erstens nicht im Einklang mit dem Bankwesengesetz wäre. Sie wäre bei einer ganz gewöhnlichen Bundesschuld, also Schuld des Bundes, und einem gewöhnlichen Einredeverzicht genauso im Einklang mit dem Bankwesengesetz – widersprechen Sie mir bitte heftig, wenn ich etwas Falsches sage –, und sie wäre auch hoch werthaltig. Der Bund geht nicht häufig Forderungen ein, die dann zediert werden, die einen solch weitreichenden Einredeverzicht haben. Das ist der weitestreichende Einredeverzicht, den ich bisher überhaupt jemals gesehen habe. Ich habe von einem derartigen Einredeverzicht bisher noch nie etwas gesehen. Anders herum gefragt: Sind Ihnen in Ihrer Bank andere vergleichbare – ohne dass Sie die Fälle nennen, sondern nur aus Ihrer Wahrnehmung und aus Ihrem Kenntnisstand heraus – Bundesschulden bekannt, die zediert wurden, wo ein vergleichbarer Einredeverzicht vorhanden ist?

Dr. Alois Maresch: Mir ist keine einzige Bundesschuld bekannt, wo die Schuld zediert wurde, noch bevor seitens des Lieferanten Leistungen erbracht worden sind. (*Abg. Mag. Stadler: Außer der betreffenden hier! Bei dieser betreffenden Forderung ist das der Fall!*) Das, glaube ich, ist auch die Besonderheit in diesem Fall: dass die Zession zu einem Zeitpunkt stattgefunden hat, als der Kaufvertrag noch nicht erfüllt wurde. Üblicherweise wird beim Factoringgeschäft nur der Ankauf von Forderungen für bereits gelieferte Waren oder erbrachte Leistungen vorgenommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was aber aus dem Schuldverhältnis keine Rolle spielt. Das ändert am Bestand des Schuldverhältnisses nichts – insbesondere dann, wenn man einen Einredeverzicht abgibt. Aber hier geht es ja nicht ...

Dr. Alois Maresch: In Bezug auf die Sicherheit macht es überhaupt keinen Unterschied, ob die angekaufte Forderung wegen einer Gewährleistungseinrede weniger wert wird oder ob sie völlig verschwindet, weil der Vertrag aus irgendeinem Nichtigkeitsgrund aufgelöst wird.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe mich unpräzise ausgedrückt: Das wäre auch dann der Fall, dass das eine aus einem Schuldverhältnis hinreichend gesicherte Forderung wäre, wenn die Republik Österreich auf eine Einrede der nichterfolgten oder fehlerhaften oder mangelhaften Erfüllung verzichtet hätte. Ist das richtig?

Dr. Alois Maresch: Ich habe versucht, vom Sicherheitsdenken her zu antworten. Natürlich deckt der von Ihnen genannte Einredeverzicht einen Teil der Risiken ab, aber eben nicht alle. Er deckt nicht das Risiko ab, dass aus irgendeinem anderen Grund das gesamte Vertragsverhältnis hinfällig wird.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bleiben wir dabei, dass sozusagen selbst gesetzliche Nichtigkeitsgründe ... – Ich lese Ihnen die Passage vor: insbesondere aus Nichtigkeit des Vertrages oder infolge der Ausübung von Anfechtungs-, Gestaltungs- und Rücktrittsrechten – das ist alles bis daher noch einsehbar –, durch wen auch immer, oder infolge von Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüchen gegen den Verkäufer erheben könnte.

Im Hinblick auf diese Erfordernisse der günstigen Finanzierung, die auch im Interesse des Käufers gelegen ist, garantiert der Käufer hiermit, die vereinbarten Kaufpreistraten in voller Höhe zu den in Punkt 1 der Zahlungsbestimmungen vereinbarten Termine zu leisten, und zwar unabhängig von allen Ansprüchen und Einreden gegen die Gültigkeit und Fälligkeit der Zahlungsverpflichtung dem Grunde und der Höhe nach, die der Verkäufer allenfalls, aus welchem Grund auch immer, auf Grund dieses Vertrages oder auf Grund gesetzlicher Bestimmungen erheben könnte. – Zitatende.

Das heißt, selbst wenn die Gesetzeslage diesen Vertrag nichtig erklären würde, wäre trotzdem die volle Kaufpreisleistung zu erbringen. Ist das richtig?

Dr. Alois Maresch: So steht es im Vertrag.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will nur herausarbeiten, dass ein derart umfassender Einredeverzicht zwar im Interesse der Bank ist, aber noch vielmehr im Interesse des Zedenten, der Firma Eurofighter, weil die die Forderung umso höher verkaufen konnte. Sie konnte aus dem Verkauf der Forderung umso mehr lukrieren oder musste, anders ausgesprochen, umso weniger Zinsabschlag in Kauf nehmen, während das zu Lasten der Republik Österreich ging.

Könnten Sie mir jetzt herauskonstruieren, wo hier der Vorteil der Republik Österreich ist? Wo ist hier der Finanzierungsvorteil der Republik Österreich? Es wird ganz abstrakt von einer günstigen Finanzierung gesprochen. Wo ist hier der Finanzierungsvorteil der Republik Österreich – jetzt nicht in Zahlen ausgedrückt, sondern nur dem System nach? Wo ist der Finanzierungsvorteil?

Dr. Alois Maresch: Darf ich die Beantwortung dieser Frage dann vornehmen, wenn im Sinne der Vorgaben fürs Bankgeheimnis der nichtöffentliche Teil beginnt?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. – Es bringt jetzt nichts, wenn ich weiterfrage, denn ich komme jetzt wirklich zum Kern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es stellt sich an diesem Punkt die Frage, wie viel wir noch in öffentlicher Sitzung zu befragen haben. Gibt es noch Fragen in öffentlicher Sitzung? – Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zwei Punkte, vor allem deshalb, weil in öffentlicher Sitzung hier im Ausschuss – mir genau in Erinnerung, nur bloß nicht, von welcher Auskunftsperson – schon dargestellt wurde – im Widerspruch zu dem, was Sie sagten –, dass gleiche oder ähnliche Finanzierungsstrukturen schon bei anderen Großbeschaffungen vor allem im Rüstungsbereich gemacht, wenn man so will, vertraglich konstruiert worden wären. Mir selbst ist das nicht erinnerlich, so wie Ihnen offensichtlich auch nicht.

Ich frage Sie, Sie sind ja schon länger in der P.S.K. gewesen, und die P.S.K. war durchaus mit Staatsfinanzierungen nicht unvertraut: Hat es aus Ihrer Wahrnehmung heraus beim Draken-Rüstungsgeschäft eine solche oder auch nur ähnliche Konstruktion gegeben?

Dr. Alois Maresch: Ich war in der P.S.K. in der Rechtsabteilung und habe weder gehört, dass die P.S.K. überhaupt in die Draken-Finanzierung involviert gewesen wäre, noch ist mir irgendetwas bekannt über die Draken-Finanzierung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay, das muss man dann so zur Kenntnis nehmen. – Aber haben Sie bei den Verhandlungen auf diese spezielle Situation hin bei anderen Partnern – seitens der Republik – vernommen, dass argumentiert worden wäre: Jetzt machen wir es wieder so wie damals bei Thomson oder eben Draken!? – Gibt es so eine Wahrnehmung?

Dr. Alois Maresch: Nein, so etwas habe ich nie gehört.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wird es wahrscheinlich auch nicht plausibel darstellbar geben können. Es ist nur interessanterweise schon des Öfteren behauptet worden, deshalb frage ich.

Weiters, zum Zustandekommen anderer Art. Der Rechnungshof hat berichtet, und das ist auch öffentlich debattiert worden, dass die Kontaktnahme mit verschiedenen Banken seitens der Bundesfinanzierungsagentur, und da wieder im Auftrage des Finanzministeriums, im Wesentlichen telefonisch erfolgt sei. Können Sie dem Ausschuss schildern beziehungsweise haben Sie eine Wahrnehmung darüber, wie die P.S.K. mit EADS oder in dem Fall Eurofighter GmbH in Kontakt gekommen ist oder auch gebracht wurde?

Dr. Alois Maresch: Wie ich schon eingangs gesagt habe, es war zuerst der Bund da, und der Kontakt zum Vertragspartner ist erst zu einem ganz späten Zeitpunkt zur Durchführung technischer Details hergestellt worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das heißt also, dass der Bund mit Vertretern der BAWAG P.S.K. die Vertragsbestandteile einmal – wenn man so will – vorverhandelt hat, sage ich laienhaft. Wenn mit EADS erst sehr spät Kontakt aufgenommen wurde: Wie haben sich dann die Verhandlungen über die Vertragsgegenstände abgespielt?

Dr. Alois Maresch: Ich darf Sie bitten, diese Frage ebenfalls im nichtöffentlichen Teil weiter zu verfolgen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, okay, man könnte sagen, auch der Bund ist ein Kunde, auf den das Bankgeheimnis anzuwenden ist, nur: Es ist der Bund, der sich hier selbst untersucht, das muss man schon auch hinzufügen. Das ist eine interessante Frage; vielleicht kann der Verfahrensanwalt dazu Stellung nehmen.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Ich habe dazu heute schon einmal eine Erklärung gegenüber dem Vorsitzenden abgegeben. Das Bankgeheimnis gegenüber dem Bund kann angesichts des Untersuchungsauftrages nicht gelten. (Abg.

Dr. Fekter: Das ist nicht wahr! Da teile ich die Auffassung des Verfahrensanwaltes nicht! Es hat der Bankenausschuss ...!)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sind ja nicht einmal am Wort! *(Abg. Dr. Fekter: ... ein Gutachten in Auftrag gegeben, das sehr umfassend darüber aufklärt, wie das Bankgeheimnis zu wahren ist, und ich glaube, wir sind uns doch alle einig, dass wir nicht anders vorgehen können als der Bankenausschuss!)* – Das ist so viel Holler in einer Wortmeldung!

Ich werde meine Redezeit jetzt ein bisschen für meine Wahrnehmungen im Bankenausschuss aufbrauchen: Erstens einmal ist dort die Problematik, dass der Bund Kunde eines Institutes wäre und deshalb sozusagen die Frage Bankgeheimnis aus der Perspektive releviert werden würde, überhaupt noch nie aufgetaucht. Ganz sicher nicht! Also das kann schon einmal kein Vergleich mit dem Bankenausschuss sein.

Nein. Kunde ist am Schluss EADS, das mag schon alles sein. Ich habe jetzt etwas ganz anderes gefragt, und darüber hat es auch Rechnungshofberichte gegeben, die öffentlich diskutiert worden sind. Deshalb habe ich das ja einleitend hinzugefügt: Wie sich erstens die Kontaktnahme und dann die ersten Gespräche, die materiellen Gespräche, abgespielt haben. Jetzt sagt die Auskunftsperson, dass das zunächst nur mit Vertretern des Bundes war.

Jetzt mag schon zutreffen, dass der Bund in dem Sinn gar nicht Kunde ist, weil das am Schluss woanders gelandet ist. Da haben Sie eigentlich schon recht in diesem Punkt, wenn Sie das gemeint haben. Aber in dieser Phase hätte ich vermutet, dass die Antwort noch nicht hätte beinhalten müssen, dass jetzt über den materiellen Kern des Bankgeheimnisses noch Auskunft hätte gegeben werden müssen. Und ich frage Sie also noch einmal, wie sich das anfänglich zugetragen hat.

Also die BAWAG ist kontaktiert worden von der Bundesfinanzierungsagentur. Stimmt das einmal so?

Dr. Alois Maresch: Darf ich sagen, dass die Stellung der Bank die ist, dass Kunde sowohl die Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH als auch der Bund sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Aber dann trifft erst recht wieder für diesen Ast zu, was der Herr Verfahrensanwalt ja dann auch erläutert hat. *(Abg. Mag. Stadler: Das sind alles Fragen, die wir auch im Interpellationsrecht durch Anfragen klären können!)*

Zwischenruf Abgeordneter Stadler: Diese Vorgänge wären auch alle vom Interpellationsrecht umfasst und allein deshalb die Abgeordneten schon Auskunft begehren könnten.

Ich schließe aus dieser Hilfestellung, dass der Auskunftsperson klar gemacht werden soll, dass dann, wenn das so ist, was Stadler aufwirft, ja kein Bankgeheimnis-Entschlagungsgrund hier herinnen sein kann. *(Abg. Dr. Fekter: O ja!)* Nein! Aber das ist eine andere Frage. *(Abg. Dr. Fekter: Auf Grund des Bankgeheimnisses darf nicht nur, sondern muss gegebenenfalls die Aussage verweigert werden! Und dann werden ganz klar die drei Punkte angeführt! Warum sollen wir ganz anders agieren als der Bankenausschuss?)*

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Wir sind jetzt so weit, dass wir unterbrechen müssen, wenn wir in der Befragung nicht weiterkommen.

Am Wort ist nach wie vor Herr Kollege Kogler.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Bankenausschuss hat ja tatsächlich ein Gutachten eingeholt, aber das ist auch nicht in dieser Form eindeutig

ausgegangen. (*Abg. Dr. Fekter: Na sicher ist das eindeutig ausgegangen!*) Wenn das so gewesen wäre, dann hätte nämlich der Bankenausschuss nicht schlussendlich doch einen einstimmigen Beschluss fassen müssen, weil als Letzter ich überzeugt werden musste, dass wir so vorgehen und das Bankgeheimnis dann halt in dieser Art und Weise, wie es dort gemacht wird, behandeln. Aber genau deshalb, weil das Gutachten zwei Wege offen gelassen hat. Jetzt ist aber Schluss damit! Hier sind wir in einem anderen Ausschuss. Jetzt fahre ich fort in der Befragung und nehme den Faden dort wieder auf.

Die Bundesfinanzierungsagentur ist auf Grund der Unterlagen, die dem Ausschuss zur Verfügung stehen, an die BAWAG herangetreten.

Wie viel Zeit ist vergangen zwischen der Kontaktnahme seitens des Bundes – meinerseits auch aus dem Ministerium, aber jedenfalls der Bundesfinanzierungsagentur –, bis dann von Ihrem Haus letztendlich Kontakt mit EADS genommen wurde, um in die vertragsmateriellen Verhandlungen einzusteigen?

Dr. Alois Maresch: Diese Frage kann ich aus faktischen Gründen nicht beantworten, weil ich nicht weiß, wann der Erstkontakt stattgefunden hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dazu haben Sie keine Wahrnehmung. Gut. Das muss ich natürlich zur Kenntnis nehmen. Ich hatte mich nur der Hoffnung hingegeben.

Die anderen Dinge würden tatsächlich in das Bankgeheimnis hineinrühren.

Nur eines vielleicht noch: Haben Sie eine Wahrnehmung dazu, wie die Bundesfinanzierungsagentur vorgegangen ist? Musste die BAWAG besondere Konditionen erfüllen, um sozusagen diesen Auftrag zu bekommen? Denn die Kritik des Rechnungshofes – vielleicht wissen Sie das auch – ging ja dahin, dass man seitens der Bundesfinanzierungsagentur einfach eine bessere Telefonrunde veranstaltet hat, um dann sozusagen eine Bank – eine gute Bank wohl gemerkt; das sagt auch der Rechnungshof; also nur für den anderen Ausschuss: eine gute Bank – zu vermitteln, nämlich dann aber dem Rüstungsproduzenten. Haben Sie da eine Wahrnehmung dazu, ob in Ihrem Institut besondere Fähigkeiten seitens des Bundes respektive der Finanzierungsagentur abgefragt wurden?

Dr. Alois Maresch: Ich habe da überhaupt keine Wahrnehmung dazu.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann spreche ich sozusagen für das Protokoll, dass die Rechnungshoferkenntnisse auch in diesem Ausschuss schriftlich noch einmal übersetzt werden aus der Befragung dort.

Das soll es gewesen sein. Danke.

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Die Nächste ist Frau Kollegin Fekter. – Bitte um Ihre Fragen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Bankenausschuss hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, wo eine ganz klare sehr umfangreiche Fragestellung in Zusammenhang mit dem Bankengeheimnis angefordert wurde, und dieses Gutachten kommt in der Zusammenfassung zu der Erkenntnis, dass das Bankengeheimnis als verfassungsrechtlich gewährleistetes Geheimnis nicht nur gewahrt werden darf, sondern gegebenenfalls **muss**, und zwar auch in jenen Fällen, die vom Amtsgeheimnis umfasst sind. Und Beamte, die vom Amtsgeheimnis entbunden werden, die müssen trotzdem das Bankgeheimnis beachten.

In diesem Zusammenhang hat dann der Bankenausschuss den einstimmigen Beschluss gefasst, der da lautet:

Der Untersuchungsausschuss geht davon aus, dass bei der Beweisaufnahme durch Anforderung von Akten und durch Befragung von Auskunftspersonen das durch die Verfassung geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter auch gegenüber dem Untersuchungsausschuss gewahrt bleiben, dass dies auch für solche Informationen gilt, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 BWG unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind, und dass darauf bereits bei der Anforderung von Akten und bei der Ladung sowie der Belehrung von Auskunftspersonen hingewiesen wird.

Durchbrochen kann dieses Bankgeheimnis werden – es gibt gesetzliche Ausnahmen – einmal in einem strafgerichtlichen Verfahren gemäß § 38 BWG und einmal in der Klärung von Rechtsangelegenheiten bei Streitereien zwischen Kreditinstituten und Kunden.

Das ist aber hier im Untersuchungsausschuss nicht der Fall, und daher hat das Gutachten vermerkt, dass eine Durchbrechung kommt nicht in Frage. Und der Bankenausschuss hat dann einstimmig auch diesen Beschluss gefasst.

Also ich gehe schon davon aus, dass wir so eine Frage in beiden Untersuchungsausschüssen gleich behandeln.

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Frau Dr. Fekter, der Herr Verfahrensanwalt möchte dazu etwas sagen.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Darf ich Folgendes dazu sagen: Das Gutachten sagt – und das trifft auch zu –, dass durch die Aufhebung oder Nichtgeltung des Amtsgeheimnisses im Untersuchungsausschussverfahren das Bankgeheimnis selbstverständlich nicht berührt wird, weil es da um ein anderes geschütztes Rechtsgut geht. Aber, was ich gemeint habe, soweit es sich um Umstände dreht, die ausschließlich den Bund betreffen, ist insofern das Bankgeheimnis durch den Untersuchungsauftrag, der sich ja gerade auf diese Verhältnisse des Bundes bezieht – auszuklammern sind die Verhältnisse des Vertragspartners – selbstverständlich aufgehoben. (*Abg. Mag. Stadler: Und das Bankgeheimnis ist kein Verfassungsrecht!*)

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Die Frau Kollegin Fekter beginnt jetzt mit ihren Fragen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe nur den Beschluss vorgelesen, den Ihr Vorsitzender Graf, Herr Kollege Stadler, im Bankenausschuss mit unterfertigt hat. (*Abg. Mag. Stadler: Sie kennen die Genesis nicht!*) Das durch die Verfassung geschützte Bankgeheimnis, steht hier.

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Ich bitte, Frau Abgeordnete Fekter, um Ihre Fragen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe jetzt folgende Frage an den Herrn Dr. Maresch: Es hat uns eine andere Auskunftsperson mitgeteilt, dass durch Triple A große Zinsverbesserungen erreicht werden können und dass der Einredeverzicht ein Instrument war, das mit Triple A verglichen werden kann. – Können Sie uns das erläutern?

Dr. Alois Maresch: Darf ich Sie bitten, auch diese Frage im nichtöffentlichen Teil zu wiederholen?!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dann stelle ich eine andere Frage. Ist Ihnen bekannt gewesen, dass die Bundesrepublik Deutschland damals unter der Regierung Schröder-Fischer diesen Einredeverzicht genauso wie wir bei der Beschaffung angewandt hat?

Dr. Alois Maresch: Nein, davon habe ich noch nie gehört. (*Abg. Mag. Stadler: Ich auch nicht!*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben nicht gewusst, dass wir das eigentlich dort abgeschrieben haben? (*Dr. Maresch: Nein!*) – Die Bundesfinanzierungsagentur war das, denn sie hat diesen Vorschlag eingebracht. – Ist Ihnen nicht bekannt?

Dr. Alois Maresch: Nein, ist mir nicht bekannt.

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: In dieser Runde gibt es noch Fragen des Herrn Kollegen Faul.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Von mir sind noch sehr viele Details zu erfragen. Probieren wir es einmal, weil es hier letztlich auch um die Konditionen geht! Ich weiß nicht, wahrscheinlich wird das auch den nichtöffentlichen Teil betreffen.

Herr Dr. Maresch! Sie haben sicherlich in Ihrer beruflichen Tätigkeit viele Finanzierungen durchgeführt. Ist Ihnen aus Ihrer Erinnerung ein Finanzierungsfall bekannt, wo der Barkaufpreis einen Typ A oder ein Modell A, das wesentlich günstiger ist und B teurer ist, letztlich in einer Finanzierungsvariante auf fünf Jahre, auf neun Jahre oder in Halbjahresraten in einem bestimmten Punkt den anfänglich wesentlich teureren Typ, den Typ A später als den günstigeren ausweist? Haben Sie so eine Finanzierung schon einmal gesehen?

Dr. Alois Maresch: Ich muss Ihre Prämisse zerstören. Ich war nicht langjährig im Finanzierungsgeschäft tätig. Was ich schon erwähnt habe, ich war in der Postsparkasse in der Rechtsabteilung. Die Postsparkasse hatte einen eingeschränkten Geschäftskreis. Sie durfte überhaupt grundsätzlich keine Kommerzkredite vergeben. Ein Großteil ihrer Veranlagung waren Finanzierungen des Bundes, wo üblicherweise keine großen Kautelen drinnen sind, weil, wie schon erwähnt wurde, bei Forderungen gegen den Bund braucht man nicht große Haftungen ...

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Marsch, nehmen wir ganz eine einfache ...

Dr. Alois Maresch: Ich habe Ihrer Frage jetzt inhaltlich nicht ganz folgen können, ob so eine Konstruktion möglich wäre. Ich bin auch ausgebildeter Jurist (*Abg. Faul: Herr Dr. Maresch! Ganz einfach!*), ich bin nur Nebenerwerbsfinanzfachmann.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Typ A ist in der Barkaufvariation wesentlich günstiger als Typ B. Flieger A kostet weniger, wenn man ihn auszahlt, wenn man ihn finanziert – wurscht wie immer, er kostet weniger – und der Typ B, der wesentlich mehr gekostet hat, ergibt dann in einer bestimmten Finanzierungszeit eine bessere Konstellation. (*Abg. Dr. Fekter: Währungsrisiko! Vier Währungen!*) Das heißt, er stellt sich in der Variante der 18-Halbjahresraten dann als der Günstigere dar durch die Finanzierung.

Herr Doktor! Jetzt brauchen Sie aber nicht auf die Staatsfinanzierung ... Nehmen wir ein einfaches Beispiel: Sie kaufen sich ein Auto. Das eine kostet 20 000 und das andere kostet 30 000 und der Verkäufer sagt Ihnen: Herr Doktor, nehmen Sie das teurere, denn das wird dann in 18-Halbjahresraten billiger als das andere. (*Abg. Dr. Fekter: Wenn er vier Währungsrisikos einrechnen muss, wird es teuer!*) – Ich rede nicht mit Ihnen, Frau Fekter.

Ich meine, Sie brauchen jetzt keine großen Kenntnisse, aber nur ein bisschen ein Verzinsungsgefühl und eine Restfinanzierungszeit. Kann das möglich sein? (*Abg. Dr. Fekter: Sagen Sie ihm das Währungsrisiko auch dazu!*) – Moment, wir kommen schon auf das Währungsrisiko hin, das ja dann keines mehr ist.

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Wir sind hier, um Herrn Dr. Marsch zu befragen. Gegenseitig können wir uns dann belehren, wenn diese Befragung vorbei ist.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Okay. Sie können es nicht beantworten. Ich sage Ihnen aus meiner Sicht, ich war lange bei der Bank, ich habe immer gesehen, dass das, was teurer ist, auch in der Finanzierungsform auf noch so lange Zeit hinaus auch dort teurer gewesen ist. Und auf eure dauernden Vorhaltungen hin, man hätte das Finanzierungsrisiko angehalten, dass man den SAAB Gripen nicht auch so hätte finanzieren können, ...

Herr Doktor, jetzt frage ich Sie: Ist Ihnen so eine Finanzierungsform bekannt, wie sie gegeben war, dass der Schuldner beziehungsweise der Käufer um eine Kondition über die Bundesfinanzierungsagentur anfragt und das aus irgendwelchen Gründen dann nicht mitaufgezeichnet wird, also die Bundesfinanzierungsagentur hat nicht einmal mitaufgezeichnet, mit wem sie verhandelt hat, wer Bestbieter war – sie waren es halt einfach, aber es gibt leider keine Aufzeichnungen darüber –, und dann wählt man eine Form, wo man von vornherein schon weiß, dass diese Zessionen wieder abgetreten sind?

Herr Doktor, können Sie das mit Ja oder Nein bestätigen? Ich sage ganz bewusst: Diese Finanzierungsform, genau diese Finanzierungsform hat nur die Firma EADS und Eurofighter begünstigt. – Wie sehen Sie das als Bankfachmann?

Dr. Alois Maresch: Also, wie ich schon betont habe, ich habe mit der konkreten Berechnung der Finanzierung überhaupt nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Aber Herr Doktor! Da geht es ja nicht um den speziellen Fall.

Dr. Alois Maresch: Die Zahlen wurden von anderen zugeliefert. Mein subjektiver Eindruck war, dass das eine ganz normale Finanzierung ist ohne Begünstigungen. Das Gesamtgebäude ist relativ kompliziert, das auch bankintern dahintersteht. Damit habe ich mich aber nie beschäftigt.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Doktor! Das ist schon klar, aber in Wirklichkeit, Sie müssen es nur auf Ihre Ebene heruntertransformieren und dann hätten Sie mir schon sagen können, ob es solche Geschäfte gibt.

Und euren Vorhaltungen halte ich noch einmal entgegen: Das war keine ehrliche Finanzierungsform. Das war eine Form, die ausgedacht war und von vornherein EADS begünstigt hat. Ein Mitbieter, ein Mitbewerber hätte gar nicht mitbieten können in der Finanzierungsform. (*Abg. Dr. Fekter: Gegen die BAWAG, oder?*) Der wäre auf die Tricks gar nicht draufgekommen. Aber ist wurscht! (*Abg. Dr. Fekter: Wissen das Ihre Kollegen, wie Sie argumentieren?*)

In Wirklichkeit ist das Risiko allein beim österreichischen Staat. Herr Doktor, jetzt frage ich, weil Sie gesagt haben, Zession. Mir ist die Zession durchaus bewusst. Aber die Zession in dieser Rechtsform ist mir eigentlich nicht bewusst. Ist Ihnen ein anderer Fall bekannt, wo letztlich der österreichische Staat, Konkursfall EADS (*Abg. Dr. Fekter: Konkursfall „Konsum“!*), jetzt nicht der Gesamtkonzern, wackelt? Auftragsstornierungen hin und her – muss der österreichische Staat auf Grund der Rechtslage trotzdem bezahlen oder muss er nicht bezahlen?

Dr. Alois Maresch: Der Vertrag ist, so wie er steht, zu erfüllen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Also er muss zahlen. Wir müssen zahlen, auch wenn wir keinen einzigen Flieger bekommen, müssen wir zahlen. Das wollen wir einmal festgehalten haben. Es ist so – theoretisch.

Herr Doktor! Ich frage Sie weiter. Sie hatten sicherlich in Ihrer ganzen Laufbahn auch mit Finanzierungen zu tun. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Finanzierungszeit, als wir angefragt haben. Ich kann mich als kleiner Vizebürgermeister einer Gemeinde an die Triple A-Geschichten und an die besonderen Konditionen erinnern. Wir haben aus dieser Sicherheit aus dem Einredeverzicht 4,48 Prozent angeboten gehabt.

Aus Ihrer Sicht: War das ein besonders günstiges Angebot? Haben Sie andere Finanzierungen in der Zeit mit einem anderen Zinssatz gesehen?

Dr. Alois Maresch: Ich habe mich um Zinssätze überhaupt nicht gekümmert.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ) *(mit lauter Stimme)*: Herr Doktor, Sie können mir nicht sagen, dass Sie ein Bankangestellter sind und Sie haben überhaupt keine Ahnung von einem Zinssatz! *(Abg. Dr. Fekter: Bitte, benehmen Sie sich gegenüber der Auskunftsperson!)*

Mit Ihnen habe ich auch nicht geredet! *(Abg. Dr. Fekter: Aber das ist doch eine Unart!)*

Herr Doktor, das wird ja immer ungewöhnlicher!

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Ich darf Sie alle ersuchen, sich daran zu erinnern, dass wir in einem Untersuchungsausschuss sind.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Ich muss um Entschuldigung bitten. Ich will Sie nicht persönlich treffen, aber für mich ist es einfach unverständlich, dass ein Bankmann Ihrer Stärke und Größe ... *(Abg. Dr. Fekter: Er hat aber keine Kompetenz! – Abg. Prähauser: Der Finanzminister hatte sie schon!)*

Dr. Alois Maresch: Herr Abgeordneter, ich habe schon mehrmals versucht, anzudeuten: Ich habe mich um die rechtlichen Dinge gekümmert, ich war nicht für das Finanzielle zuständig – das haben andere Kollegen gemacht!

Und ob jetzt der Zinssatz oder überhaupt welcher Zinssatz da gerechnet wurde, damit habe ich mich nicht beschäftigt! Ich bin von der Ausbildung her Jurist, und die Konditionen *(Abg. Faul: Aber, Herr Doktor ...!)* schaue ich mir höchstens interessehalber an, und hier habe ich sie überhaupt nicht angeschaut *(Abg. Faul: Okay! Gut! Also, Sie sind nur für den Vertrag zuständig gewesen!)*, weil die Zahlen von anderen Kollegen geliefert wurden.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Okay. Dann lassen wir die Zahlen einmal weg, aber halten wir in diesem Vertrag noch fest, dass durch diesen Einredeverzicht und durch diesen Passus – den Absatz 4 in dem Vertrag drinnen – wir als Republik zahlen müssen, wurscht, was wir geliefert bekommen, und auch, wenn wir nichts geliefert bekommen! Und wenn EADS in Konkurs geht, müssen wir trotzdem zahlen! – Und das haben Sie heute bestätigt. Das stimmt auch in Wirklichkeit auf Grund der Vertragsverhältnisse. *(Obmann Dr. Pilz übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Und jetzt sagen Sie mir, jetzt frage ich Sie: Ist das ein besonders günstiger Vertrag für den Vertragspartner Republik Österreich, oder haben Sie schon bessere gesehen? *(Abg. Prähauser: Oder besser für die Bank!)* – Oder für Eurofighter? – Na ja, für die Bank auch, ja. Das sind eben wirklich ungewöhnliche Sachen! – Da brauche ich nichts zu ... *(Unruhe im Saal.)*

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also, Herr Vorsitzender, könnten Sie sich der Vorsitzführung widmen und nicht Ihrem Computer, damit es hier weitergeht?

Obmann Dr. Peter Pilz: Das sind momentan Fragen und Antworten, und ich verfolge das mit größter Spannung. – Bitte fortzusetzen!

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Doktor, hätten Sie eine Möglichkeit gesehen, in einer rechtlichen Betrachtung dieses Bankgeschäftes, wenn die Republik Österreich als Kreditnehmer – was sie ja jetzt letztlich auch ist – und als Verpflichteter direkt aufgetreten wäre – weil da kommen immer die Argumente, das würde gegen „Maastricht“ verstoßen? Haben Sie nicht in Ihrer Gesamtzeit, während Sie für die Republik tätig waren, Finanzierungskonzepte gesehen, wo durch Auslagerungen in andere Gesellschaften, die nicht die Verkäufergesellschaften waren, doch Konditionen gefunden wurden, die nicht Maastricht-wirksam gewesen sind und die die Republik selbst bestimmen konnte?

Dr. Alois Maresch: Ich habe mich nie mit den Maastricht-Kriterien – und welche Verbindlichkeiten darauf anzurechnen sind – im Detail beschäftigt, dazu kann ich nichts sagen. Und alles, was Konditionen betrifft, bitte ich wieder auf den nichtöffentlichen Teil zuzuwarten.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Gut. – Herr Doktor, meine Zeit ist leider weg, aber ich ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, wenn die Zeit weg ist, dann kann man nichts machen – sie kommt auch nicht mehr zurück. (*Abg. Mag. Gaßner: Oh doch, im nichtöffentlichen Teil!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine Frage habe ich noch in öffentlicher Sitzung: Bei den Zahlungsbestimmungen ist festgelegt, dass vom Bund eine rechtsgültig unterfertigte Bankgarantie gelegt werden muss. Wissen Sie, ob diese Bankgarantie gelegt wurde?

Dr. Alois Maresch: Davon habe ich keine Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. – Wer bei Ihnen könnte uns darüber Auskunft geben?

Die Bankgarantie ... Sie haben überhaupt keine Kenntnis ...?

Dr. Alois Maresch: Ich weiß nicht einmal, welche Bankgarantie da jetzt konkret gemeint ist. Also, ich höre da jetzt zum ersten Mal von einer Bankgarantie. Aber es kann schon sein, dass eine vorgesehen ist, nur hat sie offenbar unser Haus nicht betroffen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na, schauen Sie, Herr Doktor, die Sache ist so: Bei Unterfertigung muss spätestens 30 Tage vor Fälligkeit der ersten Halbjahresrate im Gegenwert dieser Halbjahresrate eine Bankgarantie gelegt werden, es sei denn, wie gesagt, dass eine andere Finanzierung gefunden wird – aber zu dem Zeitpunkt, als der Vertrag unterfertigt wurde, hat ja die Zession noch nicht stattgefunden.

Das heißt daher: In der Zwischenzeit – zwischen Unterfertigung des Vertrages und Zession – ist ein Zeitraum dazwischen, der beliebig lange – das hängt ja nicht von der Republik ab, sondern das hängt ja von Eurofighter ab –, dieser Zeitraum hätte beliebig lange sein können – die hätten ja auch gar nicht zedieren müssen, ja? Für diesen Fall sind eben Bankgarantien vorgesehen gewesen.

Bankgarantien, wie wir alle wissen, sind relativ teuer. Jetzt hätte mich interessiert, ob der Zessionsvorgang so rasch war, dass keine Bankgarantie mehr notwendig war, oder ist doch eine Bankgarantie gelegt worden? – Das hätte ja der Republik wieder zusätzliche Kosten verursacht.

Dr. Alois Maresch: Also, mir ist von einer Bankgarantie nichts bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nichts bekannt. – Das indiziert, dass keine gelegt wurde, sondern dass die Zession sehr bald erfolgt ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es in öffentlicher Sitzung noch weitere Fragen? – Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Dr. Maresch, waren Sie mit involviert in jene Haftungserklärungen, die die vier Betreiberstaaten Österreich gegenüber abgeben mussten – eben als Ausgleich zu diesem Einredeverzicht? Das heißt, es haften ja die vier Core Nations unbeschränkt für diesen Vertrag, genauso unbeschränkt, wie wir den Einredeverzicht gemacht haben – als Ausgleich. (*Abg. Faul: Wo steht das?*)

Alle haben unterschreiben müssen, und wir haben auch von allen diese Garantieerklärung bekommen!

Dr. Alois Maresch: Nein, damit haben wir überhaupt nichts zu tun.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sind Sie nicht involviert gewesen?

Der Vertrag ist mit Eurofighter geschlossen, das heißt, es handelt sich hier ganz eindeutig um ein Bankgeschäft Eurofighter/BAWAG. Die Republik ist ja nur deshalb involviert, weil das an sie zediert worden ist und daher die Republik nur schuldbefreiend an die BAWAG zahlen kann. Aber ein Vertragsverhältnis hat die Republik mit der BAWAG nicht.

Dr. Alois Maresch: Also, in diesem Sinne nein. Einen direkten Vertrag, einen Finanzierungsvertrag Republik/BAWAG P.S.K. gibt es nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist nämlich dann wichtig für das Bankgeheimnis, weil, wie uns der Herr Verfahrensanwalt erläutert hat, unterliegt das, was die Republik betrifft, **nicht** dem Bankgeheimnis, aber alles, was sozusagen andere Kunden betrifft. – So habe ich das verstanden.

Und in diesem ganz konkreten Fall ist bezüglich des Vertragsverhältnisses eigentlich die Republik nicht involviert, weil sie keinen Vertrag mit der BAWAG hat.

Dr. Alois Maresch: Es gibt keinen Finanzierungsvertrag zwischen Republik und BAWAG.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist ganz einfach eine Zession, wo man als Schuldner nur schuldbefreiend bezahlen kann – man kannst sich als Republik nicht einmal dagegen wehren! Es wird einfach mitgeteilt, dass wir an die BAWAG zu zahlen haben.

Es kommt aber im Wirtschaftsleben oft vor, dass eine Forderung zediert wird, und dann kann man schuldbefreiend nur mehr an den sozusagen zahlen, der die Zession hat. Das ist ein gängiger Vorgang. (*Zwischenruf des Abg. Faul. – Abg. Dr. Fekter: Gegen die Erklärung der vier Betreiberländer!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch irgendwelche Fragen in öffentlicher Sitzung? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen damit zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

19.38

(Fortsetzung: 19.39 Uhr bis 20.30 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung: „nichtöffentlicher Teil“.**)

20.31

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 20.31 Uhr – wieder zum **öffentlichen** Teil der Sitzung über, sagt, dass die Protokollberichtigungen in vertraulicher Sitzung beschlossen wurden, gibt in öffentlicher Sitzung bekannt, dass diese Protokollberichtigungen ab nun Bestandteil des öffentlichen Protokolls sind – und leitet sogleich wieder zum **vertraulichen** Teil der Sitzung über.

*(Fortsetzung: 20.31 Uhr bis 20.34 Uhr – und damit Schluss der Sitzung – unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.**)*
